Montag, 4. März 1985 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 53 - 10.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„Prag-Flüchtlinge": Die ersten Einwohner der „DDR", die Ende 1984 in die Vertretung Bonns in Prag geflohen waren, werden in den kommenden Tagen in der Bundesrepublik eintreffen, sagte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen.

„Bekennende Kirche": Von Berlin aus wollen Kritiker der evangelischen Amtskirche gleichgesinnte Protestanten in der Bundesrepublik in einer neuen „Bekennenden Kirche" sammeln. Eine „Evangelische Sammlung" arbeitete hierzu verbindliche Grundsätze aus. (S. 6)

Tarifabschluß: Arbeitsminister Blüm bezeichnete den Tarifabschluß in der Chemie (3,8 Prozent plus Teilzeitarbeit und Vorruhestand) als Schritt, der Maßstäbe für eine phantasievolle Tarifpolitik setze. (S. 4)

Kabelfernsehen: Zwei Tage vor Eröffnung der Internationalen Funkausstellung am 28. August wird in Berlin das Kabelpilotprojekt mit privatem TV gestartet, teilte Kultursenator Hassemer mit. Der Versuch ist zunächst auf fünf Jahre begrenzt.

USA-Besuch: Eine Gruppe hochrangiger sowjetischer Funktionäre, an der Spitze Politbüromitglied Wladimir Schtscherbitzki, ist zu einem zehntägigen Besuch in den USA eingetroffen. Am Donnerstag wird Präsident Reagan Schtscherbitzki empfangen, wenige Tage vor den am 12. März beginnenden Rüstungskontrollgesprächen in Genf.

US-Truppen-Rückzug: Mit Blick auf US-Politiker, die die Bündnispartner mit Drohungen über einen Teilabzug von US-Truppen aus Europa unter Druck zu setzen versuchen, sprach sich NATO-Oberbefehlshaber Rogers gegen einen Abbau aus. (S. 5)

China-Moskau: Eine Delegation des Volkskongresses in China hält sich auf Einladung des Obersten Sowjet zu einem „Freundschaftsbesuch" in Moskau auf.

Ehrung: Der sowjetische Arzt Wladimir Rodschnow, den die Schwiegertochter Sacharows beschuldigt, den Regimekritiker mit Psychopharmaka zu behandeln, wurde mit dem Orden „hervorragender Arbeiter der Wissenschaft" geehrt.

ZITAT DES TAGES



„Ich erwarte, daß die ordnungspolitische Notwendigkeit der Privatisierung, die in der Verantwortung Minister Stoltenbergs liegt, Fortschritte macht. Daß dieses Thema mehrfach von der Tagesordnung des Kabinetts abgesetzt wurde, ist kein beeindruckendes Schauspiel"

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in einem Gespräch mit der WELT (S. 8)

FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Forderungen: Angesichts eines gegenüber Dezember um 28 Prozent auf 10,3 Milliarden Dollar gewachsenen Passivsaldos wird in den USA der Ruf nach mehr Wirtschaftswachstum in anderen Industriestaaten lauter. (S. 9)

Dollar-Politik: Das Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, Gleske, dementierte Darstellungen, wonach die Bundesbank als Ziel ihrer Geldpolitik eine Obergrenze von 3,30 DM für den Dollar festgesetzt hat. (S. 9)

Importquoten: Trotz starker Proteste hob Präsident Reagan die Handelsschranken für Autos aus Japan auf. Als Gegenleistung erwartet er eine größere Öffnung des japanischen Marktes für Telekommunikation, Elektronik und medizinische Geräte. (S. 10)

Flugzeugbau: Messerschmitt-Bölkow-Blohm soll an dem Kauf der Flugzeugfirmen Canadair Ltd. und de Gavilland Aircraft Interesse signalisiert haben, hieß es in Industriekreisen Kanadas. (S. 9)

WELT-Serie Länderchefs

Im vierten Beitrag porträtiert Chefreporter Horst Stein Werner Zeyer, Ministerpräsident seit 1979, der sich am 10. März im Saarland zur Wiederwahl stellt. Seite 6

KULTUR

„The European Iceberg": Für die Art Gallery in Toronto stellte Germano Celant, einer der führenden Köpfe der Kunstszene Italiens, eine Ausstellung zusammen, deren Gemälde und Plastiken aus Italien und der Bundesrepublik den Kanadiern einen Blick in die Kunst Europas gewährt. (S. 15)

„Dame vom Maxim": Eine turbulente Inszenierung von Feydeaus „Die Dame vom Maxim" durch Regisseur Hans Hollmann erlebte das Schloßpark-Theater in Berlin. Neu bearbeitet, präsentierte Hollmann einen erfrischend komischen Feydeau, den Molière der klugen Klamotte. (S. 15)

SPORT

Fußball: Der 40jährige Jugoslawe Alexander Ristic wird von der kommenden Saison an den 1. FC Kaiserslautern trainieren. Ristic wird Nachfolger von Manfred Krafft. (S. 12)

Leichtathletik: Brigitte Kraus (Köln) wurde bei den Hallen-Europameisterschaften in Athen über 1500 m den Dritte hinter den Rumäninnen Doina Besliu-Melinte und Fita Rafira-Lovin. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Vorbild: Die Eltern und nicht Stars aus Musik oder Film sind nach den Ergebnissen einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid Vorbild für die Jugend. Von tausend Befragten zwischen 14 und 24 Jahren nannten 39 Prozent die Mutter und 33 Prozent den Vater als Vorbild. Nach Freunden, Sportlern und Kirchenvertretern folgen Stars auf dem sechsten Platz.

Via Appia: 2500 Hektar entlang der Via Appia sollen nach einer Entscheidung der Stadtverwaltung Roms der Bodenspekulation entzogen und in den größten öffentlichen Park verwandelt werden. Er soll das Mittelstück einer geschützten archäologischen Zone bilden. (S. 16)

Wetter: Stark bewölkt mit Regen. 5 bis 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Genscher für eigenen Beitrag der Europäer. Heute in Moskau

Gespräch mit Gromyko / Am Mittwoch zu Jaruzelski nach Warschau

BERNT CONRAD, **Bonn**

Zu einem überraschenden Blitzbesuch ist Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gestern nachmittag nach Moskau geflogen. Er wird dort heute mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko zusammenzutreffen. Ebenso überraschend wird sich Genscher am Mittwoch – auf dem Wege von Helsinki nach Sofia – sechs Stunden lang zu Gesprächen mit dem polnischen Partei- und Regierungschef Jaruzelkski und Außenminister Olszowski in Warschau aufhalten.

Beide Reisen waren so kurzfristig vereinbart worden, daß sich die Diplomaten, die den Bundesaußenminister nach Moskau begleiteten, vorher keine sowjetischen Visa mehr besorgen konnten. Sie mußten das nach der Ankunft auf dem Moskauer Flughafen nachholen. Endgültig hatten die Teilnehmer offenbar erst am Samstagmorgen den Reisetermin erfahren. Einen vergleichbaren Vorgang hatte es in der elfjährigen, an Blitzbesuchen keineswegs armen Amtszeit Genschers bisher nicht gegeben.

Bonner Diplomaten bestritten allerdings, daß es für die spektakuläre Aktion einen besonderen Anlaß gebe. Sie nannten als Reisegrund Genschers dringenden Wunsch, mit Gromyko vor allem über die bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen und mit der polnischen Führung über die bilateralen Beziehungen im Zusammenhang mit seinem im November 1984 verschobenen Polen-Besuch zu sprechen. Für die Verwirklichung dieser Absicht habe sich aufgrund von Genschers Programmplanung eine gute technische Möglichkeit ergeben.

Die ursprüngliche Planung des Außenministers – acht Tage nach seinem Ausscheiden als FDP-Parteivorsitzender – sah so aus, daß er am Dienstag gemeinsam mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum Staatsbesuch nach Finnland reisen und von dort am Mittwoch zu einem zweitägigen offiziellen Besuch nach Bulgarien weiterfliegen wollte. Nach Angaben aus diplomatischen Kreisen stellte sich etwa vor einer Woche bei informellen Kontakten heraus, daß auf sowjetischer und polnischer Seite großes Interesse an Gesprächen mit Genscher bestanden habe, das vom Bundesaußenminister geteilt worden sei.

Genscher vereinbarte daraufhin „auf normalen diplomatischen Kanälen", daß er gestern zunächst nach Moskau fliegen und von dort nach Helsinki weiterreisen sowie am Mittwoch auf dem Wege von Helsinki nach Sofia einen Zwischenstopp in Warschau einlegen würde. Bonner Diplomaten legten Wert auf die Feststellung, daß Genscher diese Besuche detailliert mit Bundeskanzler Kohl besprochen und auch die Außenminister Shultz (USA), Dumas (Frankreich) Howe (Großbritannien) und Andreotti (Italien) vorher darüber informiert habe.

Die wegen der Kürze der Zeit nicht mehr mögliche Beschaffung von Einreisevisa und das für den Flug nach Moskau benutzte kleine Flugzeug (ein Jetstar) ließen die Mitreise von Journalisten in die Sowjetunion nicht zu. Von Helsinki nach Warschau wird der Bundesaußenminister zwar eine etwas größere Maschine benutzen; die Mitflugmöglichkeiten reduzieren

● Fortsetzung Seite 8

Brandts Angebot zur Gemeinsamkeit

Der SPD-Vorsitzende hat den Wahlkampf '87 im Blick / „Zweite Runde Ostpolitik"

GERNOT FACIUS, **Bonn**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat mit einem Angebot an die Unionsparteien, aus „nationaler Verantwortung" in wesentlichen Fragen der Innen- und Außenpolitik gemeinsame Lösungen zu suchen, die Umrisse einer neuen „Umarmungsstrategie" deutlich werden lassen. In einem „Spiegel"-Interview knüpfte Brandt damit, ohne den Namen Herbert Wehner zu erwähnen, an die Praxis des ehemaligen sozialdemokratischen Fraktionschefs im Bundestag an.

Der SPD-Vorsitzende nannte im einzelnen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Beseitigung von Umweltschäden, eine dauerhafte Sicherung der Renten, eine Europäische Währungsunion sowie eine „zweite Runde" in der Ostpolitik. „Zum Ringen um das Vertrauen der Bürger und zur notwendigen demokratischen Auseinandersetzung gehört der Streit mit einer jeweils regierenden Partei oder Gruppierung darüber, wo die Felder nationaler Verantwortung und die Versäumnisse auf diesen Feldern liegen. Der Streit darum, sage ich. Es geht also nicht um die Einheit der Einheit wegen, sondern darum, wieviel man von eigenen Vorstellungen einbringt in das, was notwendigerweise getan werden muß", sagte Brandt. „Ist es nicht lohnend, das Miteinander zu prüfen? Immer nach dem Motto: Konsens, so weit wie möglich, kontroverse Auseinandersetzung, so weit wie nötig."

In dem Interview zeigte sich der SPD-Vorsitzende davon überzeugt, daß dieser von ihm angestrebte „Test" auf die Gemeinsamkeit nicht

SEITE 2:
Die Unschuld von Rande

die sozialdemokratischen Wahlkämpfer stören solle, die zur Kooperation mit den Grünen bereit sind. Brandt: „Wo es um Themen nationaler Verantwortung geht, sind die Fragen, die sich daraus ergeben, auch konkret an eine neue Gruppierung zu richten."

Mit seiner Offerte für eine „zweite Runde Ostpolitik" wirbt Brandt um jene Kräfte in der Union, die bereit sind, den Stellenwert rechtlicher Positionen heute geringer zu veranschlagen als noch zur Oppositionszeit. Darauf deutet seine Bemerkung hin: „Wir Sozialdemokraten möchten gerne mit den realistischen Kräften im anderen Lager etwas hinkriegen, was wieder anknüpft an die Ost-West-Politik, die wir vor vielen Jahren in Gang gebracht haben."

Das Angebot zur Gemeinsamkeit soll offensichtlich auch von der Tatsache ablenken, daß die SPD-Fraktion unter Hans-Jochen Vogel in wichtigen Bereichen nicht überzeugend genug ihre Position verdeutlichen konnte. Ein weiteres Motiv dürfte die Absicht sein, der SPD und ihrer Bundestagsfraktion ein Stichwort zur Beendigung der Bündnis- und Koalitionsdiskussionen zu liefern, die sich lähmend auf deren Arbeit auszuwirken droht. Schließlich hat Brandt schon den Wahlkampf '87 im Auge, wenn er sagt: „Ich will, daß diese Auseinandersetzung konkret geführt wird, damit klar werden kann, was gemeinsam geht und was nicht und wer zu verantworten hat, daß nicht geht, was im nationalen Interesse gehen müßte. In diesem Zusammenhang denke ich in erster Linie an die Union, aber nicht nur an sie."

Antisandinisten stellen Ultimatum

„Nationaler Dialog" gefordert / Treffen Shultz–Ortega ohne dramatische Resultate

W. THOMAS/DW. **Montevideo**

Während sich Nicaraguas Präsident Daniel Ortega und der amerikanische Außenminister George Shultz in Montevideo zu einer einstündigen Unterredung trafen, die keine dramatischen Ergebnisse brachte, forderten 21 Führer der antisandinistischen Opposition Managua ultimativ zu einem „nationalen Dialog" auf. Die Sandinisten sollen bis zum 20. März antworten. In der Erklärung der Opposition heißt es: Wenn bis zum 20. April kein wesentlicher Fortschritt bei Verhandlungen erzielt werde, dann würde keine „Möglichkeit einer friedlichen Beilegung der nationalen Krise" mehr bestehen.

Nach seiner Begegnung mit Shultz äußerte Ortega die Hoffnung, daß die im Januar von Washington abgebrochenen bilateralen Verhandlungen in der mexikanischen Pazifik-Metropole Manzanillo fortgesetzt werden. Ortega nannte erstmals genauere Zahlen der kubanischen Militärberater: „Nicht mehr als 800." Mit dem „technischen Personal" komme man höchstens auf 1500. US-Geheimdienstkreise sprechen dagegen von 3000 bis 3500 Militärberatern.

Shultz meinte zu Ortegas Angebot sarkastisch: „Die ersten hundert Kubaner sollen bis Ende 1985 Nicaragua verlassen. Bei diesem Tempo werden die letzten Kubaner erst im nächsten Jahrhundert abgezogen sein." Shultz

SEITE 2:
Ganze hundert Mann

zu seinem Treffen mit Ortega: „Ich wüßte nicht, daß sich viel geändert hätte." Er setzte sich dafür ein, die Friedensverhandlungen der Contadora-Gruppe fortzusetzen: „Je schneller diese Verhandlungen wiederaufgenommen werden. desto besser." Die Vorschläge dieser Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) würden die Wünsche der USA an die Adresse Nicaraguas einschließen: Abzug der ausländischen Militärberater, Abrüstung, Beendigung der Unterstützung fremder Guerilla-Gruppen und Schaffung demokratischer Verhältnisse. Die bevorstehende Freilassung des nicaraguanischen Wehrdienstverweigerers José Urbina Lara wertete Shultz als „gute Geste". Urbina war im Dezember 1984 von den Sandinisten aus der Botschaft Costa Ricas in Managua verschleppt worden, wo er Asyl gesucht hatte.

In Washington sprach sich US-Präsident Reagan dagegen aus, amerikanische Truppe nach Mittelamerika zu entsenden, weil „die Menschen in dieser Region ihren eigenen Kampf führen können". Zugleich erneuerte Reagan seine demonstrative Unterstützung für die gegen die Sandinisten kämpfenden „Contras". Über sie sagte Reagan, sie seien „unseren Gründungsvätern und den tapferen Männern und Frauen der französichen Résistance moralisch ebenbürtig".

Gegen den „Ungeist des Antisemitismus"

DW. **Augsburg**

Mit einem Festakt in der Augsburger Kongreßhalle ist die diesjährige „Woche der Brüderlichkeit" eröffnet worden. Sie steht unter dem Leitwort: „Im Blick auf morgen – Juden und Christen in der Verantwortung".

Der bayerische Ministerpräsident Strauß versicherte den jüdischen Mitbürgern in seiner Grußansprache, daß nicht allein der Terror linker Fanatiker bekämpft, sondern ebenso konsequent gegen den „Ungeist des Antisemitismus" vorgegangen werde.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), der die Grüße der Bundesregierung und des Bundeskanzlers überbrachte, sagte: „Dieser Staat wird dafür sorgen, daß die Natter des Antisemitismus in Deutschland eine ausgestorbene Tierart bleibt."

Seiten 2 und 4: Weitere Beiträge

Bergarbeiterstreik ist beendet

DW. **London**

Die britische Bergarbeitergewerkschaft NUM hat gestern ihren seit fast einem Jahr andauernden Streik beendet. Die Arbeit soll morgen wieder aufgenommen werden. Dies gab ihr Vorsitzender Arthur Scargill bekannt. Die NUM-Delegierten stimmten für die Rückkehr zu Arbeit, ohne eine Vereinbarung mit der Arbeitgeberseite erreicht zu haben, sagte er.

Dieser längste größere Streik in der Geschichte der britischen Industrie war vor 356 Tagen aus Protest gegen Pläne der staatlichen Kohlebehörde NCB zur Schließung unrentabler Zechen begonnen worden. Die Streikfront war aber mehr und mehr abgebröckelt. Nach Angaben der Kohlebehörde beteiligte sich zuletzt nicht einmal die Hälfte der 186 000 Bergleute an dem Ausstand. Die Mehrheit der Bergarbeiter hatte schon vor Beendigung des Streiks „mit den Füßen" abgestimmt.

Israel beschloß 2. Rückzugsphase

SAD. **Jerusalem**

Die israelische Regierung hat beschlossen, die zweite Phase des Rückzugs aus Südlibanon „mit sofortiger Wirkung" zu beginnen. Der Endtermin des Abzugs wurde nicht beschlossen. Doch sagte Verteidigungsminister Rabin bereits in der vergangenen Woche, die Aktion werde drei bis vier Monate in Anspruch nehmen. Nach Vollendung dieser Phase werden die israelischen Truppen an einer ungefähr 45 Kilometer langen Linie stehen, die bei der Mündung des Litani-Flusses am Mittelmeer beginnt. Vor zwei Wochen hatten die Israelis die erste von drei Rückzugsphasen abgeschlossen.

Im Gegensatz zur ersten Phase werden die Israelis diesmal mehrere strategische Trumpfkarten gegen Syrien aus der Hand geben, so auch die Artilleriestellung auf der Bergkette Dschebel Barukh, die nur etwa 25 Kilometer von Damaskus entfernt ist.

DER KOMMENTAR

Hoppla-Diplomatie

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Offenbar ist Bundesaußenminister Genscher von dem Gedanken durchdrungen, daß der zwischen den USA und der Sowjetunion schon anberaumte neue Ost-West-Dialog ohne seine geschäftige Mithilfe nicht richtig in Fahrt kommen könne. Er hatte sich wohl schon im Dezember vorgenommen, bis Juni mit Spitzenpolitikern aller Sowjetblock-Staaten zu sprechen. Getreu der Praxis von Egon Bahr bei den Verhandlungen über die Ostverträge will Genscher nicht an Moskau vorbei operieren, während sich seine Erwartungen wohl besonders auf Warschau und Ost-Berlin richten. So ist er nun hopplahopp nach Moskau gestartet, düst von dort nach Finnland, um dann für sechs Stunden in Warschau einzuschweben und schließlich seinen Besuch in Sofia abzustatten.

Die ostpolitische Emsigkeit des Bundesaußenministers wirkt nicht erst seit gestern hektisch. Was treibt Genscher um? Sein Luftsprung nach Moskau fördert die Vermutung, daß er mit der Sowjetunion eine Leitlinie absprechen will, die dann seinen Gesprächen in den Satelliten-Staaten vorgegeben wäre. Die Frage ist, was dabei an Nützlichem herauskommen kann. Es ist offensichtlich, daß der Kreml vorerst an seinem Duett mit Washington und nicht an einem vielstimmigen europäischen Chor interessiert ist. Glaubt Genscher dennoch, eine gewisse Eigeninitiative der Europäer hüben und drüben mobilisieren zu können, um europäische Interessen in den Dialog der beiden Supermächte einbringen zu können?

Natürlich gibt es europäische Interessen. Aber es gibt auch das Lehrstück Polen, welches vor noch nicht sehr langer Zeit Helmut Schmidt als Kanzler einbleute, daß es eine weltpolitische Machtlage gibt, von der sich die Europäer nicht mit dem Hinweis auf das „Vertragsgebiet" (Ostverträge) verabschieden können.

Als erstes hat die Bundesregierung deutsche Interessen wahrzunehmen, und das geht am besten so, wie es Bundeskanzler Kohl macht: Er sorgt dafür, daß Amerika die Bundesrepublik Deutschland als einen ebenso verläßlichen wie unentbehrlichen Partner betrachtet. Wenn Washington auf Bonn hört, kann die Bundesrepublik auf den Ost-West-Dialog mehr Einfluß nehmen, als wenn der Bundesaußenminister versucht, mit einer Art gesamteuropäischer Chimäre die Genfer Verhandlungen beeindrucken zu wollen.

Vor Genfer Runde spricht Reagan auch mit Kohl

WELT-Gespräch mit Burt: Wachsende Zustimmung zur SDI

FRITZ WIRTH, **Washington**

Präsident Ronald Reagan wird voraussichtlich im Laufe dieser Woche direkten Kontakt mit Bundeskanzler Helmut Kohl und anderen führenden Regierungschefs des Atlantischen Bündnisses aufnehmen, um mit ihnen die amerikanische Position bei den bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion abzusprechen, die am 12. März in Genf beginnen. Die endgültige Entscheidung über die amerikanische Verhandlungsstrategie wird erst in den nächsten Tagen fallen.

„Der Präsident hat im Laufe dieser Woche zwischen den verschiedenen Optionen zu entscheiden, die in den letzten Monaten von mehreren Arbeitsgruppen ausgearbeitet worden sind", erklärte Richard Burt, der Leiter der Westeuropa-Abteilung im State Department in einem Gespräch mit der WELT. Burt, der jeden Kommentar über seine mögliche Berufung als neuer Botschafter in Bonn ablehnte, betonte, daß seine Regierung allergrößten Wert auf eine ausgiebige Unterrichtung und Konsultation aller Bündnispartner vor und während der Genfer Verhandlungen legt. Deshalb werden Burt selbst und das gesamte amerikanische Verhandlungsteam unter Leitung von Botschafter Max Kampelman auf dem Weg nach Genf am 11. März in Brüssel Zwischenstation zu Gesprächen mit dem Nordatlantikrat machen.

Burt zeigte sich sehr zufrieden über die wachsende Zustimmung der Bündnispartner zu dem neuen Konzept der „Strategischen Verteidigungsinitiative" (SDI). „Wir waren nicht überrascht, daß es unter den Alliierten Sorgen und Differenzen über dieses Konzept gab. Wir können nicht erwarten, daß die Allianz von heute auf morgen einen fundamentalen Wandel im strategischen Denken nachvollzieht. Ebensowenig haben wir die Absicht, von heute auf morgen die Strategie der nuklearen Abschreckung aufzugeben." Die Erfahrung habe gezeigt, daß Strategie-Änderungen und die Herstellung eines allgemeinen Konsenses innerhalb der NATO zu solchen Änderungen überaus langwierige Prozesse sind. Einigkeit jedoch habe im Bündnis immer darüber bestanden, daß der Westen mit einer gemeinsamen starken Front in die Genfer Verhandlungen gehen müsse.

Burt erklärte im Zusammenhang mit der französischen Haltung zur SDI, die er „ambivalent" nannte, daß seine Regierung mit besonderem Interesse die Diskussionen über eine europäische Verteidigungsinitiative verfolge. „Wir sind nicht notwendigerweise dagegen", sagte Burt. „Verteidigung ist ein weites Feld. Verschiedene Länder haben aus unterschiedlicher geographischer Lage heraus unterschiedliche Prioritäten. Bestimmte neue Verteidigungs-Technologien müssen nicht für jedes Land von gleicher Bedeutung sein. Ich könnte mir vorstellen, daß eine Vereinigung der Mittel und der Expertisen der Europäer, Amerikaner und Japaner langfristig der wirksamste Weg ist."

Zur Frage der technologischen Mitarbeit der europäischen Staaten am

■ Fortsetzung Seite 8

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Unschuld vom Rande

Von Enno v. Loewenstern

Über den düsteren Vorfrühlingshimmel am Rhein flackert es bengalisch: Der Republik stärkstschillerndes Chamäleon changiert zur Abwechslung von Rotgrün ins Schwärzliche. Willy Brandt bietet der Union die Zusammenarbeit in wichtigen nationalen Fragen an, von der Umwelt bis zur „zweiten Runde der Ostpolitik". Ist das die Abkehr von der „Mehrheit links von der Union"? Brandt als neuer Wehner, eine zweite Runde à la 1960?

Keinesfalls. Das stellt der Meister selbst auf die besorgte Frage klar, ob ihn da nicht sozialdemokratische Wahlkämpfer stören, die zur Kooperation mit den Grünen bereit sind: „Das wäre ein großes Mißverständnis, wenn man hierin einen Widerspruch sähe." Das wäre es in der Tat.

Natürlich geht es hier nicht um nationale Verantwortung, sondern um getarnte Umklammerungsstrategie. Brandt hat sehr genau erkannt, daß die SPD entgegen seiner kühnen Versicherung „Wir stehen besser da als vor zwei Jahren" tatsächlich an den Rand geraten ist und allenfalls besser dazustehen scheint, als sie tatsächlich steht. Bangemanns Wort von den „zwei Lagern", auch wenn es zunächst verblüffend an die sowjetische Deutung von 1947 erinnert, trifft den Kern.

Es gibt in dieser Republik längst nicht mehr den Widerstreit zweier großer Parteien um das bessere Programm und/oder die besseren Köpfe, sondern es gibt hier wie in beklagenswert vielen Ländern weltweit den Gegensatz zwischen dem Lager der Vernunft und dem Lager der reinen Lehre. Und die Bürger merken sehr wohl, in welches Lager die SPD unter Brandts Führung (wieder zurück-) geglitten ist.

Brandt aber hat weder die Kraft noch den Willen eines Herbert Wehner, die SPD nach Godesberger Art auszurichten – oder wenigstens auftreten zu lassen. Müde Gesten gegenüber den Seeheimern und leere Angebote der Mitarbeit, falls die Regierung sich auf SPD-Vorstellungen statt auf das Richtige einläßt, erschöpfen seinen Versuch, den Bürgern bürgerlich und nicht riskant zu erscheinen. In Unkeln ist gut munkeln. Freilich, Kohl kann es als Kompliment auffassen, daß Brandt sich zu solchen Konzessionen genötigt sieht.

Vertreibung verurteilt

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Ungarische Volksrepublik hat als erstes kommunistisches Land die Austreibung der Deutschen nach 1945 nun auch parteioffiziell verurteilt. Mihaly Korom, Professor an der kommunistischen Parteihochschule in Budapest (nicht identisch mit dem ZK-Sekretär gleichen Namens), bezeichnete die Aussiedlung von Nationalitäten aus ihrer Heimat – in diesem Falle der „Donauschwaben" – als eine „antihumane Tat".

Auch andere prominente ungarische Historiker bezeichneten die Vertreibung der Ungarn-Deutschen im Jahre 1945 als „Bumerang" und unzulässigen Versuch, den Deutschen eine Kollektivschuld aufzubürden. Damit wiesen sie bei einem öffentlichen Disput die These eines Professors für Marxismus-Leninismus an der Universität Pecs (Fünfkirchen) zurück, wonach die Aussiedlung der Deutschen ein „Teil des internationalen Klassenkampfes" gewesen sei.

Vielmehr, so wurde der marxistisch-leninistische Professor belehrt, sei die Aussiedlung „unmenschlich" und überdies objektiv nicht notwendig gewesen. Den Ungarn-Deutschen, welche die kollektive Deutschfeindlichkeit und Entrechtung am eigenen Leibe erlebt hätten, wurde ausdrücklich zugebilligt, mit „großer Empfindlichkeit" auf jene düstere Vergangenheit zu reagieren.

Es ist bemerkenswert, daß in der Diskussion deutliche Kritik an der Aussiedlungspolitik der Tschechoslowakei laut wurde, die nach 1945 nicht nur ihre Deutschen, sondern auch Teile der ungarischen Bevölkerung (aus der Slowakei) vertrieben hat. Natürlich spielt bei dieser Haltung der ungarischen Partei die Tatsache mit, daß große Teile des ungarischen Volkes heute als nationale Minderheiten außerhalb der Grenzen des eigenen Staates leben müssen. Die Ungarn können schon deshalb nicht Fürsprecher von Vertreibung oder Assimilierung sein.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß die ungarische KP-Führung – im Gegensatz zu manchen ihrer Nachbarländer – nicht nur „ihre" Deutschen rehabilitiert, sondern auch eigene Fehler und Vergehen aus der Nachkriegszeit offen zugegeben hat. Das ist eine mutige, zukunftsweisende Haltung.

Vielleicht ahnten sie es

Von Eugen Wolmarshof

Seit die Woche der Brüderlichkeit erstmals 1951 veranstaltet wurde, haben die Themen gewechselt, es hat das Klima gewechselt – gleich geblieben und unvermindert aktuell ist die selbstgestellte Aufgabe, „eine von rassischen, sozialen, nationalen und religiösen Vorurteilen freie Bewertung des Menschen" durchzusetzen. Wer hätte damals, nach der durch die UNO im Zusammenwirken der USA und der UdSSR erfolgten Gründung Israels, zu prophezeien gewagt, daß Feinde der jüdischen Heimstatt bald sowjetische Hilfe erhalten würden, daß es einen linken Antisemitismus in der Tarnkappe des „Antizionismus" geben würde, daß sogar in Deutschland die Parole ausgegeben werden könnte, die nachgeborene Generation trage keine besondere Verantwortung gegenüber Israel?

Ach, vielleicht haben es einige geahnt. Diejenigen, die nicht nur die Warnung vor rassischen, sondern, scheinbar überraschend, die Warnung vor sozialen Vorurteilen ins Programm der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit aufnahmen. Nicht nur die kurz zuvor in der Sowjetunion inszenierte Ärzte-Affäre, wo man eine jüdische Verschwörung gegen den Stalin-Kronprinzen Schdanow entdeckt haben wollte, erinnerte daran: Wo Ideologie und Intoleranz regieren, da trifft es allemal die Juden, ob „auch" oder gezielt.

Ideologie und Intoleranz aber regieren weiterhin, in manchen Ländern in den Kabinetten, in anderen zumindest auf den Straßen und in den Medien. Strauß lenkt nicht vom Thema ab, er trifft das Thema im Kern, wenn er im Jahr des haßerfüllten sowjetischen Siegesrummels daran erinnert, daß auch vierzig Jahre nach dem Kriege noch Deutschen und anderen die Selbstbestimmung versagt wird, daß sich bei uns auch – wieder – „eine wenn auch noch recht diffuse, irrationale Bewegung zu formieren beginnt", daß der sogenannte Antifaschismus keineswegs ein Antitotalitarismus ist.

Brüderlichkeit? Das deutsche Volk will sie, und viele Völker mit ihm. Aber noch ist viel zu tun, ehe sich der Gemeinsinn gegen die Ideologie, die Menschlichkeit gegen den Haß durchsetzen, ehe wir von einer Woche der Brüderlichkeit zu einer Epoche der Brüderlichkeit kommen.



„Sehen Sie – leer!" KLAUS BÖHLE

Ganze hundert Mann

Von Werner Thomas

Das mit Spannung erwartete Treffen der beiden Herren ist kühl verlaufen, es reflektierte das Klima der bilateralen Beziehungen. Nicaraguas Präsident Daniel Ortega und Amerikas Außenminister George Shultz haben sich freilich in Montevideo mit dem gegenseitigen Versprechen verabschiedet, daß ihre Regierungen weiter den Verhandlungsweg verfolgen wollen.

Die Kluft der Meinungsverschiedenheiten klafft jedoch so tief, daß auch in Zukunft kein Erfolg zu erwarten ist, ganz gleich, in welchem Rahmen diese Initiativen stattfinden. Ortega würde gern zurückkehren in den mexikanischen Pazifikort Manzanillo, wo sich von Juni letzten bis Januar diesen Jahres amerikanische und nicaraguanische Delegationen gegenübersaßen. Shultz scheint nicht viel davon zu halten. Er plädierte für eine Wiederbelebung des Contadora-Prozesses, die alle amerikanischen Wünsche berücksichtigen würde.

Die Reagan-Regierung besteht auf ihren bisherigen Forderungen an die Sandinisten: Abzug der ausländischen Militärberater, Abrüstungsschritte, Ende der Unterstützung für Guerrilla-Bewegungen der Nachbarschaft, Demokratisierungsprozeß. In Washington grassiert die Furcht vor einer Kubanisierung Nicaraguas. „Ein Kuba ist genug", sagte Außenminister Shultz dieser Tage.

Die Sandinisten werden jedoch nicht auf diese Bedingungen für eine Normalisierung des Verhältnisses eingehen, weil sie dann ihre Macht verlieren. Nur darum geht es ihnen. Sie haben sich einen Machterhaltungsapparat nach marxistischem Muster aufgebaut, den sie nicht demontieren wollen. Dazu gehört neben den Blockwartorganisationen, den politischen Sondergerichten und dem Staatssicherheitsdienst auch das Militär, mittlerweile 120 000 Soldaten und Milizen. Dazu gehören die ausländischen Militärberater.

Ein Seitenaspekt des letzten Kapitels der Nicaragua-Krise war die Diskussion um jene Kubaner, die die Uniform der sandinistischen Volksarmee tragen. Fidel Castro hatte ihre Zahl einmal auf ein paar hundert Mann geschätzt. Bei einer Pressekonferenz letzte Woche im Weißen Haus hatte es einen heftigen Wortwechsel zwischen dem Reagan-Sprecher Speakes und einigen Journalisten gegeben, weil in der „Washington Post" stand, daß „westliche Diplomaten" in Managua lediglich von 300 bis 500 Beratern dieser Art sprächen, während die Reagan-Regierung 3000 bis 3500 vermutet. Comandante Ortega nannte jetzt in Montevideo die Zahl 1500, wenn „technisches Personal" mitgezählt wird.

Die Sandinisten bauen in ihrem Kampf gegen Washington auf Washingtoner Schützenhilfe: Der Kongreß soll nach Ostern die weitere Finanzierung der antisandinistischen „Contras" niederstimmen. Die „Friedensoffensive" des Präsidenten Ortega, die neben dem Abzug von hundert kubanischen Militärberatern auch den vorübergehenden Verzicht weiterer Waffenimporte einschließt, war an die Adresse des Kapitolshügels gerichtet.

Hundert Militärs sind freilich leicht zurückzuholen, und was alles in den Kisten auf den sowjetischen Frachtern angeliefert wird, kann der US-Kongreß nicht kontrollieren – dennoch sieht es danach aus, daß Präsident Reagan die Abstimmung verliert (falls er abstimmen läßt). Selbst republikanische Kongreßführer befürchten eine Niederlage. Wenn das so kommt, hat aber nicht die durchsichtige Strategie Nicaraguas diese Entscheidung beeinflußt, sondern die Tatsache, daß Reagan eine Hilfe über CIA-Kanäle wünscht. Selbst der republikanische Senator Duerenberger, der neue Vorsitzende des Geheimdienst-Überwachungsausschusses, plädiert für offene Karten im Nicaragua-Spiel.



So kommt es zu keiner Einigung: Shultz, Ortega FOTO AP

Innerhalb der Reagan-Regierung werden bereits Überlegungen über offene Maßnahmen diskutiert. Dazu gehören ein Bruch der diplomatischen Beziehungen, damit die Antisandinisten offiziell anerkannt werden können, eine Handelsblokckade und ein Waffenembargo. Möglich, daß das Thema Nicaragua auch bei bilateralen Kontakten mit der Sowjetunion erörtert wird, wie 1962 die Kuba-Situation während der Raketenkrise.

Präsident Reagan steht im Wort, daß er sich mit dem Status quo in Nicaragua nicht abfinden wird. Und er steht am längeren Hebel. Er kann die Druckmittel weiter verschärfen. Eine Handelsblockade würde vermutlich zum totalen Zusammenbruch der nicaraguanischen Wirtschaft führen, die sich bereits jetzt schon nach Worten Daniel Ortegas in einem „höllischen Zustand" befindet.

Die Sandinisten hätten alles viel leichter haben können. Im August 1981 hat Thomas Enders, der damalige Lateinamerika-Chef im State Department, während eines Managua-Besuchs eine Verhandlungslösung angeboten, die keine Systemänderung forderte. Washington wollte im Fall einer Einigung die gestoppte Wirtschaftshilfe wieder aufnehmen.

Die Comandantes lehnten ab, rüsteten massiv auf und knüpften ihre Kontakte zum Ostblock noch enger. „Wir wollten nicht auf den Knien kriechen", sagte Sergio Ramirez, der heutige Vizepräsident. So nahm die Konfrontation ihren weiteren Lauf: Enders empfahl der Reagan-Regierung die Aufstellung einer antisandinistischen Guerrilla-Organisation. Jetzt sehen die Sandinisten sich immerhin genötigt, formal ein Knie zu beugen. Wenn man es so nennen will. Falls ihre Sympathisanten es wirklich für unzumutbar halten, daß Nicaragua seine Nachbarn in Ruhe lassen soll – wieviele Länder sollte man den sandinistischen Kommunisten zur Eroberung freigeben, ehe Amerika eingreift?

IM GESPRÄCH Heinrich Übleis

Technokrat in der Au

Von Astaf Domberg



An die Stelle von Sekanina gerückt: Übleis FOTO AP

Ein bulliger, schwergewichtiger, in Affären verstrickter Gewerkschaftsboß mußte gehen – und an seine Stelle trat ein äußerlich unauffällig-korrekter, eher schlanker Technokrat, dem hohe Fachkenntnis und Manager-Fähigkeiten nachgesagt werden. Heinrich Übleis, bisher österreichischer Generalpostmeister, wurde anstelle des über Finanz- und Villengeschichten gestolperten Metallgewerkschafters Sekanina zum neuen Bundesminister für Bauten und Technik in der Wiener Regierung ernannt.

Damit ist Bundeskanzler Sinowatz seiner Gewohnheit treu geblieben, an die Stelle ideologisch fixierter „Linker" wie etwa des ehemaligen Finanzministers Salcher oder des Exaußenministers Lanc eher „rechtsstehende" Sozialdemokraten oder aber Fachleute in seine Regierung zu holen. Übleis ist, ebenso wie der neue Finanzminister Vranitzky, ein solcher Fachmann. Politisch verfügt der 1933 geborene Oberösterreicher über keinerlei Hausmacht in der SPÖ. Überhaupt ist er als Parteipolitiker bisher nicht hervorgetreten. Dafür führte er seit 1979, als er zum obersten Chef der österreichischen Post bestellt wurde, das notorisch notleidende Staatsunternehmen aus tiefroten Zahlen heraus. Die Post in Österreich erwirtschaftet heute sogar einen Überschuß – vor allem, weil Übleis das Fernmeldenetz modernisierte, den Betrieb rationalisierte und moderne Elektronik einsetzte.

Übleis hat sich also nicht als Politiker, sondern als Beamter hochgehievt. Er leitete nach dem Abitur kleinere Postämter in seiner oberösterreichischen Heimat. 1955 kam er nach Wien, wo er nebenberuflich Jura studierte und promovierte. Er wurde 1979 Sekretär des Verkehrsministers im Kabinett Kreisky und beschäftigte sich später mit Planungs- und Koordinationsfragen, bevor er vor sechs Jahren zum „Generaldirektor für die Post- und Telegrafenverwaltung" (so der offizielle Titel) aufrückte.

Sinowatz, der eine offensichtliche Vorliebe für Leute solchen Schlages hat, soll schon seit langem darauf erpicht gewesen sein, diesen Mann in seine Regierung aufzunehmen. Den neuen Minister erwarten harte Aufgaben und schwere Probleme, vom Autobahnbau bis zum Konflikt um die Kraftwerksprojekte. Daß nicht ein Berufspolitiker und Funktionär, sondern ein Manager modernen Zuschnitts das Rennen um das für Österreich wichtige Bautenressort machte, ist zugleich ein Symptom für einen gewissen Machtverlust der Gewerkschaften innerhalb der SPÖ.

Jetzt muß sich allerdings zeigen, ob die Fachleute des Fred Sinowatz nicht nur fachlich das Richtige tun, sondern auch politisch den notwendigen Instinkt und das entsprechende Durchsetzungsvermögen entwickeln.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zur Lage der Dissidenten im Osten stellt die Zeitung fest:

Entgegen aller Hoffnung auf einen humaneren Umgang mit politisch Andersdenkenden hat die „DDR" im vergangenen Jahr die Strafen für politische „Delikte" drakonisch erhöht. Nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) wurden Ausreisewillige, Bürgerrechtler und Leute, die freimütig ihre Meinung äußern, im Jahre 1983 durchschnittlich zu zwei Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt. Im vergangenen Jahr betrugen die Strafen für diesen Personenkreis im Durchschnitt drei Jahre und zwei Monate ... Nein, die Menschenrechtssituation in der „DDR" hat sich nicht entspannt, stellte die IGfM fest. Da ist es gut zu wissen, daß es in der Bundesrepublik Menschen gibt, die selbstlos und mit großem Engagement den politisch Verfolgten in der „DDR", der Sowjetunion und in anderen Diktaturen in und außerhalb Europas zur Seite stehen. Sie scheuen sich nicht, Menschenrechtsverletzungen überall dort an den Pranger zu stellen, wo sie begangen werden. Die „DDR" und die Sowjetunion stehen da leider weiter an der Spitze.

Mannheimer MORGEN

Zu Axen in Bonn heißt es hier:

Die Zeit der Passivität aus Rücksicht auf den großen Bruder scheint für Ost-Berlin im Zeichen einer veränderten Großwetterlage zu Ende zu gehen. Zeichen solcher allmählicher Auflockerung sind auch die Reise von Wirtschaftsminister Bangemann im März zur Leipziger Frühjahrsmesse und eine Begegnung des neuen FDP-Vorsitzenden mit Generalsekretär Honecker sowie der Gegenbesuch des SED-Wirtschaftsfunktionärs Mittag einen Monat später bei der Hannover-Messe. Und irgendwann im Frühjahr, so avisiert die DDR, wird auch das Politbüromitglied Häber sich nach Bonn zu Gesprächen auf hoher Ebene aufmachen.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Sie kommentiert den ostpolitischen Kurs von Bundeskanzler Kohl:

Das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik verlangt es, den Anspruch auf Wiedervereinigung in einem freiheitlichen Deutschland aufrechtzuerhalten, auch wenn dieser auf lange Sicht dazu verurteilt ist, ein moralisches Postulat zu bleiben. In dieser Form ausgedrückt und deutlich abgesetzt von Ideen über ein neutralisiertes Gesamtdeutschland von ungewisser politischer Konstruktion, verdient dieser Anspruch nach wie vor Unterstützung.

MÜNCHNER MERKUR

Sie meint zur Diäten-Spende der Grünen nach Afrika:

Ihnen geht es um eine Demonstration: für die „Volksbewegung" Namibias. Diese Swapo, die behauptet, für eine bessere Zukunft der ehemaligen deutschen Kolonie zu kämpfen, greift zu den Maßnahmen des ganz gewöhnlichen gemeinen Terrors. Sie schüchtert die Bevölkerung durch Überfälle ein, legt Bodenminen, die nach dem Zufallsprinzip einzelnen Opfern zum Verhängnis werden, nicht selten Kindern. Das alles ist natürlich kein Grund, den Opfern auf seiten der Swapo Hilfe zu verweigern. Ein Grund, sich mit Solidaritätsappellen für die brutale Guerrilla-Organisation zurückzuhalten, ist es aber sehr wohl. Gleichgültig, welcher politischen Richtung man angehört.

Wechsel des Steuermanns in der Ärzteflut

Häußler nach Muschallik und die Frage nach der Ausbildung / Von Albert Müller

Wenn Norbert Blüm Ende März die „Vollbremsung der Gesundheitskosten" programmiert, sitzt ihm in der Konzertierten Aktion ein neuer Sprecher der Kassenärzte gegenüber. Dieser ist um seine Aufgabe so wenig zu beneiden wie der Minister. Stürmisch wachsende Krankheitskosten und steigende Ärzteflut aus einem allenfalls mäßig zunehmenden Finanzkuchen der Krankenkassen zu finanzieren schließt Eintracht aus.

Auf Hans Wolf Muschallik (73), den Kölner Internisten, bisher 16 Jahre an der Spitze der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und 25 Jahre der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordrhein vorstehend, folgt Professor Siegfried Häußler (68), 28 Jahre Vorsitzender der KV Nordwürttemberg und schon vor einem Vierteljahrhundert Leiter des Hartmann-Bundes, des größten freien Ärzteverbandes. Beide Männer sind standespolitisches Urgestein. In der jüngeren Generation war offenbar keiner befähigt – oder bereit –, diesen heißen Platz einzunehmen. Eigentlich hat die Ärzteschaft eine Doppelspitze. Aber die andere, der Präsident der Bundesärztekammer, hat weder Macht noch Geld. KBV-Vorsitzender zu sein hingegen ist ein ausgesprochen politischer Job.

Mit Muschallik trat ein Vollblutpolitiker ab. Die Kassenärztlichen Vereinigungen, Körperschaften des öffentlichen Rechts, verteilen zur Zeit rund 19 Milliarden Mark im Jahr. Das Geld geht an 64 000 Kassenärzte, die bald 100 000 sein werden. Zuteilung ist nicht möglich ohne Kontrolle (Macht nach innen). Insoweit ungeliebt, verfügt die KV-Spitze andererseits über eine bis dato unerschütterte Position in der parlamentarischen Lobby (Macht nach außen).

Beispiel: Als 1960 der Muschallik-Vorgänger Friedrich Voges, ein Mann aus gleich gutem Holz wie seine Nachfolger, im Sturm um den Blank-Versuch der Krankenversicherungsreform Anlaß zu empörtem Protest gegen eine ungeschickte ministerielle Verlautbarung hatte, entschuldigte sich bei ihm persönlich-schriftlich kein Geringerer als der Regierungschef selbst, Konrad Adenauer. Auch erhielt der Minister Weisung, bei seinem Gesetzentwurf die Ärzte-Einwände besser zu berücksichtigen.

Muschallik hat Macht ausgeübt, aber nie demonstriert. Er war in der Sache souverän, doch anpassungsfähig, wenn die Verhältnisse es ihm geboten. Im übrigen pflegte er möglichst freundschaftlichen Kontakt zu Ministern, Fraktionsvorsitzenden, Verbandsgrößen, auch Journalisten; es gab (außerhalb der Ärzteschaft) keinen Gesprächspartner, der „Musch" nicht mochte.

Daß die guten Jahre dahingingen, ist nicht ihm anzulasten. Er hat oft gewarnt, den Boom als die Norm mißzuverstehen. Als der Schwenk in die Kostendämpfung nötig wurde, hätte ihn kein anderer auf Ärzteseite mutiger und moderater vollziehen können. Zwar stiegen die Kassenausgaben 1960 bis 1984 um 1000 Prozent (auf 105 Milliarden Mark im Jahr). Doch war es schlimm, daß Gesundheitspolitik sich öffentlich nur noch als Kostenmanipulation darstellte.

Beide freilich, der alte wie der neue Chef, haben als größte Gefahr für ihren Stand die „Ärzteschwemme" ausgemacht. Seit etwa zehn Jahren drohend, ist sie „unbehandelt" geblieben. Jetzt werden Folgen befürchtet, die Honorar wie Qualität der Ärzte betreffen.

Zur Honorarfrage: Muschallik klagte in seiner Abschiedsrede vor der KBV, der gesamte Zuwachs der Gesamtvergütung werde von den neu zugelassenen Ärzten in Anspruch genommen, den älteren drohe Einkommensabfall.

Häußler zur Qualität: „Wir wissen schon lange, daß der jüngere Arzt einen größeren Aufwand an Diagnostik und Therapie für den gleichen Zweck (als der ältere) benötigt" („Ärztliche Praxis"). Zu den höheren Kosten des jüngeren komme aber nicht mit Sicherheit ein Qualitätsgewinn. Daher des Professors für Allgemeinmedizin hartnäckige Forderung nach zweijähriger Weiterbildung der Jungapprobierten in Allgemeinmedizin vor der eigentlichen Zulassung zur Kassenpraxis. („Der Konkurrenzkampf steigert nicht die Qualität, sondern bedeutet eine Gefährdung für uns alle.")

Häußler dürfte sowohl nach innen wie außen in schwere Konflikte geraten. Denn er ist zwar geschätzt und beliebt, geht aber keinem Dissens aus dem Wege. Im Verhältnis zu seinen in tausend Rivalitäten verstrickten Standesgenossen wird er, den man den Zuchtmeister der Kassenärzte genannt hat, als neuer Spitzenmann vermutlich elastischer operieren. Denn jeder einzelne wünscht auch in Zukunft vom Honorarkuchen ein angemessenes Stück, ob mit oder ohne Vorwegbetonung von Qualität.

Treholt – ein Super-Diplomat auf Abwegen

Größter Spionage-Prozeß in Norwegen: Angeklagt ist ein Mann, der KGB-Kontakte nicht leugnet, seine Tätigkeit aber als Diplomatie begreift. Und dieser Arne Treholt wäre beinahe Außenminister in Oslo geworden.

Von H. J. SCHILDE

Trotz der schwerbewaffneten Polizisten, die ihn jeden Tag in den Gerichtssaal 23 in Oslo begleiten, trotz der Blitzlichter der Fotografen hat Arne Treholt das Lachen nicht verlernt. Obwohl er das für ihn zu glatt gewordene Diplomatenparkett gegen die Szenerie des Gerichtssaales tauschen mußte, in dem sich 45 norwegische mit 45 ausländischen Journalisten die Plätze teilen.

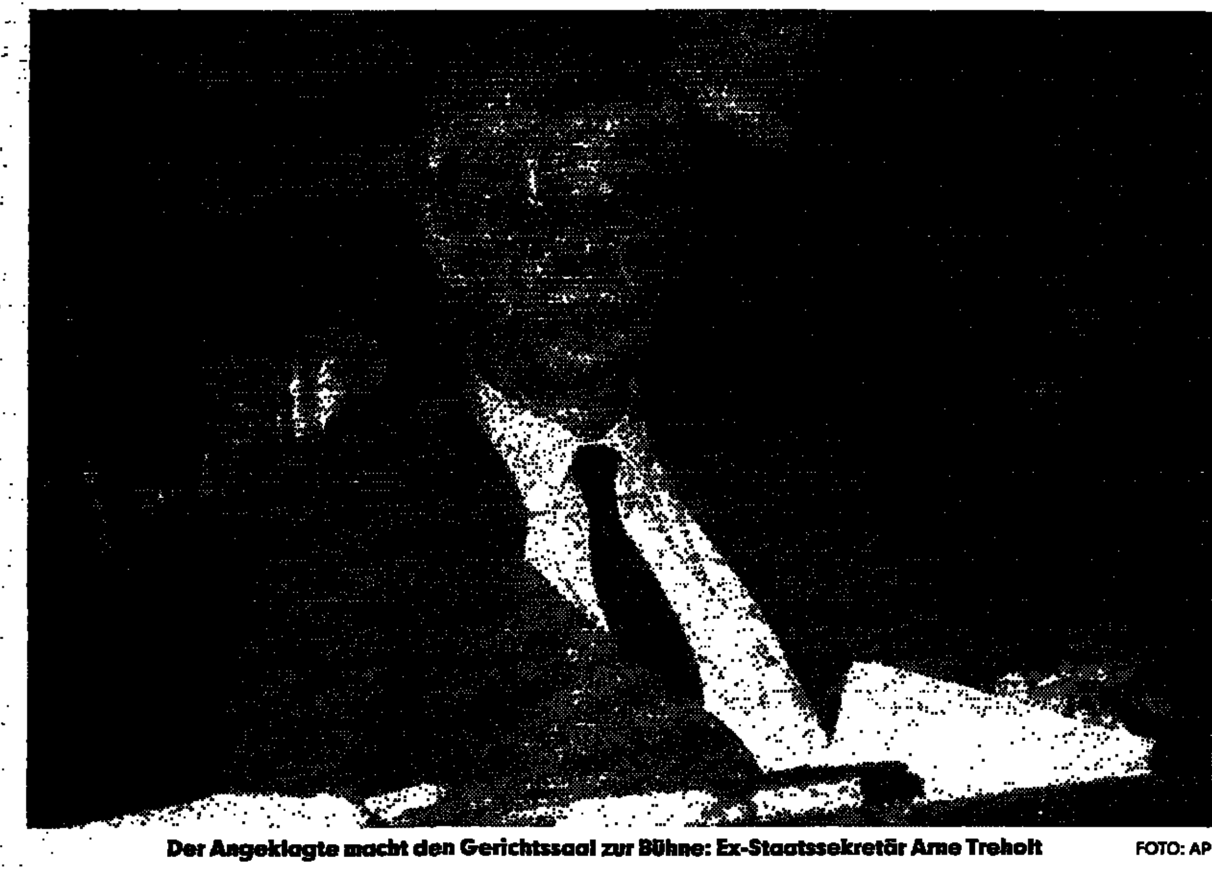
Der durchtrainierte 42jährige, eine gepflegte Erscheinung mit grauen, modisch geschnittenen Haaren, kann sieben Stunden ohne Ermüdungserscheinungen im Gerichtssaal stehen. Ihm macht es nichts aus, aus Zeitgründen auch am Samstag sich den harten Fragen der Staatsanwälte zu stellen. Genauso leicht wie er als Diplomat in den Jahren 1979 bis 1982 bei den Vereinten Nationen die internationale Szenerie der UNO ebenso wie die Härte des New Yorker Marathons verkraftete, scheint ihm auch der größte Spionageprozeß der norwegischen Geschichte zu gefallen, in dem er die Hauptrolle spielt. Nach 13 Monaten Einzelhaft ist der Sozialdemokrat Arne Treholt wieder genau da, wo es ihm immer am besten gefiel: im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Unmißverständlich ist die Anklage: Verrat zugunsten der Sowjetunion und Iraks. Und dies über einen Zeitraum von zehn Jahren. Angefangen von detaillierten Plänen der norwegischen Luft- und Landesverteidigung bis hin zu den Bereitschaftsplänen der Erdöl- und Erdgasfelder; die ständige Weitergabe chiffrierter Telegramme zwischen Washington und Oslo an den KGB-Mann Vladimir Sjisin in New York, sowie ständige heimliche Treffen mit dem KGB-General Gennadij Titov. Immerhin hatte Arne Treholt 66 Seiten an Geheimdokumenten im „Streß"-Koffer, als er Titov Ende Januar 1984 in Wien wiedertreffen wollte. Doch der norwegische Geheimdienst war schneller. Auf dem Flugplatz in Oslo wurde Arne Treholt verhaftet.

Kurz nach seiner Verhaftung soll er bereits gestanden haben, im Dienste des KGB zu stehen. Angeblich bot er seinen Landsleuten mit den Worten „Laßt uns die Schweine bloßstellen" eine Doppelagenten-Position an. Doch nach der ersten Prozeßwoche – insgesamt fünf sind vorgesehen – streitet Arne Treholt jeglichen Verrat am Königreich Norwegen und an der NATO-Gemeinschaft ab. Er sei im Schockzustand gewesen. Die Geheimpolizei hätte mit psychologischen Tricks ihn zum Geständnis erpreßt. Er sah sich vielmehr bei seinen Geheimbegegnungen als eine Art Superdiplomat, als Brückenbauer zwischen Ost und West, der eben aus Liebe zu Norwegen sein Land aus der für ihn unheimlichen Umklammerung mit den USA retten wollte. Daß er als Staatssekretär und zum Schluß seiner Karriere als Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes direkt an der Geheimnisquelle der NATO-Politik an der sowieso nur schwach gesicherten NATO-Nordflanke saß, machte ihn für den KGB zum wichtigsten norwegischen Gesprächspartner.

Wie einst Vidkun Quisling durch seine Hingabe an Hitler Norwegen vor dem Bolschewismus retten wollte und auch 1945 bei seiner Verhaftung nie einsah, daß er eigentlich ein Verräter seines Landes war, so fühlt sich auch Arne Treholt mißverstanden, wenn der Chefankläger Lasse Quigstad in fast ungläubig fragt, ob er denn nicht wußte, daß seine Kontakte prominente KGB-Vertreter waren. „Ja", antwortet Arne Treholt, „aber sie verstanden mein Anliegen. General Titov war ein väterlicher Freund, dessen intellektuelle Begabung für mich eine Bereicherung darstellte." Doch Naivität zugunsten des Angeklagten in Rechnung zu stellen, ist für jeden, der Arne Treholt kennengelernt hat, einfach unmöglich.

In seiner Partei, der Arbeiterpartei, gab es keinen, der so geschickt, so freundlich und so gekonnt die Presse beeinflußte. Belastet durch eine Familie, in der die Tragödie fast zum ärmlichen Alltag in dem abgeschiedenen Dorf Brandbu gehörte, kommt Arne Treholt als Student in Oslo in linksradikale Kreise, wird überzeugter Marxist, arbeitet als Journalist bei der Parteizeitung und beginnt mit seiner ihm eigenen Fähigkeit und Arbeitskraft den Aufstieg in der Regierungspartei. Er kämpft gegen die Junta in Griechenland, schließt enge Freundschaften mit Papandreou und der griechischen Mafia, wird zu einem Kritiker der USA, die für ihn – das hat er immer wieder bei nächtlichen Trinkgelagen mit Journalisten betont – das absolute Böse verkörpert. Konsequent ist sein Nein zur Europäischen Gemeinschaft, zu Norwegens NATO-Mitgliedschaft. Und eben in diesem radikalen Universitätsmilieu tritt zum erstenmal der KGB an ihn heran. Eine Freundschaft beginnt, die sich bewähren sollte.



Der Angeklagte macht den Gerichtssaal zur Bühne: Ex-Staatssekretär Arne Treholt FOTO: AP

Auf dem Höhepunkt seiner Macht als Staatssekretär unter Jens Evensen von 1976 bis 1979 ist es der damals 34jährige, der die politischen Fäden des so wichtigen Seeministeriums in der Hand hält. Er bestimmt maßgeblich mit über die Teilung der Barentssee, eines der größten Meeresgebiete Europas; er gibt den Russen recht bei der Einrichtung einer Grauzone von 155 000 Quadratkilometern, die praktisch von der Marine der Sowjetunion beherrscht werden. Und so groß war sein Einfluß, daß er in Moskau die norwegischen Korrespondenten zu einem kostenlosen Wochenende nach Murmansk schicken konnte, so daß er unter Ausschluß der norwegischen Öffentlichkeit den Vertrag unter Dach und Fach bringen konnte.

Wie der KGB-General Titov so war auch der Minister Jens Evensen ein väterlicher Freund, der in seiner USA-Kritik sich kaum von Arne Treholt unterschied. Allerdings: Treholts größter Schachzug scheiterte. Jens Evensen sollte nach dem farblosen Ministerpräsidenten Odvar Nordly dessen Nachfolger werden. Arne Treholt lancierte den Gedanken. Jens Evensen wurde Mann des Jahres. Und wäre er Ministerpräsident geworden, hätte der junge Treholt die Macht eines Außenministers gehabt. Doch so weit kam es nicht. Jens Evensen war zu reich und zu kurz erst Parteimitglied, um die sozialdemokratische Basis erobern zu können. Arne Treholt ging nach New York als hoher Diplomat.

Seine Zusammenarbeit mit dem irakischen Geheimdienst, vermittelt durch die griechische Mafia in New York, brachte ihm Tausende von Dollar ein. Immerhin versuchte er, sich selbst zum Friedensapostel in Skandinavien zu ernennen. Doch gleichzeitig versuchte er, Waffen aus Skandinavien für Irak zu kaufen. Ausdruck einer politischen Schizophrenie des Arne Treholt.

Die Ideologie, die heute im Gerichtssaal 23 von Arne Treholt als Superdiplomatie ausgegeben wird, ist auch einem fast gleichaltrigen Mann wie dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Einar Förde nicht fremd. Dieser kann durchaus einmal Außenminister in Norwegen werden. Er zeigte seine Solidarität mit der polnischen Arbeiterbewegung, indem er Jaruzelski als Garant für den Frieden in Europa ausgab, Lech Walesa dagegen abkanzelte.

An Norwegens gemeinsamer Grenze von 196 Kilometern mit der UdSSR liegt bei Murmansk eine der größten Marinebasen der Welt. Neben Finnland und Schweden berührt im Norden Europas nur der NATO-Partner Norwegen den russischen Herrschaftsbereich. Arne Treholt als Meinungsmacher war für den KGB wahrscheinlich wesentlich wichtiger als ein Verräter militärischer Geheimnisse, die allerdings auch die Atomstrategie der NATO umfassen. Denn als Schüler der exklusiven Verteidigungshochschule von 1982 bis 1983 war dem Arne Treholt täglich NATO-Geheimnismaterial präsentiert worden.

Genau an diesem Punkt kann die Wende im Prozeß eintreten. Die Teilnahme an dieser Ausbildung war ihm mit Erlaubnis des konservativen Verteidigungsministers Anders Sjaastadt erteilt worden. Nach norwegischem Gesetz kann dieser aber nun Beihilfe zur Spionage geleistet haben. Dieser Vorwurf ist die Trumpfkarte der Verteidigung, die vielleicht schon in der zweiten Prozeßwoche ausgespielt werden wird.

„Es geht um die Vitalität und Zuversicht Berlins"

In einem Beitrag der „WELT am SONNTAG" äußerte sich der Berliner Verleger Axel Springer zu den Berliner Wahlen am 10. März. Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge.

Von AXEL SPRINGER

Auch anderswo sind an diesem 10. März Wahlen. Doch die in Berlin sind die wichtigsten. An ihnen orientiert sich die Weltöffentlichkeit.

Denn das freie Berlin ist die ideelle und geistige Hauptstadt unseres Landes. Was hier politisch geschieht, geschieht für Deutschland. Berlin ist nationale Aufgabe und hat nationale Aufgabe. Es hält in seiner Existenz die deutsche Frage offen. Es ist und bleibt als Hort der Freiheit Mahnung wie Wegweiser zur deutschen Einheit.

In der alten Reichshauptstadt ist in den letzten Jahren auch einiges geschehen, was uns stolz machen kann. Das Klima hat sich gründlich gewandelt. Zuversicht und neues Eigenwertgefühl sind eingezogen. Das alte Selbstbewußtsein, in den Herausforderungen harter und entbehrungsreicher politischer Jahre gewachsen, ist zurückgekehrt...

Was vor vier Jahren wie ein Märchen klang, ist Realität: Unternehmen gehen nicht mehr nur wegen der Subventionen an die Spree, sondern weil sie spüren, daß Berlin mit seiner gewachsenen Industriekultur wieder ein Sprungbrett in die Zukunft wird. Das gilt für mittelständische Unternehmen ebenso wie für Großbetriebe. Besonders die hochentwickelten, modernen Zukunftsindustrien finden in Berlin ein selten günstiges Betätigungsfeld.

„Die Stimmung in Westdeutschland gegenüber Berlin ist umgeschlagen, und zwar ganz eindeutig zum Besseren hin. Berlin, das ist wieder was. Da kommt man wieder gerne hin. Da lohnt es sich wieder zu arbeiten und zu investieren."

Diese neue Einordnung der Stadt, meint der Bundeswirtschaftsminister, Martin Bangemann, habe er ohne jede Einschränkung auf der Berlin-Konferenz von Handel, Banken und Versicherungen im Dezember 1984 verspürt.

Berlin im Aufwind, eine Legende? Mitnichten. In den letzten eineinhalb Jahren sind 11 000 Menschen im erwerbsfähigen Alter mehr an die Spree gekommen als von hier abgewandert. 1984 stieg die Geburtenziffer; Berlin liegt damit in der Spitzengruppe der Bundesländer.

Trotz mancher Klage über schlechtes Wohnen errang Berlin in der Pro-Kopf-Versorgung mit Wohnraum die Spitze der UNO-Statistik. Und: Mit fast 22 Millionen Transit-Reisenden wurde im vergangenen Jahr ein Rekordergebnis erzielt.

Zudem glänzt die Metropole mit wissenschaftlicher und künstlerischer Kreativität, mit dem geistigen Reichtum ihrer Hochschulen, wissenschaftlichen Institutionen, Theater und Museen. Seit 1959 hat es nicht mehr eine so hohe Zahl Auszubildender gegeben wie Ende 1984 – nämlich 42 900.

Berlin ist eine Stadt mit Zukunft, eingebettet in historische Verantwortung. Deshalb ist Bundeskanzler Helmut Kohl entschlossen, gerade hier das Deutsche Historische Museum zu errichten. Es soll ein Geburtstagsgeschenk der Bundesrepublik Deutschland für die 750-Jahr-Feier 1987 sein und nationale Dimension haben...

Mögen alle Berliner Bürger, die am 10. März zur Wahlurne gehen, dies im Bewußtsein tun, einer Stadt anzugehören, die ihren unverlierbaren und unvergleichbaren Platz in der Weltgeschichte erworben, aber auch zu wahren hat...

Es gibt in der Stadt Leute – zum großen Teil Nichtberliner, wie man den Kennzeichen ihrer vielen Kraftfahrzeuge entnehmen kann –, die Berlin autofrei machen, die Schulpflicht beseitigen, die soziale Marktwirtschaft beenden, die Gefängnisse abreißen, die Bindungen zum Bund kappen und die westlichen Schutzmächte hinausdrängen wollen.

Getarnt als Advokaten für die Erhaltung des Waldes und für bessere Luft, haben wir es in Wahrheit mit politischen Gruppierungen zu tun, die, von Ressentiments angetrieben, unsere parlamentarische Demokratie lächerlich machen, ja abschaffen wollen. Die meisten Berliner haben erkannt, für wessen Ziele derlei Gruppierungen, teils gewollt, teils ungewollt, tätig sind. Einige Politiker in dieser Stadt allerdings tappen wie blind um die ausgelegte Falle herum.

Kooperation mit Gegnern des westlichen Bündnisses, Feinden des Rechtsstaates, Verunglimpfern des Parlaments? Der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth, ein Mann, der weiß, wovon er spricht, erklärte dazu: „Ein Vordringen dieser Leute in die politischen Entscheidungszentralen der Stadt wäre der Beginn der größten Arbeitsplatzvernichtung." Eine Katastrophe bahnte sich an.

Für Berlin geht es am 10. März um die Existenz, um die Zukunft, um jene Vitalität und Zuversicht, ohne die nichts geht. Niemand sollte den Weg zur Wahlurne scheuen. Jeder, der nicht wählt, stärkt die Zerstörer dieser Stadt – denn diese wählen bestimmt...

Der Hang zur Flasche wird bei den Sowjets zur Epidemie

Der Wodka bringt dem Sowjet-Staat eine Menge Geld ein, doch er bringt auch großen wirtschaftlichen Schaden. Fast 40 Prozent der arbeitenden Männer gelten mehr oder weniger als Alkoholiker. Grund genug für eine Kampagne gegen die Trunksucht.

Von DETLEF BERTHELSEN

Alarmiert griff der Genosse Leo Dawidowitsch Bronstein zur Feder: „Da ich mich im Urlaub befand und im Plenum nicht anwesend war", geißelte Bronstein, besser bekannt unter seinem Kampfnamen „Trotzki", schriftlich die Absichten seiner Kollegen im Zentralkomitee der KPdSU, das Staatsbudget durch die Wiedereinführung des staatlichen Alkoholverkaufs aufzubessern. Trotzki, für den es eine unbestreitbare Notwendigkeit war, „daß sich unser Budget nur auf Erfolge der Landwirtschaft, der Industrie und des Außenhandels stützen kann", sah in der Absicht, „das Budget auf eine Alkoholgrundlage zu stellen, einen Versuch, die Geschichte zu betrügen" und die Gefahr „der Demoralisierung der Arbeiterklasse".

Die harten Worte, am 14. Juni 1923 formuliert, zeigten indes wenig Wirkung. Bereits 1927 hob der „Eiserne" aus Georgien, Trotzkis Widersacher Josef Stalin, die Prohibition wieder auf, nachdem Trotzki aus der Partei verstoßen worden war. Der Staatssäckel der jungen Sowjetunion brauchte trotz – oder gerade wegen der gewaltsam betriebenen – „Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) jede Kopeke.

44 Milliarden Mark bringt der Wodka

Daß bereits 1925 nach einer Erhebung elf Prozent der sowjetischen Arbeiter Alkoholiker waren, schreckte offenbar nicht. Heute, über 60 Jahre nach Trotzkis Warnung, trägt die UdSSR schwer am Erbe dieser Entscheidung. Auf 37 Prozent schätzt das staatliche Anti-Alkohol-Komitee allein den Anteil der männlichen Arbeiter, die als alkoholgefährdet gelten müssen. In Stalins Heimatrepublik Georgien erreichen die Verluste durch den Alkohol (Produktionsausfälle plus Rehabilitierungs- und Bekämpfungsmaßnahmen) jährlich die Summe von 200 Mill. Rubel (ca. 600 Mill. Mark). Und dies bei einer Bevölkerungszahl von nur fünf Millionen.

Zahlen für die gesamte Sowjetunion werden nicht veröffentlicht, jedoch werden die staatlichen Einnahmen durch das Wodka-Monopol allein auf annähernd 44 Mrd. Mark pro Jahr geschätzt. Das entspricht etwa einem Zehntel des gesamten Militärhaushalts, der sich nach konservativen westlichen Schätzungen auf rund 500 Mrd. Mark beläuft.

Schon die Zaren deckten bis zu einem Drittel ihres Staatshaushaltes mit dem Vertrieb von Hochprozentigem. Ein auch andernorts gern geübter Brauch – Deutschlands Kaiser Wilhelm II. erfand für seine Flottenrüstung eigens die Sektsteuer.

Zechen bis zum Exzeß hat Tradition in Rußland. So gibt es Quellen, die berichten, schon das Christentum habe vor allem deshalb Fuß fassen können, weil die islamische Konkurrenz den Genuß von Alkohol verbot. Was ein aufrechter Russe sein will, der darf auch nach ein paar Fläschchen Wodka nicht wanken. Und auch Parteichef Leonid Breschnew war in seinen guten Tagen bei Staatsdiners kein Kostverächter. So mancher westliche Gesprächspartner mußte erfahren, daß der ranghöchste Sowjetmensch einen gehörigen Stiefel vertrug.

Leo Trotzki konnte nach dem Alkoholverbot der frühen Revolutionszeit befriedigt auf die Ergebnisse einer Umfrage verweisen: „Der Arbeiter trinkt weniger und schlägt weniger die Ehefrau und die Kinder." Heute gilt als Tatsache, daß die Hälfte aller Scheidungen in der UdSSR – ohnehin Inhaberin des Weltrekords an gescheiterten Ehen – auf Alkoholismus und Gewalttätigkeit zurückzuführen sind.

Sterbestatistiken werden nicht mehr veröffentlicht, zu viele sterben zu jung an der Trunksucht und ihren Folgen. Dafür steigt die Anzahl geistig behinderter Kinder alarmierend. Auch die Kriminalität hat sich bedrohlich entwickelt: bei 96 Prozent aller Körperverletzungen war Alkohol im Spiel, ebenso bei 67 Prozent aller bekanntgewordenen Vergewaltigungen.

Daß der Suff laut „Prawda" mit den Prinzipien sozialistischer Moral „unvereinbar" ist, ficht die Mehrheit ihrer Leser offenbar nicht an: Jeden Montag sinkt die Produktivität in den Fabriken um 12–15 Prozent, nach Zahltagen um 30 Prozent.

Die Nachkriegsgeneration leidet unter „geistiger Unerfülltheit" stellt die sowjetische Zeitschrift „Wissenschaft und Religion" fest. In den Wohnsilos der Industriekombinate wird getrunken, „um betrunken zu werden", so ein Leserbrief an die „Prawda". Vor allem muß es schnell gehen, häufig wird der Wodkaflasche gleich vor der Ladentür auf den Boden geblickt. Für die Miliz ist das Aufsammeln der Bewußtlosen tägliche Routine.

Zwischen 1940 und 1973 stieg die Wodka-Produktion um 534 Prozent. Den Entbehrungen der Kriegs- und Wiederaufbaujahre sind der Acht-Stunden-Tag und ein allgemein höherer Lebensstandard gefolgt. Dabei kamen allerdings Freizeitkultur und Verbrauchsgüterindustrie zu kurz. Langeweile und Gleichgültigkeit gegenüber der Gesellschaft gelten sowjetischen Soziologen als Hauptgründe für den ständig steigenden Alkoholkonsum.

Periodisch durchgeführte, landesweite Kampagnen (1972, 1975, 1981) zeigen immer nur kurzfristige Wirkung. Selbst drastische Maßnahmen, wie die Hinrichtung einiger Autofahrer, die unter Alkoholeinfluß tödliche Unfälle verschuldet hatten, schrekken offenbar nicht vom ständigen Griff zur Flasche ab.

Auch andere Maßnahmen blieben eher an der Oberfläche: So das Verbot des Alkoholverkaufs in Geschäften nach 19 Uhr, die Erhöhung des Literpreises auf sieben Rubel (bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 130 Rubel) oder die Senkung des Alkoholgehalts bei Wodka von 56 auf 40 Prozent.

Immer mehr wird schwarz gebrannt

Der Handel „unter dem Ladentisch" floriert; mehr und mehr Schwarzbrennereien schießen – vor allem in ländlichen Gebieten – aus dem Boden. Die Jagd auf den selbstgebrannten „Samogon" aus Roggen, Zucker und Kartoffeln ist denn auch eines der vordringlichsten Ziele der laufenden „Kampf der Trunksucht"-Kampagne.

Der Ruf nach Wiedereinführung der Prohibition, dem totalen Alkoholverbot, wird in den Artikeln und Leserbriefen der sowjetischen Presse immer lauter. In der Führungsspitze der SU, im Politbüro des Zentralkomitees, gehen die Meinungen offenbar auseinander. Den Befürwortern einer Prohibition stehen die „Pragmatiker" gegenüber, die auf die Einnahmen aus dem Wodka-Monopol angesichts der wirtschaftlichen Engpässe nicht verzichten wollen.

Als Argumentationshilfe der Befürworter kursiert nun in den oberen Etagen der „Nomenklatura", der Funktionärselite der Partei, der eingangs zitierte Brief des Genossen Trotzki – freilich ohne Angabe des Verfassers.

Der Weggefährte Lenins und Organisator der „Roten Armee" im Bürgerkrieg, der 1929 vor Josef Stalin fliehen mußte und 1940 in seinem mexikanischen Exil im Auftrag Stalins ermordete Alt-Bolschewik ist in der UdSSR immer noch eine historische Unperson.

Irgend jemand in Moskau muß sich aber doch noch an den Brief vom Sommer 1923 erinnert haben, als die Aufhebung der Prohibition zum esten Mal im ZK zur Debatte stand. Heute finden seine Gedanken als anonymer Brief wieder ihren Weg in die politische Diskussion. Mit Vorbehalten vielleicht: Trotzki hatte den verderblichen Hang zur Flasche nicht nur in Proletarierkreisen ausgemacht. „Zehntausende guter Arbeiter würden den Mut verlieren, ganz zu schweigen davon, daß bedeutende Parteikreise sich als unfähig erweisen würden, dem legalisierten Alkohol zu widerstehen."

Frankreich starrt auf das Rätsel Le Pen

Wie gebannt erwarten viele Franzosen die Kantonswahlen am nächsten Sonntag. Ihre bangen Fragen: Gibt es einen extremen Rechtsruck? Was erreicht die „Nationale Front" des Jean-Marie Le Pen?

Von A. GRAF KAGENECK

Der Saal ist voll bis zum letzten Platz. An diesem Abend spricht Jean-Marie Le Pen, der Vorsitzende der „Nationalen Front", Frankreichs einziger Partei, die sich klar als „rechtsstehend" bezeichnet. Der 57jährige ehemalige Studentenführer, Abgeordnete, Rechtsanwalt und Fallschirmjäger-Leutnant in Indochina und Algerien, der Mann mit dem rosigen Teint und der flachsblonden Haartolle des echten Kelten aus Trinité-sur-Mer in der Bretagne ist eine seltene Erscheinung. Man muß ihm schon nachrennen, wenn man ihn zu Gesicht kriegen will. Heute hier, morgen da, quer durch Frankreich. In acht Tagen ist der erste Wahlgang zu den Kantonswahlen. Wird es ein mittleres politisches Erdbeben geben?

Der Saal vibriert. Wir sind in Neuilly, dem sehr mondänen Millionärs-Vorort zwischen Arc de Triomphe und Bois de Boulogne im Pariser Westen. Hier hat Jean-Marie le Pens älteste Tochter Marie-Caroline sich als Kandidatin aufstellen lassen, und der Papa ist gekommen, um ein bißchen Stimmung für sie zu machen. Die hübsche 25jährige Blondine sitzt auf der Tribüne und verschlingt ihren Vater mit den Augen. „Er sagt so schöne und so gute Dinge, die sonst niemand sagt, das rührt mich manchmal zu Tränen", hatte sie am Morgen einer Zeitung anvertraut. Ihr Plakat leuchtet von den Wänden, das Foto eines süßen Mädchens mit im Nakken geknotetem Haar, weißer Bluse, strahlendem Lächeln auf blauem Grund, keine Spur von Sex. Hier wird Anstand suggeriert, hier denkt man richtig und hat das Herz auf dem rechten Fleck, bedeuten die Signale.

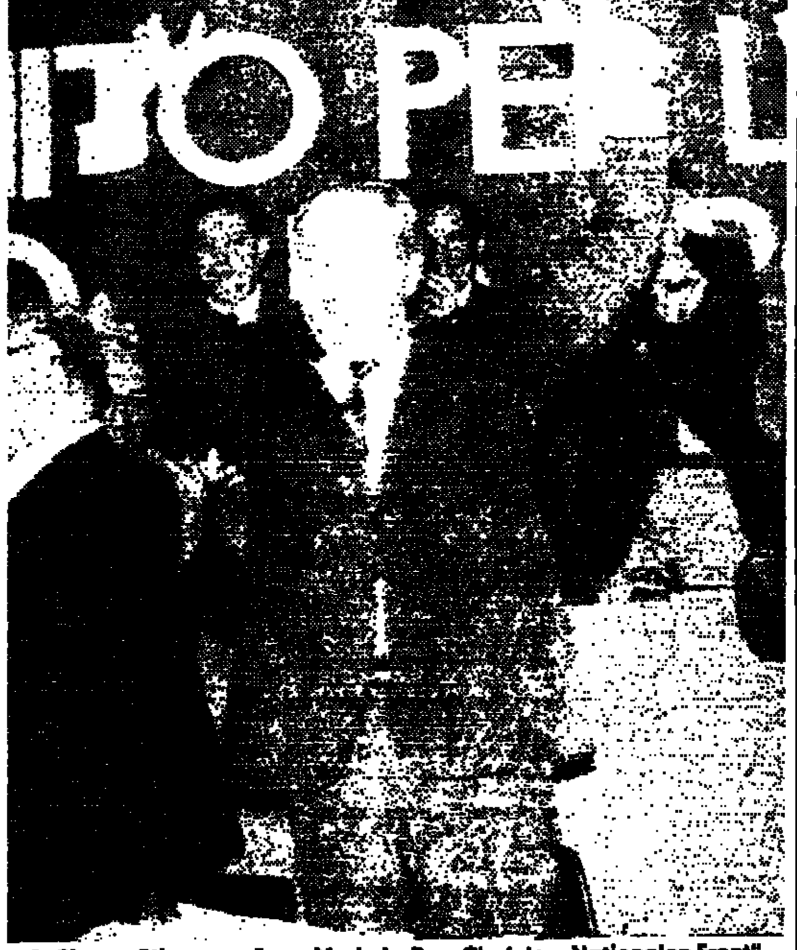
Das gilt auch für das Publikum an diesem Abend, pensionierte Beamte und Offiziere, Banker, Frauen aus dem Management und der Politik, junge Leute mit dem „richtigen" Haarschnitt, aber auch viele sogenannte einfache Leute aus Handel und Handwerk. In Neuilly hat Le Pen bei den Europa-Wahlen 1984 17,2 Prozent Stimmen bekommen, das waren sechs Punkte über dem nationalen Durchschnitt. Diesmal sagt man ihm 20 Prozent voraus, denn er schwimmt auf einer Welle des Erfolges, die ihn höher und höher trägt.

Wenn man ihm zuhört, beginnt man zu erahnen, warum die Leute ihm zulaufen. Die Franzosen haben ganz offensichtlich die Nase voll von der Politik der etablierten Parteien und der ewigen Links-Rechts-Schablone. Sie jubeln Le Pen zu, wenn er von der „Viererbande" (gemeint sind Mitterrand, Marchais, Giscard und Chirac) spricht. Er stellt dar, daß vieles von dem Unheil, das über Frankreich gekommen sei – die hohen Steuern, die kaputte Stahlindustrie, die brachliegenden Werften, der aufgeblähte Beamtenapparat, die pleitegegangenen Kleinbetriebe, das harte Los der Bauern –, nicht erst seit 1981, dem Sieg der Linken, hereingebrochen sei, daß die Rechte auch ihren gehäuften Anteil Schuld daran habe.

Der liberale Giscard war es, der Empfängnisverhütung und Abtreibung zuließ. „Das war ein Rückfall der Zivilisation um 2000 Jahre", ruft Le Pen in den Saal, „denn die Römer erkannten im Codex romanus das Recht des empfangenen Kindes an. Und dann kam die Linke und schaffte die Todesstrafe ab, und heute haben wir jährlich eine Zunahme von vier Prozent in der Verbrechensquote." Der Saal pfeift und johlt.

Le Pen arbeitet mit griffigen Schlagworten. „Die Franzosen sind heute dem Moloch Staat mehr unterworfen als unter Ludwig XIV." – Die Sozialisten haben Frankreich zum Floß der Medusa gemacht." – „Wir sind Diener des Staates, während die Deutschen vom Staat bedient werden." Mit den Kommunisten hat er überhaupt nichts im Sinne, sie sind für ihn keine Franzosen, sondern Agenten einer fremden totalitären Macht. Und er will mindestens eine halbe Million Afrikaner in ihre Heimat zurückschicken, denn es gebe viel zu viele in Frankreich, und nicht er, sondern die Minister der Bourgeoisie hätten sie geholt.

Das bringt Le Pen den Vorwurf des Rassismus ein, aber das rührt ihn nicht. Denn er weiß, was seine Landsleute über die vier Millionen Fremden denken, von denen höchstens die Hälfte einen ordentlichen Paß und einen Arbeitsplatz haben. Und hier in Neuilly, wo stramme Patrioten und altgediente Soldaten zu Hause sind, kann er auch den Vorwurf seiner Gegner zurückweisen, er habe in Algerien gefoltert. „Sollen die, die Frauen als Heckenschützen, Kinder und alte Leute mit Bomben umbringen, leer ausgehen, während man einen Gegner in Uniform ohne jeden Vorwurf mit Kugeln durchlöchern darf?" verteidigt er die Kriegführung in einem subversiven Krieg. Und wieder jubeln seine Zuhörer.



In Sieges-Stimmung: Jean-Marie Le Pen, Chef der „Nationalen Front" FOTO AP

„Ein Recht auf Erinnerung an Vergangenheit“

UWE BAHNSEN, Hamburg

Vor den Absperrgittern rings um die Kieler Ostseehalle standen kleine Gruppen zumeist kommunistischer Demonstranten mit Spruchbändern wie „Wir danken der Roten Armee für die Befreiung vom Faschismus“. In der Halle bekannten sich unterdessen etwa 3000 Heimatvertriebene zum Frieden und zur Versöhnung mit den Völkern Osteuropas. Es blieb friedlich gestern nachmittag in der Kieler Innenstadt; die Polizei demonstrierte gelassene Präsenz.

Die Gedenkveranstaltung des *schleswig-holsteinischen* Landesverbandes der vertriebenen Deutschen (LvD) stand unter dem Motto „40 Jahre Flucht und Vertreibung – Treue zu Deutschland“. Als Vertreter der Landesregierung war Innenminister Karl Eduard Claussen (CDU) sichtlich bemüht, den in Schleswig-Holstein lebenden *Heimatvertriebenen staats*bürgerliches Verantwortungsbewußtsein zu attestieren, zugleich aber möglichen Revanchismusvorwürfen von vornherein den Boden zu entziehen. Die Landesregierung, so rief Claussen aus, trete mit der gleichen Entschlossenheit wie die Bundesregierung für Frieden und gutnachbarliche Beziehungen zu allen Staaten und Völkern ein. Er sei überzeugt, daß „die Vertriebenen diesen in ihrer Charta von 1950 vorgezeichneten Weg mit- und weitergehen, daß sie an dem Bekenntnis zur Aussöhnung festhalten und unbeirrt zu einer Verständigung mit den Nachbarn Deutschlands beitragen“.

Claussen unterstrich die Aufgabe, „heute und in der Zukunft auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit *wiedererlangen kann*“. *Es* sei insbesondere das Verdienst der Vertriebenen, an dieses Gebot des Grundgesetzes immer wieder zu erinnern. Zuvor hatte der LvD-Landesvorsitzende Günter Petersdorf das Bekenntnis der Vertriebenen zu ihrer Charta von 1950 erneuert: „Wir lassen uns heute und in Zukunft von diesem Gelöbnis zur Aussöhnung nicht abbringen und treten denen entgegen, die uns verunglimpfen wollen. Die Untaten, die im Dritten Reich begangen worden sind, verurteilen wir genauso wie Verbrechen an Deutschen im Jahr 1945.“ Jetzt *gehe es darum, mit allen* Völkern in Frieden und Freiheit zu leben.

Eine eindrucksvolle Bilanz der Rettungsaktion über die Ostsee in den letzten Kriegsmonaten zog Konteradmiral Dieter Ehrhardt, der Befehlshaber des Territorialkommandos Schleswig-Holstein, der damals selbst an diesen Einsätzen teilgenommen hatte. Fast 800 Seefahrzeuge der Kriegs- und der Handelsmarine hatten rund 2,5 Millionen Flüchtlinge und Soldaten aus den deutschen Ostgebieten nach Schleswig-Holstein und nach Dänemark transportiert. Mit 25 000 *Opfern lag die Verlustquo*te bei einem Prozent. Die meisten Toten forderten die Versenkungen der Passagierdampfer „Wilhelm Gustloff“ und „Cap Arcona“ sowie des Frachters „Goya“. Ehrhardt forderte, „das Geschichtsbewußtsein unseres Volkes zu vertiefen, um eine Wiederholung der Vergangenheit zu vermeiden“. Diejenigen, die 1945 die Flucht und Vertreibung überlebten, hätten „die Bürde und das Recht, sich an die schicksalsschwere Vergangenheit zu erinnern und ihrer ehemaligen Heimat zu gedenken“.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In der Tarifpolitik 1985 bleibt DGB gespalten

IG Chemie sichert Realeinkommen / Streik im Metallhandwerk?

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Gegensätzlichkeiten zwischen den beiden tarifpolitischen Lagern der DGB-Gewerkschaften sind am Wochenende mit dem auf kräftige Lohnerhöhungen bei Verkürzung der Lebensarbeitszeit hinauslaufenden Tarifabschluß in der chemischen Industrie und der Drohung der IG Metall mit einem Streik für kürzere Wochenarbeitszeit im Metall-Handwerk deutlich gemacht worden. Für die 660 000 Beschäftigten der chemischen Industrie wurde zwischen der IG Chemie-Papier-Keramik und den Chemie-Arbeitgebern eine generelle Lohn- und Gehaltserhöhung um 3,8 Prozent vereinbart. Entsprechend der seit Jahren durchgehaltenen tarifpolitischen Linie der IG Chemie wurde darüberhinaus ein Stufenmodell vereinbart, das älteren und durch Schichtarbeit besonders belasteten Arbeitnehmer einen vorgezogenen Ruhestand oder die Möglichkeit der sogenannten „Alters-Teilzeit“ mit nur noch 20-Wochenstunden bringen wird.

Als Gegenleistung für Zugeständnisse der Arbeitgeber war die Gewerkschaft bereit, die Wochenarbeitszeit von derzeit 40 Stunden bis Ende 1988 festzuschreiben und den Kreis der Anspruchsberechtigten auf fünf Prozent der Belegschaft eines Unternehmens zu beschränken. Im einzelnen sieht der Stufenplan vor:

- Schwerbehinderte Arbeitnehmer ab 58 Jahren, Schichtarbeiter in vollkontinuierlichen („rund um die Uhr“ arbeitenden) Betrieben ab 59 Jahren und alle Arbeitnehmer ab 60 Jahren könen unmittelbar in den Vorruhestand gehen. Sie erhalten 75 Prozent ihrer bisherigen Bruttobezüge.

Alters-Teilzeitarbeit

- Die übrigen Beschäftigten ab 58 Jahren mit einer Betriebszugehörigkeit von mindestens zehn Jahren haben die Möglichkeit, nur noch 20 Wochen-Stunden zu arbeiten. Ihre Bezüge belaufen sich dann auf 85 Prozent ihres bisherigen Einkommens. Falls der Arbeitgeber keine Teilzeitarbeitsplätze einrichten kann, muß der Vorruhestand angeboten werden.

Die IG Chemie folgt mit der Festschreibung der Wochenarbeitszeit von 40 Stunden für die nächsten Jahre dem Beispiel der als Vorreiter des Vorruhestands geltenden Gewerkschaften Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) und Textil-Bekleidung (GTB). Auch IG Bergbau und Energie und IG Bau-Steine-Erden setzten innerhalb des DGB auf kürzere Lebensarbeitszeit anstelle der 35-Stunden-Woche.

Die NGG mit ihrem auf pragmatische Tarifpolitik bedachten Vorsitzenden Günter Döding hat auch in diesem Jahr auf konkrete Prozent-Forderungen verzichtet. Sie will das Machbare in den Tarifgesprächen mit den Arbeitgebern ausloten. Döding erklärte am Wochenende, für die Gewerkschaften gebe es keine Alternative zur Industriegesellschaft. Alternativen könnten allenfalls innerhalb dieses Systems gesucht werden. Seine Gewerkschaft schließt traditionell sehr spezifische Tarifverträge für relativ kleine Bereiche ab. Dagegen gilt der Abschluß der IG Chemie zentral, wenn auch – nach der Annahme durch die regionalen Tarifkommissionen – die Einkommensverbesserungen regional unterschiedlich zwischen Juni und September in Kraft treten werden.

Keine Kurs-Korrektur

Diesem pragmatischen, auf Erhalt der wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen durch Frühverrentung und auf Sicherung oder Zuwachs realen Einkommens zielenden Kurs steht innerhalb des DGB die Gruppe der Gewerkschaften um IG Metall, IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Handel, Banken und *Versicherungen (HBV) entgegen. Sie* halten, auch auf Kosten von realen Einkommenseinbußen in ihren Bereichen, am Kampf um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche fest. So hat die IG Metall trotz wochenlangen Streiks im vergangenen Jahr für 1985 nur Lohn- und Gehaltserhöhungen um 2,0 Prozent ab 1. April bei gleichzeitiger Verkürzung der Wochenarbeitszeit um durchschnittlich 1,5 Stunden ausgehandelt.

Im Gegensatz zum Chemie-Abschluß mit 3,8 Prozent werden die Realeinkommen 1985 damit kaum ge*sichert werden können. Für die Ar*beitgeber ergibt sich aber wegen der Kosten der kürzeren Arbeitswoche und dem mit 3,9 Prozent veranschlagten Lohnausgleich dafür eine erhebliche Kostenbelastung. Das für Tarifpolitik zuständige IG Metall-Vorstandsmitglied Hans Janßen gab dennoch dieselbe Linie auch für das Metall-Handwerk aus. In Essen sagte er, Verkürzung der Wochenarbeitszeit in diesem Tarifbereich müsse „gegebenenfalls mit einem Arbeitskampf“ durchgesetzt werden.

Griechische Bombenleger sympathisieren mit RAF

„Jegliche Gewalt gegen deutschen Staat gerechtfertigt“

E. ANTONAROS/DW. Athen

Bei den griechischen Terroristen, die in der Nacht zum Samstag einen Bombenanschlag auf die deutsche Botschaft in Athen versuchten, handelt es sich offenbar um Sympathisanten der „Roten Armee Fraktion“ (RAF). In Flugblättern beziehen sich die Athener Bombenleger ausdrücklich auf Kontakte zur RAF, zur französischen „Action Directe“ und zu den belgischen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen“.

Die griechischen Terroristen unterstützen die Forderung der in der Bundesrepublik inhaftierten Terroristen nach „Aufhebung der Isolationsfolter und des Kontaktverbots“. Wörtlich heißt es in den Flugblättern: „Die Anwendung jeder Art von Gewalt gegen den deutschen Staat ist ein gerechtfertigter und in höchstem Maße menschlicher Akt“.

Die Bombe, die aus einer sechs Kilogramm schweren Gasflasche voller Sprengstoff mit Zeitzünder bestand, lag in einem gelben Pappkarton zwischen Mülltüten nahe dem Haupteingang der deutschen Botschaft in Athen. Sie wurde am Samstag morgen – Stunden nach einem nächtlichen Telefonanruf bei der Athener Zeitung „Ta Nea“ – mit einem Kran in einen Metallbehälter gehievt und mit einem Militärlastwagen langsam an einen sicheren Ort außerhalb Athens gefahren, wo sie zur Explosion gebracht wurde.

Die Terrororganisation, die sich „Revolutionäre Gruppe Internationaler Solidarität – Christos Kassimis“ nennt, ist zum ersten Mal in Erscheinung getreten. Kassimis wurde am 20. Oktober 1977 von der Polizei erschossen, als er nach den Selbstmorden der Stammheimer RAF-Häftlinge „aus Solidarität“ einen Brandanschlag auf ein AEG-Werk in Piräus verüben wollte.

Woche der Brüderlichkeit eröffnet / Engagement für Israel

Verteidigung der Demokratie – das Vermächtnis der Gemordeten

DW./dpa, Augsburg

Aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs hat der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß für die Deutschen die moralische und politische Verpflichtung hergeleitet, sich für Frieden, Selbstbestimmung und Demokratie überall in der Welt einzusetzen. In seiner Grußansprache zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit, die alljährlich von den Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit ausgerichtet wird, sagte Strauß gestern in Augsburg: „Wir würden das Vermächtnis der gemordeten, der gefallenen, der verbrannten, der vergasten, der gefolterten Millionen schmählich verraten, wenn wir nicht mit aller Kraft, unbeirrt und entschlossen uns dafür einsetzten, daß die Menschen überall in Frieden, ohne Angst, in Würde und in freier Selbstbestimmung ihr Leben führen können!“

In der Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaates, so der CSU-Vorsitzende, stünden Christen und Juden Seite an Seite. Niemand in Deutschland könne sich dem Strom der gemeinsamen Geschichte, der gemeinsamen nationalen Verantwortung und geschichtlichen Verpflichtung entziehen. Freiheit gebe es jedoch nur diesseits des Eisernen Vorhangs. Die Deutschen in der Bundesrepublik müßten „mit der harten Realität leben, daß unsere Landsleute in der DDR ebenso wie die Polen, die Tschechen oder die Ungarn nur eine totalitäre Diktatur gegen eine andere ausgetauscht“ hätten. Die im freien Teil Deutschlands geltende Rechts- und Wertordnung der parlamentarischen Demokratie dürfe „durch nichts und durch niemanden wieder ins Zwielicht gerückt werden“, sagte Strauß. Mit großer Sorge müsse es deshalb alle verfassungstreuen Demokraten erfüllen, daß sich heute wieder eine „Bewegung“ gegen Rechtsstaat und moderne Industriegesellschaft zu formieren beginne. Ganz gleich, welcher Farbe solche Strömungen seien, sei es geboten, schon den Anfängen zu wehren. Den jüdischen Mitbürgern sicherte der CSU-Vorsitzende zu, ebenso entschieden wie der Terror linker Fanatiker werde gegebenenfalls ein neuer Antisemitismus bekämpft werden.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt unterstrich in einer Erklärung die Notwendigkeit, daß sich die Gewalttaten des letzten Krieges nicht wiederholen dürften. „Es darf nicht wieder vorkommen, daß Menschen in ihren Mitmenschen Unmenschen sehen.“ In diesem Sinne müsse auch der Diskriminierung von Nachbarn mit anderer Staatsangehörigkeit „energisch widersprochen werden“. Die Erfahrung, daß „der Weg von der Entrechtung hin zur Vernichtung“ *kurz* gewesen sei, müsse auch den nachfolgenden Generationen vermittelt werden.

Die als Hauptrednerin beim Festakt in der Augsburger Festhalle vorgesehene französische Europaabgeordnete Simone Veil entschuldigte ihr Nichterscheinen mit „unabwendbaren Verpflichtungen“. Auch das Mitglied des erweiterten Vorstands des Koordinierungsrates Günter Bernd Ginzel blieb der Eröffnung fern. Er hatte vergeblich gefordert, Franz Josef Strauß solle wegen seiner Haltung zu Waffenexporten an Saudi-Arabien und seiner Ablehnung eines Gesetzes gegen die Auschwitz-Lüge „ausgeladen“ werden.

Eine Botschaft ohne Land

Von PETER M. RANKE

Immer mehr Christen sind unzufrieden mit den politischen Stellungnahmen ihrer Kirchen, ob Vatikan oder protestantischer Weltkirchenrat, zumal wenn es um Israel geht. Diese Christen besinnen sich zunehmend auf die jüdischen Wurzeln ihres Glaubens. Das ist die Meinung von Jan Willem van der Hoeven, eines kämpferischen Holländers, der in Jerusalem die „Internationale Christliche Botschaft“ leitet.

Es ist eine Botschaft ohne Land, es *ist auch keine Kirche oder Sekte*, sondern eine Bewegung der Christen, die sich für Israel, für die Versöhnung mit den Juden nach deren jahrhundertelanger Verfolgung durch Christen einsetzen. „Wir sind keine Missionare“, betont van der Hoeven, „wir bekennen uns zum Rabbi von Nazareth, der später von den Griechen der Christus genannt wurde.“

Die Bewegung bezeichnet sich als christlichen Zionismus, als „Liebe zu Israel“ nach den Worten des Alten Testaments. Van der Hoeven sagt, *was auch katholische Theologen wie* Professor Laurenz Volken oder Franz Mußner geschrieben haben: „Jesus war Jude, niemals wollte er eine neue Religion gründen, jeden Sabbath ging er in die Synagoge. Der Gott des Judentums ist auch der Gott des Christentums.“ Die „Christliche Botschaft“, eine Villa in der Brenner Straße, arbeitet daher auch sonntags und ist am Samstag geschlossen.

Vom Fernsehen *boykottiert*

Mit den Israelis gemeinsam feiert die „Christliche Botschaft“ das Laubhüttenfest oder „Sukkot“ im September/Oktober. Es wird gemeinsam gebetet, Psalmen werden gesungen, und es gibt Umzüge und Feste mit dem feierlichen Gelöbnis, für Frieden und das vereinigte Jerusalem einzutreten. „Wenn im arabischen Nablus ein paar Autoreifen angezündet werden“, beklagt sich van der Hoeven, „dann kommt gleich das Fernsehen. Aber wenn hier 6000 Christen zusammenkommen und mit Juden zusammen feiern, kommt kein Kameramann.“ Van der Hoeven wird vom Fernsehen ebenso boykottiert wie von Diplomaten und Vertretern der Kirchen in der „Heiligen Stadt“.

Das schreibt er selbst seinem kompromißlosen Einsatz für Israel zu. „In der Bibel steht, daß der Herr sein Volk in dieses Land zurückführt und nicht nur in die Hälfte dieses Landes“, meint er. Er tritt daher für die Annexion von Judäa und Samaria ein, was ihm die Feindschaft der Liberalen und Linken in Israel eingetragen hat. Das läßt ihn kalt. Sein Glaube ist: „Man kann nicht Gott lieben und sein Volk hassen.“ Für ihn kommt Frieden für die Region nicht aus New York oder Genf, sondern allein aus Jerusalem.

Van der Hoeven gründete die „*Botschaft*“, *die heute 25 angestellte* Mitarbeiter und Vertreter in über 30 Ländern hat und auf Spenden angewiesen ist, im September 1980. Damals waren 13 Botschaften aus Protest gegen die Festlegung der israelischen Regierung auf Jerusalem als „ewige und ungeteilte Hauptstadt“ nach Tel Aviv umgezogen. Natürlich tritt van der Hoeven dafür ein, daß die USA und die Bundesrepublik ihre Botschaften nach Jerusalem verlegen. Als Demonstration für Israel und Jerusalem.

Eine solche Demonstration wird *auch der erste Kongreß der christli*chen Zionisten sein, der Ende August diesen Jahres in Basel stattfinden wird, so wie der erste Zionisten-Kongreß von Herzl 1897. Dort wird nicht nur diskutiert und für die Arbeit junger Christen im Kibbutz geworben, sondern der Kongreß will vor allem für die verfolgten Juden in der Sowjetunion und ihre Auswanderung fordern.

Die „Christliche Botschaft“ hat die Losung ausgegeben: „Israel ist nicht allein.“ Van der Hoeven demonstriert es. Sein Sohn Jan leistet Wehrdienst in der israelischen Panzertruppe, Tochter Regina (14) geht auf eine israelische Schule. Die Familie spricht Hebräisch, Holländisch und Englisch. Die Mutter Widad ist eine griechisch-orthodoxe Araberin aus Sudan und sagt heute: „Israel ist meine Heimat.“

Van der Hoeven, dessen Vater Privatsekretär von Königin Juliana war, lernte seine Frau in London beim Theologie-Studium kennen, dann reisten beide in die arabische Welt. Vor christlichen Gemeinden in Syrien, Jordanien, Irak, Libanon und Ägypten predigten sie und ent*schlossen sich kurz vor dem Sechsta*gekrieg von 1967 in Israel niederzulassen. Van der Hoeven: „Wir wußten allerdings nicht, wie wir im damals noch geteilten Jerusalem den Übergang am Mandelbaum-Tor passieren sollten. Damals lebten wir noch im christlichen Viertel. Doch dann war plötzlich alles ganz einfach: Israel kam zu uns.“

Anerkennung durch die Israelis

Der Botschafter der Aussöhnung zwischen Christen und Juden ist gläubig, bezeichnet sich selbst allerdings nicht gern als Christ. Er zieht „Gläubiger“, „Jünger Jesu“ oder „Gottes-Kind“ vor. Das Wort Christen oder Christentum komme auch im Neuen Testament kaum vor, erklärt er, da es erst lange nach dem Kreuztod Jesu im griechisch-heidnischen Antiochia aufgekommen sei. Seine Einstellung zu Jesu formuliert van der Hoeven so: „Der beste Jude, der je gelebt hat, ist auch der beste Christ, der je gelebt hat.“

*Der Holländer und seine Frau Wi*dad stehen in Jerusalem nicht auf verlorenem Posten, ihr Bekenntnis und ihre Arbeit wird von den Israelis anerkannt und begrüßt. Der Zustrom von Christen aus aller Welt ist für van der Hoeven ein Beweis, daß sich Christen auf ihr Judentum besinnen, was von den Kirchen lange geleugnet und oftmals bekämpft wird.

„Der Vatikan hat Israel noch immer nicht anerkannt, weil er einen Sonderstatus für Jerusalem will“, sagt van der Hoeven. „Aber wir Gläubigen, die hier friedlich mit Juden und Moslems jede Woche als ‚Woche der Brüderlichkeit‘ feiern können, sind der beste Beweis, daß Jerusalem die Hauptstadt Israels bleibt und keinen besonderen Status benötigt. Der Haß und der grausame Kampf der Christen und der Ungläubigen gegen die Juden muß endlich aufhören. Dafür stehen wir hier.“

Strauß: Saudis fühlen sich deklassiert

rtr/dpa, Bonn

Die zurückhaltende Waffenausfuhrpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Nahen Osten wird nach Ansicht des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß der deutschen Exportwirtschaft insgesamt schaden. Strauß sagte der „WELT am *SONNTAG*“ *auf die Frage*, ob sich für die deutsche Exportwirtschaft Schwierigkeiten ergeben könnten, wenn Saudi-Arabien nach der Devise verführe „keine Waffen, keine Kühlschränke“: „Das glaube ich mit Sicherheit. Ich habe selten so deutliche Aussagen wie in diesem Zusammen*hang gehört*.“

Nach seiner Rückkehr von einer Israel-Reise sagte Strauß, den Saudis ginge es nicht so sehr um Waffen und militärisches Gerät. „Sie fühlen sich durch Exportbeschränkungen deklassiert.“ Von den Saudis werde immer behauptet, die Regierung Helmut Schmidt habe ihnen die Lieferung des Kampfpanzers Leopard 2 in Aussicht gestellt, aber dann nicht Wort gehalten, erklärte Strauß. Jetzt sagten die Saudis, ihnen gehe es nicht darum, wer in Deutschland regiere, sondern ob die Bundesrepublik Deutschland ein ernsthafter und verläßlicher Partner sei.

Strauß betonte, die Bundesrepublik sei ein souveräner Staat, dessen Regierung sich nicht von der einen oder anderen Seite unter Druck setzen lasse. Die Position von Strauß in dieser Frage war in Israel zum Teil auf heftige Kritik gestoßen.

Alle Länder sollten ein Interesse daran haben, daß Saudi-Arabien als Stabilitätsfaktor für die ganze Golf-Region erhalten bleibe, sagte der CSU-Vorsitzende. Israel sei die stärkste Militärmacht im Nahen und Mittleren Osten und könne dank seiner Verteidigungsfähigkeit heute in Sicherheit leben.

Obwohl die USA und die Sowjetunion die entscheidenden Mächte für einen Friedensprozeß in der Region seien, könne die Bundesrepublik „*vielleicht manche Mittlerdienste* leisten“, erklärte Strauß an anderer Stelle. „Wir alle müssen daran interessiert sein, daß das Pulverfaß Mittlerer Osten entschärft wird.“ Er habe seinen israelischen Gesprächspartnern versichert, daß keine Regierung in Bonn jemals eine Israel-feindliche Politik betreiben werde.

Plan für Pershing-Übung abgeändert

AP, Frankfurt

Pläne für ein in der nächsten Zeit geplantes amerikanisches Manöver mit Raketen vom Typ Pershing 2 in der Bundesrepublik Deutschland sind nach Darstellung eines US-Sprechers „abgeändert“ worden. Zunächst solle das Ergebnis der Untersuchungen abgewartet werden, die nach dem schweren Raketenunglück im Januar bei Heilbronn eingeleitet wurden, sagte Major Michael Griffon *auf Anfrage ferner*. Der *Major*, Sprecher der 56. Field Artillery Brigade, weigerte sich, weitere Einzelheiten zu nennen.

Griffon bestätigte deshalb auch nicht im einzelnen die Angaben in der jüngsten Ausgabe des „Spiegel“, wonach eine ursprünglich vom 4. bis zum 14. März geplante weitläufige Gefechtsübung der Pershing-Verbände nicht stattfindet. Zwei Wochen nach dem Heilbronner Unfall hätten die Amerikaner die bei der baden-württembergischen Landesregierung angemeldete Übung überraschend abgesagt. *Das Unglück* hatte sich am 11. Januar bei Heilbronn ereignet.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer, Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Spuren der Terroristen in Nicaragua

SAD, Miami

Das sandinistische Nicaragua ist nach Darstellung der Zeitung „Miami Herald" ein Zufluchtsort linker Extremisten aus aller Welt geworden. Guerrilleros, Terroristen und sozialistische Idealisten hielten sich in diesem Land auf, unter ihnen auch Deutsche, heißt es in dem Blatt. Zwei frühere Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande sollen nach diesen Informationen Offiziere der Sandinistischen Volksarmee (EPS) sein. Alfonso Robelo, ein Mitglied der ersten sandinistischen Junta, der heute zu den Führern der antisandinistischen Opposition zählt, nennt Nicaragua „das Zentrum des Terrorismus in Lateinamerika".

Das Blatt nannte nicht die Namen der beiden Deutschen, die einst angeblich der Baader-Meinhof-Bande angehörten. Der eine soll Hauptmann einer Artillerie-Einheit in Montelimar sein, einem Militärstützpunkt südwestlich von Managua, der andere Geheimdienstoffizier. Die Informationen stammen, wie der Autor des Berichtes erwähnte, aus sandinistischen Regierungskreisen. Ein dritter Deutscher, nur als „Fitz" bekannt und als „Anarchist" beschrieben, erzählte Freunden, er werde in der Bundesrepublik Deutschland gesucht. Er kämpfte einst mit Sandinisten und arbeitete später als Manager in der staatlichen Zuckerfabrik Julio Buitrago.

In Nicaragua hält sich, so der „Miami Herald", auch der Schriftsteller Peter Paul Zahl auf, der vier Jahre wegen versuchten Polizistenmordes im Gefängnis saß. Der „Miami Herald" berichtete von früheren Kontakten Zahls zur Baader-Meinhof-Bande. Zahl soll in der Hafenstadt Bluefields an der Karibikküste eine Theatergruppe gründen.

Auch die Spuren anderer westeuropäischer Terroristen führen nach Managua. Am 8. Februar dieses Jahres überreichte die italienische Regierung eine Liste mit den Namen von 22 gesuchten Linksextremisten, die in Nicaragua vermutet werden, unter ihnen Mitglieder der Roten Brigaden. Der Chirurg Guglielmo Guglielmi (39) stand darauf, der nach Angaben des „Miami Herald" heute in einem Kinderkrankenhaus des Slumbezirks Ciudad Sandino arbeitet. Er wurde im Juni 1984 in Abwesenheit wegen eines Entführungsfalles zu 22 Jahren Gefängnis verurteilt. (SAD)

Doch kein Franzose an Bord von „Challenger"

Baudrys Training in der Sowjetunion löst Mißtrauen aus

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die endgültige Absage des für den 7. März geplanten Fluges der amerikanischen Raumfähre „Challenger", begründet mit „unüberwindlichen" technischen Schwierigkeiten des für Kanada vorgesehenen Fernmeldesatelliten TDRS 2, hat zu scharfen Unmutsäußerungen in Frankreich geführt. Unter den sieben Astronauten, die an Bord gehen sollten, war erstmals auch ein Franzose: Patrick Baudry, ein Oberst der Luftwaffe. Er hatte sich seit Wochen bei der NASA im Kennedy Space-Center in Florida auf den Flug vorbereitet. Baudrys Crew-Kamerad Jean-Loup Chrétien hatte im Frühjahr 1982 mehrere Erdumrundungen im dem sowjetischen Raumschiff „Sojus" gemacht.

„Ich bin enttäuscht über die Absage und hoffe, noch auf der Discovery mitfliegen zu können", sagte Baudry gestern im französischen Rundfunk. Ein zweites US-Raumschiff - die „Discovery" soll wie geplant am 22. März von Kap Kennedy aus starten. Die NASA ließ indes bereits wissen, daß Boudry nicht an Bord sein könne, da kein Platz für ihn sei.

Diese zweite, noch trockenere Absage der Amerikaner hat in Frankreich offenbar den lange gehegten Verdacht bestätigt, daß die NASA bewußt den Franzosen von einem ihrer Raumflüge fernzuhalten versucht. Schon bei der Auswahl eines nichtamerikanischen Piloten – so berichtete das Sonntagsblatt „Journal du Dimanche" – hätten die Amerikaner lange gezögert, ehe sie sich für einen Franzosen und nicht einen Deutschen oder Japaner entschieden hätten. Dann hätte es Mißtrauen gegen Baudry gegeben, der 1982 zusammen mit seinem Kollegen Chrétien wochenlang im sowjetischen Raumtrainingscenter „Stadt der Sterne" bei Moskau ausgebildet worden war. Er habe dort nach amerikanischen Ermittlungen „mysteriöse Kontakte" aufgenommen. Außerdem beurteilten die Amerikaner die französisch-sowjetische wissenschaftliche Zusammenarbeit als „zu freundschaftlich". Schließlich hätten die NASA-Techniker Zweifel am Bestimmungsort des Berichtes haben können, den Baudry nach seinem Flug für die französische Raumfahrtbehörde CNES hätte verfassen müssen. Mit der endgültigen Absage endet nach Ansicht des Blattes „eine Serie von Zwischenfällen" während der Ausbildungszeit, bei denen man dem Franzosen den Zutritt zu gewissen „hochsensiblen" Abteilen der „Challenger"-Fähre verweigert habe.

Baudry war just zum Wochenende in mehreren französischen Zeitungen als ein Beispiel für die enge und herzliche Zusammenarbeit zwischen den USA und Frankreich in der Spitzentechnologie bezeichnet worden.

Armenier zu hohen Strafen verurteilt

A. GRAF KAGENECK, Paris

Ein französisches Geschworenengericht in der Pariser Vorstadt Créteil hat am frühen Sonntagmorgen nach elftägiger Prozeßdauer und siebenstündiger Beratung die Urteile gegen drei Angehörige der armenischen Geheimorganisation „Asala" gefällt.

Sie waren der Teilnahme an einem Bombenattentat gegen die türkische Fluggesellschaft „Turkish Airlines" am 15. Juli 1983 angeklagt, bei dem acht Menschen getötet und 53 verletzt worden waren.

Der Hauptangeklagte Warujan Garbidian erhielt eine lebenslange Freiheitsstrafe. Seine Mitangeklagten Soner Nayir und Oa Semerci kamen mit 15 beziehungsweise zehn Jahren Gefängnis davon. Staatsanwalt Yves Lesec hatte für alle drei lebenslang gefordert, weil er sie der Mittäterschaft verdächtigte. Die Jury ließ jedoch nur eine „Komplizenschaft" bei der Vorbereitung des Verbrechens gelten.

Alle drei nahmen die Urteile gelassen hin. Warujan Garbidian erhob die Faust und stieß auf armenisch mehrere Flüche aus. Anwalt Jacques Verges, der auch den in Frankreich in Haft befindlichen deutschen Kriegsverbrecher Klaus Barbie verteidigen wird, legte Berufung ein. Die „Asala" hat auch in anderen europäischen Ländern Anschläge gegen türkische Einrichtungen verübt.

Die christliche Einheit – wie der Vatikan sie sieht

Vorschläge von Fries und Rahner als Illusion bezeichnet

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Trotz der langsamen Fortschritte, die beim ökumenischen Dialog seit dem zweiten vatikanischen Konzil in einer Reihe von interkonfessionellen Beratungen erzielt werden konnten und die auch in einigen gemeinsamen Dokumenten ihren Niederschlag fanden, hat sich in letzter Zeit weithin der Eindruck verbreitet, daß die kirchliche Einigungsbewegung nicht mehr so recht von der Stelle komme.

Ein Leitartikel im vatikanischen „Osservatore Romano" ist nach Ansicht ökumenisch gesinnter Kreise – nicht nur in Rom – geeignet, diese Sorge zu verstärken. Die Quintessenz dieses von dem jungen Dominikanerpater Daniel Ols geschriebenen und – wie in Rom verlautet – aus der Glaubenskongregation heraus lancierten Artikels besteht in der mit aller Härte und ohne jede Einschränkung vorgetragenen Bekräftigung der traditionellen katholischen These, daß christliche Einheit nur unter vorbehaltloser Annahme der gesamten katholischen Lehre möglich sei.

Der Autor des unter der Überschrift „Ökumenische Abkürzungen" publizierten Artikels setzt sich sehr kritisch mit der 1983 erschienenen viel beachteten Schrift der deutschen Theologen Heinrich Fries und Karl Rahner „Einigung der Kirchen – reale Möglichkeit" auseinander. Fries und der inzwischen verstorbene Rahner unterscheiden darin zwischen Dogmen, die das Glaubensgut der alten Kirche bildeten, und Dogmen, die nach der Abspaltung der Ostkirche und nach der Reformation nur von der katholischen Kirche promulgiert wurden. In einer wiedervereinigten Kirche sollten nur die alten Dogmen allgemein verbindlich sein. Was die später hinzugekommenen anbelange, solle man römischerseits von den anderen Kirchen nicht deren Annahme, sondern nur den Verzicht auf ausdrückliche Ablehnung als häretisch und die Offenhaltung des eigenen Urteils ihnen gegenüber verlangen.

In dem Artikel des „Osservatore Romano" wird den Autoren der Schrift vorgeworfen, sie seien „schweren Irrtümern" verfallen, die nur „gefährliche Illusionen" nähren könnten. Ihre Vorschläge „implizieren und verfechten eine wirkliche und tiefe Umstürzung des katholischen Glaubens".

Kardinal Willebrands, der holländische Präsident des Sekretariats für die Einheit der Christen, hatte sich schon zuvor auf dem internationalen Missionskongreß in Rom zwar etwas vorsichtiger, aber auch schon kritisch zu der Fries-Rahner-Schrift geäußert. Er hatte gesagt, er sei zwar der Meinung der Autoren, daß die christliche Einheit möglich sei, der in der Schrift aufgezeigte „konkrete Weg" scheine ihm jedoch „nicht akzeptabel".

Walesa sagt für heute Proteste voraus

DW. Warschau

Arbeiterführer Lech Walesa hat den Belegschaften in den polnischen Betrieben überlassen, ob und in welcher Form sie gegen die heute in Kraft tretenden Preiserhöhungen für verschiedene Lebensmittel protestieren wollen. In einer Erklärung, die er westlichen Korrespondenten in Warschau übermittelte, sagte er, nach dem taktischen Nachgeben der Regierung habe die Führung der Untergrundorganisation von „Solidarität" ihren Streikaufruf zum 28. Februar rückgängig gemacht. In manchen Betrieben sei dennoch gestreikt worden. Wie sich jetzt herausstellte, hätten diese Arbeiter recht gehabt, denn man habe nicht gewußt, daß „zynisch" schon eine vierte Variante der Preiserhöhungen vorbereitet werde.

„Wir sehen für den 4. März Proteste voraus, obwohl wir das nicht geplant hatten", meinte Walesa. Die Belegschaften in den Betrieben hätten ein Recht, sich gegen das „galoppierende Absinken des Lebensstandards" zu wehren. Aus organisatorischen Gründen schlage die „Solidarität"-Führung jedoch für Montag keine Protestaktionen vor. Die Initiative müsse aus den Betrieben kommen. „Der Kampf ums Brot und die Freiheit ist heute unsere heilige Pflicht", sagte er.

In Anspielung auf den polnischen Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski sagte Walesa: „Dieser Herr wird uns keine Geschenke machen. Wir müssen ihn daher dazu zwingen, indem wir unsere friedlichen Kampfmittel verbessern."

Rogers wendet sich gegen Truppen-Abzug aus Europa

DIETRICH SCHULZ, Washington

NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers hat sich gegen Überlegungen gewandt, die US-Truppen in Europa zu verringern, wenn die europäischen Partner ihre Beiträge innerhalb der Allianz nicht drastisch erhöhten.

Vor dem Streitkräfte-Ausschuß des US-Senats sagte der Vier-Sterne-General, die Probleme, die das Bündnis noch immer habe, ließen sich nicht dadurch lösen, daß die Partner gegenseitig mit dem Finger aufeinander zeigten.

Rogers richtete seine Worte vor allem an die Adresse der amerikanischen Politiker, die die Bündnispartner mit Drohungen über einen Teilabzug der amerikanischen Truppen in Europa unter Druck zu setzen versuchen. Der General wies darauf hin, daß die europäischen NATO-Mitglieder in den letzten Jahren ihre Verteidigungsausgaben erhöht hätten.

Der demokratische Senator Sam Nunn hat 1984 einen Antrag gestellt, US-Truppen wegen der nach seiner Meinung unzureichenden finanziellen Beiträge der Europäer abzuziehen. Der Antrag war nur knapp abgelehnt worden. Vor kurzem sagte Nunn, er wolle bei den Beratungen über den Pentagon-Etat das Thema erneut zur Sprache bringen.

Die Mehrausgaben erlaubten, so Rogers, Verbesserungen der konventionellen Verteidigungskraft des Bündnisses. Doch bleibe noch viel zu tun, wenn die „wahrscheinlichste Gefahr für das Bündnis", die politische Einschüchterung der Europäer unter dem Eindruck der konventionellen Überlegenheit der Sowjets, abgewendet werden solle. Noch immer könne die NATO die konventionelle Übermacht der Sowjetunion und ihrer Verbündeten nur durch die Drohung wettmachen, im Fall des Falles frühzeitig taktische Nuklearwaffen einzusetzen.

Bei seinen Ausführungen über den Etatbedarf für den amerikanischen NATO-Beitrag appellierte Rogers auch an den Kongreß, ihm mehr amerikanische Truppen für Europa zur Verfügung zu stellen.

Zur Zeit ist die Stärke der US-Streitkräfte in Europa durch Gesetz auf eine Höchstzahl von 326 400 Soldaten festgesetzt. Der General wünscht sich mindestens 2000, im Idealfall sogar 10 000 amerikanische Soldaten mehr in Europa. Der Mehrbedarf geht nach den Worten Rogers' auch auf die Notwendigkeit zurück, die durch den Nachrüstungsbeschluß nach Europa kommenden neuen Nuklearwaffen (Pershing 2 und Cruise Missiles) ausreichend zu bemannen.

Kritik übte Rogers auch daran, daß von Washington aus bisher nicht genug getan worden sei, die amerikanischen Pläne zur Erforschung von Raketenabwehrsystemen (Strategische Verteidigungsinitiative/SDI) den Europäern zu erläutern. Noch immer herrsche über die von Präsident Reagan geförderten Pläne in Europa „beträchtliche Verwirrung", meinte der NATO-Befehlshaber. Es gäbe in Washington zu viele Stimmen zu diesem Thema, und zu wenig Klarheit. Rogers glaubt jedoch, daß die NATO-Partner ihre anfängliche Skepsis aufgeben und das Forschungsvorhaben am Ende unterstützen würden.

Wie AP meldet, hat der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger in einem Interview mit Radio Bremen erklärt, er sei nicht bereit, SDI vorbehaltlos zu unterstützen. Er müsse sich fragen, ob das System nicht nur im Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion, sondern auch für Deutschland funktionieren würde. Es wäre schlimm, wenn es zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit führte. (SAD)

Jugend-Appell an Honecker

dpa, New York

Mehrere hundert junge „DDR"-Bewohner haben in einem Brief an Parteichef Erich Honecker die Gewährung grundlegender Menschenrechte gefordert. Der Brief wurde in der UNO von der Bundestagsabgeordneten der Grünen, Petra Kelly, veröffentlicht.

In ihrem Brief fordern die jungen „DDR"-Bewohner unter anderem das Recht auf eine umfassende Erziehung, freien Zugang zu Informationen, das Versammlungsrecht, die freie Wahl des Wohnsitzes, das Recht, frei zu reisen und eine „Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens".

Die Länderchefs

mal **Manager** mal **Monarch**

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen" oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut, hat die Politiker befragt und mit ihren Wählern gesprochen. Diese Folge der WELT-Serie porträtiert den Regierungschef des Saarlandes, Werner Zeyer, der sich am 10. März zur Wiederwahl stellen muß.

Wie von selbst an die Spitze

Werner Zeyer, Jahrgang 1929, wäre gerne Ingenieur geworden, entschied sich aber für die Rechtswissenschaft, als er keinen Studienplatz bekam. Das war 1949. Zwölf Jahre später, nach einiger Zeit im Justizdienst, stand er schon, eben 32, als jüngster Landrat der Bundesrepublik seinem Heimatlandkreis St. Wendel vor. Früh machte Zeyer (verheiratet, drei Kinder), der der CDU gleich bei deren Gründung beigetreten war, auch in der Partei Karriere: erst als Landeschef der Jungen Union, dann als stellvertretender Vorsitzender der CDU Saarland. Von 1972 bis 1979 war er Mitglied des Bundestages, 1977 rückte er ins Europäische Parlament ein. Nach dem plötzlichen Tod des langjährigen Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder im Sommer 1979 übernahm Werner Zeyer, inzwischen Landesparteichef und designierter Kronprinz, die von der FDP mitgetragene Regierung des Saarlandes. Trotz Einbußen bei Landtags-, Kommunal- und Europawahlen seither tritt die Koalition am 10. März nicht ohne Chancen vor den Wähler.

„Auf unsere Tatkraft kommt es vor allem an"

Wir Saarländer sind eben eine besondere Rasse." Werner Zeyer lächelt, kein bißchen überrascht von meinem Erstaunen, die Kneipen und Restaurants im kleinsten und ärmsten Flächenstaat der Bundesrepublik gut besucht zu finden, die Auslagen der Geschäfte bestens bestückt und die Stimmung positiv. Der Ministerpräsident, der das Land seit vier Jahren regiert und jetzt wiedergewählt werden will, hat diese Verblüffung schon oftmals bei Gesprächspartnern erlebt, bei Bundesministern wie Unternehmern oder auch Eurokraten: Nach all den Greuelmeldungen über Jahre hin von einem unabwendbaren Bankrott des ganzen Landes setzt sich irgendwie die Vorstellung fest, die Arbeiter und Bauern von der Saar, die Handwerker, Kaufleute und Winzer stünden um einen Krater namens Arbed herum und starrten hypnotisiert in den Abgrund. „Man muß uns besser kennenlernen", merkt Zeyer lakonisch an. Und das ist alles an Reaktion. Mehr Zeyer ist nicht zu haben.

Im Saarland, das meint er, ist in der Tat so manches anders als anderwärts, und dieses Andere fängt schon bei der Sprache an. Der Saarländer sagt „mir" statt „wir", er sagt „bei" statt „zu" und „geben" statt „werden". Mir gehn bei mei Tante und dort gebbt e Fescht gefeiert. „Noch seine Leideform", merkt der Sprachforscher Ludwig Harig über den Saarländer an, „wendet er ins Positive". Und: „Diese positive Art ist so hiesig und ist so aktiv, daß der Saarländer nicht ‚nehmen', sondern ‚holen', daß er nicht ‚einschenken', sondern ‚ausschenken' sagt: Holle eier Gläser in die Hand, jetzt kriener noch äner ausgeschenkt."

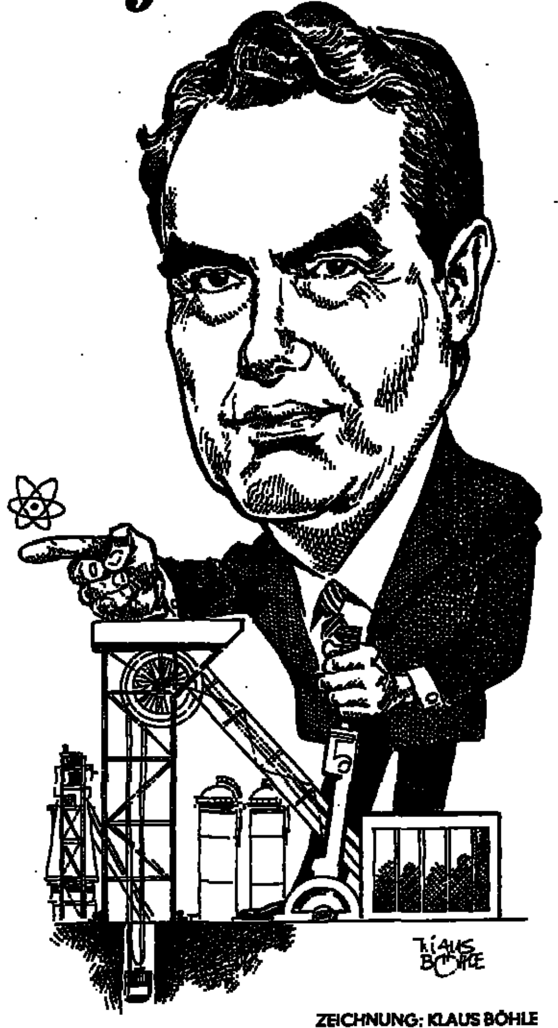
Es muß wohl an diesem optimistischen Grundzug liegen, daß das Saarland, das immer wieder andere Herren hatte – mal gehörte es zum Reich, mal hatte der Völkerbund das Sagen, mal war da eine französisch dominierte Autonomie – alle Herausforderungen seiner Geschichte überstanden hat. Auch die jüngste und gewiß nicht geringste, die mit der Krise bei der Arbed Saarstahl GmbH, dem größten Arbeitgeber der Region, verbunden ist. Ein Hauptverdienst am notwendigen Erfolg gebührt ohne jeden Zweifel diesem Werner Zeyer, der es damals, 1979, in Sichtweite der scheinbar unaufhaltsamen Katastrophe gewagt hatte, das Amt des Ministerpräsidenten anzutreten. Pflichtgefühl. „Ich hatte ein gutes Auskommen", erzählt er in der Rückerinnerung, „ich war Mitglied des Deutschen Bundestags und ich saß im Straßburger Europa-Parlament. Auch da habe ich schon manches für das Saarland bewegen können." Wer ihn so reden hört, einfach im Wort und ohne jede akzentuierende Gestik, als sprächen wir über einen weiteren Autobahnanschluß für Saarbrücken und nicht über eine der wichtigsten Entscheidungen seines Lebens, der kommt nicht erst auf die Idee, Zeyer hätte etwa zehrendem Ehrgeiz gehorcht. Dagegen spricht auch, daß er sich 17 Jahre lang mit der Rolle des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Saarland begnügthat und die Nachfolge des grandseigneuralen Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder erst ins Auge faßte, als der designierte Kronprinz Werner Scherer aus Gesundheitsrücksichten aufgeben mußte.

Der 56jährige Jurist wußte, was ihn als Regierungschef erwarten würde: „All diese Ämter bedeuten Verzicht und nochmals Verzicht." Denn Zeyer ist ein Familienmensch, der mit seiner Frau und den drei Kindern im heimatlichen St. Wendel regelmäßig zur Messe geht, der lange Wanderungen liebt („Schreiben Sie bloß nicht, wo ..."), der einen zünftigen Männerskat schätzt und ein gutgezapftes Saarbrücker Pils. Selbst wenn er versucht, für sich und die Seinen soviel Normalität wie möglich zu bewahren – die schönen Landratsjahre in St. Wendel, (1961 bis 1972), an die er so gerne zurückdenkt, mehr freilich noch seine Frau, die sind unwiderruflich vorbei.

Entscheidung mit vollem Risiko

Noch heute ist er gerührt und entzückt, wenn ein Wendeler „ach, da kommt ja unser alter Landrat!" ruft. Einzig den Skat und das Pils kann er sich dann und wann noch gönnen.Seine Zuarbeiter in der Staatskanzlei wissen dann schon, was gemeint ist, wenn der Emmpee, wie Zeyer im Hausjargon heißt – MP steht für Ministerpräsident – scheinbar beiläufig vorschlägt, ob man denn nicht bei einem Bier dies oder das nochmals durchgehen solle.

Doch abgesehen von den Zwängen und Konsequenzen eines Regierungsamtes: Werner Zeyer war sich im klaren darüber, welches Risiko er mit der neuen Position für sich selber einging: „Da steht doch auch der eigene Ruf auf dem Spiel, wenn man bei einem solchen Rettungsversuch scheitert, und wenn es zehnmal andere waren, die die Karre Arbed haben in den Sumpf geraten lassen." Zeyer indes, ein Mann von geradezu preußischem Verantwortungsbewußtsein, hat sich ans Werk gemacht, ebenso hartnäckig wie unverzagt, und seinem Land das Schlimmste – toi, toi, toi! – erspart. Selbst in diesen Wochen, da er in vielen, vielen Auftritten um die Bestätigung seiner Politik durch den Wähler rang, erwähnte er seinen Kampf um Arbed ohne demagogischen Überschwang. Es fiele ihm niemals ein, eine Wendung wie „Rettungstat" zu gebrauchen, obwohl er sich wirklich deren rühmen könnte: Immerhin sind ‚nicht zuletzt dank eines direkten Drahtes zum Kanzler, mehr als drei Milliarden Mark bewegt worden – es war die größte Arbeitsplatzsicherungs-Aktion aller Zeiten –, um den *Stahlkonzern umzustrukturieren* und zu modernisieren und Sozialpläne für die Verringerung der Belegschaften auf die Beine zu stellen. Technisch hat der Konzern heute die Nase vorn, und Zeyer ist in Aberhunderten von Verhandlungsstunden mit Stahlkochern, Bankern und Bundesministern zu einem absoluten Montanexperten geworden. „Auf der politischen Seite", so formuliert es ein Beobachter der damaligen Konferenzen, „gibt es in der ganzen Bundesrepublik keinen besseren Kohle- und Stahlfachmann als den Ministerpräsidenten des Saarlandes!"



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Werner Zeyer ist gewiß stolz auf das Errungene, doch ohne Selbstgefälligkeit. Ich jedenfalls habe nichts davon an ihm entdecken können, obwohl ich bei vielen Gelegenheiten neugierig fragend auf das Thema Arbed zurückkam. Immerhin läßt die Stahlschmelze per anno Aufträge im Gegenwert von 900 Millionen Mark an die zumeist mittelständischen Unternehmen des Saarlandes gehen, also 200 *Millionen* mehr noch als die andere große Gruppe, die Saarbergwerke. 60 000 bis 80 000 Arbeitsplätze hängen überdies mittelbar über die Zulieferer von der Arbed ab. Einmal, wir sitzen wieder in seinem großen Arbeitszimmer mit der wandgroßen Fensterfront, deutet Zeyer hinüber zum Ludwigsplatz, kaum einen Steinwurf entfernt, wo Saarbrückens Marktfrauen – Pälzer Knobblich, Pefferminztee, Majraan! – Obst und Gemüse verkaufen: „Man kann doch diese Menschen nicht im Stich lassen und enttäuschen", sagt er. „Es gibt eben Situationen, wo man als anständiger Mann keine andere Wahl hat als anzupacken." Zeyer-Worte. Für ihn kommt es beim politischen Handeln nicht auf den nackten Zweckbezug an, sondern auch darauf, „wieweit der *Gefühlshaushalt angereichert wird*". Ein Satz, schlicht wie das Strickmuster eines Bauernpullovers, zwei links, zwei rechts, der zugleich aber Haltungen umgreift wie Nächstenliebe und einen zutiefst im Glauben wurzelnden Schöpfungsoptimismus: „Mitten in der Nacht beginnt der neue Tag." Es könnte Zeyers Motto sein. Wer, Hand aufs Herz, hätte diesem für Fernerstehende trocken erscheinenden, gewiß jedenfalls spröden Mann eine derart poetisch gefaßte Maxime zugetraut.

Die Feststellung beschreibt zugleich, weshalb Werner Zeyer, mehr Hausvater fraglos denn Landesvater nach Gutsherrenart, von vielen gemeinhin klugen Leuten in der Bundesrepublik unterschätzt wird: Der Ministerpräsident ist einer, erstens, der sich nicht verkaufen kann oder will, außerdem aber war er, zweitens, eine ganze Amtszeit hindurch vorwiegend mit der Reparatur des gemeinsamen Hauses befaßt. Wo andere Politiker nach Mikrophonen grabschen und an die Fernsehrampe drängen, da bleibt Zeyer steif wie eine Laugenbrezel. Dieweil die mediale Allgegenwart längst schon zum Berufsalltag der *Politzunft gehört* und der Bildschirm vorwiegend dazu dient, ein Integral von Person und Politik zu vermitteln, das nach allen Seiten hin wie ein gefälschter Heiligenschein oszilliert, gibt Werner Zeyer immer noch seine berühmten lakonischen Statements ab: Das und das ist geschehen, das und das haben wir getan, das und das erhoffen wir davon. Basta!

Ein Werner Zeyer voller Zorn

Everybody's Darling werden solche Männer selten.

Ihm ist das zwar stinkegal, in hastigen Zeitläufen, wie den unsrigen freilich, wo man sich kaum die Muße nimmt, ein zweites Mal hinzuschauen, in solchen Zeiten bleibt die mediale Verweigerung dennoch ein schweres Handicap. Saarländer sind eben so, kann man einwerfen, insofern mag ihm dies zu Hause vielleicht weniger schaden als man glaubt. Man wird sehen – spätestens am Abend des 10. März nach der Auszählung. Der Sohn eines Eisenbahnoberrottmeisters stammt aus dem Landkreis St. Wendel, ist also nördlich der „Dat-und-das-Linie" geboren, die das Moselfränkische (Aussprache: dat is) vom Rheinfränkischen (Aussprache: das ist) trennt. Indes, ob Nord oder Süd: Die Saarländer halten zäh am *Herkommen fest und verteidigen ihre* angestammte Eigenart. Neben den Bayern, so haben Demoskopen ermittelt, sind sie diejenigen, die sich am stärksten mit ihrem Land identifizieren. Zwei von drei Saarländern haben denn auch, was Wunder, entweder ein Haus oder eine Wohnung zu eigen, Sachverhalte allesamt, aus denen CDU-Wahlkämpfer ihren Optimismus nähren. Sie verweisen auch darauf, daß die Zustimmung der Bürger zur Person Zeyer weit überdurchschnittlich ist, während sein Opponent Lafontaine weit unterdurchschnittlich verankert sei.

Oskar Lafontaine, Saarbrückens OB, könnte unsaarländischer in der Tat kaum sein. Der linke Sozialdemokrat, den seine Fans für einen Feuerkopf halten, gilt politischen Gegnern - aber auch rechten Genossen - eher als ein kleines Licht, das Aufmerksamkeit erregt, weil es wie ein Elmsfeuer über den Niederungen allgemeiner Zukunftsängste irrlichtert. Dem Ministerpräsidenten jedenfalls ist er fremd und fern wie ein Wesen von einem anderen Stern. Was immer der Regierungschef tat oder plante, dies zur Erklärung, Lafontaine war dagegen, wobei er, wie Werner Zeyer meint, mindestens zweimal „objektiv die Interessen des Saarlandes verraten" hat: bei der Verlängerung des Saarkanals und beim Projekt einer Großanlage zur Kohleverflüssigung

Es ist nicht der Wahlkampf, der Zeyer dies sagen läßt. Es ist der aufrichtige Zorn eines Mannes, der sich in den harten und bitteren Jahren des Kampfes um die Rettung der Arbed von Lafontaine in Stich gelassen fühlte. Ob Krisensitzungen, Marathonverhandlungen oder Ultimaten: Der rote Oskar war nie da; im Zweifelsfall machte er gerade Urlaub im Landhaus Willy Brandts in der Provence. Ein rechter Saarländer tut sowas nicht. Werner Zeyer, der selber immer predigt, „auf unsere eigene Tatkraft und Entschlossenheit kommt es vor allem an!", vermittelt beim Stichwort Lafontaine die Entrüstung des *Hausvaters über einen Sohn, der aus* der Art geschlagen ist, der die Hände in den Hosentaschen ließ, als Sturmböen das Dach davon trugen und der auch beim Retten, Bergen und Reparieren müßig blieb. Der Ministerpräsident erinnert sich in solchen Augenblicken zum Troste gern an die Erbitterung Helmut Schmidts über seinen Parteigenossen Lafontaine, der ihm bekanntlich, Schmidt war damals noch Kanzler, die Tugenden eines KZ-Wächters bescheinigt hatte. Und Schmidt hat dem Saarbrücker OB vorausgesagt: „Lafontaines Zeit kommt erst später, wenn sie überhaupt kommt." Ein anderer prominenter Sozialdemokrat schließlich meinte in diesen Tagen: „Wenn Lafontaine die Wahlen im Saarland gewinnen sollte, dann muß er hoffen, daß die Leute ganz rasch vergessen, was er alles versprochen hat."

Werner Zeyer kann auch aus vollem Herzen lachen.

Breuel warnt vor Geißlers Konzept

DW. Osnabrück/Bonn

Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel hat Teile der Leitsätze des CDU-Bundesvorstandes zur Frauenpolitik scharf kritisiert. In einem Interview für die „Neue Osnabrücker Zeitung" sagte die Unionspolitikerin, Gleichberechtigung lasse sich nicht durch Vorschriften erreichen, wie dies in einigen Punkten des Papiers geschehe. So stelle die geplante Arbeitsplatzgarantie für Frauen, die zur Erziehung ihres Kindes für ein Jahr aus dem Berufsleben ausscheiden, „eher ein Berufsverbot als eine Hilfe" dar. Angesichts eines labilen Arbeitsmarktes würden kleine und mittlere Betriebe keine Frauen einstellen. die in den Genuß einer solchen Garantie kommen könnten.

Frau Breuel setzte sich dafür ein, daß der bevorstehende CDU-Bundesparteitag auf eine juristisch verbindliche Festlegung der Arbeitsplatzgarantie verzichtet. Statt dessen solle lediglich ein Appell an die Unternehmen gerichtet werden, Arbeitnehmerinnen ein solches Angebot zu machen. Nach den Worten der Ministerin kann den Frauen am besten geholfen werden, wenn man ihnen eine bessere Ausbildung – vor allem mit Blick auf neue Technologien – ermöglicht. „Nur dann werden sie den Anschluß behalten", betonte die Politikerin.

Frau Breuel plädierte außerdem für eine Ausweitung der Möglichkeiten von Teilzeitarbeit und eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung. Wenn hier an die Wirtschaft – etwa in Form finanzieller Erleichterungen – ein konkretes Angebot unterbreitet werde, käme das in erster Linie den Frauen zugute.

In der Auseinandersetzung um eine einjährige Arbeitsplatzgarantie für junge Mütter oder Väter ist Bundesfamilienminister Geißler nach Informationen des Deutschen Fernsehens offenbar zum Einlenken bereit. Geißler und der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU, Hansheinz Hauser, hätten vereinbart, daß Kleinbetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten von der Regelung ausgenommen werden sollten, meldete die „Tagesschau". Die CDU-Mittelstandsvereinigung wie auch die Freien Demokraten hatten sich gegen eine uneingeschränkte Arbeitsplatzgarantie ausgesprochen.

Die „DDR" verhängt schärfere Haftstrafen

Jahresversammlung der Gesellschaft für Menschenrechte

WERNER KAHL, Königstein

Bei politischen Prozessen in der „DDR", die nach wie vor unter Ausschluß der Öffentlichkeit geheim stattfinden, sind 1984 schärfere Strafen als im Vorjahr verhängt worden. Das wurde am Wochenende auf der Jahresversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) in Königstein im Taunus bekannt.

„Volksrichter", die gewöhnlich SED-Mitglied sind, haben der IGfM-Untersuchung zufolge in den bekannt gewordenen Verfahren Haftstrafen von insgesamt 273 Jahren und 5 Monaten verhängt. Das durchschnittliche Strafmaß für politische Vergehen sei demnach 1984 auf 38 Monate pro Gefangenen verschärft worden und liege somit um 6 Monate höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, sagte Ehrhard Göhl, Sprecher des Arbeitsausschusses „DDR".

Durch die breite Publikation der Ausreisewelle im vergangenen Jahr und die Spekulationen über die Reiseabsichten Honeckers seien Verfolgung und Aburteilung von „DDR"-Bewohnern in der Öffentlichkeit spürbar schwächer registriert worden, meinte Göhl.

Vor 550 Mitgliedern und Förderern der internationalen Hilfsorganisation gab der Geschäftsführende IGfM-Vorsitzende, Agrusow, die Zahl der derzeitigen politischen Gefangenen in der „DDR" mit etwa 7000 bis 8000 an. Von den 160 „DDR"-Bewohnern, die aus der Prager Botschaft der Bundesrepublik nach dem Versprechen, ihr Ausreiseantrag werde bearbeitet, in die „DDR" zurückgekehrt waren, sei jedoch noch kein einziger im Westen eingetroffen.

Zeugen-Anhörung

Während der zweitägigen Jahresversammlung der 1972 gegründeten Gesellschaft für Menschenrechte wurden unter Vorsitz des Mediziners Reinhard Gnauck Zeugen und Bürgerrechtler aus der Sowjetunion, der CSSR, der „DDR", *Rumänien*, Nicaragua, Kambodscha, Vietnam, Iran und Uganda gehört. Erstmals hatten sechs diplomatische Vertretungen in der Bundesrepublik, darunter die USA, Belgien, die Niederlande, Griechenland und Zimbabwe, Beobachter entsandt.

Der 28jährige Bürgerrechtler Victor Dawydow berichtete, daß er in der Sowjetunion verfolgt wurde, seitdem er als Jurastudent Mitte der siebziger Jahre Solschenizyns GULag-Manu*skript mit Freunden verbreitete*; als er dann auch noch Russen über ihren Anspruch auf Menschenrechte beriet, habe ihn der Geheimdienst zu einer mehrmonatigen „Sonderbehandlung" in eine psychiatrische Klinik einweisen lassen. „Ich wurde schließlich mit einem Gefangenentransport circa 6000 Kilometer weit in die Nähe der sowjetisch-chinesischen Grenze verbannt", sagte Dawydow.

Der Bürgerrechtler war nach IGfM-Angaben der einzige politische Häftling, der 1984 die Sowjetunion verlassen durfte. Unter Hinweis auf das Motto der IGfM-Jahresversammlung („10 Jahre KSZE-Bilanz und Ausschau") betonte Dawydow, die Sowjets hätten in der UdSSR die Menschenrechtsabmachungen von Helsinki und der Nachfolgekonferenzen „bis zum heutigen Tag nicht einmal durch bloße Erwähnung" zur Kenntnis gebracht.

Von Kindern getrennt

In mehrsprachigen Flugschriften wurden auf der Tagung neue Aktionen gegen Versuche des „DDR"-Geheimdienstes angekündigt, Kinder von Regimekritikern zu trennen und zwangsweise „sozialistisch zu erziehen". Als Opfer östlicher Willkür wurden unter anderen die Kinder Beate und Claudia Gallus, 12 und 14 Jahre alt, genannt, sowie Silvio Schmidt, ein inzwischen 16jähriger, der in das „DDR"-Kinderheim *Munzig* eingewiesen wurde.

„Wir, die Eltern, wurden im Mai 1984 von der Bundesrepublik Deutschland aus fast zweijährigem DDR-Zuchthausaufenthalt (wegen eines mit den Kindern unternommenen *Fluchtversuchs – die Red.*) freigekauft", heißt es in dem auf der Tagung verteilten SOS-Ruf „Kinder in Not". Jetzt würden die Kinder „weiterhin unter Gewalt, Erpressung, Bespitzelung, Angst- und Zwangspsychose zurückgehalten".

Beate und Claudia Gallus sollen offenbar dem „DDR"-Fernsehen als Kinderstars für ein kommunistisches Familienidyll („Geschichten übern Gartenzaun", so die Serie) dienen. Trotz rigoroser Abschirmung konnten sich die Kinder jedoch über Deckadressen im Westen *bemerkbar machen*: „Holt uns aus dieser Hölle, sie schikanieren uns kaputt, bitte, bitte helft uns."

Protest gegen „Mißbrauch des Talars"

In Berlin sammelt sich eine neue Bekenntnis-Bewegung der Protestanten

hrk. Berlin

Von Berlin aus wollen bibeltreue und zur Verkündigung des Wortes stehende Kritiker der evangelischen Amtskirche sich bemühen, gleichgesinnte Protestanten in der gesamten Bundesrepublik in einer neuen „Bekennende Kirche" zu sammeln. Diese Bewegung soll versuchen, für ihre vermißte Besinnung auf die Fundamente des Glaubens in der evangelischen Kirche Mehrheiten zu finden.

Als Kern dieser Christen arbeitete am Wochenende die „Evangelische Sammlung" bei einer Zusammenkunft in Berlin an verbindlichen Grundsätzen für eine solche Gruppierung, die jedoch nicht außerhalb der verfaßten Kirche arbeiten will. Die rund 100 eingeladenen Delegierten der „Evangelischen Sammlung" – darunter vier CDU-Bürgermeister, Theologen, Politologen und Kirchenvolk von der Basis – repräsentierten Berliner Protestanten, die vor allem eine von ihnen so gesehene Verquikkung von Politik und Verkündigung in der Kirche ablehnen. Das seelsorgerische Element solle wieder in den Vordergrund treten und die beklagte Verbreitung ideologischer Heilslehren aufhören.

In einer Zustandsbeschreibung des deutschen Protestantismus hatte der Tübinger Theologe Professor Dr. Peter Beyerhaus als Gast der „Evangelischen Sammlung" betont, um aus der „gegenwärtigen Notsituation" herauszukommen, sei der von vielen Christen „erwartete und geforderte geistige Aufbruch des Protestantismus dringend geboten". Der von einem landesweiten Echo begleitete Protest von elf prominenten Christen in Schleswig-Holstein an den Zuständen in der Nordelbischen Kirche sei für ihn lediglich die „Spitze eines Eisbergs, ein Symptom für die wachsende *Beunruhigung oder auch die* tödliche Resignation im Blick auf den Weg der evangelischen Christenheit".

Er forderte im Hinblick auf die in Nordelbien bereits begründete „Bekennende Gemeinde" die Gründung einer neuen „Bekennende Kirche" als „Sammelbecken aller derjenigen glaubenstreuen Christen, die in ihrer Kirche keine Heimat mehr finden können". Die fundamentale Krise der evangelischen Christenheit bestehe vor allem im „Schwinden des Vertrauens zur Heiligen Schrift". Beyerhaus wandte sich auch gegen ein teilweise *schon* ausgeprägtes „Neuheidentum" in der Kirche und eine feministische Theologie, die von der Vaterfigur Gottes wegstrebe. Es sei von seiten der Amtskirche „so gut wie nichts" erfolgt, gegen diese „falsche Lehre" einzuschreiten.

Der Karlsruher Professor Karl Steinbuch stellte sein Referat unter das Bibelwort: „Wo nun das Salz dumm wird ..." und kam in seiner Diagnose des gesellschaftlichen Zustands in der Bundesrepublik zu zwei Schlußfolgerungen:

- „Im kirchlichen Bereich schwin*det manchenorts der Glaube – an* seine Stelle tritt Gesellschaftskritik im Talar.
- Zugleich schwindet in der Wissenschaft die ‚cartesianische Rationalität'. An ihre Stelle tritt manchenorts Neo-Mystizismus."

Beides seien Fehlentwicklungen, die Steinbuch im Entstehen einer „unwissenden, ungläubigen und letztlich unglücklichen Gesellschaft, deren Kultur in einem Sumpf gutwilliger Ignoranz versinkt", enden sieht. *Der Talar werde immer häufiger für* „dubiose Zwecke" mißbraucht. Besonders auffällig sei dies bei Demonstrationen für Umweltschutz, gegen Kraftwerksbau oder gegen Raketenstationierung. Der Umweltschutz sei jedoch eine zu wichtige Aufgabe, „als daß wir ihn moralisierenden Dilettanten überlassen dürften."

Dies treffe ebenso beim Streit um den Frieden zu – „aber auch hier spielen diese Pastoren oftmals die Rolle der nützlichen Idioten für die politischen Absichten, die sie nicht verstehen". Zwar sei, so Steinbuch, die Möglichkeit eines „großen Krieges" aus verschiedenen Gründen nicht von der Hand zu weisen, aber: „Die Interessen unseres Volkes sind denen der Supermächte nicht ‚äquidistant' – es ist uns nicht gleichgültig, welches der beiden ideologischen Systeme schließlich die Welt beherrscht." Man möge sich erinnern, daß „illusionäre Friedensliebe, raffinierte Irreführung und schlichte Feigheit entscheidend *zum Ausbruch des Zweiten Weltkrie*ges beigetragen haben". Die Bergpredigt beispielsweise sei „keine Anweisung zum Leben mit russischen Atomraketen".

Der Berliner Kunsthistoriker Professor von Simson sprach sich im Hinblick auf den Streit um die Gestaltung des 750. Geburtstages von Berlin 1987 für das Motto „Berlin – Metropole der Deutschen, Metropole der Freiheit" als zentralen Gedanken aus.

Staatsversicherung für Diakonissen

hrk. Berlin

Die rund 15 000 Mitarbeiterinnen und Helfer in der kirchlichen Diakonie in der „DDR" erhalten ihre Renten künftig von der Staatlichen Versicherung und nicht mehr, wie bisher, von der Kirche. Eine derartige Vereinbarung wurde jetzt in Ost-Berlin geschlossen. Sie soll offenbar das seit *dem Lutherjahr um korrekten Um*gang bemühte Verhältnis von Staat und evangelischer Kirche in Mitteldeutschland hervorheben.

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" placierte den Bericht über diese Vereinbarung an der sonst *üblichen Stelle* für den Tageskommentar. Bereits Anfang der achtziger Jahre war zwischen dem „Bund der evangelischen Kirchen in der DDR" und der Staatlichen Versicherung,in der alle „DDR"-Berufstätigen sozial*versichert sind, eine Vereinbarung* über die Rentenzahlung für Pfarrer abgeschlossen worden. Seinerzeit zahlte die Kirche – auch mit erheblicher Unterstützung durch sogenannte „Dienstgelder" der Kirchen in der Bundesrepublik – einen erheblichen Betrag auf einmal in die Versicherung ein. Inoffizielle Angaben über die Höhe schwankten damals zwischen einem zwei- oder dreistelligen Millionenbetrag in D-Mark.

Ob im Zuge der Übernahme der Diakonissen eine ähnliche Übereinkunft geschlossen wurde, geht aus dem ADN-Text nicht hervor. Bei der Unterzeichnung lobten Staats- wie Kirchenvertretung das Abkommen gleichermaßen: Kirchen-Staatssekretär Klaus Gysi (SED) sprach von einem „wachsend vertrauensvollen und konstruktiven" Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Landesbischof Johannes Hempel (Dresden), Vorsitzender des Kirchenbundes, wertete den Schritt als „großzügiges Entgegenkommen des Staates und *besonderen Ausdruck* der Wertschätzung der Diakonie".

Tatsächlich streben viele junge Menschen drüben in die Sozialberufe der Kirche. Die ausgezeichnet geführten Diakonissen-Krankenhäuser sind sehr beliebt, zumal sie durch Spenden westlicher Kirchen häufig über eine modernere Apparatur als staatliche Häuser verfügen.

Apel: Kein Regierender von Gnaden der AL

hrk. Berlin

In einer Stimmung gedämpfter Zuversicht und in der Annahme, nach *dem 10. März für* die weitere Regierbarkeit Berlins gebraucht zu werden, holten sich die Sozialdemokraten am Wochenende die SPD-Wahlkämpfer-Prominenz in die Stadt: Willy Brandt und Johannes Rau. Zugleich legte Hans Apel ein Sachprogramm für die ersten 100 Tage eines von der SPD zwar nicht gestellten, aber letztlich unterstützten CDU-Senats vor. Im vorletzten SPD-Wahlkampfspot versicherte Apel – vor dem Bild Ernst Reuters im Hintergrund – nochmals, es werde nach dem 10. März „keinen Regierenden Bürgermeister Apel von *Gnaden der AL" geben.*

Er versicherte außerdem, die SPD werde sich bei einer rechnerischen rot-grünen Mehrheit nicht von der AL dulden lassen. Apel betonte zudem, Berlin werde auf keinen Fall nach dem 10. März „unregierbar" sein.

Dem Spitzenkandidaten waren diese Aussagen nach den Rot-Grün-Irritationen vor zwei Wochen durch Hans-Jochen Vogels Interview offenbar so *wichtig*, daß er den ursprünglich geplanten Wahlspot strich und den Beitrag allein bestritt. Das Dekor – Reuter-Bild mit Baskenmütze, Deutschland- und Berlin-Fahne – sollte an das früher unbestrittene Image der „Berlin-Partei" SPD erinnern.

Auf zwei Ebenen gelang es Apel und der SPD-Prominenz aus Bonn und Düsseldorf, Willy Brandt und Johannes Rau, offenbar, das lädierte Selbstvertrauen der SPD-Klientel kurz vor dem Wahltag zu festigen: durch den von Apel nicht mehr erhobenen, weil unrealistischen Anspruch, stärkste Fraktion zu werden, und die Vorlage eines umfänglichen Sachprogramms, für das die SPD im neuen Abgeordnetenhaus Mehrheiten suchen will. Es enthält überwiegend kommunalpolitische Punkte aus den Bereichen Mieten, Arbeitsplätze, Umweltschutz und Soziales, die von Fall zu Fall durchaus auch mit der CDU durchsetzbar wären.

Als politisch brisanteste Ankündigung hielt Apel am Wochenende die Absprache mit SED-Chef Erich Honecker bereit, sich nach der Wahl und unabhängig vom Ausgang mit ihm in der „DDR" zu einem Meinungsaustausch zu treffen. Ein ähnliches Vorhaben von Eberhard Diepgen war wegen des bisher fehlenden Interesses der anderen Seite nicht zustande gekommen.



Japanische Frauen auf dem Weg in die Moderne: Nicht nur die Kleidung paßt sich westlichen Maßstäben an; auch überlieferte Traditionen werden von immer mehr Frauen in Frage gestellt. FOTO: SVEN SIMON

Nippons Töchter gehen auf die Barrikaden: Japanerinnen emanzipieren sich

Keine Chance für Brillenträgerinnen

Fräulein Yumiko S. (23) hat Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Tokio studiert, einem der besten Lehrinstitute in Japan. Darüber hinaus spricht sie fließend Englisch und weiß sich gleichermaßen problemlos in den Sprachen Goethes und Voltaires zu unterhalten. Das sind sehr gefragte Fähigkeiten, über die jedoch die wenigsten in Japan verfügen.

Als Yumiko mit ihrer Bewerbung bei einer großen Handelsfirma Erfolg hatte, trat sie ihre Stelle in dem beeindruckenden Büro mit berechtigtem Stolz an. Sie wurde von einer Büroangestellten begrüßt, die sie ihren neuen Kollegen vorstellte und sie mit ihrer künftigen Arbeit bekanntmachte. Zu diesem Zweck wurde sie in die kleine Küche geführt, die sich im Treppenaufgang in der Nähe des Aufzugs befand. Man zeigte ihr, wo die Teedosen und Tassen standen und erklärte ihr, wann und wie oft (nämlich viermal täglich) sie ihren männlichen Kollegen den Tee zu servieren habe. Schriftstücke zu fotokopieren und Botengänge zu erledigen gehörte ebenfalls zu ihren neuen Aufgaben.

Anstatt sich resigniert zu fügen, wie es die meisten Japanerinnen getan hätten, verließ Yumiko die Firma noch am gleichen Tag. Jetzt arbeitet sie für ein ausländisches Unternehmen, wo sie ihren Qualifikationen entsprechend eingesetzt ist.

Dieses – typische – Beispiel zeigt, wie japanische Firmen die Talente hochqualifizierter Mitarbeiterinnen verschwenden, während viele andere zögern, sie überhaupt einzustellen, von Förderung gar nicht zu reden. Unter den Führungskräften herrscht nämlich die Meinung vor, es sei zu teuer, Frauen eine Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen, da viele von ihnen die Arbeitsstelle ohnehin nur als Warteschleife zwischen Universitätsdiplom und Ehe ansähen. In Japan gelten 25 Jahre als ideales Heiratsalter für Frauen; zu diesem Zeitpunkt kündigen sie in der Regel ihre Stelle. Dieses Argument wird von den Arbeitgebern sehr häufig ins Feld geführt, und deshalb bieten sie den Frauen niedrigere Gehälter und weigern sich, ihnen Stellungen anzubieten, die ihnen ein Recht auf Lebensarbeitszeit garantieren.

Nach einer Statistik des Arbeitsministeriums erhalten weibliche Arbeitnehmerinnen lediglich 53,3 Prozent des Gehaltes, das Männer im Durchschnitt verdienen. Dieser Rechnung ist das Grundgehalt der Männer zugrunde gelegt, d. h. ohne Zulagen, Provisionen oder Überstundenzuschläge. Frauen ist es ohnehin gesetzlich verboten, nachts zu arbeiten. Diese Auflage verhindert, daß sie Überstunden bezahlt bekommen. 1984 waren mehr als 15 Millionen Frauen in der Verwaltung und Industrie beschäftigt; diese Zahl erhöht sich auf 22,6 Millionen, wenn man die selbständigen Frauen und Heimarbeiterinnen hinzurechnet. Es gibt 34 000 Beamtinnen, aber nur 27 der 763 Parlamentsmitglieder sind weiblichen Geschlechts.

Etwa die Hälfte aller verheirateten Frauen geht einer Halbtagsbeschäftigung nach – entweder, um ein wenig Abwechslung in das Hausfrauendasein zu bringen, um die Haushaltskasse aufzubessern oder um das teure Universitätsstudium der Kinder zu finanzieren. Es erübrigt sich der Hinweis, daß die Halbtagsbeschäftigten,

Am Anfang war die Frau die Sonne – ZDF, 19.30 Uhr

also rund 20 Prozent der Arbeitnehmerinnen, nicht die Vorteile einer Vollzeitbeschäftigung haben (z. B. Beteiligung an Firmengewinne u.ä.) und daß sie fristlos gekündigt werden können, wenn sich die Firmensituation verschlechtert.

Die Benachteiligungen für Arbeitnehmerinnen müssen bald zwangsläufig beseitigt werden, da Japan sich verpflichtet hat, im Juli 1985 den UNO-Vertrag zu ratifizieren, der jegliche Form der Diskriminierung von Frauen untersagt. Zu diesem Zweck muß das japanische Oberhaus zunächst die Gesetzesvorlage zur Gleichstellung der Geschlechter unterzeichnen, um sie in Übereinstimmung mit der UN-Konvention zu bringen.

Die japanische Gesetzesvorlage sieht jedoch keine Strafen für Firmen vor, die weiterhin Diskriminierungen begehen, was den Zorn zahlreicher Frauenrechtlerinnen erregt. Sie bezweifeln nämlich, daß sich – selbst nach Inkrafttreten des Gesetzes – viel ändern wird. Einige Firmenchefs, so heißt es, sollen die neue Gesetzesvorlage erbittert bekämpfen. Generöse Parteispenden einiger großer Unternehmen werden ebenfalls als Grund dafür angegeben, warum Strafmaßnahmen in der Vorlage nicht erwähnt werden. Aber Frau Aya Murakami, zuständig für Frauenfragen im Arbeitsministerium, glaubt, daß die (fast sichere) Annahme des Gleichberechtigungs-Gesetzes allein schon einen Fortschritt für japanische Frauen darstellt.

Die Frauenbewegung in Japan steht auf ziemlich schwachen Füßen; dennoch konnte sie ein paar Erfolge verbuchen, indem sie einige diskriminierende Beschäftigungspraktiken enthüllte und und für deren Abschaffung sorgte. Vor einiger Zeit brachte eine Frauengruppe ein geheimes Einstellungsmemorandum einer der führenden Buchladen-Ketten Japans an die Öffentlichkeit. Demzufolge waren die Personalchefs gehalten, weder häßliche Frauen noch Brillenträgerinnen einzustellen, ebensowenig Mädchen, die kleiner als 1,40 Meter waren. Geschiedene Frauen, Jura-Studentinnen oder Töchter von Lehrern hatten ebenfalls keine Einstellungschance. Außerdem scheint das Management gewisse Kunstrichtungen zu fürchten, denn Stellenbewerberinnen, die ihre Vorliebe für van Gogh offen zugaben, hatten auch keine Aussicht auf eine Anstellung.

Doch trotz des diskrimierenden Vorgehens bei Einstellungen ist es manchen japanischen Frauen gelungen, sich eine berufliche Karriere aufzubauen. Besonders aktiv und kreativ sind sie auf künstlerischen Gebieten, in der Mode und in der Kosmetik. Kürzlich wurde eine Firma eröffnet, die wissenschaftliche Ausstellungsstücke herstellt und in der ausschließlich Frauen das Sagen haben. Weitere Unternehmen, die fest in weiblicher Hand sind, werden nach und nach gegründet.

Die Reaktion auf dieses kühne Vorgehen ließ nicht lange auf sich warten: Einige Männer haben sich bereits über Geschlechterdiskriminierung bei Stellenvergaben beklagt.

EDWIN KARNOL



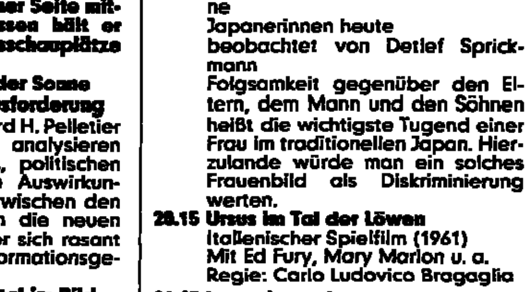
ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Der eiserne Weg
11.05 Mein Freund – der Wald
11.50 Umschau
12.15 Weltspiegel
Mit Gerd Ruge
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Es kann dir dein Vater die Welt nicht erklären in einer Stunde
Wolfgang Liebeneiner im Gespräch mit seiner Tochter Johanna
17.20 Die kleine Hexe
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Blauen und die Grauen (2)
Nachdem im Jahre 1861 der Bürgerkrieg ausgebrochen ist, entschließt sich John Geyser schweren Herzens, auf keiner Seite mitzukämpfen. Stattdessen hält er alle wichtigen Kriegsschauplätze auf Bildern fest.
Anschl. Ein Platz an der Sonne
21.15 Die Pazifische Herausforderung
Fritz Pleitgen und Gerd H. Pelletier dokumentieren und analysieren die technologischen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Wettlaufs zwischen den USA und Japan um die neuen Technologien in einer sich rasant entwickelnden Informationsgesellschaft.
22.00 Wir sind bald alle total im Bild
Herbert Bonewitz im Unterhaus Mainz
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Bruchteile des Lebens
Ungarischer Spielfilm (1980)
Mit Maria Kovacs, György Banffy
Regie: Imre Gyöngyössi
Eva Bogar, Fabrikdirektorin in Budapest, will sich nach ihrem 55. Geburtstag zur Ruhe setzen und in ihr Heimatdorf zu ihrer Familie zurückkehren. Als sie dort eintrifft, muß sie feststellen, daß sich die Familie nach dem Tod der Mutter völlig auseinandergelebt hat.
0.30 Tagesschau

ZDF



16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
9. Folge: Als Fest begann's
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Boomer, der Streuner
Der Stalljunge (2)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Am Anfang war die Frau die Sonne
Japanerinnen heute
beobachtet von Detlef Sprickmann
Folgsamkeit gegenüber den Eltern, dem Mann und den Söhnen heißt die wichtigste Tugend einer Frau im traditionellen Japan. Hierzulande würde man ein solches Frauenbild als Diskriminierung werten.
20.15 Ursus im Tal der Löwen
Italienischer Spielfilm (1961)
Mit Ed Fury, Mary Marlon u. a.
Regie: Carlo Ludovico Bragaglia
21.45 heute-journal
Anschl. Politbarometer
22.10 Ein Meister der galanten Feste
Der Maler Jean Antoine Watteau
22.40 Aus dieser Straße geh' ich nicht raus
Anhand von Einzelschicksalen in einer Wiesbadener Altstadtstraße beschreibt dieser Dokumentarfilm das dortige soziale und menschliche Klima sowie die strukturellen Veränderungen, die sich aus Sanierungs- und Baumaßnahmen für die Bewohner ergeben.
0.25 heute
Anschl. Gute Nacht-Musik
Heitor Villa-Lobos: Chorus typico
Liona Boyd, Gitarre



Muskelmänner zeigen ihre Fähigkeiten in dem italienischen Spielfilm „Ursus im Tal der Löwen" (ZDF, 20.15 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Kopf um Kopf
Ein Spiel mit Wissenschaft
Mit Alexander von Cube und Thomas von Randow
21.15 Wissenschafts-Report
Höhe über Null
Der Amsterdamer Pegel wird verlegt
21.45 Mehr Kunst für Bonn?
Film von Jochen Schmidt
22.15 Zu Tode gesiegt
Vom Untergang der U-Boote
Von Lothar-Günther Buchheim
23.35 Letzte Nachrichten

NORD

Leben mit der Lähmung
19.15 Problem Fortschritt
Das gewisse Etwas
Berlin und seine Umweltsorgen
20.00 Tagesschau
20.15 Zuschauer fragen – Politiker antworten
Fernseh-Anhörung zur Abgeordnetenhaus-Wahl in Berlin
22.15 Zu Tode gesiegt
Vom Untergang der U-Boote
23.35 Nachrichten

HESSEN

18.55 Wombles (8)
19.05 Drei – D
20.00 Zu Tode gesiegt
Vom Untergang der U-Boote
21.20 Hammerfest Februar 1845
21.30 Drei aktuell
22.30 Alexander Trauner, der Mann in der Kulisse
Porträt des Filmarchitekten

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Mit Waldeslust gegen Waldsterben
21.05 Klimbim
21.50 Ich war schon soweit, daß ich verkaufen wollte
Ein deutscher Mandelbauer auf Korsika
22.45 Rückblende
Vor 25 Jahren: Erdbeben in Agadir
23.00 Jazz am Montagabend
Enrico Pieranunzi Trio
23.45 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Geheimnisse des Gehirns
Dokumentarreihe von Dick Gilling
5. Im Blick
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Aufpasser
Diamanten für die Dame
23.35 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
Olivia und die große Welt
15.00 Indian River
Der Buschpilot
15.30 Musicbox
16.30 Kum Kum
Ist Sauro ein Feigling?
17.00 Mondbasis Alpha 1
Auf gefährlichem Kurs
18.00 Westlich von Santa Fe
Der Held
Colly überrascht den bekannten Outlaw Kid am Lagerfeuer. Da dieser den Colt zieht, muß er ihn erschießen. Colly wird in North Fork als großer Held gefeiert, bis man entdeckt, daß Kid in den Rükken getroffen wurde . . .
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Virginie (2)
19.40 Hardcastle and McCormick
Neues Opfer im Longren-Fall
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 In den Adern heißes Blut
Italienischer Spielfilm (1968)
Mit Giuliano Gemma, Rosemary Dexter, Gunnar Björnstrand u. a.
Regie: Florestano Vancini
Ein schwedischer Psychologieprofessor, der mit seiner Frau an der Adria Urlaub macht, fühlt sich durch das ungezwungene Liebesleben eines italienischen Paares herausgefordert. Da er mit seinen eigenen Problemen nicht klarkommt, wird er schließlich zum Mörder.
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
11. Ein Platz für kleine Tiere
anschl. Kompass
Schnell und langsam (3)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Der Glanz des Hauses Amberson
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Joseph Cotten, Anne Baxter, Tim Holt, Dolores Costello u. a.
Regie: Orson Welles
Um das Jahr 1873 gehören die Ambersons zu den reichsten und einflußreichsten Familien im Staate Indiana. An ihrer ausgesprochen feudalistischen Einstellung scheitert die Verbindung von Isabel, der Tochter des Hauses, mit dem Konstrukteur Eugène Morgan.
23.15 Kennwort: Kino
Daniel Schmid
Porträt des Schweizer Regisseurs von Dagmar Wacker
Anschl. 3SAT-Nachrichten

KRITIK

Man ist nicht nur einfach jung

Laßt doch der Jugend ihren Lauf" drückten alte Volksweisen ihr Verständnis für den nötigen Entwicklungsspielraum der Heranwachsenden aus. Im Deutschland Erich Honeckers darf man auf solche langen Zügel nicht bauen. **Die „Junge Welt" der DDR** ist eine jugendliche Erwachsenenwelt, deren Hauptziel die möglichst reibungslose Integrierung in parteibefohlene Kommunismusvorstellungen ist. Das machte der informative Film von Hans Herbert Westermann (ZDF) deutlich.

Als „Erzieher der jungen Generation" versteht der Chefredakteur der FDJ-Zeitung „Junge Welt" (täglich 1,2 Millionen Exemplare), Hans-Dieter Schütt, seine Aufgabe. Auch JW-Verlagsleiter Rucht betonte, daß die Jugendarbeit den erwachsenen Idealen vom „Aufbau des Kommunismus möglichst im frühesten Alter voll zu entsprechen" habe.

Diese Separiertheit von den unmittelbaren Jugendinteressen machte auch ein Gespräch der JW-Redaktion mit Kadern der FDJ-Staatsjugend deutlich. Man ist nicht nur einfach jung, sondern hat parteilichen Lenkungsauftrag und überlegt in bester Funktionärsmanier, wie man über „Verbindungsleute direkt mit den Jugendlichen in Kontakt treten" könne. Die Jugendpresse der „DDR" propagiert im Namen von Partei und Jugendverband die Besserung der wirtschaftlichen Produktion und kann hier auch durchaus auf Verständnis der Jugend hoffen, soweit damit auch Verantwortung und Eigenständigkeit delegiert werden.

Putzig mutete es jedoch an, den FDJ-Vertreter darüber meditieren zu hören, wie die „persönliche Motivation" der Jugendlichen zu Sonderarbeiten herausgestellt werden könne. Motivation dürfte doch oft genug sein, nach Ableistung der „freiwilligen Sonderpflichten" Ruhe zu haben vor den Staatsansprüchen. Das Überspielen solch menschlicher Gedankengänge durch pflichtgemäße Parteideklamationen verleiht auch der „DDR"-Jugendpresse oft genug etwas Unwirkliches.

Interessant und nachahmenswert waren die ebenfalls gezeigten Versuche der JW-Kinderabteilung, Buchillustrationen in Zusammenarbeit mit einer Schulklasse entstehen zu lassen oder Kinder in einer Ausstellung mit bildnerischer Kunst zu konfrontieren. Auch die eingeblendete Debatte mit dem JW-Sexualberater Prof. Borrmann zeigte den Wandel in der „DDR"-Jugend hin zu selbstbewußtem Umgang mit den Tabus von Papa und Mama. Doch der eher peinlich denn feierlich wirkende Fahnenaufmarsch der Pioniere und die gestelzten Worte des JW-Chefredakteurs bei einem Sportlerempfang über das landeseigene „Weltniveau an Lebensbejahung, politischer Festigkeit und moralischer Größe" setzte dem wiederum das eigentlich Gewünschte entgegen. Die Jugendpresse der „DDR" könnte um ein Vielfaches interessanter werden, wenn sie ähnlich wie etwa in Ungarn oder Polens Jugend auch als eigenständige Größe, wenn schon nicht als „Subkultur", begreifen würden.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Lieder, die am Waldrand stehen

Sieben Liedersänger, weibliche und männliche, jüngere und alternde, hatten sich zusammengefunden, um den Wald zu besingen: **Mein Freund – der Wald** (ZDF). Reinhard Mey führte sie an, und wie er sein melancholisches Maikäferlied sang, erschien es nicht mehr so nostalgisch wie vor Jahren. Es war kein Lied der Kindheitserinnerung mehr, es war eher eine Bestandsaufnahme, wie die anderen Lieder auch, die von Daliah Lavi oder der Joana, die der Frau Werding und die des alten Kämpen Udo Jürgens.

Die Gesänge der sogenannten Liedermacher hatten plötzlich ihren Kontext geändert, sie waren aus Salon oder Disco herausgetreten, gewissermaßen runter von der Autobahn, und standen nun am Waldrand und klangen über die zerzausten Wipfel wie eine harsche Klage.

Wer die Sendung einschaltete, mochte es etwas ängstlich tun: schon wieder Spinat! Aber nach den ersten Takten wußte er Bescheid. Es ging nicht um Grüne, Blaue oder Rote. Es ging um uns alle. Wir alle sind, wenn es so weiter geht, bald „letzte Kraniche" (Juliane Werding), und das „Annaburger Moor" ist überall.

Herr Mey gab in den kurzen Zwischenpausen Informationen zum Naturschutz: sachlich und anschaulich, ohne Anklagerede, eher als kurzes Feststellungsverfahren.

VALENTIN POLCUCH

Peres beharrt auf Gesprächen ohne die PLO

APF/dpa, Washington

Ministerpräsident Shimon Peres hat gegenüber der „Washington Post" die Bereitschaft Israels bekräftigt, in Kairo Gespräche mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation zu führen, wenn dieser keine PLO-Mitglieder angehören. Peres: „Bestimmte ägyptische Politiker" gingen davon aus, daß die erste Verhandlungsetappe mit den USA der PLO eine „gewisse Legitimität" verleihen könne, ohne daß die Organisation, die täglich Terrorangriffe verübt, ihre Haltung ändern müsse.

Peres meinte, der ägyptische Präsident könne bei den Gesprächen als Gastgeber fungieren, und auch die USA sollten präsent sein. Damit wandte er sich indirekt gegen Mubaraks Vorschlag, solche Gespräche in den USA zu führen. Der israelische Ministerpräsident betonte, es gehe nicht um ein Friedensabkommen zwischen Jordanien und den USA, sondern zwischen Jordanien und Israel. Israel aus der ersten Etappe der Gespräche auszuschließen, komme einem neuen Versuch der Araber gleich, die US-Regierung dazu zu bewegen, Druck auf Israel auszuüben.

Arafat verlangt Beteiligung der PLO

rtr/AFP, New York

PLO-Chef Yassir Arafat hat den Vorschlag des ägyptischen Präsidenten Mubarak abgelehnt, bei den Friedensgesprächen mit Israel nur Palästinenser in die palästinensisch-jordanische Delegation aufzunehmen, von denen eine PLO-Mitgliedschaft nicht bekannt sei. Gegenüber der „New York Times" sagte Arafat, er werde Bedingungen oder Beschränkungen für PLO-Vertreter nicht akzeptieren. Zugleich dementierte der PLO-Chef Meldungen, wonach er Mubaraks Vorschlag für direkte jordanisch-palästinensische Kontakte mit Israel global abgelehnt habe. Er erklärte weiter, er wünsche solche Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Den USA warf Arafat vor, ihnen sei nicht wirklich am Zustandekommen einer Friedensregelung gelegen.

Khadhafi bleibt bei Terrorismus-Export

dpa/UPI, Beirut

Der libysche Revolutionsführer Khadhafi hat seinen Willen bekräftigt, Terrorismus in andere Länder zu exportieren. Vor dem Volkskongreß in Tripolis sagte er am Wochenende, sein Volk habe das Recht, „Gegner im In- und Ausland am hellichten Tage zu liquidieren". Das libysche Parlament billigte eine Resolution über „Staaten, die streunende Hunde schützen". Darin wird die Aufnahme libyscher Dissidenten als „aggressiver Akt" gegen das libysche Volk bewertet, der entsprechend beantwortet werden müsse.

Khadhafi beschuldigte Westeuropa, es unterstütze Bewegungen gegen Libyen, Syrien und Südjemen. Libyen werde darauf mit Terrorismus antworten, warnte er. Falls in Europa der Widerstand gegen die Regierung Libyens als demokratische Opposition gewertet werde, dann betrachte Tripolis die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe in der Bundesrepublik, die Roten Brigaden in Italien und die „Irische Republikanische Armee" als „revolutionäre Opposition".

Zugleich wies Khadhafi die Vereinbarung zwischen dem jordanischen König Hussein und dem PLO-Chef Arafat über eine Friedenslösung für den Nahen Osten zurück.

WELT-Interview mit dem früheren Bundeswirtschaftsminister zur Lage der Koalition

Lambsdorff: Mit Privatisierung Ernst machen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der mit Hans-Dietrich Genscher die „Wende" herbeigeführt hatte, beurteilt die Bonner Koalition zur „Halbzeit" der Legislaturperiode trotz einiger Schwachstellen positiv. In einem WELT-Interview forderte er, daß gegen die Arbeitslosigkeit „mit noch mehr Konsequenz" vogegangen werden soll.

WELT: Die FDP hat es im wesentlichen Ihnen zu verdanken, daß die Bürger am 6. März 1983 die „Wende" bestätigt hatten. Wie steht die Koalition heute da?

Lambsdorff: Die Koalition hat durch die Politik seit Herbst 1982 bewiesen, daß die damalige Entscheidung richtig war. Man darf sich nicht irremachen lassen durch gelegentliche Ungeschicklichkeiten und durch manches, was noch zu kurz gekommen ist. Wir haben die Wirtschaft weitgehend wieder in Ordnung gebracht. Wir haben die Hoffnungen vieler Menschen in eine kontinuierliche und stetige Politik erfüllt. Zur Frage des wiedergewonnenen Vertrauens gehören auch die völlig klare Entscheidungen in der Sicherheitspolitik. Niemand zweifelt heute mehr daran, wo die Bundesrepublik Deutschland politisch steht: im Lager ihrer westlichen Freunde.

WELT: Welche Punkte der Koalitionsvereinbarung müssen noch bis 1987 abgehakt werden?

Lambsdorff: Das Entscheidende ist eine noch erfolgreichere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Bei der Beschäftigungspolitik sind wir erfolgreich gewesen, auch wenn SPD und DGB gern das Gegenteil behaupten. Das ist aber eine Irreführung des Bürgers. 1981 und 1982 stieg die Arbeitslosigkeit mit rasanter Schnelligkeit um eine Million Menschen. 1983 und 1984 kam sie zum Stillstand. Das ist ein bemerkenswertes, wenn auch nicht zufriedenstellendes Ergebnis. Hier müssen wir mit noch mehr Konsequenz vorgehen.

WELT: Was ist mit der FDP nicht machbar?

Lambsdorff: Wir sollten lieber darüber sprechen, was mit der FDP machbar ist. Auf wirtschaftspolitischen Gebiet ist es eine klare marktwirtschaftliche Politik. Sie muß sich ausrichten an den Ordnungsprinzipien, wie wir sie in der Koalitionvereinbarung miteinander bestätigt haben. Nicht machbar ist ein Abweichen von dieser Politik, ist ein Rückfall in Umverteilung, in das Ausstreuen von Wohltaten oder, was noch schlimmer wäre, in ein Aufgeben des Konsolidierungskurses. Aber ich sehe niemanden in der Koalition, bei dem ich das ernsthaft annehmen würde. Außerhalb gibt es genug Geldverschwender.

WELT: Ist die Position der FDP besonders nach dem Parteitag gegenüber der Union stärker geworden?

Lambsdorff: Sie ist deutlicher geworden. Ich glaube, daß ein Koalitionspartner wie die FDP, die in Saarbrükcken zu völliger Übereinstimmung in personellen und sachlichen Fragen gefunden hat, ihre Positionen gegenüber dem größeren Koalitionspartner deutlicher machen und klarer formulieren kann. Das kann, wenn sie es geschickt tut, ihren Einfluß verstärken. Den wollen wir nutzen, um dem gemeinsamen Ziel, dem

● INTERVIEW

gemeinsamen Erfolg dieser Koalition bei den Bundestagswahlen 1987 zu dienen.

WELT: Was muß die FDP anders machen?

Lambsdorff: Die FDP hat in Saarbrücken deutlich gemacht, daß die Zeit der internen Auseinandersetzungen, der Bewältigung der nicht leichten Entscheidung von 1982 vorbei ist. Diejenigen, die sie mit herbeigeführt hatten, wissen genau, wie schwer es der FDP gefallen ist, diese Entscheidung in der Sache und in der Form zu verarbeiten, zu verdauen. Diese Diskussion darf und wird nicht wieder aufgenommen werden. In der Person des neuen Parteivorsitzenden Martin Bangemann haben wir jemanden gefunden, der mit einem nahezu unerschütterlichen Optimismus in der Lage ist, die Partei wieder in eine Bewußtseinshaltung zu versetzen, die nach vorn gerichtet ist.

WELT: Sie waren als Wirtschaftsminister Kabinettsmitglied in der alten und in der neuen Koalition. Wo sehen Sie die Unterschiede in der sachlichen Zusammenarbeit?

Lambsdorff: Der Unterschied in der Wirtschaftspolitik liegt darin, daß wir auf dem von mir mitverantworteten Gebiet von gemeinsamen Grundüberzeugungen ausgehen. Das war mit der SPD natürlich von Anfang an anders. Das wurde dann in den letzten Jahren der alten Koalition immer deutlicher. Das waren ja nicht Anti-Position vieler Sozialdemokraten nur gegen die FDP. Es waren auch Anti-Positionen vieler Sozialdemokraten gegen die Person des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Wenn ich heute im Saarland Wahlkampf gegen Herrn Lafontaine für die FDP mache, dann erinnere ich mich daran, wieviel dieser Mann dazu beigetragen hat, die Autorität seines damaligen Bundeskanzlers zu untergraben.

Bei der jetzigen Rechts- und Innenpolitik sieht das etwas anders aus. Und in der Außen- und Deutschlandpolitik hat es in den letzten Wochen und Monaten ein paar völlig überflüssige Irritationen gegeben.

WELT: Und das Klima?

Lambsdorff: Das Klima im Kabinett war bis zu meinem Ausscheiden durch eine freundschaftliche und vertrauensvolle Atmosphäre gekennzeichnet. Das hat sich sicher nicht geändert. Es ist ein anderes als unter Helmut Schmidt. Aber wir haben eine Arbeitsweise, die zu Ergebnissen führt.

WELT: Nun haben Sie einige Male Kritik an der Wirtschaftspolitik geübt. Sie haben namentlich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg von der CDU genannt. Haben Sie nicht eigentlich damit Ihren Nachfolger Bangemann gemeint?

Lambsdorff: Wer mich kennt, der weiß, daß ich den nenne, den ich meine. Wenn ich etwas an Herrn Bangemann auszusetzen hätte, würde ich es ihm nicht über die Zeitungen sagen, sondern würde ihn anrufen oder zu ihm gehen.

Was Herrn Stoltenberg anbelangt: Ich glaube, es besteht Anlaß, gelegentlich einmal zu sagen, daß der Finanzminister nicht nur Haushaltsminister ist. Da ist er sehr erfolgreich. Aber er ist auch Steuerminister. Da ist er in meinen Augen nicht so erfolgreich. Und er ist auch der Minister, der verantwortlich ist für das industrielle Bundesvermögen. Da ist er überhaupt nicht erfolgreich. Deshalb erwarte ich nun dringend, daß die ordnungspolitische Notwendigkeit der Privatisierung, die in seiner Verantwortung liegt, Fortschritte macht. Daß dieses Thema mehrfach von der Tagesordnung des Kabinetts wieder abgesetzt wurde, ist kein sehr beeindruckendes Schauspiel.

Kohl bevorzugt eine Frau im Familienressort

dpa, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern im Südwestfunk bestätigt, daß es bei der angekündigten Auswechselung von Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) bleiben solle, für den ein Nachfolger noch nicht feststehe. Der Kanzler sagte, er würde für das Amt des Familienministers eine Frau bevorzugen. Alle in diesem Zusammenhang öffentlich genannten Namen seien aber falsch. Kohl fügte hinzu, er sehe für eine Kabinettsreform zur Halbzeit der Wahlperiode keinen Grund. Die Zusammenarbeit in der Regierung funktioniere vorzüglich.

„Politiker sollen Vertrauen schaffen"

hrk. Berlin

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in Berlin bei einer Feierstunde zum 60. Jahrestag der Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung an die Politiker in der Bundesrepublik den Appell gerichtet, sich wirklich mit ganzer Kraft den schwierigen Sachproblemen der Gegenwart zu stellen. Zur Zeit fehle es in der Bevölkerung an Vertrauen darin, daß dies tatsächlich geschehe. Weizsäcker sprach von der „entscheidenden Gefahr, daß man in Wirklichkeit mit anderen Parteien um die Macht und zuwenig um die Lösung der Probleme selber kämpft".

Döding: Distanz zu Umweltschützern

dpa, Neustadt/Frankfurt

Die Gewerkschaften könnten sich nicht ausschließlich auf die Seite der Umweltschützer stellen, wenn sie von ihren Mitgliedern gefragt würden, was mit gefährdeten Arbeitsplätzen geschehe. Dies erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Günter Döding, auf einer Konferenz seiner Organisation in Neustadt an der Weinstraße. Die Gewerkschaften seien im Konflikt zwischen Umweltschutz und Beschäftigungspolitik in einer anderen Situation als Bürgerinitiativen, Umweltverbände oder Parteien. Für die Gewerkschaften gebe es keine Alternative zur Industriegesellschaft, sondern nur Alternativen in ihr. Für die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Verbesserung der Umwelt sei die Industriegesellschaft als finanzielle Basis unverzichtbar.

In Frankfurt kritisierte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) die Grünen scharf wegen ihrer wirtschaftspolitischen Zielvorstellung. Auf einem Kongreß der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) betonte Blüm, mit der arbeitnehmerfeindlichen Politik dieser „Radieschenfetischisten" werde es keinen erfolgreichen Weg in die Zukunft geben.

Lufthansa will Berlin anfliegen

DW. Frankfurt

Die Lufthansa hat ihren Anspruch angemeldet, auch wieder den Flugverkehr nach Berlin zu betreiben. Im Süddeutschen Rundfunk erklärte der Vorstandsvorsitzende Heinz Ruhnau, Amerikaner und Briten hätten in Berlin den Markt unter sich aufgeteilt. Das sei ein Verfahren, „was nach westeuropäischen und amerikanischen Vorstellungen eigentlich nicht geht". Es sei das gute Recht der Lufthansa, Berlin wieder anzufliegen. „Und eines Tages", so prophezeite Ruhnau, „wird es auch soweit sein."

Genscher heute bei Gromyko. Am Mittwoch zu Jaruzelski

● Fortsetzung von Seite 1

sich aber auch hier dadurch, daß eine so schnelle Visabeschaffung für Polen kaum möglich ist und außerdem jeweils ein Visum für Bulgarien vorhanden sein muß, weil Genscher unmittelbar dorthin weiterfliegt. Der im November 1984 geplante Warschau-Besuch des Bundesaußenministers war unter anderem daran gescheitert, daß dem WELT-Korrespondenten Carl-Gustaf Ströhm das Einreisevisum verweigert worden war.

Bei seinen heutigen Gesprächen mit Gromyko in Moskau will Genscher nach vorliegenden Informationen das besondere Interesse Bonns an einem zügigen und erfolgreichen Verlauf der am 12. März beginnenden sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf bekunden. Dabei werden beide Seiten Gelegenheit haben, vor allem auch ihre Ansichten zum amerikanischen Forschungsprogramm für ein Weltraum-Defensiv-System (SDI) vorzutragen. Genscher will sich hier auf der vom Kanzler vorgezeichneten Linie bewegen: Abwarten, was bei der Forschung herauskommt; eventuelle deutsche Beteiligung an den Forschungsarbeiten, falls die Amerikaner bestimmte Bedingungen dafür erfüllen.

Nach Ansicht Genschers wird das Jahr 1985 eine neue Phase der West-Ost-Beziehung bringen. In diesem Zusammenhang will er Gromyko erläutern, daß die Europäer einen eigenen Beitrag dazu leisten müßten, die erhoffte neue Entspannungsphase stabiler und dauerhafter zu machen als jene der 70er Jahre. Generell wird der Bundesaußenminister für eine Aktivierung des KSZE-Prozesses plädieren.

Von Dezember 1984 bis zum Juni dieses Jahres, so hieß es gestern in Bonn, werde Genscher Vertreter sämtlicher Regierungen des Ostblocks gesprochen haben. Solche Kontakte könnten nicht an der Sowjetunion, aber auch nicht an Polen und der „DDR" vorbei geführt werden. Dem Bundesaußenminister gehe es ferner darum, gerade vor dem 40. Jahrestag der deutschen Niederlage deutlich zu machen, daß dieser Tag nicht zur Belebung alter Animositäten führen dürfe. Auf der Tagesordnung stünden ferner die zurückgegangene Zahl deutscher Aussiedler aus der Sowjetunion und die Einbeziehung Berlins in noch offene deutsch-sowjetsche Abkommen.

Die „zwanglosen Gespräche" beim geplanten Zwischenstop Genschers in Warschau sollen nach Hinweisen aus dem Auswärtigen Amt nicht den im November verschobenen offiziellen Besuch ersetzen. Über einen Termin für die Nachholung dieses Besuches hat man sich noch nicht einigen können, weil die damaligen Ursachen der Verschiebung (polnische Einwände gegen eine Kranzniederlegung an einem deutschen Soldatengrab und gegen einen Besuch des Bundesaußenministers am Grab des ermordeten Priesters Popieluszko, sowie Verweigerung des Einreisevisums für Ströhm) noch nicht vollständig aus der Welt geschafft werden konnten. Genscher will darüber auch mit Jaruzelski und Olszowsky sprechen.

Der Bundesaußenminister will in Warschau noch einmal die zuletzt vom Kanzler im Bundestag dargestellte Haltung zum Warschauer Vertrag unterstreichen. Nach der Einschätzung von Bonner Experten haben der Bericht zur Lage der Nation und die Bundestagsdebatte nach den voraufgegangenen Auseinandersetzungen um die Oder-Neiße-Linie die Grundlage für Gespräche mit der polnischen Führung verbessert.

Schlesier-Kritik an Genscher und Vogel (CDU)

hey, Bonn

In der Auseinandersetzung um die Deutschland- und Ostpolitik hat sich die Landsmannschaft Schlesien abermals zu Wort gemeldet. In einer Elf-Punkte-Entschließung griff ihr Vorstand auf einer Sitzung am Wochenende in Königswinter Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), den Staatsminister im Bundeskanzleramt Friedrich Vogel (CDU) und einen „großen Teil der Massenmedien" scharf an.

Genscher wird zum „Widerruf" seiner als „Verleumdung" bezeichneten Reaktion auf einen in der Zeitung „Der Schlesier" veröffentlichten Artikel über einen fiktiven Einmarsch der Bundeswehr in Osteuropa aufgefordert. Genscher hatte dazu den Vorwurf erhoben, daß eine „Handvoll Funktionäre Schindluder mit der Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland treibt und mit dem guten Ansehen der Schlesier". Ohne Minister Vogel namentlich zu nennen, wird in der Entschließung „die gegen das geltende Recht gerichtete Erklärung" zurückgewiesen, daß Schlesien, Pommern und Ostpreußen „Ausland" seien.

Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, „die ganze deutsche Frage nicht nur theoretisch offenzuhalten". Sie solle sich „aktiv" für das Recht auf Einheit und Freiheit, also für das „Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes" einsetzen. Schließlich „protestiert" der Schlesier-Vorstand „protestiert" gegen die „vorsätzliche Verzerrung" der Friedens- und Verständigungsbereitschaft der Vertriebenenverbände. Ausdrücklich bedankt sich der Vorstand bei seinem Vorsitzenden Herbert Hupka für dessen „unermüdlichen Einsatz für das Recht auf Selbstbestimmung und gegen jede Art von Diktatur".

Vor Genfer Runde spricht Reagan auch mit Kohl

■ Fortsetzung von Seite 1

Forschungsprogramm der neuen amerikanischen Weltraumverteidigung erklärte Burt: „Wir stehen hier erst am Anfang eines schwierigen Denkprozesses, bei dem es noch komplizierte technische und rechtliche Probleme zu lösen gibt. Da ist beispielsweise zu berücksichtigen, daß der ABM-Vertrag den Transfer von antiballistischer Raketentechnologie an dritte Partner untersagt. Das jedoch schließt nicht notwendigerweise eine europäische Teilnahme aus, da wir ja im Augenblick bei SDI nur von einem Forschungsprogramm sprechen. Es ist allerdings heute noch zu früh zu sagen, welche genaue Form eine Teilnahme der Alliierten an diesem Programm haben wird. Wichtig ist jedoch in diesem Zusammenhang, daß es eine politische Entscheidung durch den Präsidenten und den Verteidigungsminister gegeben hat, in der Frage der technologischen Mitarbeit der Bündnispartner am SDI-Programm eine offene und unvoreingenommene Haltung einzunehmen."

Im übrigen wies Burt die Befürchtung zurück, daß das SDI-Programm der USA einen Abkopplungseffekt von Europa haben könnte. „Alle Diskussionen über Strategie-Änderungen werfen automatisch diese Sorgen auf. Als die USA in den sechziger Jahren auf die Notwendigkeit einer stärkeren konventionellen Rüstung in Europa hinwiesen, fiel damals ebenso schnell das Stichwort ‚Abkopplung'. Die Diskussion ist deshalb nicht neu. Ich glaube jedoch: Ein gegen Angriffe weniger verwundbares Amerika ist mit hoher Wahrscheinlichkeit ein glaubwürdigerer Bündnispartner."

Zu den bevorstehenden Genfer Abrüstungsverhandlungen glaubt Burt jetzt schon eine sowjetische Verhandlungsstrategie zu erkennen, die sich auf zwei Ebenen abspielt. Die erste Ebene sei eine vehemente Propagandakampagne, die bereits seit Monaten durch Außenminister Gromyko und das Politbüro-Mitglied Gorbatschow gestartet worden sei, mit dem Ziel, einen Keil in das westliche Bündnis zu treiben, wie es die Sowjets bereits mit Hilfe der INF-Verhandlungen versucht hätten.

Gromyko und Gorbatschow hätten gegenüber den westlichen Bündnispartnern argumentiert: Es hat in der Sowjetunion ein fundamentales Umdenken in der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen stattgefunden. Wir sind zu substantiellen Reduzierungen von Raketen bereit. Doch wie kann man das von uns erwarten, wenn zu gleicher Zeit die USA ihr SDI-Programm forcieren?

„Sie halten also der westlichen Öffentlichkeit einen Köder vor, und sie werden das gleiche Spiel mit dem amerikanischen Kongreß betreiben, wenn die Frage der Finanzierung des SDI-Systems akut wird", meint Burt. „Entscheidend jedoch ist für uns die zweite Ebene, die der direkten Verhandlungen in Genf. Die wirkliche Frage wird sein, ob sie die Lektion der letzten Verhandlungen gelernt und erkannt haben, daß eine Kampagne zur Spaltung des Westens kein Ersatz für wirkliche Verhandlungen ist und erfolglos bleiben wird."

Zur amerikanischen Verhandlungsposition in Genf erklärte Burt, es gebe für die USA bestimmte Prinzipien, die unantastbar seien. So sei es unakzeptabel, wenn die Sowjets die Raketenbedrohung in Europa reduzieren würden und sie statt dessen in den asiatischen Raum verlagern. Innerhalb dieser festen Kriterien sei dem amerikanischen Verhandlungsteam in Genf vom Präsidenten jedoch viel Bewegungsraum für neue Ideen eingeräumt worden.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Von Freiheit und Ordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Suche nach eigenem Profil ist den Freien Demokraten eingefallen, die Vermummung bei Demonstrationen nicht als Vergehen unter Strafe zu stellen. Wer einmal unbeabsichtigt am Rande einer Demonstration gestanden hat, in der sich einige ihre Gesichter vermummt hatten, den mußte unwillkürlich ein ungutes Gefühl befallen. Man fühlte sich bedroht.

In unserem freiheitlichen Rechtsstaat kann jeder demonstrieren gegen oder für etwas, wenn ihm danach ist. Wer aber sein Gesicht durch Vermummung unkenntlich macht, führt Übles im Schilde. Wer etwas auszusagen hat, kann sich zeigen, weil in unserer freiheitlichen Demokratie jeder seine Meinung sagen kann, ohne für sich Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Vermummte schränken ihre Freiheit selbst ein und damit auch die ihrer Mitbürger, denen sie etwas sagen wollen, sich durch Vermummung jedoch unglaubwürdig machen.

Die Freien Demokraten oder auch die Liberalen – wie sie sich zu nennen pflegen – lassen es aus Gründen der Abgrenzung zu den Unionsparteien zu, daß die bürgerliche Freiheit von einigen wenigen eingeschränkt wird. Die Partei macht es den Strafverfolgungs-Behörden schwer, die freiheitlichen Rechte der Bürger zu schützen, obwohl sie den Minister für Justiz in der Regierung stellt. Die Polizei hat nicht nur die Aufgabe, Vergehen und Verbrechen zu verfolgen, sondern auch solche zu verhüten. Wäre es nicht so, könnten die Herrn Minister, auch aus den Reihen der Freien Demokraten, auf Polizeischutz verzichten.

Hochachtungsvoll
E. Bochmann,
Wingst

Kirchenvorstand

Sehr geehrter Herr Schütte,

zu Ihrem Beitrag „Treten die Bischöfe ‚Irrlehren' nicht energisch genug entgegen" vom 20. Februar erlauben Sie mir eine nicht ganz unwesentliche Berichtigung: Die Wahl des hiesigen Kirchenvorstandes am 2. Dezember 1984 wurde nicht annulliert, der gewählte Kirchenvorstand vielmehr am 6. Januar 1985 in sein Amt eingeführt. Etwa 60 Gemeindemitglieder legten unterschiedliche Wahlbeschwerden ein, die sich vor allem gegen zwei wiedergewählte Kirchenvorsteher richteten. Der Kirchenkreisvorstand Stormarn gab zwar dieser Beschwerde statt, wenn auch ohne Anhörung der Betroffenen. Diese erhoben jedoch Einspruch, der aufschiebende Wirkung hat. Das Verfahren schwebt also noch.

Mit freundlichen Grüßen
W. Koehler,
Hamburg-Volksdorf

Wort des Tages

„Die wirklichen Persönlichkeiten haben es auf Erden schwerer, aber auch schöner, sie genießen nicht den Schutz der Herde, aber die Freuden der eigenen Phantasie, und müssen, wenn sie die Jugendjahre überstehen, eine sehr große Verantwortung tragen."

Hermann Hesse; dt. Autor und Nobelpreisträger (1877–1962)

Kopf statt Tuch

„Wer malte den Mann mit dem Goldhelm?"; WELT vom 14. Februar

Ich werde bald 90 Jahre alt und kenne noch einige Kunsthistoriker persönlich, die 1897 von Wilhelm von Bode zur Beurteilung des Bilds von Rembrandt herangezogen wurden.

Dr. Paul Heiland, der Erforscher und erste Sammler der deutschen Fayencen aus Potsdam, sagte: „Das Bild war in einem sehr schlechten Zustand. Zwar war der Goldhelm sichtbar, aber sonst war auf dem Bild nichts zu erkennen. Unter dem Helm schien sich ein um einen Knüppel drapiertes Tuch zu befinden, auf dem der Helm ruhte. Es ließ sich nicht ergründen".

Bode gab dann das Bild zur Restaurierung dem bewährten und berühmten Restaurator des Kaiser-Friedrich-Museums, Hauser junior (sein Ruhm wurde später durch einen Skandal erschüttert). Nach langer Zeit war die Restaurierung beendet, und zum Erstaunen aller war unter dem Helm statt des zerknautschten Tuchs ein Männerkopf erschienen, der in Art und Technik (dünn und uncharakteristisch) völlig von der Art des Helms abstach. Alle lachten und sagten: „Der Kopf stammt von Hauser."

Ich bin gespannt, was nun ergründet werden wird.

H. Basedow, Maler
Kiel

Personalien

GEBURTSTAG

Dr. **Ernst Geßler**, Ministerialdirektor a.D. und Honorarprofessor an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, feiert am 5. März seinen 80. Geburtstag. Professor Geßler gehört zu den führenden Experten im deutschen und europäischen Handels- und Gesellschaftsrecht. Der Jurist war 1930 in den richterlichen Dienst eingetreten. Kurze Zeit später wurde er in das Reichs- und Preußische Justizministerium berufen und mit Arbeiten am Entwurf des Aktiengesetzes von 1937 betraut. Nach dem Kriege arbeitete er im Zentraljustizamt für die britische Zone. Seit 1949 war er im Bonner Justizministerium tätig, zuletzt als Ministerialdirektor und Leiter der Handels- und Wirtschaftsrechtlichen Abteilung. Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Staatsdienst wurde Ernst Geßler Vorsitzender der Studienkommission „Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft" und Mitglied der Unternehmensrechtskommission im Justizministerium. Professor Geßler ist ein Mann, der Praxis und Theorie in zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen miteinander verband. Mit seinem Namen verbunden sind die Großkommentare zum Handelsgesetzbuch und zum Aktiengesetz. Bis zum heutigen Tage hat er auf die Entwicklung des Kapitalgesellschaftsrechts und des Konzernrechts einen maßgeblichen Einfluß ausgeübt. Der Rechts- und Staatwissenschaftlichen Fakultät Bonn gehört Dr. Geßler seit 1959 an.

EHRUNGEN

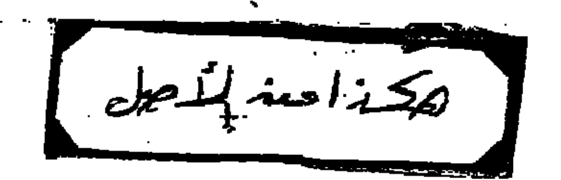
Egon Schug, Kommandeur des *Grenzschutzkommandos Mitte in* Kassel, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet worden. Der Jurist aus Herne ist 1956 in den Bundesgrenzschutz eingetreten. Zeitweilig war er als Referent und später als Referatsleiter im Bonner Innenministerium tätig. Seit Sommer 1983 führt er das Grenzschutzkommando Mitte.

*

Den Heinz Herbert Karry-Preis erhält der Generalleutnant a.D. und Sicherheitsexperte **Wolf Graf Baudissin**. Die Auszeichnung ist mit 10 000 Mark dotiert. Die Karry-Stiftung in Frankfurt wird in Baudissin einen Mann ehren, der „am Neuaufbau der Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom ersten Tage an beteiligt war und der mit seiner Modellvorstellung vom ‚Bürger in Uniform' das Leitbild der Inneren Führung in der neuen Armee gegen manchen Widerstand entscheidend geprägt hat." Graf Baudissin (77) war von 1971 bis 1984 wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg. Die 1982 eingerichtete Karry-Stiftung erinnert an den ermordeten liberalen hessischen Wirtschaftsminister **Heinz Herbert Karry**. Die Stiftung würdigt Persönlichkeiten, die sich „durch Wort oder Tat für den freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat eingesetzt haben." Erster Preisträger war Professor **Theodor Eschenburg**. Graf Baudissin wird am 10. Mai im Kaisersaal des Frankfurter Römer den Preis entgegennehmen.

*

Die Bayerische Akademie der Schönen Künste zeichnet den in Darmstadt lebenden Lyriker **Karl Krolow** mit ihrem Literaturpreis aus. Dem 69jährigen Krolow wird der mit 20 000 Mark dotierte Preis für sein Spätwerk zuerkannt. Eine Ehrengabe von 5000 Mark erhält der Münchner Verleger **Klaus Piper**. Beide Preise werden während der öffentlichen Jahressitzung der Bayerischen Akademie im Juni in München überreicht.



Teure Marktanteile

fu (London) – Selbst die ausgefuchstesten Kenner der Autobranche trauten ihren Augen nicht. Vauxhall, die Opel-Schwester und britische Tochter des US-Autoriesen General Motors, mußte für 1984 einen Verlust in Höhe von 6,8 Millionen Pfund bekanntgeben.

Daran wäre an sich nichts Besonderes, denkt man zurück an weit spektakulärere Verlustzahlen in der britischen Automobilbranche. Nein, das abenteuerliche an diesem Defizit ist, daß es erstens in krassem Widerspruch zu der von Vauxhall selbst gesetzten Gewinnziffer von 34 Millionen Pfund steht. Und daß es zum zweiten in keiner Weise in Einklang zu bringen ist mit der Tatsache, daß die Opel-Schwester im vergangenen Jahr Rekord-Verkäufe erzielen und ihren Marktanteil in Großbritannien von 14,6 auf nie zuvor erreichte 16,1 Prozent ausweiten konnte.

Etwas Irrationales muß also geschehen sein. Denn selbst die Auswirkungen zweier Streikaktionen können nicht annähernd so verheerend in das Ergebnis eingeschlagen haben, wie es den Anschein hat. Vauxhall selbst gibt indirekt die Erklärung: Man habe Verkaufsrabatte von mehr als 13,6 Millionen Pfund über den ursprünglich angesetzten eingeräumt.

Dies bedeutet, daß im ewig dauernden Kampf mit dem größten Rivalen Ford Marktanteile teuer erkauft worden sind. Diese Schlacht am Neuwagenmarkt mit erheblichen Bonuszahlungen und anderen finanziellen Anreizen an Händler und Kunden hat Formen angenommen, die wirtschaftlich nicht zu vertreten sind und kaum im Interesse einer verbraucherfreundlichen Markttransparenz sein dürften.

Randproblem

Ha (Brüssel) – Fast acht Jahre hat die EG über die Aufnahme Spaniens und Portugals verhandelt. Kaum ein Gedanke wurde in dieser Zeit dem Problem gewidmet, daß die beiden iberischen Staaten auch untereinander ihre Beziehungen von Grund auf ändern müssen. Der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) setzt eine gegenseitige Öffnung beider Volkswirtschaften voraus. Sie wird mindestens ebensolange Übergangsfristen nötig machen wie der Eintritt in den größeren EG-Markt. Trotz ihrer Nähe haben sich die iberischen Länder bisher voneinander abgeschottet. Spanien nimmt nur drei Prozent der portugiesischen Exporte auf, während es selbst etwa sieben Prozent seiner Exporte im Nachbarland unterbringt. Mit der Zugehörigkeit zur EG wird sich dies ändern. Die Gefahr besteht, daß die mächtigen und dynamischen Spanier die Portugiesen an die Wand konkurrieren. Gottlob bedarf es für Zwischenregelungen keiner langwierigen Verhandlungen mit der EG. Bilaterale Verabredungen genügen.

Nicht nur dollarabhängig

Von ERWIN SCHNEIDER

Der steile Höhenflug des Dollar und die gleichzeitige eklatante Schwäche des Pfundes verzerren das Bild an den internationalen Rohstoffmärkten weiter. So ging es mit dem auf dem Dollar basierenden Moody's Index seit dem Hochstand vom April letzten Jahres stetig bergab. Ende Februar verlor er gegenüber dem Vormonat noch einmal um 2,2 Prozent, und gegenüber dem Jahreshoch von 1984 gab er mittlerweile um über 12,6 Prozent nach.

Ganz anders dagegen der auf Pfundbasis notierende Reuter's Index, der zum Monatsende das historische Hoch von 2020,4, das er im letzten Mai erreichte, exakt wiederholte, nachdem er im Januar 1985 schon auf eine neue Rekordmarke geklettert war. Gegenüber diesem Wert von 2101,4 verlor er im Februar 3,85 Prozent.

Aber eine durchschlagende Aufwärtsbewegung ist, bis auf wenige Ausnahmen, nicht in Sicht. Das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung erwartet ebenso wie das Münchener Ifo-Institut in einer Studie, daß das Preisniveau in diesem Jahr sogar „merklich niedriger" als 1984 liegen wird, und begründet seine Vorhersage damit, daß die Industrieproduktion in den wichtigsten westlichen Staaten nur noch in verhaltenem Tempo zunehmen wird und der Verbrauch an Rohstoffen deshalb nur mäßig steigen wird. Auf der anderen Seite aber werden viele Produktionsländer wegen chronischer Verschuldungsprobleme das Angebot weiter vergrößern, statt es in Grenzen zu halten.

Die Ifo-Forscher prognostizieren sogar einen Fall der Rohstoffpreise deutlich unter das Vorjahresniveau, selbst wenn die US-Währung von ihrem Höhenflug abkommen sollte. Doch bei *Ifo erwartet man auch*, daß die Talsohle in diesem Jahr erreicht wird und daß sich die Notierungen dann allmählich wieder stabilisieren.

Die Ausnahmen von der Preistalfahrt findet man vor allem bei den NE-Metallen, die besonders von der Pfund-Schwäche profitieren. Kupfer, Nickel, Zinn und Zink – das sind für einige Marktbeobachter die Rohstoffe mit den günstigsten Aussichten in diesem Jahr. Bei Zink steigen die Preise unaufhörlich seit dem letzten Oktober und haben in diesem Monat deutlich die 800-Pfund-Grenze überschritten. Damit hat das Metall seit Jahresbeginn fast 150 Dollar zugelegt. Zuletzt haben in London die Chinesen umfangreiche Käufe getätigt, und die amerikanische Aufschwungstendenz in der Konjunktur läßt einen steigenden Bedarf erwarten. Dabei sind die Vorräte in den Lägern der Londoner Metallbörse noch auf einem niedrigen Niveau.

Auch beim Kupfer unterstützen chinesische, aber auch japanische Orders die Hausse. Dazu kommen haussetrachtige Nachrichten von Produktionsschwierigkeiten in Peru und Sambia, das sogar zu Käufen in London gezwungen war, um eigenen Lieferverpflichtungen nachzukommen, wie Gerüchte besagten. Wenn die Knappheit, bei steigendem Verbrauch, weiter anhält, kann der Preis in diesem Jahr sogar auf 1350 Pfund pro Tonne ansteigen, wie der Londoner Broker Rudolf Wolff & Co Ltd. glaubt. Und der „Terminmarkt" von Hornblower und Fischer vermerkt, daß „insbesondere Kupfer äußerst interessant werden könnte, wenn ein Dollar-Rückgang auch auf breiter Basis allen Rohstoffpreisen zugute kommt".

Lange hat sich das Gold gegen den Dollar bei einem Preis von 300 Dollar pro Feinunze behauptet. Gegen Monatsende aber wurde bei schwachem Kaufinteresse ein Fünfeinhalb-Jahres-Tief mit 285 Dollar erreicht. Danach sprachen einige Marktbeobachter schon von einem weiteren Preisverfall bis auf 250 Dollar. Zum Monatsende allerdings hatte sich das Edelmetall dann wieder bei 290 Dollar eingependelt, wobei Analytiker aber glauben, daß ein Londoner Fixing unter 291 Dollar ein klares Baisse-Signal sei.

Bei den „soft commodities" Kaffee und Kakao hat sich der Preis auf einem hohen Niveau gehalten, bei Kaffee konnte er gegenüber dem Januar noch einmal fast 40 Pfund pro Tonne bei allerdings ruhigem Marktgeschehen zulegen. Unsicherheit über den weiteren Weg herrscht dagegen beim Kakao.

Während einige Marktbeobachter, die das erreichte Niveau noch einige Zeit gesichert oder sogar einen Trend nach oben sehen, argumentieren, daß die Industrie sich mit Käufen in der letzten Hausse-Zeit zurückgehalten hat und bald ihren Bedarf decken muß, halten andere Analytiker einen Preisrückschlag auf 1300 Pfund noch in diesem Jahr durchaus für möglich. Nachdem die Statistiker von Gill & Duffus kürzlich ihre Überschußprognose für 1984/85 auf nur noch 8000 Tonnen Kakao nach unten revidiert, warten die Experten nun auf verläßliche Informationen über die bevorstehende Ernte. Bis dahin wird das Geschäft noch Schwankungen nach oben und untenunterworfen sein.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Februar 1985	Ende Januar 1985	Hoch 1985	Tief 1985
Kupfer	L	£/t	1244,75	1260,25	1302,50	1128
Zink	L	£/t	833	777,5	851	690,50
Zinn	L	£/t	10092,50	9882,50	10265	9715
Blei	L	£/t	321,75	340	395	320,25
Gold	L	$/Unze	290,50	304,90	307	285
Silber	L	p/Unze	523,35	561,15	576,90	509,85
Platin	L	£/Unze	234,45	246,90	252,40	236,75
Weizen	C	Cts/bu	345,37	350,87	359,50	340,62
Mais	C	Cts/bu	263,12	272,62	274,37	262
Kakao[1]	L	£/t	2189,5	2208,5	2266,5	1638
Kaffee[1]	L	£/t	2346	2307	2423,50	2238,50
Zucker	L	£/t	112	122,50	194	92
Sojaöl	C	Cts/lb	28,20	27,37	28,49	25,59
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	67,85	71,55	90,10	67,75
Schweißwolle	S	Cts/kg	572	582	587,50	572
Kautschuk	L	p/kg	69,25	65,25	70,50	63,75
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			950,3	971,9	973,4	946,4
Reuter's (31. 9.31=100) London			2020,4	2019	2101,4	1915,4

[1]) Zweite Abladung [2]) A-Index-Preis
L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

USA / Forderungen nach mehr Wachstum im Ausland werden lauter und konkreter

Baldrige fürchtet, daß das Defizit in der Handelsbilanz sonst explodiert

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Immer lauter und konkreter fordern die USA mehr Wirtschaftswachstum in den anderen Industriestaaten, besonders in Deutschland und Japan. Der Druck auf die Partner wächst, weil sich der Abbau des amerikanischen Handelsdefizits im Januar nicht fortgesetzt hat. Gegenüber Dezember erhöhte sich der Passivsaldo um 28 Prozent auf 10,3 Mrd. Dollar.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige fürchtet, daß der Dollar, dessen Außenwert sich in den letzten zwei Monaten um neun Prozent verteuert hat, das Defizit in der amerikanischen Handelsbilanz bis zum Jahresende auf Cif-Basis 140 Mrd. Dollar erreicht. 1984 machte es 123,3 und ein Jahr zuvor 69,4 Mrd. Dollar aus. Das Minus in der breiteren Leistungsbilanz nimmt vermutlich von 100 auf 130 Mrd. Dollar zu.

Nachdem Präsident Ronald Reagan in der letzten Woche die wichtigsten Partner ermunterte, ein ähnliches Konjunkturtempo wie in den USA vorzulegen, sieht das amtliche Washington in europäischen und japanischen Ankurbelungsmaßnahmen jetzt eine Art Allheilmittel. Nach Baldrige würde ein stärkerer Aufschwung im Ausland den Dollarkurs auf ein realistischeres Maß zurückführen und den Importboom in Amerika durch Verteuerung der Einfuhren dämpfen. Die US-Exporteure könnten ihren Absatz steigern.

In Europa wäre es leichtfertig zu glauben, die amerikanischen Vorstellungen seien nichts anderes als taktische Manöver mit Blick auf den Bonner Wirtschaftsgipfel. Die Situation ist ähnlich wie 1977, als die Bundesrepublik in die Position einer Konjunkturlokomotive gedrängt wurde. Der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Paul A. Volcker, hat vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten bereits ein koordiniertes Aktionsprogramm vorgetragen, das helfen soll, das Gleichgewicht im weltweiten Wettbewerb herzustellen.

Volckers Vorschläge, die sich mit den Überlegungen in der Administration decken, lassen sich so zusammenfassen:

1. Die USA unternehmen größere Anstrengungen, um das gewaltige Haushaltsdefizit (1985: etwa 222 Mrd. Dollar) bis 1988 zu halbieren. Das würde die Zinsen und damit den Dollar-Wechselkurs drücken – mit dem automatischen Ergebnis einer verbesserten amerikanischen Handelsbilanz und gebremster Kapitalimporte. Das heißt, das Problem des äußeren Ungleichgewichtes, mit dem die Vereinigten Staaten konfrontiert sind, läßt sich nur durch eine gleichzeitige Wiederherstellung des internen finanziellen Gleichgewichts lösen. Anders ausgedrückt: Das Handelsdefizit ist die Folge des Haushaltsdefizits.
2. Um die Anpassung zu beschleunigen, treten alle Industriestaaten auf das Gaspedal, indem sie die Starrheiten auf den Märkten beseitigen und auch sonst für mehr Privatinitiative sorgen. Die Länder jedoch, die „die Inflation erfolgreich zurückgedrängt haben und eine glaubwürdige langfristige antiinflationäre Geldpolitik betreiben, ergreifen konstruktive Maßnahmen zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums in Form beschleunigter Steuersenkungen oder anderweitig". Dadurch werden Investitionen zu Hause attraktiver, die Kapitalabflüsse verebben, und die Paritäten nähern sich wieder einander an.

Folgt man Volcker, dann schaffen niedrigere US-Zinsen ein stabileres Preisklima, in dem die Partner ermutigt würden, Ankurbelungsspielräume zu nutzen. Bestrebungen im Kongreß, die Handels- und Haushaltsdefizite durch Importsteuern zu kürzen, liefen ins Leere; vermieden würde eine mögliche Neuauflage der Schuldenkrise. Laut Volcker machen US-Kapitalimporte inzwischen 15 Prozent der Netto-Ersparnisse aller OECD-Länder aus.

Im Januar erhöhten sich die US-Ausfuhren um 1,4 Prozent auf 19,4 Mrd. Dollar; die Einfuhren zogen um 9,2 Prozent auf 29,7 Mrd. Dollar an. Obwohl Flugzeug-Ablieferungen das Exportbild verzerrten, verstärkt sich die Normalisierung auf der Ausfuhrseite im historischen Vergleich (1985: plus 10 Prozent). Aus dem Ruder gelaufen sind die Importe (25 Prozent).

US-AKTIENMÄRKTE

Konjunktursignale trieben „Dow" auf neue Rekordhöhe

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Es hat 16 Jahre gedauert, bis der Dow Jones-Industrie-Index, der 30 ausgesuchte Wachstumswerte umfaßt, die 1000-Marke durchstieß. Jetzt klopft er an die 1300-Tür mit der Aussicht auf einen noch steileren Höhenflug. Dafür benötigte das populäre Barometer noch nicht einmal ein Fünftel der Zeit. Bemerkenswert dabei ist, daß der überstarke Dollar, der Amerikas Wettbewerbsfähigkeit zu Hause und auf dem Weltmarkt untergräbt, als Bremse ebenso ausfällt wie die nun sichtbar anziehenden Zinsen.

Was den Bullen, das Zeichen für die Hausse, antreibt, ist die Neuauflage des vorjährigen Wirtschaftsbooms innerhalb der amerikanischen Grenzen. Sprunghaft gestiegen sind die führenden Konjunkturindikatoren im Januar. Sie schossen um spektakuläre 1,7 Prozent nach oben, nachdem sie im Dezember um 0,5 Prozent nach monatelangem Zickzackkurs gesunken waren. So etwas hat es seit Juni 1983 nicht gegeben. Für die Börse beseitigt das kräftige Plus die Zweifel am anhaltenden Aufschwung, der, und davon ist man überzeugt, weiterhin zu einem großen Teil vom Ausland finanziert wird.

Nach einer Daumenregel sagt der Index der führenden Indikatoren, der monatlich vom US-Handelsministerium zusammengestellt wird, die wirtschaftliche Entwicklung für drei bis sechs Monate voraus. Revidiert worden sind bereits die Wachstumsraten. So soll jetzt das US-Bruttosozialprodukt im laufenden Quartal real um rund vier und von April bis Juni um 5,5 bis sechs Prozent zunehmen. Im vierten Quartal und im Gesamtjahr 1984 waren es 4,9 und 6,9 Prozent. Plötzlich verstummt ist das Gerede von einer Rezession.

Vor diesem Hintergrund stellte der „Dow" am Freitag einen neuen Rekord auf, indem er um 15,35 (Wochenverlauf: 23,52) auf 1299,36 Punkte anzog. Das letzte Hoch erreichte er am 13. Februar mit 1297,92 Punkten. Nur ganz knapp verfehlte der umfassende Nyse-Index seinen Rekord; er stieg um 1,11 (3,87) auf 106,04 Punkte. Der Vormarsch vollzog sich mithin auf breiter Front. Die Gewinnerliste war lang. Sie reichte von IBM und General Motors bis CBS, das Ted Turner von Cable Network News aufkaufen möchte. Er benötigt dafür vier bis fünf Mrd. Dollar. ITT hat die Fusionsgespräche mit Sperry Corp. abgebrochen.

Deutlich verdüstert hat sich indes das Zinsbild. Tagesgeld verteuerte sich seit Januar (Mittel) von 8,35 auf 8,72 Prozent am Freitag, dreimonatige Treasury Bills von 8,03 auf 8,67 Prozent. Die Rendite für neue 30jährige Treasury Bonds verbesserte sich von 11,45 auf 11,81 Prozent. Dies ist auch der Grund, warum sich der Dollar trotz der massiven Interventionen so gut gehalten hat. Motor war die wachsende Kreditnachfrage, während die US-Geldmenge wieder zunahm. Unklar bleibt der Kurs der US-Notenbank.

AUF EIN WORT

» Paradoxerweise greifen auch die Politiker, die sich ansonsten vehement für den Vorrang der heimischen Kohle aussprechen, immer wieder auf das Argument zurück, das den Stromeinsatz im Wärmemarkt mit dem Hinweis auf den ungünstigen Wirkungsgrad bei der Stromerzeugung verteufelt. Merkt denn keiner von ihnen, daß dadurch sie selbst und nicht die Elektrizitätswirtschaft oder Dritte den Jahrhundertvertrag gefährden? «

Dr.-Ing. Günther Klätte, Aufsichtsratsvorsitzender der Lech-Elektrizitätswerke AG, Augsburg.

FOTO: DIE WELT

DEVISEN-INTERVENTIONEN

Bundesbank verteidigt kein bestimmtes Kursniveau

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Bundesbank versucht mit Dollar-Interventionen nicht ein bestimmtes Wechselkursniveau zu erreichen oder zu verteidigen. Es sei eine Illusion, solche Absichten gegen starke Marktkräfte durchzusetzen. Das erklärte Bundesbankdirektoriumsmitglied Leonhard Gleske auf der Jahresversammlung der Devisenhändlervereinigung „Forex Club Deutschland" zu Vermutungen auf dem Devisenmarkt.

Die Bundesbank beschränke sich darauf, ein Gegengewicht gegen ungerechtfertigte Schwankungen zu erzeugen. Gleske, der den Eindruck hat, daß auf dem niedrigeren Dollar-Niveau eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, warnte davor, in der Bundesrepublik alles zu negativ und in den USA zu rosig zu beurteilen. Er hält die fundamentalen Daten in der Bundesrepublik für günstiger als die in den USA und zweifelt daran, ob sich Washington auf lange Sicht ein so hohes Budgetdefizit leisten kann wie jetzt, das allein durch die rapide wachsende Zinslast immer weiter in die Höhe getrieben wird.

Im Gegensatz zu 1981, als die Leistungsbilanz der Bundesrepublik tief rot war, die Preissteigerungsrate auf 7 Prozent stieg und das Defizit der öffentlichen Haushalte stark anschwoll, habe die Bundesbank die Abschwächung der D-Mark gegenüber dem Dollar bisher hinnehmen können, weil die Entwicklung der Leistungsbilanz, des Haushalts und der Preise bislang günstig war. Damals hatte die Bundesbank den Lombardsatz von 9 auf 12 Prozent erhöht. Allerdings, so sagte Gleske, müsse die Bundesbank sehr sorgfältig auf die Preiswirkungen der D-Mark achten.

AUTOLEASING

Billigverträge laufen aus – mehr gebrauchte Wagen

adh. **Frankfurt**

Eine Verstopfung des Gebrauchtwagenmarktes und ein böses Erwachen für manchen privaten Leasing-Nehmer befürchten Branchenteilnehmer, wenn jetzt sukzessive jene etwa 50 000 Autoleasing-Verträge auslaufen, die quasi zum „Nulltarif" abgeschlossen wurden. Zur Erinnerung: Mit ungeheuer günstigen Leasing-Angeboten hatten die Automobilfirmen versucht, ihren Absatz anzukurbeln. Die meist auf zwei Jahre abgeschlossenen Verträge wurden in der Regel mit hohen Restwerten kalkuliert. Derartige Beträge sind aber derzeit am Gebrauchtwagenmarkt nicht zu erzielen; die Katalysatordiskussion hat auch bei Gebrauchtwagenkäufern Zurückhaltung ausgelöst.

Abgesehen von „Auswüchsen" bei der Vertragsgestaltung wird das Privatleasing bei Automobilen von Marktteilnehmern jedoch positiv bewertet. Auch im vergangenen Jahr sei Autoleasing ein maßgeblicher Impuls für den Autoabsatz gewesen, heißt es beispielsweise bei der Deutschen Leasing AG; trotz streikbedingter Beeinträchtigung der Autokonjunktur sei die Nachfrage nochmals gestiegen. Leasing sei beim Auto nicht mehr wegzudenken, trotz der Diskussionen, wie das Hin und Her um den Katalysator kurzfristig das Neugeschäft verlangsamt. Die positive Grundtendenz beim Autoleasing werde davon nicht überlagert.

Die Branche schätzt den Bestand an privaten Autoleasing-Verträgen auf derzeit auf rund 200 000. Nach zögernden Anfängen hatten die Privatverträge, nachdem die Automobilhersteller das Leasing an Privat als Absatzinstrument entdeckt hatten, im Jahr 1983 sprunghaft zugenommen. Die Branche rechnet mit weiter steigenden Vertragszahlen.

INVESTMENT / Überalterte Vorschriften verhindern bessere Ergebnisse

BVI fordert modernes Gesetz

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Manager der deutschen Investmentbranche sind davon überzeugt, für ihre Kunden bessere Ergebnisse erwirtschaften zu können, wenn ihnen die gesetzlichen Rahmenbedingungen mehr Freiheit ließen. Deshalb drängt der Bundesverband deutscher Investmentgesellschaften (BVI), dessen 30 Mitglieder nahezu 80 Milliarden Mark verwalten, auf eine rasche Novellierung des Investmentgesetzes, das bereits aus dem Jahre 1957 stammt und den inzwischen veränderten Bedürfnissen des Wertpapier- und Immobilien-Investmentgeschäfts nicht mehr gerecht wird.

Für eine angemessene Ausweitung der Grenzen sprächen außerdem die Liberalisierungstendenzen im angloamerikanischen Raum, man brauche die dort längst etablierten neuen Instrumente, um der ausländischen Konkurrenz entgegentreten zu können, sagte BVI-Vorstandssprecher Gerhard Eberstadt. Zum BVI-Wunschkatalog gehört, daß ein Fonds zehn statt fünf Prozent seines Vermögens in Wertpapieren eines Ausstellers anlegen darf, daß dabei festverzinsliche Emissionen der Hypothekenbanktöchter der Banken außer Ansatz bleiben, und daß die Grenze für die Beteiligung aller Fonds einer Investmentgesellschaft am Nennkapital eines Unternehmens von fünf auf zehn Prozent erhöht wird.

Ferner fordert der BVI die Streichung des Genehmigungsvorbehalts für eine Betätigung an ausländischen Börsen sowie die Zulassung von Optionsgeschäften zur Absicherung von Risiken des Aktienportefeuilles und Zinsschwankungen am Rentenmarkt und die Aufnahme von Schuldscheinen in den Anlagekatalog bis zu zehn Prozent des Investmentvermögens. Auch Geldmarktfonds sollten nicht länger tabu bleiben.

Mit einer Gesetzesnovellierung sollte die Bundesregierung allerdings nicht bis zur unabsehbaren Verabschiedung einer EG-Harmonisierungsrichtlinie warten. Der BVI empfiehlt, wenigstens die ersten drei Punkte des Wunschkatalogs vorzuziehen. Dabei scheint die Aufsichtsbehörde mitzuspielen. Doch Bonn schiebt wegen Personalmangel alles auf die lange Bank.

Für ungeeignet und schädlich hält der BVI Bonner Pläne, Kleinanlegern im Rahmen der Vermögensbildung Aktien von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften anzubieten. Wegen der Risiken drohen solche Emissionen Flops zu werden, meint der BVI, der statt dessen fordert, klassischen Investmentgesellschaften die Aufnahme von stillen Beteiligungen als Beimischung zu Aktien etablierter Gesellschaften zu erlauben. Eine solche Konstruktion verspreche bessere Chancen, Kapital für den Mittelstand zu mobilisieren.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Internationale Reserven um zwölf Prozent gestiegen

Washington (AFP) – Die gesamten internationalen Reserven haben im vergangenen Jahr um zwölf Prozent zugenommen. Sie betrugen zu Jahresende 406 Mrd. Sonderziehungsrechte (SZR) (auf der Basis von 0,98 Dollar für ein SZR). Dies gab der Internationale Währungsfonds IWF gestern bekannt. 1983 hatte der Anstieg 9,7 Prozent betragen, während 1982 die internationalen Reserven erstmals seit 1959 gesunken waren (minus 1,7 Prozent). Verantwortlich für den Anstieg sind die nicht ölfördernden Entwicklungsländer, die stärker als die Industrie- und die Öl-länder ihre Reserven erhöhten.

Neuer Präsident

Paris (dpa/VWD) – Zum neuen Präsidenten des europäischen Airbus-Konsortiums ist der bisherige Leiter der Flugzeugabteilung des französischen Luft- und Raumfahrtkonzerns Aerospatiale, Jean Pierson, ernannt. Nach Angaben der Airbus-Industrie wurde der bisherige Geschäftsführer von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Johann Schäffler, zum Stellvertreter Piersons berufen. Pierson ist Nachfolger von Bernard Lathiere, dessen Vertrag nach zehnjähriger Amtszeit nicht verlängert wurde.

USA und EG einig

Brüssel (dpa/VWD) – Die 209 000 Tonnen umfassenden Stahlrohrlieferungen aus der EG, die derzeit beim US-Zoll lagern und jetzt zum Transport an die Kunden freigegeben wurden, sollen auf die EG-Kontingente des laufenden und des kommenden Jahres im Verhältnis von 65 zu 35 angerechnet werden. Dieser Verteilungsschlüssel wurde am Wochenende in Washington zwischen Delegationen der EG-Kommission und des US-Handelsministeriums vereinbart. Die EG-Mitgliedsländer müssen noch zustimmen.

Neuseeland-Dollar floatet

Wellington (dpa/UPI) – Die neuseeländische Regierung läßt die Landeswährung, den Neuseeland-Dollar, ab heute „floaten". Mit der Freigabe des Wechselkurses soll eine günstigere Auslangslage für die Wirtschaft des Landes geschaffen werden. Am Freitag stand der Neuseeland-Dollar bei 0,441 US-Dollar.

Interesse an Canadair

Ottawa (dpa/VWD) – Die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), München, hat nach Informationen aus staatlichen Industriekreisen in Kanada Interesse an den zum Verkauf stehenden kanadischen Flugzeugherstellern Canadair Ltd., Montreal, und der verlustreichen de Gavilland Aircraft of Canada Ltd., Toronto, geäußert. Die beiden staatlichen Firmen sollen nach Beschluß der neuen konservativen Regierung Kanadas "privatisiert" werden. Gespräche mit MBB – und anderen Interessenten – hat es schon gegeben.

Hoffnung auf Gatt-Runde

Ludwigsburg (nl) – Die Chancen für die Einleitung einer neuen Gatt-Runde haben sich verbessert. Dieses Fazit zog Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) gestern nach Beendigung eines dreitägigen informellen Treffens von Handelsministern und Beauftragten aus 15 Ländern in Ludwigsburg, auf dem diskutiert, aber kein Dokument verabschiedet wurde. Die Positionen der Industrieländer und der Entwicklungsländer seien flexibler geworden. Es komme nunmehr darauf an, in noch diferrierenden Auffassungen innerhalb der EG bald Einigkeit zu erzielen.

50 Prozent Kapitalverlust

Lübeck (dpa/VWD) – Die im Vergleich befindliche Bauträgergesellschaft Treuwo AG, Lübeck, hat jetzt den Verlust der Hälfte des Grundkapitals (15 Mill. DM) bekanntgegeben. Außerordentliche Hauptversammlung ist am 12. April in Lübeck-Travemünde. Nähere Einzelheiten zur Vergleichsquote sind zur Zeit nicht zu erfahren. In Börsenkreisen wurde sie bisher auf 50 Prozent geschätzt.

„Exporte steigen weiter"

Frankfurt (dpa/VWD) – Ein erneut vorzügliches Außenhandelsjahr 1985 mit einem Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik von 60 bis 70 Mrd. DM erwartet die Commerzbank AG, nachdem im vergangenen Jahr ein Exportüberschuß von 54 Mrd. DM erreicht worden war. Der deutsche Export werde dabei von der weltweiten Beschleunigung der Konjunktur bei Investitionsgütern, die rund die Hälfte der deutschen Gesamtausfuhr stellen, besonders profitieren.

Saarstahl-Chef berufen

Völklingen (Wb.) – Der Österreicher Kurt Karl E. Kühn ist am Freitag vom Aufsichtsrat der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, „mit allen abgegebenen Stimmen" zum neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung gewählt worden. Sein Vorgänger Jürgen Krackow wurde ebenso wie Irmgard Blättel, geschäftsführendes DGB-Vorstandsmitglied, in den Aufsichtsrat gewählt.

Hypotheken-Skandal

Washington (Sbt.) – Im Hypotheken-Skandal, der immer weitere Kreise zieht, hat die Bank of America Klage gegen die National Mortgage Equity Corp. und West-Pac Corp. in Los Angeles Klage erhoben. Sie verlangt Schadenersatz in Höhe von 195 Mill. Dollar. Die zweitgrößte US-Geschäftsbank verlor 95 Mill. Dollar durch faule Kredite, die durch zu hoch bewertete Hypotheken abgesichert waren. Nach amerikanischem Recht kann der Geschädigte ein Mehrfaches des eigentlichen Schadens verlangen.

Keine Fortschritte

Manama (AP) – Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und des Golf-Kooperationsrats (GCC) haben ihre zweitägigen Handelsgespräche in Manama ohne Fortschritte in der umstrittenen Frage der Erdölexporte in die EG beendet. Beide Seiten haben ihre Haltung dargelegt, zu gegebener Zeit sollen Verhandlungen über ein Handelsabkommen folgen.

Weg der Kurse

	1.3.84	22.2.84
Boeing	66,625	63,625
Chrysler	33,625	32,50
Citicorp	42,75	42
Coca-Cola	65,125	62,125
Exxon	48,25	46,375
Ford Motors	43,375	44,125
IBM	135,875	132,875
PanAm	4,25	4,625
US Steel	28,25	27,625
Woolworth	40,25	41,375

KRANKENKASSEN

Zahnersatz sollte weniger kosten

pje. Bonn

Im Vorfeld der am 27. März tagenden Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen, in der über die Ausgabensteigerungen im Medizinbetrieb beraten wird, haben die gesetzlichen Krankenkassen jetzt eine deutliche Absenkung der Leistungsbewertung für Zahnersatz und kieferorthopädische Behandlung gefordert. Gleichzeitig haben sie Forderungen der Zahnärzte abgelehnt, die Honorare für die zahnärztliche Behandlung um sechs Prozent zu erhöhen.

Angesichts der „absoluten Spitzenstellung der Zahnärzte im Einkommensgefüge der freien Berufe" halten die Krankenkassen diese Honorarforderung für „unerklärlich". Der Jahreswirtschaftsbericht gehe von einer Preissteigerungsrate von 2,5 Prozent aus; die bisherigen linearen Lohnerhöhungen bewegten sich deutlich unter drei Prozent. Aufgrund der hohen Ausgabensteigerungen für die zahnmedizinische Versorgung im vergangenen Jahr wollen die Kassen nach dem Auslaufen der Verträge zum 1. Juli 1985 keine neuen Honorarerhöhungen zulassen.

Leistungen, die der Kosmetik und dem Komfort dienen, und aufwendige technische Konstruktionen wollen die Kassen aus ihrer Leistungspflicht ausschließen, aber vollwertigen Zahnersatz garantieren.

GROSSBRITANNIEN / Warenaustausch mit EG-Ländern macht fast fünfzig Prozent des Außenhandels aus

Bedeutung des Commonwealth nach wie vor groß

WILHELM FURLER, London

Schnell hat sich die britische Wirtschaft seit ihrem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft am 1. 1. 1973 in ihrem Außenhandel umgestellt. Die traditionellen Bezugsländer und Absatzmärkte des Commonwealth, die seit den 50er Jahren in ihrer Bedeutung für die britische Wirtschaft schon abgenommen hatten, mußten nach dem EG-Beitritt des Vereinigten Königreichs mit ansehen, wie ihre Stellung im Großbritannien-Handel rapide an die europäischen Partnerländer verlorenging.

Am besten belegen dies Statistiken. Während noch 1974 von den Gesamtimporten Großbritanniens (alle Zahlen fob) in Höhe von 23,117 Mrd. Pfund immerhin 3,291 Mrd. aus den Commonwealth-Ländern und nur 977 Mill. Pfund aus den übrigen EG-Ländern stammten, hat sich dieses Bild nur zehn Jahre später völlig verändert. 1984 stammten von den britischen Gesamtimporten von 78,705 Mrd. Pfund (287 Mrd. DM) zwar immerhin 7,432 Mrd. Pfund aus dem Commonwealth-Bereich, doch gemessen an den Importen aus den EG-Ländern im Wert von 35,204 Mrd. Pfund (128 Mrd. DM) war dies eher bescheiden.

Die Entwicklung auf der Exportseite sieht kaum anders aus. 1974 führte Großbritannien insgesamt Waren im Wert von knapp 16,5 Mrd. Pfund aus, wovon 2,7 Mrd. in die Commonwealth-Länder und 1,15 Mrd. Pfund in die übrigen EG-Länder gingen. Im vergangenen Jahr entfielen von den Gesamtexporten in Höhe von 70,5 Mrd. Pfund (257 Mrd. DM) 7,691 Mrd. auf den Commonwealth- und 31,6 Mrd. Pfund (115 Mrd. DM) auf den EG-Bereich.

Wenn heute knapp 45 Prozent des britischen Außenhandels mit der EG abgewickelt werden, bedeutet dies noch nicht, daß die alten Handelsbeziehungen mit den Commonwealth-Nationen bedeutungslos geworden sind. Noch immer kommen viele große und kleine Aufträge an britische Unternehmen gerade aufgrund dieser alten Bindungen zustande.

Andererseits ist es so, daß Commonwealth-Länder von ihren traditionellen Beziehungen zum Vereinigten Königreich profitieren, gerade wenn es um die Überwindung der EG-Einfuhrbarrieren geht. Dies gilt für Butter oder Lammfleisch aus Neuseeland ebenso wie für etliche Billig-Produkte aus Hongkong.

Auch kontinentaleuropäische Unternehmen können von den engen Beziehungen Großbritanniens zum Commonwealth profitieren. So dürften, wie die deutsche Industrie- und Handelskammer in London vor kurzem erklärte, britische Niederlassungen etwa deutscher Stammwerke bei Exportgeschäften mit Drittländern in der Commonwealth-Sphäre oft sehr nützlich sein. Wichtige Kontaktstellen für deutsche Niederlassungen sind die zahlreichen britischen Beratungs- und Ingenieurfirmen, die in sämtlichen Industriebereichen tätig sind.

So werden unter anderem etliche Kraftwerke sowohl im Mittleren Osten als auch in vielen Commonwealth-Ländern von britischen „Consultants" betreut, und es kann sich lohnen, über die britische Niederlassung Kontakte zu diesen Firmen zu pflegen, um bei der Auftragsvergabe entsprechend berücksichtigt zu werden. Das gleiche gilt für den Hoch- und Tiefbausektor, Bewässerungsanlagen, Stahlwerke, chemische Betriebe, Flughäfen und vieles mehr.

Darüber hinaus muß nach den Empfehlungen der Kammer berücksichtigt werden, daß in den meisten Commonwealth-Ländern Afrikas, aber auch in Australien, Neuseeland, Malaysia, Singapur, Indien und Kanada sowie in vielen arabischen Ländern viele britische Hochschulabsolventen und delegierte britische Ingenieure arbeiten, die hauptsächlich mit britischen Normen vertraut sind und Produkte, die auf dem britischen Markt eingeführt sind, bevorzugen.

Besonders bedeutsam sind schließlich gute Beziehungen zu den sogenannten „Crown Agents". Diese in London ansässige Institution bietet Regierungen in Commonwealth- und Entwicklungsländern die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen sowie deren Finanzierung an. Zur Zeit nutzen rund 100 Regierungen in Entwicklungsländern sowie etwa 300 Behörden und Ämter dieser Staaten die Dienste der „Vertreter der Krone".

LANGNESE-IGLO / Tiefkühlkost macht Freude

Eismarkt ist baden gegangen

JAN BRECH, Hamburg

Der verregnete Sommer und die noch vergrößerte Bevölkerungslücke bei den konsumfreudigen Jugendlichen hat im vergangenen Jahr zu einem merklichen Absatzrückgang bei Speiseeis geführt. Nach Angaben der marktführenden Langnese-Iglo GmbH, Hamburg, mußte die Branche zum ersten Mal seit 1977 Einbußen von 6,1 Prozent hinnehmen. Der Gesamtmarkt schrumpfte von 420 auf 394 Mill. Liter.

Am härtesten war das industrielle Markeneis betroffen, das etwa 78 Prozent des Gesamtmarktes ausmacht. Während bei handwerklich hergestelltem Eis noch ein Plus von 1 Prozent erreicht wurde, ging der Absatz von *Markeneis um 7,4 Prozent zu*rück. Im Spontanverzehr, also bei Kleinpackungen, betrug das Minus 12 Prozent, bei Haushaltspackungen 5 Prozent. Bei Haushaltspackungen hat sich zudem eine Verschiebung zu den niedrigpreisigen Produkten ergeben.

Nach Angaben des Langnese-Iglo-Geschäftsführers Jochen Kirsch verlief die Entwicklung der Unilever-Tochter parallel zum Markt. Der Gesamtumsatz blieb mit 1,3 Mrd. DM unverändert, wobei die Einbußen bei Eiskrem durch Absatzgewinne bei Tiefkühlkost ausgeglichen wurden. Der Umsatz von Speiseeis ging um gut 9 Prozent auf 520 Mill. DM zurück. Der Beitrag zum Gesamtumsatz sank von 44 auf 40 Prozent, der von Tiefkühlkost stieg auf 60 Prozent.

Zum Ergebnis von Langnese-Iglo, die am Gesamtmarkt unverändert mit rund einem Drittel und bei Markeneis mit etwa 40 Prozent beteiligt ist, beschränkt sich Kirsch auf die Angabe, daß man schwarze Zahlen geschrieben habe.

Zur Entwicklung des von Langnese-Iglo in Zusammenarbeit mit dem Handel gestarteten Heimdienstes erklärt Kirsch, *daß nach der Auswer*tung von Erfahrungen in vier Testgebieten im Laufe dieses Jahres mit den Handelspartnern über das weitere Vorgehen entschieden werden soll. Kirsch betonte aber erneut, daß der Marktführer nicht tatenlos einem neu entstandenen Absatzkanal zusehen könne, über den inzwischen rund 20 Prozent von Tiefkühlkost und 15 Prozent von Speiseeis umgesetzt werden.

RUMÄNIEN / Um Devisen einzunehmen, wird alles exportiert – Lebensmittel fehlen

Auslandsschulden erheblich reduziert

dpa/VWD, Bukarest

Rumänien hat seine Auslandsverbindlichkeiten gegenüber dem Westen drastisch reduziert: Trotz schwerer Wirtschaftskrise konnte das Land seine Verpflichtungen von über zehn Mrd. (1981) auf heute etwa 7,5 Mrd. Dollar zurückschrauben. Im vergangenen Jahr brachte Bukarest aus eigenen Kräften eine Mrd. Dollar für die Tilgung und rund 700 Mill. für Zinsen auf. Im laufenden Jahr sollen sogar 1,5 Mrd. getilgt und 600 Mill. Dollar Zinsen gezahlt werden – ohne „frisches Geld".

Dieser Rekord konnte die Bevölkerung aber bisher nicht begeistern, da die Wirtschaft in den vergangenen Jahren alles exportierte, was im Ausland abzusetzen war. Vor allem die rigorose Lebensmittelausfuhr sorgte in den Städten für lange Käuferschlangen vor den ohnehin dürftig bestückten Geschäften. In diesem Winter spürten die Bürger die negativen Auswirkungen der forcierten Industrialisierungspolitik besonders nachhaltig: Energie stand meist nur den Fabriken zu, während die Familien in kalten Wohnungen bei mattem Licht und kleinster Flamme ausharren mußten.

Die rumänische Kommunistische Partei betreibt seit mehr als zwei Jahrzehnten eine Umwandlung des ehemaligen Agrarlandes in ein entwickeltes Industrieland im Schnellverfahren. Riesige Produktionszweige wurden aus dem Boden gestampft, oft ohne *die internationale* Wettbewerbsfähigkeit der dort produzierten Güter oder auch die Rohstoffversorgung der Fabriken zu berücksichtigen. So ist zum Beispiel die Petrochemie wegen Ölmangels nur zur Hälfte ausgelastet und der mit Milliardenaufwand gebaute Donau-Schwarzmeer-Kanal wartet auch ein Jahr nach seiner Einweihung immer noch auf die Durchfahrt einer größeren Handelsflotte.

Die Arbeitsmoral in den Fabriken wird nicht nur durch das kleine Warenangebot in den Läden, sondern auch durch das neue Lohnsystem gebremst. Nach diesem „Globalakkord" erhalten die Beschäftigten nur dann ihren vollen Lohn, wenn sie den (meist unrealistisch hoch angesetzten) Plan erfüllen.

Nachdem das Land die Fähigkeit bewiesen hat, in kürzester Zeit seine Auslandschulden zu begleichen, könnte Rumänien nach Ansicht westlicher Diplomaten jetzt eine Änderung seiner strikten Wirtschaftspolitik einleiten: Größere Investitionen in den Konsumbereich und maßvoller Import von Ersatzteilen aus westlichen Ländern, um bisher brachliegende Kapazitäten zu nutzen. Nach allen Äußerungen der Wirtschaftspolitiker ist solch eine Wende jedoch noch nicht in Sicht.

Demgegenüber scheint das Interesse für eine Kooperation zwischen rumänischen und westlichen Firmen in Gemeinschafts-Projekten wieder zugenommen zu haben. Im Mai soll in Köln eine Tagung deutscher und rumänischer Unternehmen die Möglichkeiten einer tieferen Zusammenarbeit beleuchten.

Luftverkehr wieder im Aufwind

sas. Bonn

Im Zuge der konjunkturellen Erholung in den westlichen Industrieländern befindet sich der internationale Luftverkehr nach einer fünfjährigen Rezessionsphase wieder im Aufwind. Die Belebung des Welthandels, der hohe Dollarkurs und die sinkenden Treibstoffpreise bescherten vor allem dem Luftfrachtgeschäft einen kräftigen Zuwachs. Aber auch die Passagierzahlen im Linienverkehr haben *weltweit wieder zugenommen.* Dies geht aus einer Analyse der Commerzbank AG, Frankfurt, hervor.

Ausgelöst durch die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den USA erlebt der Luftfrachtmarkt weltweit seit Mitte 1983 einen „beispiellosen Aufschwung", schreibt die Bank. Um mehr als neun Prozent habe 1984 das internationale Frachtaufkommen zugenommen. Durch den Exportsog in die USA sei allein der Frachtumschlag der europäischen Fluggesellschaften im ersten Halbjahr 1984 um 17 Prozent gestiegen. Dieser Boom sei auch der Deutschen Lufthansa zugute gekommen, die ihre beförderte Tonnage 1984 um fast 16 Prozent steigern konnte.

Die Zahl der Fluggäste ist 1984 nach Angaben der Bank weltweit um etwa 4,5 Prozent gewachsen. Besonders bemerkbar habe sich der durch den Dollar-Höhenflug ausgelöste Touristenschub aus den USA gemacht, eine Entwicklung, die sich in diesem Jahr fortzusetzen scheine.

Während die Ertragslage der Branche noch zu Beginn der achtziger Jahre „äußerst gedrückt" war, flogen die meisten Fluggesellschaften der Analyse zufolge 1984 wieder Gewinne ein. So dürften die in der IATA, der Dachorganisation des internationalen Linienverkehrs, zusammengeschlossenen Fluggesellschaften 1984 einen Gewinn nach Steuern von etwa 800 Mill. Dollar erzielt haben, nachdem es *1983* ein *„Null-Ergebnis"* gegeben hatte. Darin wirkte sich, so die Bank, neben der Treibstoffverbilligung die durch die steigende Kapazitätsauslastung erfolgte Kostenentlastung bei den Gesellschaften aus.

USA / Importquoten für japanische Autos laufen aus

Gegenleistung wird erwartet

H.-A. SIEBERT, Washington

*Nach einer einstimmigen Empfeh*lung seines Kabinetts hat Präsident Reagan entschieden, daß die Handelsschranken gegenüber japanischen Autos wieder abgeschafft werden. Nicht erneuert wird das 1981 in Kraft gesetzte „freiwillige" Export-Beschränkungsabkommen, das dreimal verlängert wurde und am 31. März ausläuft. Zunächst war die Lieferquote auf 1,68, später auf 1,85 Mill. Pkw festgesetzt worden. Nach Berechnungen der US-Außenhandelsbehörde haben die Eingriffe den amerikanischen Verbraucher 15,7 Mrd. Dollar gekostet, weil die japanischen Hersteller teurere Modelle über den Pazifik schickten und Detroit mehrfach die Preise heraufsetzte.

Reagan hat jedoch keinen Zweifel daran gelassen, daß die USA im Gegenzug eine stärkere Öffnung des japanischen Marktes erwarten, und zwar für die Bereiche Telekommunikation und Elektronik, Holzerzeugnisse, medizinische Ausrüstungen und Pharmazeutika. Amerikas Rückkehr zum freien Autohandel soll ein Signal setzen. Bisher hat Tokio Liberalisierungsschritte häufig mit dem Hinweis auf den Protektionismus Washingtons verweigert.

Trotz starker Proteste war eine Fortsetzung der Restriktionen in den USA politisch nicht mehr zu vertreten. Immerhin türmte die US-Autoindustrie hinter den Schutzmauern hohe Nettogewinne auf. Bei den „Großen Drei" – General Motors, Ford und Chrysler – erreichten sie 1983 und 1984 Rekordhöhen von zusammengefaßt 6,3 und 9,8 Mrd. Dollar. Andererseits gelang es ihnen nicht, ein Fahrzeug zu entwickeln, das den Japanern das Fürchten lehrt.

RENTENMARKT / Zinsen wieder leicht gesunken

Unsicherheit herrscht vor

Der von der Zinseskalation in den USA und vom hohen Dollarkurs angetriebene Renditenanstieg in der Bundesrepublik ist zwar nach den massiven Zentralbankinterventionen gegen den Dollar wieder von einem Zinsrückgang abgelöst worden; doch herrscht nach wie vor große Unsicherheit am Rentenmarkt. Kaum jemand ist überzeugt, daß der Dollar nicht wieder steigen oder sogar nachhaltig kippen wird, was ein Anlaß wäre, Gelder aus den USA abzuziehen und in D-Mark anzulegen, wie es am Mittwoch geschah. So heißt denn die Parole „abwarten". (cd.)

Emissionen	1.3. 85	22.2. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,32	7,26	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,43	7,35	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,35	7,24	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,31	7,18	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,47	7,35	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,23	7,11	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,83	7,71	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	7,45	7,33	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,67	7,69	7,20	8,08	8,45

SPANIEN / Zahlreiche Schiffbau- und Hochofenkapazitäten mußten abgebaut werden

Betroffene Zonen werden stark gefördert

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Krisensituation im Stahlbereich und im Schiffbau hat auch vor Spanien nicht haltgemacht. Allein für 1985 stellt der Haushalt rund 200 Mrd. Peseten (etwa 3,5 Mrd. DM) für die staatlichen oder halbstaatlichen Schiffbaubetriebe bereit. So war der Entschluß, einen Großteil der Schiffbau- und Hochofenkapazität abzubauen, eine unvermeidbare Konsequenz. Die Gewerkschaften, darunter die aus der Regierungspartei hervorgegangene Union General de Trabajadores „UGT", sträuben sich mit allen Mitteln gegen diesen Abbau. 72 000 offiziell als „überflüssig" bezeichnete und gekündigte Arbeitsplätze provozieren die der Arbeiterpartei.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß das spanische Parlament jetzt im Eilverfahren Re-Industrialisierungspläne verabschiedet, die von der Konzeption her zuversichtlich stimmen. Die Wirkung auf *die Industrie und auf die erhofften* ausländischen Investoren muß abgewartet werden. Große Unternehmen mit neuen Technologien, an denen Spanien ausgesprochen interessiert ist, haben kürzlich Vereinbarungen über Investitionen und Technologietransfer mit staatlichen Stellen abgschlossen, darunter Ericsson, AT&T, ITT, Philips oder Telettra. Ob und wieviel sich diese Unternehmen von dem Subventionskuchen abschneiden werden, ist meist geheim geblieben. Manche der Investitionen wären wohl auch ohne die besonderen Aufmunterungsprogramme durchgeführt worden, denn Spanien ist als Schwellenland, gerade im Elektroniksektor, ein interessanter Partner für manchen „Multi".

Gerade vor einer Woche sickerte das Projekt einer Glasfaserfertigung größeren Ausmaßes in einer „ZUR" an die Öffentlichkeit. Der größte amerikanische Glasfiberhersteller Corning Glass Work (65 Prozent Mehrheit) und die staatliche spanische Telefongesellschaft (35 Prozent) wollen in einer dieser Zonen mit einer Investition von 200 Millionen US-Dollar zukünftig 160 000 km Glasfiber jährlich fertigen.

Auch für mittelständische Industrieunternehmen, die aus dem Ausland her in Spanien investieren wollen, kann die Kurzformel „ZUR" eine sehr interessante Alternative sein zu dem schon seit langem vorhandenen Paket sonstiger Fördermaßnahmen, die besonders von den „SODI's", den halbstaatlichen Gesellschaften zur industriellen Entwicklung bestimmter Großregionen, angeboten werden. Mit ZUR (Zona de urgente reindustrialización) werden streng delimitierte Gebiete bezeichnet, in denen durch die Schließung von Stahl- und Schiffbaubetrieben besonders viele Arbeitsplätze verlorengingen, in denen die Arbeitslosenquote leicht 40 Prozent erreichen kann und wo ganze Städte und Gemeinden dem Ruin entgegensehen.

Die Einzelmaßnahmen werden dabei regelmäßig der spezifischen Region angepaßt, so daß man nur vor Ort oder durch einen Blick in das spanische Gesetzblatt (Boletin Oficial del Estado = B. O. E.) die Einzelheiten erfahren kann.

Ein konkretes Beispiel: Vor kurzem hat der Ministerrat ein Dekret verabschiedet, das sich auf die in Südspanien gelegene „Bahia de Cádiz" bezieht. Das Dekret bestimmt die touristisch gerne als „Königin der Meere" benannte Stadt Cádiz zur „ZUR", gemeinsam mit den umliegenden Ortschaften Puerto Real, San Fernando, Puerto de Santa Maria und Chiclana. Jedem Unternehmer, der im Rahmen der weitgesteckten Zielsetzung der Förderung neue Arbeitsplätze schafft und/oder Industrieanlagen neu errichtet, erweitert oder umsiedelt, wird nach Artikel 5 dieses Dekrets eine Subvention in Höhe von 30 Prozent zugesprochen, dazu bevorzugte Behandlung bei der Vergabe offizieller (vergünstigter) Kredite und erhebliche Steuervorteile: keine Steuern oder Abgaben bei der Einfuhr von Produktionsmitteln, 99prozentiger Erlaß der Gemeindeabgaben und 99prozentiger Erlaß der Warenverkehrssteuer I. T. E. (=Impuesto sobre Tráfico de Empresas).

Das Dekret sagt nichts über die entsprechende Behandlung der ab 1986 geltenden Mehrwertsteuer aus, die dann die I. T. E. ablösen wird, obwohl die Dauer der steuerlichen Erleichterungen im Dekret mit 5 + 5 Jahren angegeben wird.

Der Instanzenweg zur Erlangung dieser Förderung (Artikel 10 bis 12) ist abgekürzt. Die entsprechende Kommission besteht aus je einem Vertreter der Ministerien für Industrie, Arbeit, Landwirtschaft und öffentliche Aufträge, weiterhin aus fünf Vertretern der Regionalregierung Andalusiens und zwei nicht stimmberechtigten Mitgliedern des Arbeitsförderungsfonds. Verwaltet wird das Programm von einem Exekutivbüro. Anträge nach dem ZUR-Programm sind dort innerhalb der nächsten 18 Monate zu stellen. (SAD)

DAIMLER-BENZ / Bildungsarbeit muß forciert werden

Nachlassende Fluktuation

WERNER NEITZEL, Gernsbach

Da die Fluktuation in der Belegschaft deutlich nachgelassen hat und schon aus diesem Grunde die Zahl der Beschäftigten im Unternehmen künftig langsamer wachsen wird, richtet sich die Daimler-Benz AG darauf ein, daß die Aufgaben der Zukunft, wie es Vorstandsmitglied Manfred Gentz formuliert, im wesentlichen „mit den vorhandenen Leuten gelöst werden müssen". Dies bedeute eine besonders große Herausforderung für die betriebliche Bildungsarbeit.

Für diese (ohne Baumaßnahmen) wendete das Unternehmen im vergangenen Jahr rund 250 (1983: 237) Mill. DM auf, wovon zwei Drittel auf die Berufsausbildung im kaufmännischen und technischen Bereich und ein Drittel auf die Weiterbildung entfielen. Gerade in der fachlichen Weiterbildung mit technischer Ausrichtung haben sich in den letzen fünf Jahren die Anstrengungen verdoppelt und werden weiter stark zunehmen. Die Fluktuation beim Personal (einschließlich altersbedingten Ausscheidens) hat sich seit 1979 von einer Quote von 7 Prozent auf 4 Prozent bei den Arbeitern und auf 3,3 Prozent bei den Angestellten verringert. Die bereinigte Zahl – also der freiwillige Weggang – nahm in diesem Zeitraum von 1 Prozent auf 0,2 Prozent ab. Gentz: „Der Preis für Firmentreue heißt vermehrte Anstrengungen in der Bildung und Weiterbildung."

Gegenwärtig bereiten sich bei Daimler-Benz insgesamt über 9100 junge Menschen (das sind 6 Prozent der Gesamtbelegschaft) als Auszubildende oder Praktikanten (etwa 700) auf ihren Beruf vor. Die Einstellzahlen wurden seit 1975 um 78 Prozent gesteigert. In die hierfür notwendigen räumlichen und einrichtungsmäßigen Maßnahmen in den Werken, Niederlassungen und den zwei Bildungszentren (Lämmerbuckel und Lautenbach) wurden seit 1980 rund 100 Mill. DM investiert.

Zur Zielsetzung merkte Gentz an, Bildungsarbeit müsse immer bedarfsorientiert sein. Der Mitarbeiter müsse erkennen können, wozu er die angepaßte Qualifikation benötige. Insofern unterscheide man sich von der gewerkschaftlichen Ansicht, nach der den Unternehmen aus Arbeitsmarktgründen eine umfangreiche Bildungsverpflichtung aufzuerlegen sei. Solche Pläne hätten wenig Aussicht auf Erfolg. Ein neuer Akzent in der Berufsausbildung und Führungskräfte-Fortbildung ist in der Einbeziehung einer Wertorientierung im Seminarkonzept zu sehen.

NIXDORF / Weiteres Wachstum wird vorbereitet – Zahlreiche Neuentwicklungen

„Jahr der Kommunikationstechnik"

H. HILDEBRANDT, München

Mit dem 1984 um 21 Prozent auf 3,27 Mrd. DM gestiegenen Umsatz hat die Nixdorf-Computer AG, Paderborn, ihre Erlöse innerhalb von nur vier Jahren verdoppelt. Ähnliche Wachstumsraten werden nach Angaben von Klaus Luft, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, auch für die nächsten Jahre angepeilt. Der zu Jahresbeginn vorliegende hohe Auftragsbestand von rund 3,3 Mrd. DM wird dafür als gesunde Basis gesehen.

Nixdorf läßt sich diese geplante Zukunftsentwicklung allerdings auch einiges kosten. So wurden im abgelaufenen Jahr allein 310 Mill. DM in Forschung und Entwicklung investiert, weitere 400 Mill. DM in Sachanlagen und rund 250 Mill. DM in die 2670 neuen Arbeitsplätze, die 1984 geschaffen wurden und die Mitarbeiterzahl weltweit auf mehr als 20 000 hochschnellen ließ.

Zukünftiges Wachstum soll nach Klaus Luft von zwei Voraussetzungen getragen werden. Zum einen ist es die breite Palette bewährter und immer wieder verbesserter Systeme im Computerbereich. Zum anderen sind es Neuentwicklungen, die auf den Markt drängen.

So hat sich Nixdorf in nur wenigen Jahren eine beachtliche Marktposition im Bereich des Handels aufbauen können und rechnet hier weiterhin mit einer positiven Entwicklung, da der Handel im Wettbewerb auf einem insgesamt stagnierenden Markt zunehmend auf die Daten aussagefähiger Warenwirtschaftssysteme angewiesen ist. Das Produktionsvolumen für den Handel bestimmter POS-Systeme werde daher für das 1. Halbjahr 1985 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Dennoch gebe es derzeit Enpässe bei den Lieferungen.

Zu den Produkten, die Nixdorf erstmalig auf der kommenden Hannover-Messe vorstellen wird, gehören auch zwei Personal-Computer-Systeme. Der kleinere Kompakt-PC stammt unter Abkehrung von bisheriger Produktpolitik von einem japanischen Hersteller. Das größere Modell ist eine Eigenentwicklung. Beide, sowohl für Insellösungen als auch zur Einbindung in größere Systeme zu verwenden, sind professionelle Arbeitsplätze und nicht als Spielgeräte für den Hobbybereich gedacht.

Ganz entscheidende Impulse erwartet Nixdorf jedoch aus dem Bereich der Nachrichtentechnik. Nachdem das Unternehmen neben ausländischen Aufträgen bisher allein in der Bundesrepublik rund 500 Anlagen eines digitalen Vermittlungssystems installierte, wurde jetzt die Einzelzulassung für das digitale Telefonsystem Digifon von der Bundespost erteilt.

Vergleichbare Telefonsysteme von Mitbewerbern werden aller Voraussicht nach nicht vor Anfang 1986 geliefert werden können. Für Klaus Luft wird 1985 daher das „Jahr der Kommunikationstechnik" werden, und so lautet seine Zielvorgabe: „Im Computerbereich sind wir der größte deutsche Anbieter, in der Nachrichtentechnik wollen wir zumindest die Nummer Zwei werden." Nach der IBM nun also auch Siemens im Visier; an Selbstbewußtsein mangelt es nicht im Hause Nixdorf.

BETHLEHEM STEEL / Gutes Lizenzgeschäft

Stolz auf ein Super-Blech

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Man leiste sich, mit reichlich 500 Leuten besetzt, das in der US-Stahlindustrie größte Forschungszentrum. Längst sei man soweit, die Früchte dieses Aufwands weltweit und mit Gewinn an Investoren und Lizenznehmer zu vermarkten. H. Russel Grander, Vizepräsident der auch mit deutscher Tochter (in Siegen) präsenten „Bethlehem International Engineering Corp. (BIEC)", bemühte sich vor der Presse in Düsseldorf, das übliche Urteil über die technisch rückständige amerikanische Stahlindustrie zu korrigieren.

Wenn die Bethlehem Steel Corp., Amerikas zweitgrößter Stahlproduzent, 1985 nun endlich aus dreijährigen Verlusten herauskomme (1984 noch 113 Mill. bei 5,4 Mrd. Dollar Umsatz), dann natürlich wegen Rationalisierung, Modernisierung und Gesundschrumpfen des Stahlbereichs und nicht etwa wegen der Vermarktungserfolge von Forschungsresultaten durch die BIEC.

Aber sie können sich offenbar auch schon sehen lassen. Dies zumal auf dem Feld der Stahlblech-Oberflächenveredelung, wo Bethlehem Steel mit dem „Galvalume/Aluzinc"-Verfahren etwas weltweit Neues gelang, was derzeit gut die Hälfte aller Lizenz- und sonstigen Einnahmen der BIEC bringt. Der Trick: Gegenüber dem herkömmlichen Stahlblech-Oberflächenschutz durch Feuerverzinken eine Schutzhaut mit 55 Prozent Aluminium- und nur noch 45 Prozent Zinkgehalt. Das halte zwei- bis sechsmal so lange wie ein feuerverzinktes Blech, sei schon heute um bis zi vier Prozent niedriger im Produktpreis und werde gewiß auf Jahre hinaus noch Preisvorteile bringen, da der Zinkpreis schneller als der Aluminiumpreis steigen dürfte.

Bisheriges Marktresultat: Produktionssteigerungen mit diesem Blech bei Bethlehem Steel und seinen weltweit 13 Lizenznehmern von 35 Prozent in 1983 und 45 Prozent in 1984. Die Welt-Jahreskapazität werde sich bis 1990 auf 6 Mill. t verdoppeln. Einen deutschen Lizenznehmer gibt es noch nicht – die Kundschaft werde ihn nun wohl bald „erzwingen".

BAYERISCHE RAIFFEISENBANKEN

Ärger über Hammer Bank

DANKWARD SEITZ, München

Etwa 165 Mill. DM von den insgesamt 500 Mill. DM werden allein die Bayerischen Raiffeisenbanken für die Sanierung der Hammer Bank Spardaka eG, Hamm, bis 1993 aufbringen müssen. Kein Wunder, daß sich Verbands-Vorstandsvorsitzender Hellmut Horlacher noch immer sichtlich verärgert zeigt, obwohl der Fall bereits Mitte vergangenen Jahres bekannt wurde. In „exorbitanter krimineller" Weise habe der Vorstand der Hammer Bank unter Paul Schulte gegen alle genossenschaftlichen Bankenregeln verstoßen. Unverständlich ist es für Horlacher, daß Wirtschaftsprüfer und Bankenaufsicht nicht eher darauf aufmerksam wurden.

Immerhin bedeutet dies für die 931 (942) bayerischen Raiffeisenbanken, daß dieser Fall rein rechnerisch mehr als die Hälfte des 1984 erwirtschafteten Gruppen-Jahresüberschusses von 210 Mill. DM (minus 9,5 Prozent) erfordern würde. Trotz dieses Rückgangs und des mit 619 Mill. DM um 12 Prozent gesunkenen Betriebsergebnisses bezeichnete Horlacher die Ertragslage der Banken als „zufriedenstellend". Die Zinsspanne ermäßigte sich auf 3,31 (3,54) Prozent. Die Gesamtbilanzsumme der Banken-Gruppe nahm 1984 mit 9,2 (11,7) Prozent auf 60,8 Mrd. DM erneut überdurchschnittlich zu. Die Kreditinstitute in Bayern konnten im Schnitt ein Plus von 8,0 Prozent erzielen. In ruhigeren, aber „vernünftigeren" Bahnen verlief dabei das Kreditgeschäft, dessen Volumen um 9,1 (12,0) Prozent auf 37,2 Mrd. DM stieg.

Auf der Einlagenseite verzeichneten die Raiffeisenbanken einen Zuwachs von 10,0 (9,3) Prozent auf 50,2 Mrd. DM. Zu den bevorzugten Anlageformen gehörten die Sparbriefe, deren Volumen um 38,8 (33,3) Prozent auf 6,0 Mrd. DM stieg. Dagegen halbierte sich die Zuwachsrate der Spareinlagen auf 5,0 (10,2) Prozent; Ende 1984 lagen sie bei 26,9 Mrd. DM.

Im Warengeschäft, das von 799 aller bayerischen Raiffeisenbanken betrieben wurde, ging der Umsatz 1984 um 2,8 Prozent auf 2,58 Mrd. DM zurück. Die Ursachen dafür, so Horlacher, liegen in den vollen Märkten, den teilweise großen Ernten und den zusätzlichen Belastungen durch politische Beschlüsse und Verwaltungsmaßnahmen der EG.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Illustrierte Geschichte des steuerberatenden Berufes; herausgegeben von Karl-Heinz Mittelsteiner, verfaßt von Alfons Pausch und Johann Heinrich Kumpf, mit einem Geleitwort von Wilfried Dann, Dr. Peter Deubner Verlag GmbH, Köln, 472 Seiten mit rund 600 Abbildungen, Großformat, Leinen, 168 Mark.

Mit mehr als 40 000 Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten ist in der Bundesrepublik ein Berufsstand herangewachsen, der als zweitstärkste Gruppe unter den freien Berufen einen bedeutenden Platz in Staat und Gesellschaft errungen hat. Mit dem jetzt erschienenen Buch wird erstmals ein großangelegtes Werk zur Geschichte dieses Berufsstandes im deutschen Sprachraum vorgelegt. Während sich die einschlägige Forschung bislang darauf beschränkt hat, die Berufsgeschichte seit dem 1. Weltkrieg zu betrachten, reicht in diesem Buch die fachberufliche Spurensuche bis in die Ursprungszeit des Steuerwesens. Dabei wird untersucht, wer im Rahmen seines Berufs als erstes rechtliche und wirtschaftliche Hilfe in Steuersachen geleistet hat. Neben einer Standortbestimmung des Berufsstands verfolgt das Buch zugleich das Ziel, die Entwicklung einer standesrechtlich formierten Leistungsgemeinschaft in der Rechts- und Wirtschaftsgeschichte aufzuzeigen und in die allgemeine Kultur- und Wirtschaftsgeschichte einzubinden.

Gerhard Fels, Achim Seffen, Otto Vogel (Hrsg.): Soziale Sicherung – von der Finanzkrise zur Strukturreform, Deutscher Institutsverlag, Köln 1984, 168 S., 22 Mark.

Der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und sozialer Absicherung trägt das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes Rechnung. Wie jedoch läßt sich die soziale Sicherung auf dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit und Verringerung der Anzahl der Beitragszahler einerseits und einer Erhöhung der Ansprüche gegenüber einem überforderten Wohlfahrtsstaat andererseits in Zukunft sicherstellen? Das 9. Wissenschaftliche Forum des Instituts der Deutschen Wirtschaft befaßte sich vor allem mit den Ursachen der sich verschlechternden Finanzierungsmöglichkeiten unseres sozialen Sicherungssystems und mit unterschiedlichen Modellen zu seiner finanziellen Konsolidierung. Im Mittelpunkt des zweiten Teils dieser Vortragssammlung stehen die arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Schutzvorschriften, die die Kosten für die soziale Sicherung auf Betriebsebene erhöhen und damit den Betrieben die Position von Helfern der Sozialbürokratie zuweisen.

HARPENER / Die Buchgewinne sprudeln weiter

Ertragsplus über Planansatz

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Dortmund Harpener AG, im Aufwärtstrend ihres Dividendensatzes bereits für 1983 bei 9,50 DM angelangt, kündigt im ersten Rückblick auf 1984 an, daß sich „das Gesamtergebnis wiederum verbessert und unsere Planansätze erfreulich übertroffen" hat. (Hauptversammlung am 1. Juli).

Der Vorstand des Mischkonzerns erklärt den weiteren Ertragsanstieg einerseits mit dem Fortfall vorjähriger Belastungen (Kraftwerksrevision und Pensionsrückstellungs-Anpassung). Andererseits werde diesmal der Ergebnisbeitrag aus dem Beteiligungsbereich „deutlich höher" als 1983 ausfallen, teils durch Mehrausschüttungen und teils durch erstmals anteiliges Ergebnis aus der seit 1. Oktober produzierenden VEW-Harpen Kraftwerk Werne oHG.

Auf weitere Kapitaleinzahlungen von 34,3 (nunmehr insgesamt 112,7) Mill. DM bei diesem Kraftwerk, entfiel das meiste der 41.6 Mill. DM neuen Beteiligungsinvestitionen. In eigenen Sachanlagen investierte die Harpener AG 65,9 Mill. DM, davon 41,6 Mill. DM für den Kauf von drei gewerblichen Vermietobjekten. Für substanzerhaltende Sonderabschreibungen wurden 64,9 Mill. DM aus den 6b-Rücklagen entnommen.

Neu gespeist wurde dieses nach wie vor sehr beachtliche Reinvestitionspotential durch weiteren Immobilienverkauf („Privatisierung des Wohnhausbesitzes") mit 50,6 Mill. DM Erlös und darin 47,7 Mill. DM Buchgewinn. Auch die Buchgewinne aus Verkauf der Anteile an Ruhrkohle AG und Keramchemie GmbH sind für die 6b-Rücklagen bestimmt.

FORD / Aus Sierra wird in den Staaten Merkur

US-Luxusmarkt im Visier

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit dem Sierra XR4i, der in Köln gebaut wird und seit etwa einem Jahr auf deutschen und europäischen Straßen rollt, will sich die Ford Motor Company am Rennen um den schnell wachsenden amerikanischen Markt für Luxuswagen beteiligen. Was ebenfalls lockt, ist das große Geld, das mit dem starken Dollar zu verdienen ist. Immerhin kostet das sportliche Auto mit Standardausstattung und ohne Steuern 16 400 Dollar oder umgerechnet 56 500 Mark. Der Wagen, in der US-Hauptstadt vorgestellt, ist auf Merkur XR4Ti umgetauft worden. Das „T" steht für Turbomotor.

Vor einem Jahrzehnt umfaßte der Luxuswagenmarkt in den Vereinigten Staaten etwa 50 000 Autos. Heute sind es bei Preisen zwischen 15 000 und 25 000 Dollar etwa 500 000. Wie groß das Absatzpotential ist, zeigen diese Zahlen: Seit 1979 stiegen die zusammengefaßten Verkäufe von Audi, BMW, Saab, Volvo und Mercedes-Benz um 75 Prozent. 1984 betrug das Plus, das nach Ford-Schätzungen in diesem Jahr übertroffen wird, 27 Prozent. Für BMW allein machten die Zuwächse 98 und 18 Prozent aus.

Amerikas zweitgrößter Autokonzern will im ersten Jahr in den USA 20 000 und nach Teilnahme aller 841 Lincoln-Mercury-Händler 100 000 Merkur absetzen. Das ist ein sehr hochgestecktes Ziel, gemessen an den immer noch niedrigeren Verkäufen von Audi, BMW und Mercedes. Die Käufer von Luxuswagen, die im Jahr mehr als 60 000 Dollar laut Ford verdienen, ziehen erfahrungsgemäß „echte" europäische Marken vor. Bei vielen Amerikanern ist zudem der Kölner Capri unvergessen, den Henry Ford als „unverkäufliche Zitrone" bezeichnet hat. In der Werbung zweifellos stärker herausgestellt werden muß der Kölner Ursprung und die Montage im neuen Rheine-Werk der Wilhelm Karmann GmbH. Verschiffungshafen ist Bremerhaven.

NAMEN

Dr. Günther Becher, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Lufthansa, Köln, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Marcus Moller-Racke, Präsident des Unternehmens Buena Vista Winery & Vineyards, Kalifornien, einer Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Pott-Racke-Dujardin, wurdevom Aufsichtsrat der Pott-Racke-Dujardin GmbH & Co. KG, Bingen, in den Vorstand der Firmenguppe berufen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: M + H Metall u. Holz Überdachungen GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Lieselotte Baerens; **Biberach a.d.Riss:** Nachl. d. Elfriede Schrenk, Riedlingen; **Brilon:** Peter Bentrup, Kaufmann, Olsberg; **Brühl:** Thun u. Harzem GmbH, Erftstadt; **Detmold:** Osterkrüger & Zaus Apothekeneinrichtungen GmbH & Co. KG; B. Zaus GmbH; Wurzer GmbH & Co. KG, Bad Salzuflen; ABC-Möbelhandel Verwaltungsges. mbH, Bad Salzuflen 1; **Fürth:** Auto-Sänger GmbH, Erlangen; **Gelsenkirchen:** Klaus Stiller, Marl; **Hof:** KG Ronald Schaller Textilgroßhandlung u. Textilfabrikation; **Homburg (Saar):** Modestube Desirée GmbH; **Osnabrück:** Wittrin Computer GmbH, Wallenhorst; **Passau:** Wohnungs- u. Fliesenbau Pleinting GmbH, Pleinting; Nachl. d. Willibald Johann Hofirik, Wegscheid; **Wuppertal:** Nachl. d. Ewald Erich Horst Eckermann.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Seligenstadt: Arbeitsgemeinschaft Hubert Link Bauträger GmbH.

Vergleich beantragt: Düren: BSK Kunststoff-Verarbeitungs-GmbH, Vettweiß-Jakobwüllesheim; **Stuttgart:** Paul Ott GmbH & Co. KG, Waiblingen-Neustadt.

NIEDERSACHSEN / RKW wird aus dem Technologie-Programm entlassen

Kein Bruch in der Forschungsförderung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Reihe der Programme und Einrichtungen auf dem Gebiet der Forschungs- und Technologieförderung in Niedersachsen wird Ende 1985 um einen Namen ärmer sein. Dann nämlich wird das dem Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) angeschlossene „Technologietransfer- und Innovationsberatungs-Zentrum" (TIZ) seine Arbeit einstellen. Das Wirtschaftsministerium, so der Vorstandsvorsitzende des RKW Niedersachsen, Wolfgang Meinecke, ist nicht bereit, das TIZ weiter finanziell zu unterstützen. Damit sei dem Zentrum, das auf die Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen spezialisiert ist, die Grundlage für die Arbeit entzogen.

Nach den Worten Meineckes hat das TIZ bislang rund 400 Firmen erfolgreich betreut. Um so unverständlicher sei die „halbherzige und ungenügende Unterstützung" durch das Wirtschaftsministerium in Hannover. Alle Beteiligten hätten zu jeder Zeit gewußt, daß das TIZ immer zuschußbedürftig sein werde, obwohl Beratungsgebühren erhoben werden. Die parallel zum TIZ bei den niedersächsischen Industrie- und Handelskammern eingerichteten Innovationsberatungsstellen bieten ihre Dienstleistung kostenfrei im Rahmen der Kammer-Aufgaben an, erhalten vom Land allerdings auch keine Zuschüsse.

Für die niedersächsische Landesregierung bedeutet das Auslaufen des TIZ-Programms keine Minderung der Anstrengungen bei der Förderung von Forschung und Technologie. Beweis dafür ist nach Angaben eines Sprechers die jüngst erfolgte Berufung eines Landesbeauftragten, der die Regierung auf dem Gebiet der technologischen Forschung und des Technologietransfers beraten soll.

Die Ernennung des Technologiebeauftragten sei auch vor dem Hintergrund des Beschlusses zu sehen, an den Universitäten Göttingen, Hannover und Braunschweig „Technologiekontaktstellen" einzurichten. Über diese Stellen sollen Hochschul-Forschungsergebnisse schnell und umfassend an Industrieunternehmen ohne eigenes Forschungspotential weitergegeben werden. Die Landesregierung erhofft sich davon eine erhebliche Zeitverkürzung beim Wissenstransfer und bei der Entwicklung von Produkten und Verfahrenstechniken.

Mit dem „Erfinderzentrum Norddeutschland", das vor gut zwei Jahren in Hannover eingerichtet wurde, sei bereits ein wirkungsvolles Instrument auf diesem Gebiet geschaffen worden. Die bisher erzielten Ergebnisse des Erfinderzentrums seien überaus positiv. Aus den Kontakten zwischen Erfindern und potentiellen Lizenznehmern ergaben sich bisaher rund 90 „zukunftsreiche Förderfälle", heißt es im Wirtschaftsministerium.

Für die Landesregierung ist die praktizierte Forschungs- und Technologiepolitik vor allem Strukturpolitik. Dabei spielt die anwendungsorientierte Forschung mit dem Aufbau wirtschaftsnaher Forschungsinstitute eine bedeutsame Rolle. Die Gründung von Instituten für Fernwärmetechnologie, für Kautschuktechnologie und angewandte Mikroelektronik sowie für Lebenstechnik sind Beispiele dafür.

ERGEBNISSE

Leverkusen – Hamburg	2:0	(1:0)
K'lautern – Frankfurt	2:1	(2:0)
Braunschweig – Düsseldorf	1:0	(0:0)
Bielefeld – Mannheim	0:1	(0:1)
Bremen – Stuttgart	3:1	(3:0)
Dortmund – München	1:1	(1:1)
Karlsruhe – Schalke	ausgefallen	
Uerdingen – Köln	2:1	(1:1)

DIE SPIELE

Bremen – Stuttgart 3:1 (3:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop, Otten – Sidka (60. Hermann), Möhlmann, Okudera – Reinders, Völler, Meier (68. Neubarth). – **Stuttgart:** Roleder – Niedermayer – B. Förster, Maurer (80. Lorch), Schäfer – Allgöwer, Ohlicher (72. Reichert), Kempe, Müller – Claesen, Klinsmann. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 1:0 Reinders (13.), 2:0 Sidka (26.), 3:0 Völler (40.), 3:1 Kempe (88.). – **Zuschauer:** 20 800. – **Gelbe Karten:** Kutzop, Allgöwer (3), Klinsmann (2).

Dortmund – München 1:1 (1:1)

Dortmund: Immel – Loose – Kutowski, Rüßmann – Huber (16. Storck), Bittcher, Raducanu, Anderbrügge, Zorc – Wegmann, Dreßel (70. Simmes). – **München:** Pfaff – Beierlorzer – Dremmler, Eder – Matthäus, Lerby, Nachtweih (67. Mathy), Willmer, Dürnberger – Hoeneß, Wohlfarth (89. Rummenigge). – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 1:0 Anderbrügge (7.), 1:1 Matthäus (15., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 33 000. – **Gelbe Karten:** Lerby (4/2), Nachtweih (3).

Uerdingen – Köln 2:1 (1:1)

Uerdingen: Vollack – Herget – van de Loo, Wöhrlin – Brinkmann, W. Funkel, Feilzer, F. Funkel, Raschid – Schäfer (89. Loontiens), Gudmundsson (67. Thomas). – **Köln:** Schumacher – Lefkes – Hönerbach, Prestin – Lehnhoff, Geils, Hartwig (75. Gielchen), Bein (84. Dickel), Engels – Littbarski, Allofs. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Schäfer (32.), 1:1 Engels (39.), 2:1 Schäfer (57.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Herget (4/1), Hönerbach (2). – **Rote Karte:** Littbarski.

Braunschweig – Düsseldorf 1:0 (0:0)

Braunschweig: Franke – Pahl – Geiger, Bruns – Tripbacher, Gorski (77. Kindermann), Lux, Hintermaier (71. Plagge), Scheike – Sackewitz, Worm. – **Düsseldorf:** Greiner – Zewe – Grabotin, Löhr – Bockenfeld, Bommer, Fach (60. Kaiser), Edvaldsson, Weikl – Thiele, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tor:** 1:0 Worm (83.). – **Zuschauer:** 12 984. – **Gelbe Karten:** Lux (3), Gorski (2), Sackewitz, Löhr (2), Greiner.

K'lautern – Frankfurt 2:1 (2:0)

K'lautern: Reichel – Bold – Wolf, Lang (71. Majewski) – Melzer, Geye, Moser, Kitzmann, Brehme – Allofs, Hübner. – **Frankfurt:** Pahl – Berthold – Körbel, Kraaz – Boy, Mohr, Svensson, Binz (59. Müller), Sievers (77. Trieb) – Krämer, Tobollik. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tore:** 1:0 Hübner (11.), 2:0 Allofs (40.), 2:1 Krämer (52.). – **Zuschauer:** 13 441. – **Gelbe Karten:** Lang, Wolf (4), Moser (2), Boy.

Bielefeld – Mannheim 0:1 (0:1)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe, Dronia – Büscher, Foda (70. Pater), Borchers, Rautiainen – Reich, Schröder (70. Ozaki). – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Schlindwein, Dickgießer – Kohler, Schön, Klotz, Gaudino (70. Scholz) – Heck, Walter (80. Rombach). – **Schiedsrichter:** Zimmermann (Kiel). – **Tor:** Dickgießer (24.). – **Zuschauer:** 10 500. – **Gelbe Karten:** Rautiainen (4), Büscher (3), Kneib, Schlindwein (4/1), Dickgießer (4), Klotz (2), Gaudino, Rombach.

Leverkusen – Hamburg 2:0 (1:0)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Giske, Gelsdorf – Winklhofer (85. Hinterberger), Röber, Patzke (76. Schlegel), Götz, Wojtowicz – Schreier, Tscha. – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Hofmeister, Wehmeyer – Kaltz, Soler, Rolff (46. Wuttke), Plessers (67. McGhee), Magath – von Heesen, Milewski. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 1:0 Tscha (33.), 2:0 Tscha (50.). – **Zuschauer:** 13 000.

VORSCHAU

Dienstag, 5. März

Leverkusen – Frankfurt	(0:2)
Bochum – M'gladbach	(3:4)

Freitag, 8. März

Schalke – K'lautern	(2:2)
Stuttgart – Uerdingen	(2:3)

Samstag, 9. März

Mannheim – Bremen	(1:1)
Düsseldorf – Bielefeld	(1:1)
Frankfurt – Braunschweig	(0:5)
Hamburg – Karlsruhe	(1:1)
M'gladbach – Leverkusen	(2:3)
Köln – München	(0:2)
Bochum – Dortmund	(0:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Alexander Ristic wird Trainer in Kaiserslautern – Bremen auf dem Weg zur deutschen Meisterschaft?

Arminia Bielefeld in Not, und schuld daran soll Manager Müller haben

BERND WEBER, Bielefeld

Dirk Hupe, Vorstopper von Arminia Bielefeld, 1,85 m groß, muskelbepackt und athletisch wie ein Zehnkämpfer, lag völlig ausgepumpt und mit den Kräften am Ende auf dem schlammigen Rasen der Bielefelder Alm, nachdem Schiedsrichter Gerd Zimmermann aus Kiel das Spiel gegen Waldhof Mannheim abgepfiffen hatte. Zwei Ordner mußten dem Mannschaftskapitän wieder auf die Beine helfen – so sehr hatte er sich während der 90 Minuten verausgabt.

Doch wie so häufig im brutalen Fußballgeschäft war es auch diesmal vor 9000 maßlos enttäuschten Zuschauern auf der Alm: Die Bielefelder hatten kämpferisch alles gegeben. Als abgerechnet wurde, standen sie mit völlig leeren Händen da. Mannheim heimste durch den 1:0-Sieg beide Punkte ein und stürzte die Gastgeber, die nun schon die vierte Saison-Heimniederlage hinnehmen mußten, noch tiefer in den Abstiegskampf. Und um noch einmal auf den Kämpfer Hupe zurückzukommen, ausgerechnet er war der direkte Auslöser für die Niederlage, die Vereinsmanager Norbert Müller später „verheerend" nannte. Der Vorstopper fälschte in der 24. Minute einen harmlosen Schrägschuß des Mannheimers Roland Dickgießer unerreichbar für Torwart Wolfgang Kneib ins eigene Tor ab.

Der Treffer schlug den Bielefeldern so auf den Magen, daß ihnen natürlich *nicht mehr der Sinn nach einem* der typischen Späßchen stand, die Unikum Klaus Schlappner nach Spielende in der Pressekonferenz machte. Er müsse sich bei seinem Trainerkollegen Gerd Roggensack entschuldigen, meinte Schlappi, denn der Sieg sei unverdient gewesen und in erster Linie wohl darauf zurückzuführen, daß der Platzwart die Mannheimer Torlatte zu tief gehängt *habe (die Arminen trafen gleich dreimal* den Querbalken).

Doch danach fragt gewiß schon heute niemand mehr. Dagegen wird jetzt wieder in Bielefeld um so intensiver über den ungeliebten Manager und früheren Kommunikationswissenschaftler Norbert Müller diskutiert. Der ist wieder einmal der Buhmann und muß inzwischen auch auf das verzichten, was er bisher stets bekam: die uneingeschränkte Rückendeckung des Vorstandes. Schatzmeister Hubert Neugebauer verkündete jedoch am Samstag in aller Deutlichkeit, was er in den vergangenen Wochen, da allerdings ein wenig verklausulierter, schon mehrfach zum Ausdruck gebracht hatte: „Ein Verein wie Arminia kann sich einen Manager dieser Preiskategorie einfach nicht leisten." Dazu sollte man wissen, daß die Schulden des Bundesligaklubs derzeit wieder rund 2,5 Millionen Mark betragen. Der Manager Müller soll, dem sicheren Vernehmen nach, ein Jahresgehalt von etwa 300 000 Mark beziehen. Neugebauer fuhr noch stärkeres Geschütz auf. „Es sind zwar Gelder im Lizenzspielerbereich eingespart worden", sagte er, „aber die sind doch nur in die Administration umverteilt worden." Damit hat der Schatzmeister einen Satz ausgesprochen, *den die Arminia-Profis* schon seit langem heiß diskutieren. Daß sie selbst nämlich von dem Manager rigoros heruntergehandelt wurden, während der weiterhin auf der Feudalwelle reitet.

„Ich weiß", erklärte Müller gestern der WELT, „daß ich in Krisenzeiten von allen möglichen Leuten zum Hauptschuldigen gemacht werde. Das bringt mein Amt mit sich, aber ich bin ja schließlich auch nicht hier angetreten, um mich beliebt zu machen." Daß er jedoch weiterhin der große Absahner sei, während alle anderen auf Sparflamme kochen müßten, dies sei ein niederträchtiger Vorwurf. Und wörtlich fügte Müller an: „Ich nehme für mich in Anspruch, bisher gute Arbeit geleistet zu haben. Die meisten übersehen es wohl, und da unterstelle ich durchaus Absicht, daß ich den Verein in einer finanziell fast aussichtslosen Situation vor dem Zusammenbruch gerettet und damit die Arbeitsplätze unserer Profis gesichert habe." Der Manager zu der Frage, ob er denn glaube, daß sein am 31. Dezember auslaufender Vertrag verlängert werde: „Beide Vertragspartner haben eine halbjährige Kündigungsfrist vereinbart. Das heißt, bis zum 30. Juni braucht dieses Thema überhaupt nicht diskutiert zu werden und bis dahin werde ich dazu auch keinerlei Stellung beziehen." Doch wie gesagt, die Stimmung in Bielefeld und um Müller ist angeheizt. Nicht zuletzt durch den früheren Arminia-Manager Willi Nolting, der klagte: „Was in diesem Klub derzeit so alles geschieht, darfst du überhaupt keinem erzählen." Und zumindest darüber wundert sich Nolting nicht ganz zu unrecht: Daß Müller nicht die Bundesliga-Winterpause sondern die letzten 14 Tage, als der Spielbetrieb bereits wieder auf vollen Touren lief, zum Urlaub benutzte, erscheint in der Tat merkwürdig. So sieht es auch Roggensack, der im übrigen nicht an dem heute in der Kölner Sportschule beginnenden Lehrgang teilnehmen wird, um seinen Trainerschein nachzumachen. „Der DFB wird einsehen, daß ich hier jetzt nicht weg kann, denn die Not ist groß", sagte der Trainer. Da hat er wohl recht.

Neben der sportlichen Pleite droht dem Klub auch ein finanzieller Ruin, denn die Zuschauerzahlen sind weiter rückläufig. 13 000 müssen pro Heimspiel kommen, damit der Klub überleben kann. Doch schon jetzt ist klar, daß der kalkulierte Schnitt nicht erreicht werden kann. Damit ist die Bielefelder Alm auch nicht mehr der gefürchtete Hexenkessel. Heute sagen sich die Klubs schon eher: Auf nach Bielefeld, der Punkte wegen!



Ein kleiner Mann wehrt sich mit Wort und Tritt

Ein kluger Schiedsrichter hört in einigen Situationen einfach weg. Hans-Jochen Osmers hat in Uerdingen so gehandelt, als er Pierre Littbarski vom Platz stellte. Denn so brav der kleine Kölner auch vor ihm zu stehen scheint, er kann auch ein loses Mundwerk haben. *Und überhaupt: Littbarski,* der so zierlich wirkt, hat sich verändert. Selbst im Training sind die Kollegen nicht vor ihm sicher. Sie wundern sich jedenfalls nicht über den Platzverweis (den neunten in dieser Saison). Der große Techniker, der den Ball beherrscht und von ihm kaum zu trennen ist, hat schon viel einstecken müssen. Jetzt beginnt er sich zu wehren – mit Fouls. Eine Entwicklung, die Franz Beckenbauer eingeleitet hat, *als er von Littbarski förmlich for*derte, sich nicht mehr alles gefallen zu lassen. Der Kölner muß jetzt mit einer vier Wochen langen Sperre rechnen. FOTO: SVEN SIMON

Littbarski sieht Rot, seine Kölner Kollegen wundert es nicht mehr

Von ULRICH DOST

Der Kölner **Pierre Littbarski** (24) tat sich schwer dabei, das zu erklären, was ihn dazu bewogen hat, seinen Gegenspieler **Ludger van de Loo** (25) derart rüde in die Beine zu treten, daß für Schiedsrichter **Hans-Jochen Osmers** (36) nur die einzige Möglichkeit blieb, die rote Karte zu ziehen. Er habe keinen Blackout gehabt, meinte Littbarski später, von einem blindwütigen Amoklauf könne man nicht sprechen, auch die wilde Wut habe ihn nicht befallen. Wütend war der Nationalspieler, der noch am Sonntag beim 2:1 in Lissabon über Portugal mit einem Tor ein glänzendes Comeback feierte, nur über die *Tatsache, daß er bereits in der zwei*ten Minute nach einem Foul die gelbe Karte gesehen habe. „Zu diesem Zeitpunkt muß man nicht unbedingt eine Karte zeigen", sagte **Hannes Löhr** (41), Trainer des 1. FC Köln.

Was war genau passiert in Uerdingen? Lugder van de Loo hatte den Kölner Dribbelkünstler in einem Zweikampf gereizt und provoziert, indem er ihn am Trikot zerrte und ihn *wegschubste. Der Uerdinger spitzelte* ihm sogar den Ball weg und schlug sogleich einen Paß. Littbarski aber lief noch einige Schritte hinter dem Uerdinger her und trat ihm dann von der Seite, als der Ball (da die Kameraleute vom Fernsehen immmer nur den Ball zeigen wollen, konnten sie dieses Foulspiel nicht filmen) schon längst weg war, brutal in die Beine. Der Schiedsrichter und der Linienrichter beobachteten den Vorgang genau. Rot für Littbarski war die einzig mögliche Entscheidung.

Nun aber setzten tumultartige Szenen auf dem Rasen ein. Die Kölner bestürmten den Schiedsrichter, er möge doch die Entscheidung rückgängig machen. Osmers tat in diesem Augenblick das einzig Richtige, er tat nämlich so, als würde er alle verbalen Angriffe gegen ihn nicht hören. Das war gut so, denn was da alles für Ausdrücke gefallen sind, was da an eindeutigen Gesten gemacht wurde, das alles hätte den Chefankläger des Deutschen Fußball-Bundes, **Hans Kindermann** (54), eine ganze Weile beschäftigen können. Osmers nach dem Spiel: „Selbstverständlich habe ich alles gehört, aber ich habe mir nicht gemerkt, wer was gesagt hat. Ein Schiedsrichter muß in solchen Augenblicken einfach alles ignorieren."

Gleich nach dem Spiel hat sich Kölns Geschäftsführer Michael Meier (36) mit Ligasekretär Wilfried Straub (45) in Verbindung gesetzt. Der DFB wird bei der Europäischen Fußball-Union (UEFA) den Antrag stellen, Littbarski nicht für internationale Spiele zu sperren. Meier: „Das wird kein Problem sein, wir können davon ausgehen, daß Pierre Littbarski am Mittwoch gegen Inter Mailand spielen wird." In ähnlichen Fällen wurde ebenso verfahren. Nur wie sich das DFB-Sportgericht entscheiden wird, ist noch unklar. Littbarskis gelbe Karte zu Beginn des Spiels war nämlich seine vierte. Am Samstag gegen Bayern München hätte er ohnehin nicht spielen dürfen. Die Kölner rechnen damit, daß das Sportgericht sich so verhalten wird wie bei **Stefan Engels** (25), dessen Platzverweis in der letzten Saison unter den gleichen Voraussetzungen geschah. Littbarski kann also darauf hoffen, daß die rote Karte die vierte gelbe Karte ersetzt. Wenn er also seine Sperre hinter sich hat, ist er weiterhin mit drei gelben Karten belastet. Eine Strafe vom Verein braucht der Nationalspieler nicht zu befürchten. Michael Meier: „Was soll der Blödsinn? Er ist doch damit genug bestraft, daß er keine Prämien bekommen wird."

*

Mit einer Pause von vier Wochen muß Pierre Littbarski dennoch rechnen. „Wiederholtes Foulspiel" hat der Schiedsrichter in den Spielbericht geschrieben. Der Kölner wurde übrigens in dieser Saison schon zum zweiten Mal vom Platz gestellt. Im Januar auf der Mittelamerika-Reise des 1. FC Köln mußte er schon einmal vorzeitig in die Kabine, nachdem er seinen Gegenspieler gefoult hatte. Doch noch heute wartet Kindermann auf ein Schriftstück aus Mittelamerika.

Zyniker meinten, die eigentliche Schuld trage Teamchef **Franz Beckenbauer** (39), der unlängst Littbarski aufgefordert hat, sich auf dem Platz mehr zu wehren, sich nicht alles gefallen zu lassen, auch einmal auszuteilen. Littbarski: „Viele haben mir unterstellt, es hätte etwas mit Beckenbauer zu tun, doch das ist Blödsinn." Dennoch ist das nicht so einfach von der Hand zu weisen. Die Kollegen haben beim Training in der letzten Zeit schon häufiger die Tritte von Littbarski gespürt. Selbst bei einem Spiel gegen A-Jugendliche machte Littbarski keinen Halt, worüber sich einige Kollegen wunderten. Dafür wundern sie sich jetzt nicht mehr, daß es ausgerechnet Littbarski erwischte.

Das schmächtige Kerlchen hat in der letzten Zeit zugelegt. Durch gezieltes Krafttraining erreichte er einen Muskelzuwachs besonders an den Waden. Sein Gewicht steigerte sich von 65 auf 68 Kilo. Nun ist er nicht mehr so leicht umzustoßen, und er hat Kraft genug, sich zu wehren. Sein Manager **Rüdiger Schmitz** (46) dagegen meinte, daß die Erfahrung nicht schlecht für ihn sei. Außerdem *sei die ständige Belastung in den* nächsten Wochen im Mittwoch-Samstag-Rhythmus ohnehin nicht gut für ihn. Schmitz: „Wenn er sich jetzt schonen kann, kommt das der Mannschaft in der Endphase zugute." Wenn es dann nicht mal zu spät ist. Trainer Löhr sprach davon, daß dieser Platzverweis vielleicht die Meisterschaft gekostet habe.

*

Ehefrau **On Mih** (30) hat am meisten darunter leiden müssen, daß ihr Mann **Bum Kun Tscha** (31) das Tor nicht mehr traf: „Tscha lief zu Hause nur noch mit traurigem Gesicht herum."



Und der Koreaner von Bayer Leverkusen selbst meinte: „Ich bin nur glücklich, wenn ich Tore schieße." Seinen letzten Treffer erzielte er zum 3:1 am 22. September 1984 über Borussia Mönchengladbach. Danach folgten 13 Spieltage, an denen Tscha leer ausging: Genau genommen waren es 1223 bittere Minuten. Am Samstag gegen den Hamburger SV dann war seine Pechsträhne beendet: Tscha schoß beide Treffer zum 2:0-Erfolg. Er strahlte: „Jetzt bin ich nicht mehr traurig, meine Familie auch nicht."

Bis es dazu kam, bedurfte es einiger Mühe von Trainer **Dettmar Cramer** (59), der einmal mehr sein psychologisches Talent bewies. Es gehörte zu seinen Grundsätzen, die er sich in langer Trainerarbeit erwarb, nie einen Spieler öffentlich zu kritisieren. Über Bum Kun Tscha aber hat er den Journalisten berichtet, wie er ihn vor der ganzen Mannschaft nach einem Spiel gegen die eigenen Amateure zusammengestaucht hat. Cramer: „Ich habe ihn gefragt, wen er überhaupt umspielen will, wenn nicht einen 18jährigen Amateur." Diese Kritik hat den Koreaner tief getroffen.

Dann kam aber **Jürgen Gelsdorf** (32), jener Spieler, der Tscha (damals Frankfurt) einmal böse gefoult hatte, zum Trainer und meinte: „Ich weiß nicht, ob das richtig war." Und sie sprachen darüber, daß die Asiaten einen Ehrenkodex besitzen, nach dem sie nur schwer damit leben können, wenn sie getadelt werden und schlechte Zensuren erhalten. Cramer: „Wer schlechte Zensuren hat, verliert sein Gesicht. Die Selbstmordrate bei Schülern ist in Asien deshalb besonders hoch." Und weiter: „Aber ich habe ein Recht darauf, ihn zu kritisieren, denn er verdient sein Geld hier und nicht in Asien."

Im Trainingslager hat der Trainer dann nochmals das Gespräch gesucht. Cramer versuchte ihm klarzumachen, daß alle Menschen Fehler hätten. Man müsse aber die Fähigkei*ten besitzen, sich selbst dies einzuge*stehen und dies auch zu akzeptieren. Tscha, so glaubt Cramer, habe verstanden, worum es ihm gegangen sei. Nun wollen die Leverkusener den Koreaner noch ein Jahr behalten. Derzeit macht Tscha in der Sportschule Hennef seinen Trainerschein. 1986 kehrt er in seine Heimat zurück, dann wird er die Fußballspieler auf die Olympischen Spiele 1988, die in Korea stattfinden, vorbereiten.

*

Es hat schon so mancher versucht, aus **Otto Rehhagel** (46) in einer schwachen Stunde herauszukitzeln, daß er letztendlich doch an einen Titelgewinn von Werder Bremen glaube. Die vornehme Zurückhaltung aber läßt sich der Bremer Trainer nicht nehmen. Glauben und hoffen tut er bestimmt daran, doch darüber reden ist für ihn etwas anderes. Vor zwei Jahren stand er kurz vor dem großen Erfolg, doch es wurde nichts mit dem Titel. Noch heute wirft ihm sein Widersacher **Udo Lattek** (50) vor, er sei nur neidisch, weil er eben keine Titel vorweisen könne. Was wäre das für ein Kanonenfutter für Lattek, wenn Rehhagel noch über Titel redet, sie aber dann doch nicht bekommt.

Seine Spieler dagegen reden über die Situation realistisch. Torjäger **Rudi Völler** (24) sagt: „So nahe waren wir noch nie dran, es zu schaffen." Und Torwart **Dieter Burdenski** (34): „Wir wollen Meister werden, und wenn es geht, sogar Pokalsieger. Es wäre Quatsch, wenn wir dies verheimlichen würden." Werder Bremen, der neue **Meister 1985**? Warum eigentlich nicht.

Manfred Krafft: „Ich scheide nicht im Bösen"

MARTIN HÄGELE, Bonn

Früher wäre Manfred Krafft (47) an einem solchen Sonntagmorgen aus der Haut gefahren. So wie damals, als ihn der Karlsruher SC entließ, weil Präsident Roland Schmider über Nacht seinem Weggefährten nichts mehr zutraute und statt dessen auf Max Merkel setzte. Da hat der brave Mensch aus Ettlingen rausgeschrien, was ihn schmerzte: Es gebe keine Mo*ral mehr in diesem Geschäft.*

Dreieinhalb Jahre später und zwei Kündigungen reifer, hatte es Krafft gestern früh nichts ausgemacht, daß sein Arbeitgeber, der 1. FC Kaiserslautern, schon seinen Nachfolger präsentierte: Alexander Ristic. Das sei doch ganz normal, wenn ein Vertrag auslaufe, ein Vorgang aus dem Arbeitsleben. „Nein", so Krafft, „das geht mir nicht an die Nieren."

Wächst so schnell ein dickes Fell? Vor drei Wochen hat Manfred Krafft den Fragebogen der „Welt am Sonntag", der ausgerechnet gestern erschien, beantwortet. Da ist die Stadt Kaiserslautern und die dortige Fußballmannschaft für ihn noch der schönste Platz auf der Welt und die Arbeit mit den Spielern noch absolute Lieblingsbeschäftigung gewesen.

Ist das Chamäleon das Sternzeichen vieler Fußball-Lehrer, oder muß man bei diesem Job einfach kalt wie eine Hundeschnauze sein? Daß nur das 2:1 über Eintracht Frankfurt seinen Kopf gerettet habe; daß ihm nun eine Schonfrist eingeräumt worden sei; daß die Lauterer Spieler froh seien, wenn er ginge; daß er schon bei *Fortuna Düsseldorf unterschrieben* habe, das nennt Krafft „alles Quatsch". Krafft: „Ich scheide von der Mannschaft nicht im Bösen. An der Geschichte mit Düsseldorf ist absolut gar nichts dran. Und ich habe in den Vorstand soviel Vertrauen, bis zum 30. Juni hier arbeiten zu dürfen."

Vertrauen! Ein großes Wort in einem Metier, in dem solche und ähnliche Begriffe längst abgelöst wurden. *Erfolgsdruck, der Druck der Öffent*lichkeit, wirtschaftliche Gesichtspunkte, damit argumentieren Bundesliga-Präsidenten heute. Und wenn es Krafft ungeschminkt wissen will, warum Kaiserslautern nicht mehr weiter mit ihm werkeln will, dann eben deshalb, weil Krafft mit der Mannschaft die Teilnahme am UEFA-Cup nicht schaffen wird.

Dieses Saisonziel hatte Präsident Udo Sopp gesteckt. Der Pfarrer habe fast Übermenschliches von den Seinen verlangt, hat die Zeitung „Rheinpfalz" zu kritisieren gewagt. Daraufhin verlieh der streitbare Kirchenmann dem Sportredakteur vor Ort im Stadionblatt die „Zipfelmütze eines Miesmachers und Griesgrams". *So verfährt Sopp, unter dessen Füh*rung es mit dem 1. FC Kaiserslautern langsam bergab gegangen ist, mit seinen Kritikern. Sopp freilich möchte *nach oben.* Deshalb hat er sich jetzt auch um alles bemüht, was gut, teuer oder erfolgreich ist: Happel, Benthaus, Schafstall, Schlappner.

Doch selbst am Sonntag, nachdem der Name Alexander Ristic schon längst als Vollzugsmeldung in der Zeitung gestanden hatte und die Fans in Kaiserslautern über den Krafft-Nachfolger aus Braunschweig diskutierten, da gefiel sich Sopp immer noch als Geheimnisträger.

Bis zum Mittagessen ließ er spekulieren. Erst dann hatte sich Sopps Kandidat endgültig im Präsidium durchgesetzt. Ob mit oder ohne Gegenstimmen, das wurde nicht bekannt. Ristic habe aufgrund seiner Persönlichkeit und seiner Ausbildung den Zuschlag erhalten, so lobte Sopp: „Er hat seine Lehrjahre bei den großen Meistern Zebec und Happel absolviert."

Ristic (40) will seine alte Mannschaft und die Braunschweiger Vereinsführung heute Vormittag von seinem Entschluß unterrichten. Für ihn war wichtig, „daß ich in Kaiserslautern gute Arbeitsmöglichkeiten habe und meine neue Mannschaft vom Sportlichen her in der Lage ist, auf Dauer weiter oben in der Tabelle mitzuspielen."

Ein Vorhaben, mit dem fast alle auf dem Betzenberg angetreten sind, die dem Erfolgstrainer Karl-Heinz Feld*kamp seit Sommer 1982 in die Pfalz* nachgefolgt waren: Rudi Kröner, Dietrich Weise oder Manfred Krafft. Verwirklichen hat das keiner können. Ristic aber trauen Experten einen Aufschwung zu. Der Jugoslawe ist ein ehrgeiziger und harter Arbeiter, der sehr viel vom Fußball versteht.

Werder Bremen schließt nach Minuspunkten zu Bayern München auf

	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte	Heim		Auswärts	
1. München	21	12	5	4	47:30	29:13	29:15	17:51	18:15	12:8
2. Bremen	20	10	7	3	59:34	27:13	42:15	19:3	17:19	8:10
3. Uerdingen	20	11	3	6	40:25	25:15	26:14	19:3	14:11	6:12
4. Köln	19	11	2	6	44:35	24:14	24:17	14:6	20:18	10:8
5. M'gladbach	18	8	5	5	47:34	21:15	26:13	12:4	21:21	9:11
6. Hamburg	19	7	7	5	34:31	21:17	24:10	15:3	10:21	6:14
7. Mannheim	19	9	3	7	30:33	21:17	18:13	12:8	12:20	9:9
8. Stuttgart	21	9	3	9	52:34	21:21	31:12	15:7	21:22	6:14
9. Bochum	19	6	8	5	28:26	20:18	9:9	8:10	19:17	12:8
10. Frankfurt	20	7	6	7	42:43	20:20	25:14	15:5	17:29	5:15
11. Schalke	19	7	5	7	36:39	19:19	24:16	14:6	12:23	5:13
12. K'lautern	19	6	7	6	25:30	19:19	17:11	13:5	8:19	6:14
13. Düsseldorf	20	6	5	9	35:39	17:23	21:16	13:7	14:23	4:16
14. Leverkusen	19	5	6	8	29:32	16:22	18:13	12:6	11:19	4:16
15. Braunschweig	20	6	2	12	26:45	14:26	17:10	12:8	9:35	2:18
16. Bielefeld	20	2	9	9	22:41	13:27	17:22	8:12	5:19	5:15
17. Karlsruhe	20	3	7	10	29:56	13:27	14:16	9:9	15:40	4:18
18. Dortmund	19	5	2	12	23:41	12:26	16:14	9:9	7:27	3:17

● Die sieben Spiele vom Samstag zogen nur 116 125 Zuschauer an. Das ergibt einen schwachen Schnitt von 16 590 Besuchern pro Spiel. Den besten Besuch registrierte der Tabellenletzte Borussia Dortmund (33 000). 500 Arbeitslose machten erstmals von dem Angebot Gebrauch, Karten zum halben Preis kaufen zu können. Die Spielausfälle der letzten Wochen, die undurchsichtige Situation der Tabelle, führen offensichtlich auch dazu, daß so wenige Zuschauer kommen. Anders ist es kaum zu erklären, daß ein Meisterschaftsanwärter wie Bremen gegen den Titelverteidiger nur 20 800 Zuschauer anlockt.

● Rudi Völler hat die Spitze in der Torschützenliste übernommen. Mit 16 Treffern führt er jetzt alleine vor Klaus Allofs (15) und drei Spielern mit 12 Toren: von Heesen, Littbarski, Thiele. Bayern München ist der erste Klub der Bundesliga, der die Grenze von 1500 Toren übertraf, ein Rekord, der nach dem 2:1 über Uerdingen am letzten Dienstag feststand. Braunschweigs Kapitän Ronnie Worm ließ in der ewigen Torschützenliste einen prominenten Torjäger der Vergangenheit hinter sich. Er liegt jetzt mit 116 Treffern vor Lothar Emmerich auf Platz 16. Es führt immer noch Gerd Müller mit 365 Toren.

● Nach sechs Siegen in Folge mußte der 1. FC Köln beim 1:2 in Uerdingen die erste Niederlage hinnehmen. Werder Bremen blieb auch im elften Heimspiel der Saison unbesiegt. Bayern München wartet nun schon seit 13 Jahren auf einen Sieg in Dortmund. Der letzte Erfolg, ein 1:0 durch Franz Krauthausen, gelang am 24. Juni 1972. Damals gab es das Westfalenstadion noch nicht, es wurde in der alten Kampfbahn Rote Erde gespielt. Für einen Rekord in Gelb sorgte Schiedsrichter Gerd Zimmermann in Bielefeld. Er verwarnte gleich acht Spieler. Kollege Robert Walz kam in Leverkusen ohne gelbe Karte aus.

2. LIGA / Hessen Kassel auf dem Weg nach oben

Skeptischer Jörg Berger spricht von Reifeprozeß

sid, Bonn

Hessen Kassel hat seine Tabellenführung in der mit fünf Spielausfällen stark dezimierten 25. Runde der zweiten Fußballiga ausgebaut. Die Mannschaft des ehemaligen Düsseldorfer Trainers Jörg Berger kam zu einem glücklichen 1:0-Sieg bei Kickers Offenbach und liegt jetzt mit 31:13 Punkten drei Zähler vor Alemannia Aachen. Glücklich war der Sieg, weil er nur durch einen Fehler des Offenbacher Torwarts Reck zustande kam, der in der 68. Minute einen Weitschuß von Eplinius durch die Hände gleiten ließ.

Wohl auch deshalb ist Jörg Berger immer noch skeptisch, wenn er auf den Aufstieg in die Bundesliga angesprochen wird: „Wir stecken in einem Reifeprozeß. Durch das Tabellenbild lasse ich mir nicht die Augen verkleistern. Noch ist alles drin." Berger wird wahrscheinlich in diesem Monat seinen Vertrag in Kassel verlängern.

Während Kassel in der Rückrunde noch unbesiegt ist (5:1 Punkte), wartet Verfolger Alemannia Aachen weiter auf den ersten doppelten Punktgewinn in der zweiten Serie (2:4). Die Aachener, die nach den Hinspielen die Tabelle angeführt hatten, mußten zwei Minuten vor Spielschluß im eigenen Stadion das 2:2 gegen Ulm 46 hinnehmen.

Dagegen entfernt sich Rot-Weiß Oberhausen immer weiter aus der Abstiegszone. Der ehemalige Bundesliga-Verein verbesserte sich vom zwölften auf den zehnten Platz. Beim 5:1-Sieg über Union Solingen feierte er den vierten Erfolg hintereinander. Manfred Burgsmüller, der aus Nürnberg nach Oberhausen kam, erzielte seinen 20. Saisontreffer.

DIE ERGEBNISSE

Offenbach – Kassel	0:1	(0:0)
Aachen – Ulm	2:2	(1:1)
Oberhausen – Solingen	5:1	(1:0)
Köln – Nürnberg	2:0	(1:0)
St. Pauli – Homburg	ausgefallen	
Saarbrücken – Hertha	ausgefallen	
Freiburg – Duisburg	ausgefallen	
BW Berlin – Darmstadt	ausgefallen	
Bürstadt – Wattenscheid	ausgefallen	
Stuttgart – Hannover	1:1	(1:0)

DIE TABELLE

1.Kassel	22	13	5	4	46:29	31:13
2.Aachen	21	11	6	4	36:23	28:14
3.Hannover	23	10	8	5	41:35	28:18
4.Nürnberg	23	12	3	8	38:33	27:19
5.Saarbrücken	20	11	4	5	44:25	26:14
6.Wattenscheid	21	11	3	7	36:33	25:17
7.Hertha BSC	19	8	7	4	32:27	23:15
8.Solingen	21	10	3	8	38:36	23:19
9.Offenbach	22	8	5	9	27:31	21:23
10.BW Berlin	21	6	7	8	36:37	19:23
11.Freiburg	22	6	7	9	25:28	19:25
12.Oberhausen	22	6	7	9	33:41	19:25
13.Bürstadt	21	8	2	11	33:35	18:24
14.Duisburg	21	6	6	9	33:39	18:24
15.Darmstadt	21	6	6	9	26:33	18:24
16.Köln	22	7	4	11	32:42	18:26
17.Homburg	20	7	3	10	30:31	17:23
18.Stuttgart	22	6	5	11	27:32	17:27
19.St. Pauli	22	6	5	11	32:42	17:27
20.Ulm	22	5	6	11	31:44	16:28

Die nächsten Spiele: Dienstag: Offenbach – Homburg, Duisburg – Bürstadt; Samstag: Hertha BSC – Offenbach, Darmstadt – St. Pauli, Nürnberg – Stuttgart, Duisburg – Köln, Ulm – Wattenscheid, Kassel – BW Berlin, Hannover – Saarbrücken; Sonntag: Solingen – Aachen, Homburg – Oberhausen, Freiburg – Bürstadt.

Erklärung zur Fußball-Europameisterschaft 1988

Sportbund verurteilt „Stil politischer Einwirkungen"

dpa, Frankfurt

Der Deutsche Sportbund (DSB) gab nach einer Präsidiumssitzung in Frankfurt eine Erklärung zu den Querelen um die Austragung der Fußball-Europameisterschaft 1988 in der Bundesrepublik unter Nichtberücksichtigung Berlins ab. Dabei stellt sich der DSB teilweise hinter den Deutschen Fußball-Bund (DFB). Stil und Inhalt politischer Einwirkungen auf den DFB ständen im Widerspruch zu den ständigen Beteuerungen der Bundesregierung und aller Fraktionen des Bundestages, daß der Sport autonom und in seinen Entscheidungen frei sei.

Die Erklärung im Wortlaut:

Der Deutsche Fußball-Bund hat sich in seiner Bewerbung bei der UEFA darum bemüht, daß das Eröffnungsspiel der Fußball-Europameisterschaft 1988 im Berliner Olympiastadion ausgetragen werden kann. Er will sich auch weiterhin dafür einsetzen. Das Präsidium des Deutschen Sport-Bundes begrüßt diese Absicht des DFB.

Berlin (West) gehört zum Zuständigkeitsbereich des Deutschen Sport-Bundes und der ihm angeschlossenen Spitzenverbände. Dies ist von allen internationalen Fachverbänden anerkannt und in allen Vereinbarungen des DSB mit osteuropäischen Sportorganisationen, dem DTSB der DDR und dem All-Chinesischen Sportbund festgestellt.

In diesen Vereinbarungen heißt es sinngemäß, daß sich der Austausch nach den Bestimmungen und allgemeinen Gepflogenheiten des IOC und der internationalen Föderationen und – was Berlin (West) angeht – auch in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. 9. 71 regelt.

Mit dieser Festlegung und der bisher geübten internationalen Praxis gibt es keinen Grund, Berlin (West) als Austragungsort von Welt- oder Europameisterschaften abzulehnen oder aus entsprechenden Spielplänen auszuschließen.

Stil und Inhalt politischer Einwirkungen auf den DSB stehen im Widerspruch zu den ständigen Beteuerungen der Bundesregierung und aller Fraktionen des Deutschen Bundestages, der Sport sei autonom und in seinen Entscheidungen frei.

Das Präsidium des DSB hofft sehr, daß der auf den Deutschen Fußball-Bund ausgeübte politische Druck die Lage von Berlin (West) in den künftigen Entscheidungen der internationalen Föderationen nicht noch schwieriger gestaltet, als sie ohnehin schon ist.



Die Rennen auf engen Hallenpisten sind nicht jedermanns Sache. Denn die Sturzgefahr ist bei hohem Tempo in den spitzen überhöhten Kurven groß, und die 400-Meter-Läufer haben besonders darunter zu leiden. Uwe Wegner aus Groß Ilsede gewann in Athen seinen 400-m-Vorlauf in 47,37 Sekunden – die Teilnahme am Endlauf schien möglich. Im Semifinale stürzte Wegner. Der Engländer Roger Black mußte Wegner mit einem großen Sprung überwinden. FOTO: DPA

LEICHTATHLETIK / Nur zwei Medaillen bei der Hallen-EM in Athen

Die 21 Meter möchte Claudia Losch am liebsten in Moskau erreichen

O. BROCKMANN/dpa, Athen

Zwei Medaillen gab es für die Damen des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) bei den Hallen-Europameisterschaften in Athen: Kugelstoßerin Claudia Losch gewann hinter der Tschechoslowakin Helena Fibingerova die Silbermedaille, Bronze gab es für die Kölnerin Brigitte Kraus über 1500 Meter hinter den beiden Rumäninnen Doina Besliu-Melinte und Fita Rafira-Lovin. Brigitte Kraus hatte sich von Anfang an entschieden, in der neuen Sporthalle am Hafen von Piräus statt des 3000-m-Laufes die 1500-m-Strecke zu bestreiten. Allerdings hatte sie gegen die beiden Rumäninnen niemals eine reelle Siegchance. Als sie nach 1100 Metern energisch vom sechsten auf den dritten Platz vorlief, war das zugleich auch ihre Endplacierung, die in diesem schnellen Rennen mit der deutschen Hallenbestleistung von 4:03,64 Minuten (zuvor 4:04,22, ebenfalls Kraus) belohnt wurde. Doina Besliu-Melinte mußte europäische Bestleistung (4:02,54 Minuten) laufen, um ihre Landsmännin Fita Rafira-Lovin (4:03,46) im Spurt zu besiegen. Im 3000-m-Lauf hatte es zuvor den vierten Platz durch die 21jährige Paderbornerin Birgit Schmidt (9:06,85) gegeben. Europameisterin wurde die Italienerin Agnese Possamai (8:55,25) vor der favorisierten Sowjetrussin Olga Bondarenko (8:58,03).

Jaroslav Fibinger war nervös. Da landete die Kugel seiner starken Helena bei 20,84 Meter. „Ich habe selten so gezittert. Claudia war die einzige wirkliche Gegnerin", meinte der Ehemann und Trainer der tschechoslowakischen Weltrekordlerin Helena Fibingerova, nachdem sie den Zweikampf mit der deutschen Olympiasiegerin Claudia Losch gewonnen hatte. 25 Zentimter fehlten der Augenoptikerin vom LAC Fürth nach ihrer Steigerung auf 20,59 Meter zu Helena Fibingerova, die in Athen zum achten Male Hallen-Europameisterin wurde. Doch Claudia Losch lag 66 Zentimeter vor „DDR"-Hallenmeisterin Heike Hartwig, 70 Zentimeter vor ihrer großen Olympia-Rivalin Mihaela Loghin (Rumänien) und gar 174 Zentimeter vor Natalia Lissowskaja (UdSSR), die 3,68 Meter hinter ihrem Weltrekord blieb.

„Außer Helena hat sie das Beste geschlagen, was der Osten derzeit bietet," befand Trainer Christian Gehrmann. Nach einem Ermüdungsbruch des Schlüsselbeins, einem Muskelriß im Oberschenkel – beides im Januar – und hartnäckiger Erkältung in den letzten Tagen wuchtete die aus Wanne-Eickel stammende Wahl-Münchnerin die Kugel vier Zentimeter weiter als im bisher besten Wettkampf. „Ganz zufrieden bin ich dennoch nicht, 30 Zentimeter mehr waren drin," sagte Claudia Losch.

In Prag, beim Olympia-Ersatzsportfest der osteuropäischen Länder, war sie im letzten August mit knapp 20 Metern nur Siebente geworden. In einem „DDR"-Blatt stand zu lesen, Claudia Losch habe wissen wollen, wo sie stehe, und nach dieser Niederlage sei sie wohl informiert. „Die waren aufgerüstet bis an die Zähne und Claudia nach dem ganzen Trubel schlapp. Sie hat sich dennoch gestellt, serienweise verloren", sagt Gehrmann und stellt klar: „In Wirklichkeit hat Claudia dabei gewonnen. Sie hat Helena Fibingerova über Wochen studiert und für die Zukunft viel gelernt."

Die Zukunft – sie soll Claudia Losch nach eigenen Vorstellungen möglichst noch in diesem Jahr den ersten 21-Meter-Stoß bescheren. „Am liebsten in Moskau", spielt die Olympiasiegerin auf das Europacup-Finale in der sowjetischen Hauptstadt an. Nach Los Angeles, Prag und Athen will die 25jährige der osteuropäischen Elite spätestens bei den Europameisterschaften 1986 in Stuttgart eine Antwort darauf geben, wo sie nun wirklich steht.

Zur Feier ihrer Silbermedaille hatte sich Claudia Losch einen ungewöhnlichen Gast eingeladen: Natalia Lissowskaja, die 22jährige Kugelstoß-Weltrekordlerin (22,53 m) aus der Sowjetunion. „Wir werden irgendwann in diesem Jahr für zwei Wochen zu ihr nach Moskau fahren und dort trainieren. Davon kann ich nur lernen", erklärte Claudia Losch das Abendessen mit der Konkurrentin aus Osteuropa. Um an die Spitze zu kommen, ist ihr kein Weg zu weit und zu beschwerlich.

Ausgerechnet das Gastgeberland Griechenland hatte noch vor den Wettkämpfen in Piräus für einen Doping-Skandal gesorgt. Sechs Athleten, darunter Weltklasse-Dreispringer Dimitrios Michas und Kugelstoßer Dimitrios Koutsoukis (Bestleistung 20,51 m) wurden vom griechischen Leichtathletik-Verband gesperrt. Bei einer Kontrolle, die zwei Wochen zuvor bei den offenen Meisterschaften an gleicher Stelle vorgenommen wurde, wurden alle sechs Sportler der verbotenen Anabolika-Einnahme überführt. Bei der Hallen-EM standen nur noch vier Griechen in der Teilnehmerliste.

Der Olympiadritte Siegfried Wentz (Mainz) gewann mit 5816 Punkten den 12. internationalen Hallen-Siebenkampf von Berlin. Wentz verfehlte die Hallen-Weltbestleistung von Thorsten Voss („DDR") um 288 Punkte. Der internationale 10-Kilometer-Straßenlauf von Phoenix (US-Bundesstaat Arizona) endete mit einem Erfolg der Engländerin Wendy Sly in 32:33 Minuten. Wendy Sly hatte 17 Sekunden Vorsprung vor der für England startenden Südafrikanerin Zola Budd. Wendy Sly erhielt für diesen Sieg 5000, Zola Budd 3000 Dollar. Allerdings waren Zola Budd für ihren Start schon 25 000 Dollar als Gage zugesichert worden.

SPORT-NACHRICHTEN

Angerer auf Rang sieben

Lahti (sid) – Weltmeister Frank-Peter Roetsch aus der „DDR" gewann beim Biathlon-Weltcup in Lahti/Finnland den 10-Kilometer-Sprint vor dem Weltmeister über 20 Kilometer, dem Sowjetrussen Juri Kaschkarow. Olympiasieger Peter Angerer aus Hammer belegte Rang sieben.

Florett-Damen Zweite

Turin (sid) – Die Florett-Fechterinnen des deutschen Mannschaftsmeisters FS Offenbach wurden Zweite beim Europapokal der Landesmeister in Turin. Im Finale unterlag das Team der beiden Mannschafts-Olympiasiegerinnen Cornelia Hanisch und Christiane Weber dem CS Rom mit 4:9.

Bazynski erfolgreich

Budapest (sid) – Der Bochumer Michael Bazynski gewann beim internationalen Judo-Turnier in Budapest die Klasse bis 86 Kilogramm. Im Finale bezwang Bazynski den Olympiasieger von Moskau 1980, Sota Habareli, aus der UdSSR.

Mary Lou Retton führt

Indianapolis (dpa) – Olympiasiegerin Mary Lou Retton und der Chinese Yang Yueshan gewannen die Qualifikation für das Finale beim American Cup der Kunstturner in Indianapolis. Die beiden deutschen Teilnehmer Isabella von Lospichl als Zwölfte und Manfred Wittner als Neunter schieden aus.

Langer abgeschlagen

Coral Gables (sid) – Golfprofi Bernhard Langer aus Anhausen belegt nach der zweiten Runde des 500 000-Dollar-Turniers in Coral Gables/Florida den 24. Platz mit zwölf Schlägen Rückstand auf die Spitze. In Führung liegt der Amerikaner Fred Couples mit 131 Schlägen.

Hilfe für Wolfshohl

Sindelfingen (sid) – Unter dem Motto „Sportler helfen Rolf-Dieter Wolfshohl" standen am Wochenende zwei Radsport-Galas, an denen unter anderem 22 Weltmeister und sechs Olympiasieger aus sechs Nationen teilnahmen. Der Reinerlös beider Veranstaltungen fließt dem Hilfskonto für Rolf-Dieter Wolfshohl zu, der im letzten Jahr bei den deutschen Meisterschaften schwer gestürzt war und seitdem an den Rollstuhl gefesselt ist.

War Bramble gedopt?

New York (dpa) – Profi-Boxer Livingstone Bramble aus den USA soll beim Gewinn des WBA-Weltmeistertitels im Leichtgewicht im Februar in Reno gegen Titelverteidiger Ray Mancini (USA) gedopt gewesen sein. Dies behauptet Mancinis Manager David Wolf. Er verlangte, daß Mancini wieder zum Weltmeister erklärt wird. Wolfs Verdacht wurde vom Direktor der Nevada-Athletik-Kommission, Harald Buck, bestätigt.

Andersen vor Weinbuch

Lahti (sid) – Der Norweger Geir Andersen gewann in Lahti den Wettbewerb in der Nordischen Kombination vor Weltmeister Hermann Weinbuch aus Berchtesgaden und sicherte sich damit vorzeitig den Weltcup-Gesamtsieg. Thomas Müller aus Oberstdorf belegte Rang drei.

Schockemöhle Zweiter

Antwerpen (sid) – Der Engländer Nick Skelton gewann auf Everest St. James das Springen am zweiten Tag des CSI in Antwerpen vor dem Mühlener Paul Schockemöhle auf So Long.

USA: Olympia-Präsident Kelly starb beim Joggen

dpa, Philadelphia

Amerikas olympische Bewegung trauert um eine ihrer führenden Persönlichkeiten: Der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der USA (USOC), John B. Kelly, erlag am Samstag im Alter von 57 Jahren einem Herzinfarkt. Der Unternehmer aus Philadelphia, Bruder der Fürstin Gracia Patricia von Monaco, der viermal als Ruderer an Olympischen Spielen teilgenommen, 1956 in Melbourne die Bronzemedaille im Einer gewonnen hat und 1957 mit der Sullivan-Trophäe als überragender Amateursportler der USA ausgezeichnet wurde, brach beim Joggen tot zusammen. Schreckliche Duplizität der Ereignisse: Sein gleichaltriger Schwager Eugene Conlin wurde sieben Stunden später im Zentrum Philadelphias ebenfalls tot aufgefunden – gleichfalls zusammengebrochen nach einem Herzanfall. Doch sieht die Polizei, wie ein Sprecher erklärte, keinen Zusammenhang zwischen den beiden Todesfällen; auch gebe es keinerlei Anhaltspunkte für irgendwelche kriminellen Verdächtigungen.

John B. Kelly, der Frau und sechs Kinder hinterläßt und unter den Sportlern der Welt als „Jack" Kelly populär wurde, war Chef eines angesehenen Bauunternehmens in Philadelphia, das er von seinem Vater John B. Kelly übernommen hatte. Der Vater hat als einer der erfolgreichsten Ruderer der Geschichte 1920 und 1924 drei olympische Goldmedaillen im Einer und Doppelzweier gewonnen.

„Ich bin schockiert. Das ist ein großer Verlust für den Amateursport in unserem Lande", erklärte Don Miller, der ehemalige Exekutivdirektor des USOC und heutige Präsident der Olympischen Stiftung der USA. „Jack ist sein Leben lang mit der olympischen Bewegung identifiziert worden. Er blickte seiner Tätigkeit als Präsident des Nationalen Olympischen Komitees mit großen Erwartungen entgegen. Es ist eine große Tragödie, daß das passiert ist, ehe er seinen Traum verwirklichen konnte."

RINGEN

Neue Meister, aber es gibt keine Entwicklung mehr

DW. Schiffweiler

Die Freistil-Spezialisten des Deutschen Ringer-Bundes sorgen für steten Wechsel an der Spitze – für verbesserte Qualität sorgen sie allerdings weiterhin nicht. Sechs neue Meister wurden bei den deutschen Ringer-Meisterschaften in Schiffweiler ermittelt, aber die Entwicklung stagniert.

Die Meister (vom Papiergewicht an aufwärts) Reiner Heugabel (Goldbach), Herbert Tutsch (Aalen), Fritz Niebler (Reilingen), Günter Laier (Reilingen), Erwin Knosp, Martin Knosp (beide Urloffen), Dieter Otto (Walheim), Bodo Lukowski (Witten), Alexander Cichon (Freiburg-St. Georgen) und Mehmet Aydin (Aalen) werden *Bundestrainer Heinz Ostermann* nicht mehr weiterbringen. Das zum neunten Mal erfolgreiche Aushängeschild Martin Knosp reist zwar nochmals mit zu den Europameisterschaften Ende April nach Leipzig und vermutlich auch zu den Weltmeisterschaften im Oktober nach Budapest. Doch der 25jährige sagte in Schiffweiler: „In ein, zwei Jahren ist Schluß." Ein Nachfolger für Martin Knosp ist selbst im Nachwuchs-Bereich nicht zu entdecken – und schneller Aufstieg ist im Ringkampf selten.

Das mäßige Niveau der Meisterschaften hat zu Differenzen zwischen dem Präsidenten des DRB, Hermann Schwindling, und dem Bundestrainer geführt. Während Schwindling mit acht EM-Teilnehmern rechnet, möchte Ostermann nur fünf Meister nominieren.

Ob sich nun der Präsident oder der Bundestrainer bei der Nominierung für Leipzig durchsetzt, fest steht, daß der Erwartungspegel für gute Plazierungen bei den Europameisterschaften tief gesetzt werden muß. Schiffweiler hat gezeigt, daß sich der Abstand zu den Ostblock-Athleten selbst auf längere Sicht hin kaum verringern läßt. Ostermann: „Unsere Ringer trainieren immer noch wie Amateure."

SKI NORDISCH

Behle Meister, Trainer Nirschl soll jetzt gehen

HANS ALT, Fischen

Wo ist Behle? Wieder auf Platz eins der deutschen Skilangläufer. In Fischen gewann der Sauerländer mit über drei Minuten Vorsprung die deutsche Meisterschaft über 50 Kilometer vor Norbert Gebel aus Hirschau und dem 35jährigen Franz Häusler aus Fischen. Behle hatte die fünfmal zu durchlaufende schwere 10-Kilometer-Runde im Siitonen-Schritt zurückgelegt, um nach dem Rennen festzustellen: „Das ging hervorragend. Nur hätte man das schon viel eher trainieren müssen. Doch im Deutschen Ski-Verband ist man erst nach den Weltmeisterschaften in Seefeld aufgewacht."

Behle irrt. Nachdem es bei einem *15-Kilometer-Rennen in Lahti* (Finnland) ein erstes komplettes Verbot des Siitonen-Schritts und damit zahlreiche Proteste gegegeben hatte, wollte DSV-Sportwart Dietrich Martin – eigens aus Skandinavien angereist – in Fischen auf verschiedenen Streckenabschnitten den Siitonen-Schritt verbieten. Auf der dafür anberaumten Mannschaftsleitersitzung kam es deshalb zu turbulenten Szenen, in deren Verlauf Jochen Behle erklärte: „So geht es nun auch wieder nicht. Erst sollen wir diese Technik trainieren, dann wird das Material darauf abgestellt, und nun soll es wieder heißen: April, April." Martin kam mit seinem Vorschlag nicht durch.

Behle, einmal in Fahrt, schimpfte weiter: „Wenn es so weitergeht wie bisher, werden Stefan Dotzler und ich Revolution machen. Dann werden wir uns aus der Nationalmannschaft verabschieden und auf eigene Faust unsere Karriere aufbauen, gestützt von den Landesverbänden und von Sponsoren." So weit wird es nicht kommen, denn bereits heute soll Cheftrainer Detlev Nirschl von seinem Posten abgelöst werden. Als Nachfolger werden ein Tschechoslowake und ein Fachmann aus Skandinavien genannt. Ob man dann Behle auch für die Holmenkollen-Rennen in Oslo nachnominiert?

SKI ALPIN / Favoriten fuhren in Japan hinterher

Platz zwei – Wildgruber in der Weltspitze

sid/dpa, Furano/Vail

Außenseiter beherrschten im japanischen Wintersport-Zentrum Furano den Abfahrtslauf und den Super-Riesenslalom. In großartiger Form präsentierte sich dabei zum Ausklang der Saison 1984/85 der Oberaudorfer Sepp Wildgruber. Im Abfahrtslauf profitierte der 26jährige Landwirt bei Nebel und Schneefall wie auch der kanadische Sieger Todd Brooker von der niedrigen Startnummer und raste mit 56 Hundertselsekunden Rückstand als Zweiter ins Ziel. 24 Stunden später bewältigte Wildgruber den Super-Riesenslalom als Siebenter.

„Die schnelle und relativ einfache Strecke hat mir gelegen. Ich habe einen fast optimalen Lauf erwischt", *erklärte Wildgruber nach seinem* überraschenden zweiten Platz in der Abfahrt. Für die restlichen beiden Weltcup-Abfahrten in Aspen (USA) und Panorama (Kanada) hat sich Wildgruber eine ähnliche Leistung vorgenommen. Das bisher beste Ergebnis des Oberaudorfers war der fünfte Platz Ende Januar bei der traditionellen Lauberhorn-Abfahrt in der Schweiz. „Mehr als zwei Jahre habe ich auf diesen Erfolg gewartet, aber wie man sieht, kann sich alles von einer Woche zur anderen ändern."

Die Favoriten fuhren ebenso bei der Abfahrt als auch beim Super-Riesenslalom hinterher: Doppel-Weltmeister Pirmin Zurbriggen (Schweiz) als 29., Olympiasieger Bill Johnson (USA) als 22., Franz Klammer (Österreich) als 28. und Peter Müller (Schweiz) als 33. Schon nach der Abfahrt hatte es Ärger gegeben. „Die Organisation der Japaner ist perfekt, aber diese Piste genügt nicht unseren Ansprüchen", sagte Zurbriggen. Der amerikanische Weltmeisterschafts-Dritte Douglas Lewis schimpfte: „In dem Nebel da oben war die Sicht praktisch gleich Null. Das ist mir *noch nie passiert, daß ich sechs* Sekunden verloren habe." In den Weltcup-Rängen veränderte sich hingegen kaum etwas.

Zum zweiten Mal in der Geschichte des Weltcups gab es einen Doppelerfolg. Der Australier Steven Lee und der Schweizer Nachwuchsfahrer Daniel Mahrer mußten sich beim Triumph im Super-Riesenslalom von Furano ihren ersten Weltcup-Sieg teilen. So etwas hatte es 1978 zum letzten Mal gegeben, als der inzwischen verstorbene Österreicher Sepp Walcher und Sepp Ferstl aus Hammer auf der Kitzbüheler Hahnenkamm-Abfahrt auf die Hundertstelsekunde zeitgleich ins Ziel kamen.

Zu den abgeschlagenen Favoriten zählte in Furano auch Markus Wasmeier, der Weltmeister im Riesenslalom. Im Abfahrts-Rennen noch Neunter, mußte sich der Schlierseer beim Super-Riesenslalom mit Platz 24 begnügen. Weit vor ihm rangierten die beiden deutschen Läufer Peter Roth und Herbert Renoth als Neunter und Zehnter. Schneefall und schlechte Sicht hatten die ersten 20 Starter behindert. Läufer mit hohen Startnummern fanden später dagegen beste Bedingungen vor.

Den Kontrastpunkt zu den Außenseiter-Erfolgen der Herren setzten die Damen im amerikanischen Bundesstaat Colorado. Die österreichische Vize-Weltmeisterin Katrin Gutensohn bestätigte ihr derzeitiges Leistungshoch beim Abfahrtsrennen in Vail. Auf der 2776 Meter langen Strecke distanzierte die erst 18jährige *die erfolggewohnte Schweizer Mannschaft.* Während Weltmeisterin Michaela Figini nach einem Sturz ausfiel, kamen ihre Mannschaftskameradinnen Brigitte Oertli und Maria Walliser auf Platz zwei und drei. Katrin Gutensohn: *„Ich war nicht einmal* überrascht, denn ich hatte mir viel ausgerechnet."

Beste deutsche Läuferin war Michaela Gerg aus Lenggries als Neunte. Die Inzellerin Regina Mösenlechner, *zunächst auf Platz zehn notiert,* wurde nachträglich disqualifiziert. Änderungen im Weltcup-Klassement gab es auch bei den Damen nicht.

BASKETBALL

Halbfinale wurde am grünen Tisch festgelegt

dpa, Hagen

Nach einem wahren Parforceritt durch den Paragraphen-Dschungel hat der Rechtsausschuß des Deutschen Basketball-Bundes (DBB) am Wochenende mit seiner Entscheidung im „Fall Warner" für die (vorläufig) endgültige Zusammensetzung der Halbfinal-Paarungen in der ersten Play-off-Runde um die deutsche Basketball-Meisterschaft der Männer gesorgt.

Die höchste DBB-Rechtsinstanz gab der Revision des DBB-Vorstandes statt und zog dem SSV Hagen wegen des unberechtigten Einsatzes des in seinem Amateurstatus umstrittenen Amerikaners Graylin Warner *die in den zwei Zwischenrundenspielen* in Osnabrück (88:73) und gegen Köln (80:59) gewonnenen vier Punkte wieder ab. Bei Punktgleichheit zwischen dem SSV Hagen und dem TSV Bayer 04 Leverkusen (je 30:18) entschied Paragraph 83 der DBB-Spielordnung zugunsten der Leverkusener. Danach ist derjenige Verein schlechter zu placieren, dem von der Spielleitung Punkte am grünen Tisch aberkannt wurden.

Demnach kommt es am 15. März zu folgenden Halbfinal-Begegnungen in der ersten Play-off-Runde: BSC Köln – DTV Charlottenburg und ASC Göttingen – TSV Bayer 04 Leverkusen. An dieser Konstellation könnte sich nur dann noch etwas ändern, wenn der SSV Hagen nach Zustellung der Urteilsbegründung eine einstweilige Verfügung auf Aussetzung der Play-off-Runde erwirkt. Der Verein ist zu diesem Schritt vor ein ordentliches Gericht offensichtlich bereit.

Im letzten Spiel der Zwischenrundengruppe B kam Titelverteidiger ASC Göttingen zu einem 89:62-Sieg über den 1. FC Bamberg. Jackel (23), Mason (21) und Mendel (17) bei Göttingen. Sweet (27), van Waaden (11), Goppert (10) und Kimpel (10) bei Bamberg waren vor 1500 Zuschauern die besten Korbschützen.

RADSPORT / Der Belgier Eddy Planckaert gewann das Rennen Gent–Gent, den großen Saisonstart der Berufsfahrer

Thurau schaffte es bis zum Kopfsteinpflaster, dann gab er auf

MARTIN GROHLEDER, Gent

„*Mein Tip ist Erik Vanderaerden*", sagte Peter Post, der holländische Teamchef der Rad-Mannschaft Panasonic-Raleigh, um zu erklären: „Eddy Planckaert kann das Rennen Gent–Gent nicht noch einmal gewinnen. *Denn er hat sich im Winter nicht wie* ein seriöser Sportler, sondern wie ein Lebemann verhalten." Als die beiden belgischen Profis Eddy und Walter Planckaert davon hörten, sagte Walter Planckaert: „Ist Post denn wahn*sinnig geworden? Jetzt zeigen wir es* unserem Chef mal." So geschah es denn: Nach 223 Kilometer überquerte Eddy Planckaert in Gent als erster den Zielstreifen vor dem Holländer Jaak Hanegraaf und dem Belgier Jos Liekens. Walter Planckaert wurde Siebenter, während Posts Geheimtip Erik Vanderaerden das Rennen bereits nach 99 Kilometern beenden mußte – er war bei einer Abfahrt gestürzt.

Dietrich Thurau, nunmehr Adjutant des belgischen Weltmeisters Claude Criquelion, erreichte das Ziel *des schweren Rennens nicht.* Dennoch war sein Teamchef Albert van Kimpe von den Leistungen des Frankfurters überaus angetan: „Ich bin sehr zufrieden mit ihm, mehr hatte ich zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht erwartet."

Thuraus Kondition scheint derartigen Strapazen bereits gewachsen zu sein, *doch fehlt es ihm noch an Renn*praxis auf der Straße, weil er im Gegensatz zur Konkurrenz keinerlei Vorbereitungsrennen in Südeuropa bestritten hat. So bewältigte der Frankfurter nach den ersten 100 fla*chen Kilometern die gefürchteten* sechs schweren Steigungen, darunter auch die Mauer von Gerardsbergen, mit Bravour. Erst 20 Kilometer danach, auf den mit Kopfsteinpflaster versehenen Wegen, gab er auf. Sein Kapitän hatte das Rennen allerdings bereits nach 99 Kilometern beenden müssen. Claude Criquelion war in einen Sturz verwickelt worden und hatte sich verletzt. Auch der Essener Ralf Hofeditz stürzte und mußte aufgeben.

Das Rennen Gent–Gent „Het Omloop" gilt alljährlich als großer internationaler Saisonauftakt der Straßen*profis, bevor danach die Serie der* klassischen Eintagsrennen beginnt.

Als der schnelle Sprinter Eddy Planckaert wie im Vorjahr den Sieg errang, war dies bereits der zehnte Erfolg des Post-Teams in dieser Saison.

Nach der Mauer von Gerardsbergen hatte sich rund 60 Kilometer vor dem Ziel eine fünfköpfige Spitzengruppe gebildet, in der Planckaert, dessen Landsmann Liekens, die beiden Holländer Hanegraaf und Adri van der Poel sowie der amerikanische Ex-Weltmeister Greg Lemond um den Sieg kämpften. Nur wenige Milli*meter trennten Planckaert dann von* Hanegraaf, dem Zweiten.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division: Arsenal – West Ham 2:1, Aston – Leicester 0:1, Ipswich – Chelsea 2:0, Liverpool – Nottingham 1:0, Luton – Sunderland 2:1, Manchester United – Everton 1:1, Newcastle – Watford 3:1, Queens Park – *Norwich* 2:2, *Sheffield – Coventry* 1:0, Southampton – Bromwich 4:3, Stoke – Tottenham 0:1. – Tabellenspitze: 1. Everton 56 Punkte, 2. Tottenham 54, 3. Manchester United 49, 4. Liverpool 48. – **„DDR"-Oberliga,** 16. Spieltag: Rostock – Brandenburg 2:1, Erfurt – Lok Leipzig 3:3, Magdeburg – Karl-Marx-Stadt 1:1, Riesa – Dresden 2:2, Aue – Dynamo Berlin 1:1, Chemie Leipzig – Suhl 4:0, Jena – Frankfurt 2:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 27:5, 2. Dresden 24:8, 3. Lok Leipzig 23:9, 4. Magdeburg 19:13.

BASKETBALL

Bundesliga, Zwischenrunde, Herren: Göttingen – Bamberg 89:62. – **Bundesliga,** Damen, Meisterschaftsrunde, 6. Spieltag: München – Köln 81:77, Düsseldorf – Osterfeld 90:57. – Abstiegsrunde: Porz/Hennef – Marburg 67:72, Leverkusen – Frankfurt 70:77.

EISHOCKEY

Play-off-Runde, Halbfinale: Köln – Mannheim 3:4, Rosenheim – Kaufbeuren 8:1.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Dankersen – Hüttenberg 21:15, Lemgo – Wallau-Massenheim 21:16, Reinikkendorf – Essen 11:19, Weiche-Handewitt – *Schwabing 21:31, Hofweier* – Großwallstadt 29:22. – **Frauen,** 15. Spieltag, Gruppe Nord: Jarplund-Weding – Herzhorn 22:15, List – Oldenburg 15:26, Minden – Eilbeck 22:20, Leverkusen – Engelskirchen 20:19, Kiel – Uerdingen 17:13. – Gruppe Süd: Lützellinden – Guts Muths Berlin 22:22, Frankfurt – Nürnberg 17:15.

HOCKEY

Hallen-DM, Herren in Augsburg, 1. Halbfinale: Gladbach – Mülheim 14:15 n.V.; 2. Halbfinale: Limburg – SW Köln 9:8.

JUDO

***Bundesliga,** Nachholkampf, Gruppe* Süd: Freiburg – Großhadern 0:16.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Düsseldorf – Altena 9:4, Reutlingen – Grenzau 9:7, Saarbrücken – Bremen 9:4, Bad Hamm – Steinhagen 4:9, Bayreuth – Jülich 6:9. – **Damen,** 14. Spieltag: Donauwörth – Soest 9:1, Kleve – Kaiserberg 8:8, Frankfurt – Kiel 9:7; Nachholspiel: Saarbrücken – Ahlem 9:2.

VOLLEYBALL

Endrunde, Herren: Leverkusen – Berlin 3:1. – **Bundesliga,** Damen: Münster – Stuttgart 3:0, Oythe – Lohhof 0:3, Feuerbach – Schwerte 3:0, Rüsselsheim – Vilsbiburg 3:2, Langenhorn – Augsburg 0:3.

SKI NORDISCH

Weltcup in Lahti, 50-km-Langlauf, Herren: 1. Holte (Norwegen) 2:42:09,8 Std., 2. Ottosen (Schweden) 2:43:10,2, 3. Kirvesniemi (Finnland) 2:44:12,9, 4. Wassberg 2:44:55,1, 5. Morgren 2:44:57,3, 6. Swan (alle Schweden) 2:45:50,6. – **5-km-Weltcup,** Damen: 1. Ridy (Schweden) 19:16,3, 2. Pettersen 19:28,6, 3. Dahlmo 19:28,8, 4. Jahren (alle Norwegen) 19:32,4. – **Weltcup-Skispringen,** 70-m-Schanze: 1. Nykänen (Finnland) 212,6, 2. Ploc (CSSR) 205,6, 3. Holland (USA) 204,0, 4. Fijas (Polen) 202,0, 5. Konopacke (USA) 197,0, ... 21. Klauser 174,2, ... 38. Boll 155,9, ... 51. Steiert 76,3, ... 61. Bauer (alle Deutschland) 70,2.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt, Herren, in Furano/Japan, Länge: 2950 m: 1. Brooker (Kanada) 1:55,62 Min., 2. Wildgruber (Deutschland) 1:56,18, 3. Kernen (Schweiz) 1:56,35, 4. Alpiger (Schweiz) 1:56,67, 5. Mair (Italien) 1:56,71, 6. Mahrer (Schweiz) 1:57,71, ... 9. Wasmaier 1:58,47, ... 30. Gattermann 2:00,82, ... 48. Dürr 2:02,62, ... 49. Renoth 2:02,68, ... 51. Eder 2:02,73, ... 57. Stuffer (alle Deutschland) 2:07,79. – **Riesenslalom:** 1. Lee (Australien) und Mahrer (Schweiz) je 1:31,36, 3. Stemmle (Kanada) 1:31,64, 4. Marzola 1:31,80, 5. Mair (beide Italien) 1:31,85, 6. Alpiger (Schweiz) 1:31,90, 7. Wildgruber (Deutschland) 1:32,12, 8. Erlacher (Italien) 1:32,29, 9. Roth 1:32,38, 10. Renoth 1:32,60, ... 20. Stuffer 1:33,26, ... 24. Wasmaier 1:33,37, ... 29. Gattermann 1:33,60, ... 32. Eder 1:33,76, ... 40. Dürr (alle Deutschland) 1:34,35. – **Weltcup-Abfahrt,** Damen in Vail/US-Bundesstaat Colorado, 2776 m: 1. Gutensohn (Österreich) 1:47,85, 2. Oertli 1:48,43, 3. Walliser (beide Schweiz) 1:48,57, 4. Graham 1:48,77, 5. Stemmle (beide Kanada) 1:48,87, ... 9. Gerg 1:49,48, 10. Attia (Frankreich) 1:49,82.

LEICHTATHLETIK

Hallen-Europameisterschaften in Athen, erster Tag, Finale, Männer: 60 m: 1. McFarlane (England) 6,61 Sek., 2. Richard (Frankreich) 6,63, 3. Desruelles (Belgien) 6,64. – Hochsprung: 1. Sjöberg (Schweden) 2,35 m, 2. Kotowitsch (UdSSR) 2,30, 3. Biczysko (Polen) 2,30. – Dreisprung: 1. Markow (Bulgarien) 17,29, 2. Cado (CSSR) 17,23, 3. Mai („DDR") 17,14, 4. Jaros (Deutschland) 16,78. – Weit: 1. Paloczi 8,15 (zweitbester Versuch 8,01, drittbester 7,96), 2. Szalma (beide Ungarn) 8,15 (zweitbester Versuch 8,01, drittbester 7,94), 3. Lajewski (UdSSR) 8,14, ... 16. Kessler 7,53, 17. Thomas (beide Deutschland) 7,50. – *Kugelstoßen: 1. Machura (CSSR)* 21,74, 2. Timmermann („DDR") 21,44, 3. Günthör (Schweiz) 21,23, ... 10. Stolz (Deutschland) 18,48. – **Frauen:** 60 m Hürden: 1. Oschkenat („DDR") 7,90 Sek. (Jahres-Hallenweltbestzeit), 2. Zagortscheva (Bulgarien) 8,02, 3. Piquereau (Frankreich) 8,03, ... 5. Denk *(Deutschland)* 8,09. – *Weitsprung:* 1. Tschistjakowa (UdSSR) 7,02, 2. Murkova (CSSR) 6,99, 3. Drechsler („DDR") 6,97, ... 5. Feige (Deutschland) 6,58. – Kugelstoßen: 1. Fibingerova (CSSR) 20,84, 2. Losch (Deutschland) 20,59, 3. Hartwig („DDR") 19,93. – **Hallen-Mehrkampf** in Berlin, Männer: 1. *Wentz (Mainz) 5816 Punkte,* 2. Schulze (Paderborn) 5665, 3. Sonnenburg (Hamburg) 5595.

SCHIESSEN

Luftdruckwaffen-EM in Varna/Bulgarien, erster Tag, Luftpistole, Herren: 1. Adamek (Deutschland) 585 Ringe (deutscher Rekord eingestellt), 2. Tendo (Italien) 582, 3. Nemeth (Ungarn) 582, ... 9. Messerschmitt (Deutschland) 579. – Mannschaftswertung: 1. Schweiz 1738, 2. Deutschland 1732, 3. Bulgarien 1731.

RAD

Halbklassiker Gent–Gent: 1. Planckaert (Belgien), 2. Hanegraaf (Holland) beide 6:03:00 Std., 3. Liekens (Belgien), 4. Lemond (USA), 5. van der Poel (Holland) alle 29 Sek. zur., Thurau und Hofeditz ausgeschieden.

WASSERSPRINGEN

Internationaler Wettbewerb in Rostock, *dritter Tag, Turmspringen, Da*men: 1. Xiaoxia (China) 469,80 Punkte, 2. Afonina 451,65, 3. Blinowa (beide UdSSR) 418,89, ... 10. Kühn (Deutschland) 295,86.

GOLF

Internationales Turnier in Coral Gables/Florida, 500 000 Dollar, zweite Runde: 1. Couples 131 Schläge und Strange 131, 3. Bright 133, 4. Pooley 135, 5. Koch 136, Levi 136, Grahm 136, Thrope (alle USA) 136, ... 24. Langer (Deutschland) 143.

TENNIS

Herrenturnier in Toulouse, Viertelfinale: Keretic (Deutschland) – Lesage (Frankreich) 6:0, 3:6, 6:3.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 6, 14, 24, 40, 47, Zusatzzahl: 15. – **Spiel 77:** 3 3 7 2 7 2 2. – **Toto, Elferwette:** 1, 1, 1, 2, 1, 1, 0, 1, 0, 0, 1. (Ohne Gewähr).

Pankraz, Mr. Diffrient und der Jefferson-Stuhl

Fasziniert verfolgt Pankraz die Diskussion, die im „Wall Street Journal" zwischen einigen Möbelfabrikanten und ihren Chefdesignern entstanden ist. Man kann dort wahrscheinlich mehr über die moderne Gesellschaft lernen als in sämtlichen derzeit laufenden deutschen Soziologieseminaren zusammengenommen. Es geht um Fragen wie „Warum hat sich das Großraumbüro nicht bewährt?", „Wie kompensieren wir den Funktions- und Prestigeverlust, den zahlreiche Mitarbeiter durch die Einführung der Computer erlitten haben?" oder auch, schlicht und ergreifend, „Wie meistern wir das Problem der Anschlüsse?".

Ursache der Aufregung war, daß immer mehr Büromöbel-Kataloge „nicht mehr paßten", d. h. die Kunden bestellten eine komplette Büroausstattung pauschal nach Katalog, doch bei der Lieferung stellte sich heraus, daß nicht eingeräumt werden konnte, weil die neuen Computeranschlüsse nicht berücksichtigt worden waren. Und dieses „Nicht-mehr-Passen" bezog sich keineswegs nur auf elektrische Leitungen und ähnliche „Hardware", sondern sie ging gleichsam ans Allerheiligste der traditionellen Büro-Ordnung, nämlich an die Büro-Hierarchie.

Plötzlich war beipielsweise nicht mehr entscheidend, wie viele Fenster des Büro-Wolkenkratzers ein bestimmter Funktionsträger für sein Zimmer zugeteilt bekam, ob er einen Anspruch auf Mahagoni hatte oder auf grüne Tinte zum Abzeichnen der Akten, sondern es zählte nun vor allem, auf wie viele „Fächer" des Computersystems er Zugriff hatte, in wie viele Vorgänge er sich per Knopfdruck einschalten konnte und ob sein eigenes „Fach" mit genügend „Sperren" gegen das neugierige Mitlesen oder gar Mitmischen begeisterter, aber hierarchisch weit hinten rangierender Freaks abgesichert war.

Begehrtestes Prestigeobjekt in zahlreichen Büros besonders der amerikanischen Westküste ist zur Zeit der sogenannte „Jefferson Chair", den der geniale dänischstämmige Designer Niels Diffrient für die Firma „Sunar-Hauserman" entworfen hat, ein Traummöbel, das man bei vollcomputerisiertem Büro im Grunde gar nicht mehr zu verlassen braucht, um seine Arbeit zu tun, ein Zwitter aus Flugzeug-Cockpit und schwüler Ottomane, ausgerüstet mit Telefon, Bildschirm, Schaltbrett, Intimbeleuchtung, Eigenheizung, Fußbank und „Lunchfach". Einen Jefferson-Stuhl mit geschütztem Computerfach und eigenem Zugriff zu sämtlichen anderen Fächern – dafür würden sich auch die hartgesottensten Fenster- und Mahagoni-Fetischisten gern ein oder zwei Fenster abknapsen lassen oder sich mit bloßem Nußbaum begnügen.

Die Frage bei den Optimierungs-Strategen der Büro-Industrie ist nur, ob Accessoires wie der „Jefferson Chair" die Kosten-Nutzen-Rechnung wirklich auf Dauer verbessern. Es gibt eine Schule, die behauptet, ein Büro dürfe nicht zu bequem, nicht *zu* gemütlich sein, wenn es sich bewähren solle. Wieder andere, so Ed Friedricks von der Firma Gensler & Associates, wollen herausbekommen haben, daß in sogenannten „schöpferischen Büros", in technischen Entwicklungs-Abteilungen, Redaktionen oder Werbeagenturen, die wirklich kreative Arbeit ohnehin nicht am Schreibtisch, sondern in den Fluren und Wandelgängen, im Kasino oder in der Kantine geleistet werde, wo man sich von Angesicht zu Angesicht aussprechen könne und vom Druck des unmittelbaren „Müssens" befreit sei. Man solle also lieber opulente Kasinos und hübsche „Pausen-Zonen" mit vergleichsweise spartanischen Büroräumen koppeln, wenn man optimale Arbeitsergebnisse erzielen wolle.

Einig scheinen sich die Diskutierer nur über *eines* zu sein: Die Ära des Großraumbüros ist endgültig vorbei. Diese einst so hochgepriesene Struktur, so wird gesagt, sei weder computerfreundlich noch entspreche sie dem menschlichen Grundbedürfnis nach Separation und Privatheit. Schließlich sei das Büro eindeutig der Arbeitsplatz der Zukunft, immer mehr Menschen zögen aus der Fabrik ins Büro um, um dort einen beträchtlichen Teil ihres Lebens zu verbringen. Da sei es geradezu selbstverständlich, daß auch der kleinste Angestellte einen „Raum für sich" beanspruche, in dem er wenigstens ansatzweise einen persönlichen Stil verwirklichen und sich gegen dauerndes Eingesehenwerden abschirmen könne. Die Wand, der Schirm sei mithin eines der wichtigsten Requisiten moderner Büroarchitektur.

Wenn Pankraz aus seinem Lieblingshotel schaut, dem „Hyatt Regency" in San Francisco, das hautnah mitten zwischen neu errichteten Büro-Wolkenkratzern steht und aus dessen Zimmern man also, zumindest morgens, wenn alles noch beleuchtet ist, so manchen indiskreten Blick in die Fensterreihen der Büros werfen kann, dann erblickt er tatsächlich nur noch Einzelräume, große oder kleine, die von ihren Benutzern durch Zimmerpflanzen, Kaffeemaschinen, Patchwork-Puppen und Familienfotos resolut privatisiert worden sind. Es ist ein merkwürdiger, grotesk-erhabener Gegensatz, der sich da besichtigen läßt: auf der einen Seite die gewaltige, bienenwabenartige Architektur, auf der anderen die winzige, farbige Individualität in jeder einzelnen Wabe, die beweist, daß der Mensch eben doch keine bloße Biene oder Ameise ist.

Werden diese vielen unabschleifbaren Einzelpersönlichkeiten vielleicht eines gar nicht so fernen Tages wieder aus den Waben abziehen, weil ihnen der Computer und die Vollvernetzung dann erlauben, ihre Arbeit auch von zu Hause, vom privaten Heim aus zu verrichten? Werden die Büro-Gebirge, die heute das Bild unserer Städte prägen und den Büromöbel-Architekten so fette Aufträge verschaffen, alle wieder abgerissen werden müssen? Pankraz hält das für eine sehr interessante Perspektive, aber den Herren Diffrient, Friedricks & Co. nützte dann auch die subtilste Diskussion nichts mehr.

Pankraz

Nückel-Illustrationen

Geschichten in Schwarz und in Weiß

Frans Masereel hat damit angefangen. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg schnitt er seine „Romane ohne Worte" in Holz. Ohne dieses Vorbild ist Otto Nückels „Schicksal", eine Geschichte in Bildern, die zuerst 1926/27 in München erschien und jetzt vom Limmat-Verlag in Zürich erneut vorgelegt wurde (420 S., 44 Mark), nicht zu denken.

Otto Nückel, 1888 in Köln geboren und 1955 dort gestorben, lebte seit 1910 als Maler, Illustrator und Karikaturist in München. Er war also ein Jahr älter als Masereel. Die Popularität seines flämischen Kollegen, dem sogar Thomas Mann und Hermann Hesse freundliche Vor- und Nachworte schrieben, wurde Nückel nicht zuteil. Das mag am Inhalt wie am Stil gelegen haben.

Masereel erzählte in seinen „Geschichten in Bildern" von der Kraft einer Idee und dem Sieg der Beharrlichkeit, mit der ein Mann – das alter Ego des Künstlers – diese Idee verfolgt. Diese Visionen kennzeichnet ein rigoroses Schwarz-Weiß in der Holzschnittechnik, die auf alle Abstufungen verzichtet, und in der Geschichte, die gleichfalls nur Schwarz und Weiß kennt. Otto Nückel ging kaum anders zu Werk: In siebzehn Kapiteln und mehr als zweihundert Bildern schildert er das Leben einer jungen Frau aus dem Arme-Leute-Milieu.

Es ist eine traurige Biographie mit liebloser Verführung, Kindermord und Gefängnis, der Flucht ins und



An Masereel geschult: Nückel-Illustration FOTO: LIMMAT-VERLAG

aus dem Bordell, dem kurzen Ruhepunkt einer Ehe, erneuter Verführung und schließlich Mord, Verfolgung und Tod.

Die Handlungsstrukturen sind so schlicht, daß sie ein Pantomime nachspielen könnte. Die einzlnen Bilder beschränken sich auf wenige Figuren. Das Geschehen wird immer eindeutig dargestellt, obwohl der Bleischnitt, den Nückel eigens entwickelte, feine Schraffuren und damit zwielichtige Grautöne zwischen Schwarz und Weiß erlaubt, ja, sogar nahelegt.

Nückel verzichtet auf das dekorativ Plakative von Masereels Holzschnitten. Und vor allem fehlt ihm der pathetische Optimismus des Flamen, der sozusagen seine Seele und seine Wünsche vor dem Betrachter ausbreitet, während Nückel, ohne selbst in Erscheinung zu treten, nur eine triste Geschichte erzählt.

PETER JOVISHOFF



Wer beobachtet wen? – Michelangelo Pistolettos „Figuren, die in den Brunnen schauen", aus der Ausstellung in Toronto FOTO: ART GALLERY OF ONTARIO

„Der europäische Eisberg": Kunst und Design der Gegenwart aus Deutschland und Italien in Kanada

Eine Feder für jeden Indianerstamm

Bedrohliches verkünden die Plakate in Toronto. „The European Iceberg" läßt die Stadt erschauern. Allerdings handelt es sich dabei um ein Kunstereignis, das bislang unbekannte Gemälde und Plastiken, aber auch Architektur- und Design-Beispiele, Mode, Kino, Photographie und Theater aus Italien und Deutschland vorstellt. Germano Celant, einer der Mandarine der italienischen Kunstszenerie und Mitorganisatoren der 7. documenta, hat sie für die Art Gallery of Ontario zusammengestellt.

„Kreativität in Deutschland und Italien heute" verspricht der Untertitel. Wobei sich das „heute" auf die letzten fünf Jahre beziehen soll (lediglich Joseph Beuys ist mit einem Werk zu sehen, das mittlerweile 21 Jahre zählt). Das Museum will einem Publikum, das bisher beim Stichwort „internationale Kunst" nur an amerikanische oder gar nur New Yorker Kunst denkt und dem die europäische Kunst als provinziell gilt, helfen, diese Ansicht zu revidieren.

Einfach ist das jedoch nicht. Denn der Besucher gerät auf dem europäischen Eisberg sehr leicht ins Rutschen, weil mit Informationen in der Ausstellung allzu sehr gegeizt wird. Allenfalls erfährt man den Urheber, den Titel und das Entstehungsjahr der Werke, und selbst diese Daten muß man auf den Fußleisten der Räume mühsam suchen. Daß manches eigens für die Ausstellung geschaffen wurde, stellt sich erst nach einem Blick in den Katalog heraus.

So liest man oberhalb der Rundbögen an allen vier Wänden der Eingangshalle die Stammesnamen der indianischen Ureinwohner Ontarios. Das könnte durchaus eine Erinnerung an die „Wurzeln" der Provinz und der Stadt und deshalb ständiger Museumsschmuck sein. Aber tatsächlich handelt es sich um Lothar Baumgartens „Monument for the Native People of Ontario". Den Indianerstämmen Nordamerikas ist ein zweites Werk Baumgartens gewidmet: „Land of the Spotted Eagle". Eine weiße Wand ist übersät mit Adlerfedern, jede einen (z. T. schon ausgestorbenen) Indianerstamm repräsentierend. Zusammengenommen bilden die Federn die Umrisse des nordamerikanischen Kontinents.

Baumgartens Kreationen sind die einzige Reverenz an das Gastgeberland, und wohl auch die einzigen, die den kanadischen und amerikanischen Besuchern einigermaßen verständlich erscheinen. Bei anderen Objekten dürfte das kaum der Fall sein, weil die Werktitel nicht übersetzt (und schon gar nicht erläutert) wurden. Zum Beispiel Jörg Immendorffs Bilder „Hü", „Akademie Ost – Aufgabe Hans Albers" und „Akademie Mitte – Aufgabe Städte der Bewegung", die von Zeichen und Andeutungen, Symbolen (Hammer und Sichel, Bundesadler) und Sätzen („für Kricke", „Das tun, was zu tun ist") bersten. Weiß denn jeder Besucher, wer Krikcke ist? Kennt jemand in Toronto Hans Albers?

Obwohl mit Celant ein Italiener die Auswahl getroffen hat, sind Objekte deutscher Provenienz eindeutig überrepräsentiert, vor allem, was die Malerei angeht. Das beginnt bereits in der Eingangshalle mit den Bildern von A. R. Penck („Was ist Gravitation? II", „Wechseln, verwechseln", „Wichtige Begegnung 2") und Gerhard Richter („Lilak", „Tisch" und „Tor"). Ihnen sind zwei Gemälde sowie eine Skulptur von Mimmo Paladino zugeordnet. In „Night Song" wird ein Mann von einem abgemagerten Tier hinterrücks angefallen, aber seine Arme sind nicht in einer Geste der Verteidigung ausgestreckt, sondern suchen Kontakt mit zwei fühlerähnlichen Antennen, die einem Kokon entwachsen, unter dem sich ein weiterer Mensch verbirgt, den Mund ängstlich aufgerissen. Solche Metaphern der Berührung finden sich auch in den beiden Gemälden Paladinos.

Von den Skulpturen beeindrucken besonders Giuseppe Penones „Vier Landschaften", die er im Vorjahr für die Basler Freiluftausstellung „Skulptur im 20. Jahrhundert" entworfen hat. In Toronto übertrug man sie nun wenig befriedigend in einen lichtdurchfluteten, wintergartenähnlichen Raum, wo die von Sträuchern durchwucherten Figuren aus Bronze sich mit einer Reihe von Blumentöpfen statt einer natürlichen Landschaft begnügen müssen. Wenn ein Werk so radikal aus seiner ursprünglichen Umgebung gerissen werden muß, damit es überhaupt zu sehen ist, sollte man besser ganz darauf verzichten.

Oder sich an Michelangelo Pistolettos „Figuren, die in einen Brunnen schauen" delektieren. Diese drei überdimensionalen, aus Styropor grob geschnitzten Gebilde drehen den Spieß einfach um und lassen den Betrachter des Kunstwerks sich beobachtet fühlen. Pistoletto macht deutlich, daß moderne Kunst auch amüsieren kann – und soll.

Auch wenn die Ausstellung sich bloß als die Spitze des Eisberges europäischer Kunst versteht, zwangsläufig also auswählen muß, bleibt doch die Frage, ob wenigstens die deutsche und italienische Kunst einigermaßen repräsentativ vertreten sind. Doch da muß man Zweifel anmelden. Sind wirklich Gottfried Böhm, Hans Hollein (ein Österreicher immerhin) und Joseph Kleihues für die deutsche Architektur der Gegenwart typisch? Repräsentieren Frank Hess, Herbert Lindinger und Dieter Rams das Design? Gibt es in Deutschland keine aufregenderen Photographen als Verena von Gagern, Klaus Kinold, Philipp Scholz Rittermann und Wilhelm Schürmann? Erschöpft sich das deutsche Theater in der Schaubühne am Lehniner Platz? Aber vielleicht sollte man den Titel der Ausstellung anders interpretieren. Vielleicht ist gemeint, daß auch hier – wie bei einem Eisberg – das Wesentliche verborgen bleibt. (Bis 7. April; Katalog 27,50 Canad. Dollar.)

RAINER NOLDEN

Feydeaus Farce „Die Dame vom Maxim" in Berlin

Wo alle Puppen tanzen

Der Berliner Theaterwinter, sonst so betrüblich vergrämt – in der Steglitzer Dependance unserer Staatstheater leuchtet er endlich auf. Man spielt einen rasenden Feydeau, man spielt seine „Dame vom Maxim". Die Leute liegen, selig japsend, unter den Stühlen.

Diese ausgepichte Farce, dieses Meisterstück kalt und genial berechnenden Unfugs hat man, seit das Stück zu Anfang dieses Jahrhunderts neu war, hierorts kaum wieder gesehen. Boleslaw Barlog hatte dann, vor rund einem Vierteljahrhundert, eine Reihe dieser komischen Meisterwerke neu belebt. Er war einem Trend aus Paris und London gefolgt. Feydeau war neu und unendlich erfrischend wieder zu Ehren gebracht worden. Er, den man bislang nur für einen rüstigen Quatschmacher, immer etwas herablassend, geachtet hatte – Feydeau war plötzlich zu neuen und geradezu klassischen Ehren aufgestiegen, als Molière der klugen Klamotte.

Diese „Dame vom Maxim" ist klassisch wirklich. Feydeau entwickelt seinen unglaublich ingeniösen Personenstand des absurd Komischen nicht. Hier hat jeder seinen Tick und seine vorgegeben absurde Absonderlichkeit. Die Figuren bleiben alle bis zum Ende genau, wie sie von Anfang an waren. Feydeau setzt sie nur immer auf eine kometenhaft komische Laufbahn. Sie müssen kollidieren. Sie laufen alle ins komische Unheil. Wie Billardkugeln eilen sie zielstrebig aufeinander zu. Es klickt unaufhörlich. Feydeaus komisches Verderben ist von geradezu tragischer Zielstrebigkeit. Kein Auge bleibt trocken.

Jeder neue Auftritt bedeutet eine neue Katastrophe. Die antiken Regeln des Dramas sind hellsichtig und mit kalter Strategie ins jeweils Absurdeste geführt. Man bewundert, sich krümmend und selig japsend, die unerhörte Folgerichtigkeit von Feydeaus komischem Ingenium. Der Mann war tatsächlich ein verrückter Meister der dramatischen Weltliteratur.

So erweist er sich hier endlich wieder. Hans Hollmann führt Regie. Er bringt anhand von Feydeau das Ensemble des Staatstheaters, das in der letzten Zeit immer nur eingeschlafen schien, zu einer erstaunlichen Alertheit. Hollmann hat den grandiosen Peter Matic als den Auslöser all der komischen Zündbomben. Matic ist, immer in Nöten, immer in der Defensive, umwerfend komisch und rigoros in seiner spitzen, dämlichen Zündrolle eines Knallerbsentreters.

Mona Seefried, *die ruchlose Dame vom Maxim*, die immer nur in den falschen Betten ertappt wird, hat den furios souveränen Elan einer eleganten Unterkietigkeit. Sie singt und spielt Feydeau triumphierend komisch. Hans Quest gibt einem Trottel von General eine schier leuchtende Dusseligkeit. Er tritt selig in alle Fangschlingen der Farce.

Zwei Dutzend Lachfiguren toben durch die ständig unheilvoll klappenden Türen. Das ganze Schiller-Ensemble scheint plötzlich wie verrückt belebt und ständig wie unter Pervitin zu stehen. Bis in die kleinste Rolle zieht sich der schöne Wahnsinn hin. Wenn Heinz Rabe nur, als ein in den Sog des großen Unfugs hineingezogener Straßenkehrer, minutenweise auftritt, dann krümmt man sich vor Anteilnahme und Heiterkeit. Wenn Regine Lutz eine bigotte Bürgersgattin abgibt und in dieser Hölle von Sünde und Seitenspringerei ihre frommen Visionen hat, ist man wieder so bezaubert wie entwaffnet.

Der Abend hat eine wunderbar berechnete Turbulenz. Die läßt im letzten Bild wohl nach. Hollmann hat den Text neu bearbeitet und deutlich verschärft. Da kommt bei aller schönen Frivolität dann doch ein ordinärer Zug in die eigentlich so raffiniert simple Sache, wie der bei Feydeau selber kaum zu finden ist.

Gleichviel: dieser Abend ist wie mit dem verrückten Rechenstift ausgeklügelt. Er gibt jeder Überraschungsrolle seinen eigenen Tick und idiotischen Laufpaß. Alle Puppen tanzen. Der Beifall der Erlösung war gewaltig. Es kann endlich wieder triftig und logisch gelacht werden. Wann hatten wir das (so erlösend) zuletzt? Sehr lange nicht!

FRIEDRICH LUFT

Neue Platten von Alison Moyet und Mark Almond

Pop mit Weltschmerz

Die schwergewichtigen Alison Moyet und Mark Almond reüssierten als Sänger in Elektro-Pop-Duos, sie in „Yazoo", er in „Soft Cell". Während Mark Almond schon früher daneben Soloplatten herausbrachte, erschien erst jetzt Alison Moyets erster Alleingang: „Alf" (CBS 26229). Doch sehr „solo" ist diese Platte nicht. Vince Clarkes Rolle in „Yazoo" als Musiker, Produzent und Songschreiber wurde von Tony Swain und Steve Jolly übernommen.

Aufgrund von Alison Moyets kraftvoller Stimme in Verbindung mit ihrem wenig vorteilhaften Äußeren wird sie von ihrer Firma offensichtlich in die Sparte „Lady sings the blues" eingeteilt. So hört man vierzig Minuten lang Tragik, Tristesse und Weltschmerz, aber keinen Humor – ernsthafte Sänger lachen nicht. Vor allem ist völlig unklar, warum sie „Yazoo" verlassen hat, denn sie tauschte die Synthesizer nicht etwa gegen akustische Instrumente, sondern gegen noch mehr Synthesizer ein – nur daß Vince Clarke vordem sehr viel mehr Zurückhaltung bewies als das neue Produzententeam.

Einzig bei „Love Resurrection" und vor allem bei „All Cried Out" kommt Spannung auf, da bei diesen beiden Songs der Hintergrundgesang einfallsreich arrangiert wurde. Ansonsten herrscht Mittelmaß vor. Und was nutzt Alison Moyet eine ausdrucksfähige Stimme, wenn es nichts auszudrücken gibt?

Mark Almond war als Sänger von „Soft Cell" mit der Single „Tainted Love" einmal sehr erfolgreich. Ihm erschien es jedoch ehrenrührig, ein Popstar zu sein. So wurden nicht nur die beiden folgenden „Soft Cell"-Alben immer lärmiger, auch die beiden parallel produzierten Platten, die er als „Marc & the Mambas" veröffentlichte, zeigten, daß er zu keinen „Kompromissen" bereit war.

Nachdem er nun jeden davon überzeugt hat, daß er nicht gedenkt, sich an die Industrie zu verkaufen, ist „Vermin in Ermine" (Phonogram 822 833-1) eine Überraschung. Es ist ein fast reines Pop-Album, ganz im Trend der „sechziger Jahre"-Nostalgie.

Allerdings entscheidet sich Mark Almond weder für die These „Tamla Motown"-Soul noch für die Antithese Bob Dylan (und schon gar nicht für die Synthese Folk-Soul. Er beschäftigt sich lieber mit dem Ende der Dekade, mit großorchestrierten Popsongs im Stil der „Walker Brothers".

Besonders gut gelungen ist ihm dies bei „The Boy who came back" und „Tenderness is a Weakness". Das sind prächtige Mixturen aus Schlagzeug, Klavier, Streichern, Trompete und natürlich seiner hellen Stimme. Das Album ist das Gegenstück zum Pop-Minimalismus der ersten „Soft Cell"-Platte „Non Stop Erotic Cabaret", doch genauso effektvoll. Wenn Mark Almond jetzt noch seinen Hang zur Nostalgie einschränkte, könnte ihm endlich ein Meisterwerk gelingen.

DANIEL DITTMAR

KULTURNOTIZEN

Das Konzert von Rudolf Serkin in Bonn, das zur Eröffnung der Kammermusikwoche im Oktober vorigen Jahres geplant war, jedoch wegen der Krankheit des Pianisten abgesagt werden mußte, wird nun am 5. März in der Bonner Beethovenhalle nachgeholt.

Ein Freskenzyklus von Pordenone, einem Zeitgenossen Tizians, wurde in der venezianischen Kirche San Giovanni Elemonisario entdeckt.

Adolf Menzels Aquarelle und Zeichnungen sind bis 8. April in der Wiener Graphischen Sammlung „Albertina" zu sehen.

Am 9. Festival des panafrikanischen Films in Ouagadougou nehmen zur Zeit rund 300 Filmschaffende teil.

Yehudi Menuhin wird auf dem nach ihm benannten Violin-Wettbewerb, der vom 8. bis 18 September in Paris stattfindet, den Vorsitz führen.

JOURNAL

Vladas Lapienis in Kaunas verhaftet

DW. **Bonn**

Der Bürgerrechtler Vladas Lapienis ist im litauischen Kaunas erneut vom KGB verhaftet worden. Lapienis gehörte zu den regelmäßigen Mitarbeitern der Untergrundzeitschrift „Chronik der litauischen katholischen Kirche". Deswegen war er bereits einmal zu fünf Jahren Lagerhaft und Verbannung verurteilt worden. Als im Februar vorigen Jahres gegen Lapienis Anklage wegen „Verleumdung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung" erhoben wurde, blieb er wegen seines hohen Alters – Lapienis ist jetzt 78 Jahre alt – und seines schlechten Gesundheitszustandes auf freiem Fuß. Anstatt zur Verhandlung zu erscheinen, ging Lapienis damals in den Untergrund. Wie die Menschenrechtsorganisation „Kontinent" erfahren hat, gelang es dem KGB erst jetzt nach einem Jahr, Lapienis ausfindig zu machen und festzunehmen.

Personalbeschluß am Münchner Theater

dpa, **München**

Der Vertrag des Haupgeschäftsführers des Münchner Deutschen Theaters, Heiko Plapperer-Lüthgart, wird nicht mehr verlängert. Diesen einmütigen Beschluß faßte der Aufsichtsrat des Theaters nach einer etwa zweistündigen Diskussion in geheimer Sitzung. Münchens Bürgermeister Klaus Hahnzog soll als Aufsichtsratsvorsitzender mit Plapperer verhandeln, ob das Verhältnis nicht noch vor Ablauf des Vertrages am 30. September 1987 beendet oder eingeengt werden kann. Ein von Plapperer vorgelegtes neues Organisationskonzept für das Deutsche Theater, das von der Stadt München jährlich fünf Millionen Mark Zuschuß erhalten soll, wurde vom Aufsichtsrat abgelehnt. Plapperer-Lüthgart will heute offiziell zu dem Aufsichtsratsbeschluß Stellung nehmen.

Jewtuschenko filmt in den USA

AFP. **Moskau**

Der sowjetische Dichter Jewgeni Jewtuschenko wird demnächst nach Los Angeles reisen, wo die Vorbereitungen zu seinem zweiten Film vor dem Abschluß stehen. Er verfilmt einen Roman von Alexandre Dumas', „Zwanzig Jahre später", der einbe Fortsetzung der „Drei Musketiere" ist. Jewtuschenko spielt in dem Film selbst die Rolle des Haudegen d' Artagnan, einer der drei Musketiere. Seine Partner sind Vittorio Gassman, Jack Nicholson, Belmondo und Peter Ustinow.

Der fünfte Stadtzeichner

DW. **Nürnberg**

Ein kleines Jubiläum feiert die Institution des „Stadtzeichners von Nürnberg". Mit dem Österreicher Alois Köchl wird in der Kunsthalle noch bis zum 7. April der fünfte Stadtzeichner vorgestellt. Zugleich erschien ein Katalog seiner Arbeiten (18 Mark). Die bisherigen Stadtzeichner waren der Pole Mariusz Lukasik, der Engländer Ian McKeever, Anna Recker aus Deutschland und Leiko Ikemura aus Japan.

Deutscher Architekturpreis

DW. **Stuttgart**

„Für die Entwicklung des Bauens in unserer Zeit beispielhafte Lösungen" sollen mit dem „Deutschen Architekturpreis 1985" ausgezeichnet werden, der jetzt zum fünften Mal von der Ruhrgas AG ausgeschrieben wurde. Als Preissumme stehen 60 000 Mark zur Verfügung, wovon die Hälfte auf den Hauptpreis entfallen soll. Beteiligen können sich die Architekten von Bauten, Anlagen oder Sanierungsobjekten, die in den letzten drei Jahren fertiggestellt wurden.

Antonio Gades kommt nach Deutschland

DW. **Bonn**

Der Choreograph Antonio Gades und sein Ensemble aus Madrid kommen mit dem Ballett „Carmen", das durch Carlos Sauras Film international berühmt geworden ist, nach Deutschland. Das Ensemble eröffnet am Mittwoch, 20. März 1985, in Ludwigshafen seine Tournee und wird u. a. bei den Europäischen Kulturtagen in Karlsruhe, in Stuttgart, München, Düsseldorf und Frankfurt auftreten.

Ältestes Passionsspiel von Belgien

J. B. **Brüssel**

Jeden Sonntagnachmittag im März – bis zum 31. 3. einschließlich – wird in Ligny in der Nähe von Lüttich in Belgien wieder das traditionelle Passionsspiel des Ortes stattfinden. Seit dem Gründungsjahr 1925 wurde es fast 300mal aufgeführt, und zwar ausschließlich von Laiendarstellern. Das „Spiel von Ligny" wurde nach einem Manuskript des Abtes Cussa geschrieben.

Ein Leben ohne Krankheit – nur eine Vision?

JOCHEN AUMILLER, **München**

Alois Alzheimer, 1864 in Franken geboren, ist inzwischen in den USA viel bekannter als hierzulande. Er hat eine Krankheit beschrieben, die heute zu den größten Herausforderungen der medizinischen Forschung gezählt wird: den vorzeitigen Verfall der Hirnleistungen, der schon bei Mittvierzigern einsetzen kann, rasch zu schweren Defekten wie Gedächtnislücken und Verhaltensänderungen führt und tödlich endet.

In den USA ist die Alzheimersche Erkrankung bereits weit verbreitet. In ihrem neuen Buch „Leben ohne Krankheit – Vorbeugen, Helfen, Heilen" (Hoffmann und Campe), das gestern in München vorgestellt wurde, skizzieren Professor Dr. Dr. Gericke und Ernst Bäumler eine bedrohliche Zukunft. Von den 65jährigen sind etwa fünf, von den 80jährigen 20 Prozent dement, die meisten aufgrund der Alzheimerschen Erkrankung. Je länger wir leben – das ist die Konsequenz –, um so mehr Menschen erleiden diese Erkrankung. Die Kosten für das Gesundheitswesen werden *dadurch noch weiter in die Höhe* getrieben, denn die meisten dieser Patienten sind Pflegefälle.

Rätselhafte Krankheit

Die „Vergreisung" ist aber keineswegs nur ein amerikanisches Problem. Schon jetzt sind 20 Prozent der Bundesbürger älter als 60. Im Jahre 2000 sollen etwa 23 Prozent, im Jahre 2030 ein Drittel der Gesamtbevölkerung älter als 60 Jahre sein. Alzheimer wird also bald auch in seinem Heimatland wieder ein bekannter Mann sein. Bis jetzt weiß man allerdings nicht, wie dieser frühzeitige Hirnabbau vermieden werden kann, noch sind Behandlungsstrategien bekannt, den Verfallsprozeß aufzuhalten. Forscherteams bemühen sich jedoch, dieser noch immer rätselhaften Krankheit auf die Spur zu kommen und ihre Entstehungsweise aufzuklären.

Professor Gericke, jahrzehntelang ein bekannter Krebsforscher in der Bundesrepublik Deutschland, berichtete jetzt noch über eine andere Krankheit, die seit drei Jahren weltweit Schlagzeilen macht: Aids, die erworbene Immunschwäche, gegen die noch immer kein Heilmittel gefunden wurde. Zwar arbeiten viele Wissenschaftler an diesem Problem; der entscheidende Durchbruch – Erkenntnisse über den Auslöser dieser tödlichen Seuche – steht jedoch noch aus.

Der Lösung des Rätsels am nächsten sind eine Forschergruppe des Institut Pasteur in Paris und eine Gruppe der nationalen amerikanischen Gesundheitsbehörden. Zwischen ihnen ist ein Wettlauf entbrannt, bei dem es, wie Gericke sagte, „nicht nur um die wissenschaftliche Ehre und wahrscheinlich um den Nobelpreis, sondern auch um harte Dollar geht". Wer nämlich als erster einen Impfstoff patentieren lassen kann, verdient auch das Geld.

„Keine ärztliche Kunst"

Sehr kritisch äußerte sich Gericke auch zu den amerikanischen Kunstherzverpflanzungen. Die Implantation solcher Totalprothesen ist für ihn „*fast ein Verbrechen*". Mit ihnen könne nur eine relativ kurze Lebensverlängerung bei zweifelhafter Lebensqualität erreicht werden. Professor Gericke: „Apparatemedizin ist keine ärztliche Kunst."

Die Medizin bietet heute nach Gerickes Ansicht aber nicht nur schlechte Nachrichten, auch wenn viele Bucherscheinungen der letzten Jahre diesen Eindruck nahelegen. Auf einigen Gebieten seien bedeutende Fortschritte erzielt worden. So haben leukämiekranke Kinder oder Patienten mit Hodenkrebs, um zwei Beispiele aus der Onkologie zu nennen, heute reelle Heilungschancen. Anderen Krebspatienten helfen neue Therapieprinzipien, ihr Leiden besser zu *ertragen und länger zu leben.*



Noch heute leben direkte Nachkommen des großen chinesischen Philosophen Konfuzius (rechts eine alte chinesische Graphik). Zur weitverzweigten Kong-Sippe gehört auch Kong Demao (links mit ihrer Tochter). Sie ist Mitglied des Pekinger Beratergremiums „Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes". Ihren jüngeren Bruder, wie sie Nachfahre der 77. Generation, verschlug die Spaltung Chinas nach Taiwan. Mit ihm zusammen möchte sie eines Tages ihres gemeinsamen Ahnherrn gedenken können.

FOTOS: DIE WELT/SVEN SIMON

Über Qufu schwebt der Geist des Meisters Kong

Von HEINER KLINGE

Kann heute auch nur ein einziger Grieche von sich behaupten, er sei direkter Nachfahre von Heraklit oder Pythagoras? Wohl kaum. Aber in China leben mehrere Menschen, die ihren Stammbaum bis auf einen Zeitgenossen der beiden Europäer, den berühmten Philosophen Konfuzius (551 bis 479 v. Chr.), zurückverfolgen können. Im Reich der Mitte, wo Jesuiten-Patres im 17. Jahrhundert den Namen Kong Fuzi (Meister Kong) zu „Confucius" latinisierten, sind seit dessen 2535. Geburtstag am 22. September 1984 diese direkten Nachfahren ins Rampenlicht der Öffentlichkeit getreten.

Dabei hat sich herausgestellt, daß im Jahr 1949 mit der tragischen Spaltung Chinas in zwei ungleiche Teile auch die Geschwister Kong, die in der 77. Generation von Konfuzius abstammen, bis auf den heutigen Tag *auseinandergerissen wurden.* Doch hat Frau Kong Demao, in Peking zum Mitglied des Beratergremiums „Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes" aufgestiegen, die Hoffnung nicht aufgegeben, mit ihrem auf Taiwan lebenden jüngeren Bruder Kong Decheng „wieder vereint zu werden", um gemeinsam ihres Ahnherren Konfuzius zu gedenken.

Zum letzten Mal hat Demao ihren Bruder Decheng 1948 in Nanking gesehen. Mit Wehmut spricht sie davon, daß sie 1936 – fast ein halbes Jahrhundert ist seitdem vergangen – mit dabei war, als dieser Bruder in Qufu, dem Geburtsort von Konfuzius, seine Hochzeit feierte. Qufu (ausgesprochen „Tjüfu") liegt in der Provinz Shandong nahe dem heiligen Berg Taishan, also südlich von Peking, etwa auf halbem Wege zwischen der alten Kaiserstadt Kaifeng und der ehemaligen deutschen Küstenkolonie Qingdao (Tsingtao).

Als Frau Kong Demao in Qufu an den Feiern zum 2535. Geburtstag des Meisters Kong teilnahm, traf sie dort zwar nicht ihren Bruder, dafür aber viele andere Mitglieder der weitverzweigten Kong-Sippe an. Ins Gespräch kam sie mit Kong Lingteng, *der wie sie selbst in der 77.* Generation von Konfuzius abstammt, und auch mit Kong Fanyin (74. Generation), der in Qufu seit 30 Jahren das Familienarchiv verwaltet. Demaos Zeit reichte aber bei weitem nicht aus, um auch mit allen anderen, entfernteren Verwandten auch nur wenige Worte zu wechseln: Denn etwa ein Viertel der 40 000 Einwohner von Qufu und Umgebung hören auf den Familiennamen Kong.

Wechselvoll waren nicht nur das Leben des Philosophen und die Geschichte seiner Lehre, sondern auch das Schicksal des Herrensitzes der Kong-Sippe in Qufu, wo der Meister selbst nur eine bescheidene Hütte bewohnte. Zu Lebzeiten blieb Konfuzius der Erfolg versagt. Erst Jahrhunderte nach seinem Tode übten seine Lehren im chinesischen Kaiserreich bestimmenden Einfluß aus, der in der Republik China (Taiwan) auch heute weiterwirkt, auf dem chinesischen Festland aber nur noch unterschwellig zu spüren ist.

Dort versuchten die Kommunisten nach Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949, das konfuzianische Lehrgebäude zu zerschlagen. Als „reaktionär" und „feudalistisch" verdamm*ten sie etwa das Gebot des Meisters,* daß Kinder ihre Eltern, Untertanen ihre Herrscher respektieren sollten. Inzwischen haben aber die Reformer um den 80jährigen „starken Mann" Chinas, Deng Xiaoping, offenbar erkannt, wie nützlich für die Stabilität der Regierung auch heute noch der von Konfuzius in seinen „Gesprächen" geäußerte Lehrsatz sein kann: „Wer nach sittlichen Grundsätzen regiert, gleicht dem Polarstern: Er behält seinen Platz, und die anderen Sterne umkreisen ihn."

Zwar wird jetzt anscheinend in China der Versuch eingeleitet, Teile der konfuzianischen Ethik für die neue „sozialistische geistige Zivilisation" nutzbar zu machen, die Jugend an ihre Pflichten gegenüber den Alten und den Kindern zu erinnern und ihr zugleich Liebe zum Vaterland, zur Partei und zum Sozialismus einzuimpfen. Vorher aber, vor allem während der „Kulturrevolution" (1966–76) wurden die Lehren des Konfuzius in Bausch und Bogen verdammt und viele seiner Denkmäler vernichtet.

Auch Kong Demao konnte in Peking nichts dagegen tun, daß 1966 Hunderte von Rotgardisten durch *Qufu Amok liefen, den in der 46.* Generation der Kong-Nachfolger errichteten Konfuzius-Tempel stürmten, seinen Marmorgrabstein und seine Statue umstürzten und zerschlugen. Als Deng 1978 seine Reformen einleitete und bald darauf auch Tempel und Grabmal in Qufu wieder restauriert wurden, konnte man Bruchstücke des Grabsteins, die von Bauern heimlich beiseitegeschafft und vergraben worden waren, wieder zusammensetzen.

Kostbare Schätze aus dem Herrenhaus, die in Geheimfächern von Schränken oder unter Dielen versteckt lagen, kamen wieder zum Vorschein. Kong Demao war gerührt, als bei der Geburtstagsfeier in Qufu vor 30 000 Gästen auch eine neue, mehr *als drei Meter hohe Konfuzius-Statue* im Stil der Ming-Zeit (1368–1644) und kleinere Skulpturen von 16 seiner Schüler eingeweiht wurden.

Kong Demao und andere Ehrengäste fühlten sich 2500 Jahre zurückversetzt, als sie in mit Baldachinen überdachten, bunt bemalten historischen Pferdekutschen durch einen Zypressenhain zum restaurierten Grab des Meisters fuhren. Am Pferdegeschirr klingelten Glöckchen, und der mono*tone Hufschlag der Pferde* verbreitete melancholische Müdigkeit, wie sie wohl Meister Kong verspürt haben mag, wenn er von einem der damaligen Kleinstaaten Chinas in den anderen fuhr, um deren Herrscher – meist vergeblich – zu sittlicher Amtsführung zu bewegen.

Weitere Suche nach Opfern des Lawinenunglücks

dpa/AFP, **Zermatt**

Bis zum gestrigen Nachmittag konnten erst acht Opfer des Lawinenunglücks, bei dem am Samstagmorgen bei Zermatt vermutlich elf Menschen verschüttet wurden, geborgen werden. Für die noch Verschütteten bestand jedoch kaum Hoffnung auf Rettung. Die Schneemassen waren am Samstag auf der Straße zwischen Täsch und Zermatt niedergegangen und hatten einen Kleinbus und einen Personenwagen in das Tal der Visp gerissen. Taucher suchten gestern den Grund des Flusses ab, in den der Bus mehr als 300 Meter weit geschoben worden war. Die Fahrzeuge durften die normalerweise gesperrte Straße in das autofreie Zermatt mit Sondergenehmigung befahren. Unter den Toten befinden sich auch Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland. In der Skisaison 1984/85 kamen bisher 26 Menschen bei Lawinenunglücken in der Schweiz ums Leben.

Trotz Streiks Berlin-Flüge

AP, **Berlin**

Der Flugverkehr vom Bundesgebiet nach West-Berlin bleibt vorerst vom weltweiten Streik bei der amerikanischen Fluggesellschaft PanAm verschont. Am Wochenende einigten sich Management und Piloten wegen der Sonderstellung der Stadt auf einen Kompromiß.

Knapp entronnen

dpa, **Karlsruhe**

Bei einem Brandanschlag auf eine Discothek in der Karlsruher Innenstadt sind die rund 300 Gäste dank der Umsicht des Personals knapp einer Katastrophe entronnen. Der mutmaßliche Brandstifter könnte ein Besucher sein, dem die Geschäftsleitung ein Hausverbot ausgesprochen hatte. Gegen 4.10 Uhr wurde im Eingangsbereich der Disco eine brennbare Flüssigkeit ausgekippt und angezündet. Es entstand ein Sachschaden von etwa einer Million Mark.

Mehr Verkehrssünder

dpa, **Flensburg**

Die Liste der Flensburger Verkehrssünderkartei ist 1984 im Vergleich zum Vorjahr wieder etwas länger geworden. 3,92 Millionen Personen sind im Zentralregister aufgeführt, teilte die Behörde in einer am Samstag veröffentlichten Statistik mit. Das sind 1,5 Prozent oder 1,36 Millionen Namen mehr als im Jahr zuvor.

Kunstherzpatient operiert

AFP, **Louisville**

Murray Haydon (58), dem am 17. Februar als bisher drittem Menschen ein Kunstherz eingesetzt wurde, mußte am Samstagabend operiert werden. Nachdem ihm ein Katheter entfernt wurde, war es zu leichten inneren Blutungen im Brustraum gekommen. Die Ärzte bezeichneten seinen Zustand nach der zweistündigen Operation als „kritisch, aber stabil".

Feuer im Großmarkt

dpa, **Paris**

Ein Feuer hat in der gestrigen Nacht eine 1500 Quadratmeter große Halle der Obst- und Gemüsehändler im Pariser Vorort Rungis zerstört. Es entstand ein Schaden in Höhe von rund 6,6 Millionen Mark.

Eine ehrwürdige Straße

Roms Via Appia soll in einen Park umgewandelt werden

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Die Via Appia soll gerettet werden. Dieses Versprechen haben drei Vertreter der römischen Stadtregierung, *die Dezernenten für das historische* Zentrum, für Verkehrsfragen und für Umwelt, jetzt den Römern und den Besuchern aus aller Welt gegeben.

2500 Hektar des Areals längs der Via Appia Antiqua werden der teilweise illegalen Boden- und Bauspekulation entzogen und in einen öffentlichen Park – den größten Italiens – verwandelt. Er wird das Mittelstück einer geschützten archäologischen Zone bilden, verbunden mit einem „archäologischen Park" und mit dem südlich davon gelegenen Regionalpark der Albaner Berge. Für den „archäologischen Park" werden in Kürze die Vorarbeiten am Nerva-Forum neben der einstigen Imperiumsstraße beginnen.

Die altehrwürdige Via Appia, die Straße der römischen Patriziergräber, war in den letzten Jahren auf dem besten Wege, im Wust hemmungsloser privater Spekulation und Bebauung ihren historischen Charakter zu verlieren und unterzugehen. Hinter den Zypressen sah man kaum mehr die römische Landschaft. Abfallberge zeugten für die Verwahrlosung der in ihrer Art einzigartigen Straße, von der nur noch knapp drei Prozent im öffentlichen Besitz sind.

Der amtliche Bauplan von 1962 war ohnehin großzügig genug. Der Ansturm von Diplomaten, kirchlichen Orden und Filmstars (darunter Gina Lollobrigida) auf Baugrund an der antiken Gräberstraße hatte bereits Anfang der 50er Jahre begonnen. Alles in allem hatten rund 200 Bauherren eine ordentliche Baulizenz erworben, 300 Hektar wurden illegal bebaut. Ein radikaler Baustopp soll jetzt weiteres Unheil verhüten.

Aus der Jahresbilanz von 1985 werden erst einmal fast sechs Millionen Mark für die Enteignung der ersten 200 Hektar abgestellt. Bis April wird ein Viadukt fertiggestellt sein, das da*zu bestimmt ist, einen erheblichen* Teil des Autoverkehrs vom historischen Zentrum Roms abzulenken. Dann können entsprechend große Teile außerhalb der Aurelianischen Mauer im Süden der Stadt in Fußgängerzonen verwandelt werden.

LEUTE HEUTE

Guter Rat

Sie wollen auf Vaters Spuren wandeln und drängen auf die Bretter, die angeblich die Welt bedeuten: **Kate** (24) gab bereits ihr Debüt



an einer New Yorker Bühne. Nun will auch **Pat** (22), die bislang hinter den Kulissen als Bühnen-Managerin wirkte, direkt vors Publikum. Sie schrieb sich an einer Londoner Schauspielschule ein. Vater **Peter O'Toole** (Foto) ist über die Pläne gar nicht glücklich: Jede andere Karriere – „wenn's sein muß auch als Putzfrau" – sei besser als eine Schauspielerlaufbahn, meinte er.

Ermutigende Initiative

Bürger eines westfälischen Kreises fahren im eigenen Bus

DW. **Borken**

Die vermutlich ungewöhnlichste Buslinie in der Bundesrepublik Deutschland ist am Wochenende im *Kreis Borken (Westfalen) in Betrieb* genommen worden. Dort steuern ab sofort etwa 20 ehrenamtliche Busfahrer – darunter auch Rentner und Hausfrauen – abwechselnd den ersten „Bürgerbus".

Der achtsitzige gelbe Kleinbus verkehrt im Zweistundentakt auf einer knapp 40 Kilometer langen Strecke durch mehrere Ortschaften des Kreises Borken. Nicht nur an Haltestellen, sondern auch auf freier Strecke werden Fahrgäste aufgenommen. Die Fahrscheine kosten zwischen einer und drei Mark, Kinder zahlen die Hälfte.

Gerade Frauen hatten den neuen Busverkehr für Besuche von Bekannten, Kurzausflüge und auch Krankenhausbesuche gewünscht. „Betriebsinhaber" im Rechtssinn und verantwortlich für den Versicherungsschutz ist das regionale Verkehrsunternehmen. Die Organisation wird von einem Verein gesteuert, der auch für *die Wartung* des Busses sorgt.

Dieser Versuch der Bewohner dieses vom öffentlichen Nahverkehr besonders vernachlässigten Gebietes im westlichen Münsterland, ihre *Transportprobleme in Eigeninitiative* zu lösen, erhielt Hilfestellung vom nordrhein-westfälischen Verkehrsministerium.

Vorbild für den Modellversuch sind ähnliche Projekte in den Niederlanden. In Holland wurde 1977 mit fünf Bürgerbus-Projekten begonnen, heute sind es 65.

Noch in diesem Jahr sollen vier weitere Bürgerbuslinien in Nordrhein-Westfalen den Betrieb aufnehmen. Auch im hessischen Gebiet Frankenberg wird zur Zeit eine Bürgerbuslinie nach dem Heek/Legden-Modell vorbereitet.

Nach Angaben der „Studiengesellschaft Nahverkehr" sind inzwischen mehr als 300 Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland vom öffentlichen Bus- und Bahnverkehr weitgehend abgeschnitten. Für viele dieser Regionen würde daher nach Ansicht der Verkehrswissenschaftler die Einrichtung solcher Bürgerbusse hilfreich sein.

WETTER: Mild

Wetterlage: Mit den Ausläufern eines von Irland zur Nordsee ziehenden Sturmtiefs fließt in den nächsten Tagen milde und wolkenreiche Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:

Westhälfte: Stark bewölkt und Regen. Im Vormittagsverlauf Übergang zu wechselnder Bewölkung mit Schauern. Temperaturen im Flachland um 8 Grad, im Bergland um 3 Grad. Nachts 4 bis 0 Grad. Frischer, in Böen starker Wind aus Südwest. **Osthälfte:** In Südbayern und in Berlin anfangs lockere, später starke Bewölkung und Regen. Temperaturen bei 7 Grad, nachts um 3 Grad.

Weitere Aussichten:
Wenig Änderung

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	5°	*Kairo*	15°
Bonn	6°	Kopenh.	1°
Dresden	4°	Las Palmas	19°
Essen	8°	London	8°
Frankfurt	7°	Madrid	7°
Hamburg	7°	Mailand	8°
List/Sylt	1°	Mallorca	16°
München	4°	Moskau	-7°
Stuttgart	5°	Nizza	13°
Algier	15°	Oslo	-4°
Amsterdam	7°	Paris	8°
Athen	10°	Prag	1°
Barcelona	15°	Rom	11°
Brüssel	7°	Stockholm	-5°
Budapest	1°	Tel Aviv	13°
Bukarest	2°	Tunis	13°
Helsinki	-6°	Wien	1°
Istanbul	5°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.59 Uhr, Untergang: 18.09 Uhr; **Mondaufgang:** 15.48 Uhr, Untergang: 6.49 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„So diszipliniert wie die Deutschen waren sie nicht"

Seit zwei Monaten ist in der Schweiz die Autobahn-Vignette Pflicht / Die Behörden zogen eine erste Bilanz

WALTER H. RUEB, **Basel**

An den Grenzübergängen in die Schweiz mußten sich Zollbeamte und Grenzwächter in den ersten Tagen des neuen Jahres Kritik und Beschimpfungen anhören. „Straßenräuber" und „Wegelagerer" nannte so mancher Pkw-Fahrer die Männer in den olivfarbenen Uniformen, die ihnen 30 Franken für die Autobahn-Vignette abnahmen. Nach zwei Monaten kann jetzt erste Bilanz gezogen werden. Sie ist günstig, verzeichnet nur wenige Zwischenfälle, dafür Einnahmen von umgerechnet fast 70 Millionen Mark aus dem Verkauf von 2,3 Millionen Vignetten.

An den wichtigsten Grenzübergängen waren von den Eidgenossen bauliche Vorkehrungen getroffen worden. Fahrspuren für Einreisende „mit Vignette", andere für jene „ohne Vignette" wurden eingerichtet, vielfach wurde das Personal aufgestockt, teilweise verrichten private Wachgesellschaften Dienst.

Wartezeiten gab es an den französisch-schweizerischen Grenzübergängen. Die meisten Franzosen hatten keine Schweizer Franken, manche weigerten sich zu zahlen und ließen sich auf gebührenfreie Landstraßen dirigieren.

Auch im Tessin stauten sich die einreisenden italienischen Fahrzeuge. Viele der Pkw-Fahrer aus dem südlichen Nachbarland hatten gelesen, daß in den ersten zwei Wochen gegen Automobilisten ohne Vignette kein Bußgeld verhängt würde und hielten dies für einen Freibrief für gebührenfreie Fahrt. So weit aber *wollten die Eidgenossen mit ihrer* Großzügigkeit nicht gehen. Wer aus dem Ausland einreiste, wurde zur Kasse gebeten.

An den deutsch-schweizerischen Grenzübergängen blieben Warteschlangen aus – weil die Kraftfahrer mit dem „D" am Heck die Vignette bereits zuhause bei Reisebüros und ADAC erworben hatten. „So diszipliniert wie die Deutschen waren die anderen nicht", sagte ein Sprecher des eidgenössischen Finanzministeriums. „Die Deutschen hatten entweder schon eine Vignette oder hielten das Geld dafür abgezählt bereit. Zahlungsunwillige gab es kaum."

Ärger gab es meist mit heimkehrenden Schweizern, die an den Grenzübergängen das Resultat der Volksabstimmung nicht anerkennen wollten. Im Tessin tauchten sogar gefälschte Vignetten auf. Mit bloßem Auge waren sie von den echten kaum zu unterscheiden – im Raum Como fanden sie denn auch für drei Franken reißenden Absatz. Fast überall in der Schweiz sei – so die Polizei – die neue Straßengebühr bereits ein „Bestandteil von Sitten und Gebräuchen". Bei Kontrollen wurde lediglich eines von hundert Fahrzeugen ohne Vignette angetroffen.

Den dramatischsten Zwischenfall gab es bei Basel, wo ein deutscher Kaufmann ohne Vignette erwischt wurde. Er weigerte sich, die Buße von 100 Franken zu bezahlen und brauste davon. Dabei schleifte er den Schweizer Zöllner mit, der sich am Fahrzeug festhielt. Ein Eidgenosse verfolgte den Deutschen, die beiden Wagen knallten schließlich ineinander. Streifenwagen der Polizei konnten die Flucht stoppen. Jetzt kommt zu der Buße eine Anklage wegen Nötigung, gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und Unfallflucht.

Mit der Autobahn-Vignette will auch das Schweizer Grenzdorf Bargen nördlich von Schaffhausen nicht leben. Die Einwohner von Bargen klagen, seit der Einführung der Vignette blieben die deutschen Kunden aus, die vorher die Kassen zum Klingen gebracht hätten. Um die Ebbe in den Ladenkassen zu beenden, verlangen die Bargener von ihrer Regierung in Bern, die Benutzer der Autobahn von der Landesgrenze wenigstens bis in ihr Dorf aus dem Vignetten-Zwang zu entlassen. In Bern stießen die Forderungen jedoch auf taube Ohren. Die Schaffung abgabefreier Grenzzonen würde zu einer ungleichen Behandlung der Automobilisten verschiedener Regionen führen, argu*mentierten die Landesväter.*

Vielleicht endet der Vignetten-Zwang wieder: In zwei Volksinitiativen wird die Abschaffung der Autobahn-Vignette sowie der Schwerverkehrs-Abgabe gefordert. Wenn die gesetzlich vorgeschriebenen 100 000 Unterschriften bis zum 19. August 1986 zusammenkommen, können die Schweizer an den Wahlurnen nochmal zur Vignette Stellung nehmen.

ZU GUTER LETZT

„Forum der Fraktionen: MdL Gustav Starzmann (SPD) zum Thema: Auf der Alm gibt's doch a Sünd!" – Es stand in der „Bayerischen Staatszeitung".